Günther Wagenlehner

Staat oder Kommunismus

Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft

Seewald Verlag

Seit 60 Jahren warten die Menschen in Rußland vergeblich auf die Verwirklichung der herrschaftslosen, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Sie werden auch in Zukunft vergeblich warten, solange die kommunistische Partei herrscht; denn die von Marx anvisierte kommunistische Gesellschaft kann weder von einer Staatsmacht noch von einer Partei aufgebaut werden.

In Wirklichkeit hat sich Lenin mit der Gründung des Sowjetstaates für die Macht und damit gegen die kommunistische Gesellschaft entschieden. Lenin ahnte erst gegen Ende seines Lebens, daß seine Entscheidung für die Macht den Weg zur kommunistischen Gesellschaft versperren könnte. Aber einen Ausweg gab es nicht, denn die Alternative: Staat oder Kommunismus, ist die unvorhergesehene und, wie wir heute wissen, unausweichliche Folge der Marx'schen Idee.

Stalin zog die Konsequenz. Er etablierte den totalen Staat mit nationaler Legitimation und imperialistischen Tendenzen. Im Prinzip hielt auch Nikita Chruschtschow an dieser Entscheidung fest. Der heutige Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breshnew, bestätigte die damalige Entscheidung in seiner großen Rede zum sechzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution. Er erklärte die Machtfrage »zur wichtigsten Frage der Revolution«. Die Sowjetunion bleibt also heute und in Zukunft bei der Grundentscheidung für den Staat und gegen den Kommunismus.

Wer die heutige Problematik der sowjetischen Entwicklung und den Streit im sozialistischen Lager über den Weg zum Kommunismus beurteilen will, muß die Entscheidungssitua-

Günther
Wagenlehner

Staat oder Kommunismus

Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft

Seewald Verlag
Stuttgart

Dritte Auflage 1978
Alle Rechte vorbehalten
© Seewald Verlag
Dr. Heinrich Seewald
Stuttgart-Degerloch 1970
Schutzumschlag von
Hans-Eduard Franke
Druck: Omnitypie-Gesellschaft
Nachf. Leopold Zechnall, Stuttgart
Gebunden bei
Wilhelm Röck Weinsberg/Württ.
Gesetzt in Linotype Aldus-Antiqua
ISBN 3 512 00206 0
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort

Seitdem ich zehn Jahre lang die sowjetische Wirklichkeit kennenlernen durfte, hat mich die Frage nach der Verwirklichung der kommunistischen Idee nicht mehr losgelassen. Ist der bolschewistische Mißerfolg bei diesem Versuch, die von Marx konzipierte Zukunftsgesellschaft zu verwirklichen, eine Folge russischer Unzulänglichkeiten oder war das sowjetische Produkt zwangsläufig, weil die kommunistische Gesellschaft nicht zu realisieren ist?

Die Antwort gibt diese Untersuchung. Sie entstand aus verschiedenen Ansätzen in meinen früheren Arbeiten, insbesondere durch die Überarbeitung meiner Dissertation »Lenin zwischen Staat und kommunistischer Gesellschaft«.

Auf die Zustimmung der kommunistischen Theoretiker werde ich freilich nicht rechnen können. Sowjetische Kritiker haben sich schon 1963 ausführlich mit meiner Beweisführung auseinandergesetzt, daß der Kommunismus nicht aufgebaut werden kann. Ihr Haupteinwand war, die Marxsche Lehre enthalte keine »abstrakten ethisch-humanistischen Motive«, folglich sei die Selbstverwirklichung des Menschen kein entscheidender Gesichtspunkt. Im übrigen würde in der Sowjetunion der Kommunismus aufgebaut – und damit basta . . .

Dieser Einwand ist wenig überzeugend. Dennoch bin ich den Kritikern für viele Anregungen dankbar. Sie haben nun erneut das Wort.

Mein Dank gilt vor allem meinem verehrten und unvergeßlichen Lehrer, Professor Siegfried Landshut, der mich immer wieder und noch kurz vor seinem Tode im Dezember 1968 zu dieser Arbeit gedrängt hat. Seinem Andenken sei sie daher gewidmet.

Vielen Freunden und Kollegen habe ich für wertvolle Diskussionen zu danken, insbesondere Fräulein Dr. Dorothea Putter für die Mühe der Durchsicht des Manuskripts. Schließlich bin ich meiner Frau herzlich dankbar für ihre Mitarbeit.

Bad Godesberg im April 1970 Günther Wagenlehner

Vorwort zur dritten Auflage

Meine These lautet: Die von Marx anvisierte klassenlose, herrschaftslose kommunistische Gesellschaft kann weder aufgebaut noch hergestellt werden. Das beweisen die erfolglosen Versuche in der Sowjetunion.

1961 stellte ich diese These erstmalig in der Zeitschrift OSTEUROPA vor. 1970 vertiefte ich sie in dem vorliegenden Buch.

Seitdem ist von kommunistischer Seite viel dagegen polemisiert worden: ausführlich in mehreren sowjetischen Publikationen und kürzer in ISWESTIJA und KRASNAJA SWESDA. Neue Argumente hat dieser theoretische Streit nicht gebracht. Es war also nicht nötig, die dritte Auflage inhaltlich zu erweitern, wenn man davon absieht, daß der Epilog aktualisiert werden mußte.

Im Hinblick auf die reale Entwicklung der Sowjetunion in den letzten Jahren haben die sowjetischen Führer alles getan, was in ihren Kräften steht, meine These zu bestätigen.

Der XXV. Parteitag der KPdSU 1976 annullierte praktisch das Programm für den Aufbau des Kommunismus. Ideologisch knüpft die Sowjetunion von heute an das Jahr 1936 an.

Ideologische Hilflosigkeit vor der Alternative: Staat oder Kommunismus: Die Sowjetunion festigt den Staat und verzichtet damit notwendig auf ideologische Begründungen für die kommunistische Gesellschaft. Der Sowjetstaat aber, bestehend aus Personenkult, Patriotismus, Imperialismus und einer riesigen Militärmacht, ist allenfalls eine Karikatur des Kommunismus.

Bonn im Januar 1978 Günther Wagenlehner

Karl Marx und die kommunistische Gesellschaft

Die wahre Bestimmung des Menschen

Seitdem der XXI. Parteikongreß der KPdSU (1959) den Übergang zum Kommunismus als die wichtigste Aufgabe der Sowjetunion fixiert hat, sind in der Sowjetunion zahlreiche Versuche unternommen worden, einzelne Züge oder auch die gesamte zukünftige Entwicklung darzustellen [1].

Aber was hier als »Kommunismus« bezeichnet wird, ist nicht jene Zukunftsgesellschaft, die Marx und Engels die sozialistische oder kommunistische Gesellschaft genannt haben, sondern ein sowjetisches Eigenprodukt.

Dies ist in den westlichen Analysen der sowjetischen Ziele auch deutlich herausgestellt worden [2]. Leider fehlt in der umfangreichen westlichen Literatur über den Marxismus-Leninismus bisher eine Gesamtdarstellung der Marxschen Idee von der kommunistischen Gesellschaft. Auch unsere Darstellung soll sich auf die wesentlichen Züge der Marxschen Idee beschränken.

Wenn man den Grundzug der kommunistischen Idee aus dem Werk von Marx und Engels herauskristallisieren will, dann wird der Blick zunächst auf den Ausgangspunkt gelenkt. Am Beginn der Marxschen Forschung steht die Absicht, den Menschen zu seiner wahren Bestimmung zu führen.

Das ist, wie Landshut in seiner Einleitung zu den von ihm herausgegebenen »Frühschriften« feststellt, »im Grunde keine andere Idee als die der absoluten Sittlichkeit Hegels [3]«.

Marx meint zu dem Ansatz seiner Forschungen in einem Brief an seinen Vater (vom 10. November 1837), daß er durch die Auseinandersetzung mit der Philosophie dahingekommen sei, »im Wirklichen selbst die Idee zu suchen [4]«.

Wenn Marx davon spricht, daß er den Menschen zu seiner wahren Bestimmung führen will, dann hat er eine ganz bestimmte Vorstellung vom Menschen, vom »wahren Wesen« des Menschen im Auge. Sie ist für das Verständnis der Marxschen Konstruktion unerläßlich.

Marx geht davon aus, daß die Gesellschaft dem Individuum nicht als Abstraktion gegenübersteht:

»Das Individuum *ist* das *gesellschaftliche Wesen.* Seine Lebensäußerung – erscheint sie auch nicht in der unmittelbaren Form einer *gemeinschaftlichen,* mit anderen zugleich vollbrachten Lebensäußerung – ist daher eine Äußerung und Bestätigung des *gesellschaftlichen Lebens*[5].«

Die Daseinsweise des individuellen Lebens mag noch so sehr als eine besondere oder als eine allgemeine erscheinen, dennoch ist das eigentliche Wesen des Menschen nicht in Individuum und Gesellschaft gespalten. Der wahre Mensch ist trotz – oder gerade wegen – seiner Besonderheit als Individuum »das subjektive Dasein der gedachten und empfundenen Gesellschaft für sich[6]«.

Auch der Tod eines Individuums kann diese Auffassung vom »gesellschaftlichen Menschen« nicht widerlegen; denn es handelt sich nach Marx ja nur darum, daß ein bestimmtes Gattungswesen sterblich ist.

Bei seiner Suche nach der Idee in der Wirklichkeit stellt Marx sehr bald fest, daß die bestehende Gesellschaftsordnung im Widerspruch zu diesem wahren Wesen des Menschen steht. In der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung ist das Wesen des Menschen, das eigentlich eine Einheit – »die ideelle Totalität« – bildet[7], künstlich aufgespalten.

Durch die Auseinandersetzung mit der Hegelschen Staats- und Rechtsphilosophie befaßt sich Marx zuerst mit der seiner Meinung nach künstlichen Spaltung in eine gesellschaftliche, private und in eine öffentliche, politische Sphäre[8]:

Im bürgerlichen Staat »führt der Mensch nicht nur im Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der *Wirklichkeit,* im *Leben* ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im *politischen Gemeinwesen,* worin er sich als *Gemeinwesen* gilt, und das Leben in der *bürgerlichen Gesellschaft,* worin er als *Privatmensch* tätig ist . . .[9]«.

Unübersehbar wird diese Spaltung des menschlichen Wesens in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, mit der sich Marx gründlich auseinandersetzt. Dabei stellt er fest, daß das allgemeine Recht auf Eigentum der Ausgangspunkt für die Spaltung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in Besitzende und

Besitzlose ist. Es ist »das Recht des Eigennutzes«. Und es ist zugleich die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Dieses Recht auf Privateigentum »läßt jeden Menschen im anderen Menschen nicht die *Verwirklichung*, sondern vielmehr die *Schranke* seiner Freiheit finden[10]«.

Bald gelangt Marx zu der Überzeugung, daß auch der bürgerliche Staat nur um des Privateigentums willen existiert[11]. Nun ist es in seinen Augen nicht mehr der bürgerliche Staat allein, der die künstliche Spaltung des menschlichen Wesens bewirkt, sondern das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Kapital wird zum Hauptgegenstand der Marxschen Forschung.

In dieser bürgerlich-kapitalistischen Ordnung ist der Mensch sich selbst entfremdet. Er kann gar nicht Mensch sein. Mit anderen Worten: Die bürgerlich-kapitalistische Ordnung ist die Negation des menschlichen Wesens.

Die radikale und logische Konsequenz aus dieser Betrachtung der Wirklichkeit seiner Zeit ist für Marx, daß der Mensch nur dann zu seinem wahren Wesen finden könne, wenn die bürgerlich-kapitalistische Ordnung negiert wird.

Die Negation der Negation, die Verneinung der kapitalistischen Ordnung, ist die kommunistische Gesellschaft, d. h. jene Zukunftsgesellschaft, in der die Selbstentfremdung des Menschen aufgehoben ist, die darum also dem wahren Wesen des Menschen entsprechen muß.

»Der Kommunismus ist die Position als Negation der Negation«, sagt Marx[12] und betrachtet hinfort nur noch die kommunistische Bewegung als die positive, wirkliche Bewegung, während die Negation des Menschen, die bürgerlich-kapitalistische Ordnung, in seinen Augen geistig längst überwunden ist, nur noch als etwas durch und durch Negatives erscheint.

In der Eigenschaft der »Position als Negation der Negation« bedeutet die kommunistische Gesellschaft die Selbstverwirklichung des Menschen. Der Kommunismus ist die

»vollständige, bewußte ... Rückkehr des Menschen für sich als eines *gesellschaftlichen*, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus; er ist die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur, und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des

Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung[13].«

Oder wie Marx und Engels später im Kommunistischen Manifest sagen: Die kommunistische Gesellschaft ist eine Association, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist[14]«.

Nicht der Mensch muß geändert oder erzogen werden, sondern man muß seine Lebensumstände verändern, wenn er sich verwirklichen soll. »Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird«, sagt Marx, »so muß man die Umstände menschlich bilden[15].«

Menschlich können sie nur werden, indem die bürgerlich-kapitalistische Ordnung radikal beseitigt wird.

Schon im September 1843 hatte Marx an Ruge geschrieben:

»Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die *rücksichtslose Kritik alles Bestehenden,* rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten[16].«

Zwei Jahre später drückte er in der Deutschen Ideologie das aus, was als Programm seiner ganzen Arbeit gelten kann:

»Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand,* der hergestellt werden soll, ein *Ideal,* wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung[17].«

Die kommunistische Gesellschaft ist als Positivum die endliche Verwirklichung des menschlichen Wesens; aber sie kann das nur sein, weil sie zugleich Negation der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung ist. Die kommunistische Gesellschaft ist also nicht herstellbar; man kann sie nicht aufbauen.

Als Marx sich über den Grundzug seiner Idee klar war – und das war spätestens im Jahre 1844 der Fall[18], hatte er seine Aufgabe erkannt: die Voraussetzungen der kapitalistischen Ordnung zu entdecken.

Wenn er diese gefunden hatte, dann waren gleichfalls die Bedingungen der kommunistischen Gesellschaft fixiert; denn nun wußte man, was in der Revolution beseitigt werden muß, um den Kapitalismus zu negieren.

Hier ist der Schlüssel für das Lebenswerk von Marx, der »weiter nichts« unternahm und in der Logik seiner Idee gar nicht unternehmen konnte als die Analysierung des Kapitalismus. Diese Analyse ist zugleich revolutionäres Programm und Anleitung zum Handeln, nämlich zur Zerstörung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung.

Jetzt wird auch klar, warum Marx und Engels weder einen »Bauplan« noch eine positive Beschreibung der kommunistischen Gesellschaft hinterlassen haben. Beides ist nicht möglich. Im Hinblick auf die bestehende kapitalistische Ordnung kann der Kommunismus nur negativ beschrieben werden, weil er ihre totale Negation ist. Die (negativen) Merkmale dieser kommunistischen Gesellschaft sind also:

Sie ist eine Gesellschaft in der das Privateigentum aufgehoben, »vergesellschaftet« ist. Allerdings heißt Vergesellschaften nicht Verstaatlichen, sondern Vergesellschaften ist bei Marx stets nur ein anderer Ausdruck für Vermenschlichen[19].

Sie ist eine Gesellschaft ohne Teilung der Arbeit in die verschiedenen Berufszweige, ohne Unterschied zwischen städtischer und ländlicher, körperlicher und geistiger Arbeit[20]. Und mit der Teilung der Arbeit – aber *nur* mit ihr – entfallen sämtliche kapitalistischen Merkmale wie Warenproduktion, Geld, Teilung der Gesellschaft in Klassen usw.[21]

Sie ist ferner eine Gesellschaft ohne jegliche politische Herrschaft, also ohne Staat. Im Kommunismus gibt es keine Spaltung in eine öffentliche, politische und in eine private, gesellschaftliche Sphäre. »In ihm ist alles Private öffentliche, allgemeine Angelegenheit und alles Allgemeine Privatangelegenheit eines jeden geworden[22].«

Es handelt sich um eine Gesellschaft ohne nationale Schranken und Grenzen. Die Nationen sind dann verschwunden[23].

Die Negation bezieht sich nicht minder auf die religiösen, moralischen, philosophischen, politischen und rechtlichen Ideen. Marx und Engels stellen dazu im Kommunistischen Manifest sehr deutlich fest:

»Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen: kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird[24].«

Fazit: Die kommunistische Gesellschaft ist die vollständige Negation der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Sie ist – mit den Worten des Kommunistischen Manifests – »der gewaltsame Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung«; oder nach einer anderen Definition von Marx:

»Der Kommunismus unterscheidet sich von allen bisherigen Bewegungen dadurch, daß er die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt[25].«

Die Rolle des Proletariats

Als sich Marx in seinem Manuskript »Nationalökonomie und Philosophie« (1844) über seine Idee Klarheit verschaffte, stellte er auch die Verbindung von der theoretischen Erkenntnis zur praktischen Aufgabe her. Er schrieb:

»Um den *Gedanken* des Privateigentums aufzuheben, dazu reicht der *gedachte* Kommunismus vollständig aus. Um das wirkliche Privateigentum aufzuheben, dazu gehört eine *wirkliche* kommunistische Aktion[26].«

In Gedanken hatte er zu jener Zeit die bürgerlich-kapitalistische Ordnung überwunden. Inzwischen war er aber auch auf die Kraft gestoßen, der die Aufgabe der Zerstörung alles Bestehenden gleichsam von selbst zufiel: das Proletariat.

Die Rolle des Proletariats in der Marxschen Idee ist bestimmt durch seine besondere Stellung gegenüber dem bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Gesellschaft. Erst durch die Erkenntnis dieser besonderen Stellung des Proletariats betrachtet Marx den Kommunismus als »wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt[27]«. Es ist nicht die Armut der Menschen, die Marx und Engels zu der Idee der zukünftigen Gesellschaft verholfen hätte. Die Proletarier sind arm, aber ihre Armut ist nur das Vehikel der Revolution. Sie macht den Proletariern das Unmenschliche der bestehenden Ordnung am überzeugendsten klar und weckt in ihnen das Bedürfnis nach einer bes-

seren, menschenwürdigen Gesellschaft. Mit Marxschen Worten:

»Nicht nur der *Reichtum*, auch die *Armut* des Menschen erhält gleichmäßig – unter Voraussetzung des Sozialismus – eine menschliche und daher gesellschaftliche Bedeutung. Sie ist das positive Band, welches den Menschen den größten Reichtum, den *anderen* Menschen, als Bedürfnis empfinden läßt[28].«

In der Marxschen Idee fällt dem Proletariat die revolutionäre Rolle nur deshalb zu, weil das Proletariat von der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zum Gegenpol gemacht worden ist.

Proletarier im Marxschen Sinne kann es nur in kapitalistischen Staaten geben. Sie sind das Produkt der Industrialisierung. Zwar können Menschen aus allen Schichten zu Proletariern werden – und Marx betrachtet das sogar als selbstverständlich, aber sie werden dazu nicht durch bloße Verarmung, sondern durch ihre Rechtlosigkeit und Eigentumslosigkeit.

Der Proletarier ist rechtlos, d. h. jeder Entscheidungsmöglichkeit über öffentliche Angelegenheiten beraubt. Und er ist ohne Eigentum. Wenn er auch den ganzen Reichtum erarbeiten muß, so besitzt er doch nur seine Arbeitskraft, die er verkaufen muß, um leben zu können. »Der Proletarier ist eigentumslos«, wie es im Kommunistischen Manifest lakonisch heißt[29].

Das Proletariat steht also der kapitalistischen Gesellschaft als ein besonderes Phänomen gegenüber und ist von vornherein von allen Errungenschaften des Kapitalismus ausgeschlossen. Allein schon durch diese besondere Stellung gegenüber Staat und Gesellschaft reflektiert das Proletariat die Auflösung der kapitalistischen Ordnung. Nach Marx:

»Wenn das Proletariat die *Auflösung der bisherigen Weltordnung* verkündet, so spricht es nur das *Geheimnis seines eigenen Daseins* aus, denn es *ist* die *faktische* Auflösung dieser Weltordnung[30].«

Oder mit den Worten des Kommunistischen Manifests: »Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz.« Und die Folgerung für die kommunistische Revolution: »Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten[31].«

Ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus ist nach Auffassung von Marx und Engels, daß es sich um eine universelle Warenproduktion handelt, daß die kapitalistische Ordnung also nicht auf ein Land beschränkt bleiben kann. In zahlreichen Un-

tersuchungen[32] setzen sie sich mit diesem internationalen Charakter des Kapitalismus auseinander und heben die kapitalistische Industrialisierung dadurch als eine völlig neue Erscheinung gegenüber früheren Produktionsweisen ab. Deutlich kommt diese Auffassung im Kommunistischen Manifest zum Ausdruck:

»Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet ...

An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produktion der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur[33].«

Die logische Konsequenz aus dieser Universalität des Kapitalismus ist, daß auch sein Gegenpol, das Proletariat, nur als internationales Phänomen denkbar ist. Marx sagt dazu:

»Das Proletariat kann also nur weltgeschichtlich existieren, wie der Kommunismus, seine Aktion, nur als weltgeschichtliche Existenz überhaupt vorhanden sein kann[34].«

Wenn die beiden Gegenpositionen: Kapitalismus und Proletariat, nur als internationale Erscheinungen vorhanden sind, und das Proletariat ohnehin vom bürgerlichen Staat ausgeschlossen ist, dann können die Proletarier selbstverständlich nicht als Bestandteil der Nation aufgefaßt werden.

Marx stellt schon in seinen Frühschriften fest, daß zwar Proletariat und Reichtum »zwei Seiten eines Ganzen« sind; denn sie haben beide einen gemeinsamen Ursprung, das Privateigentum. Aber das bedeutet nicht, daß dieses »Ganze« als eine solidarische Einheit aufzufassen wäre. Denn der durch das Privateigentum bedingte Reichtum ist die *positive* Seite. Die Kapi-

talisten fühlen sich wohl dabei und schaffen sich den bürgerlichen Staat, um die kapitalistische Ordnung zu erhalten. Das Proletariat hingegen ist die *negative Seite.* Es ist gezwungen, »sich selbst und damit seinen bedingenden Gegensatz, der es zum Proletariat macht, das Privateigentum, aufzuheben«:

»Innerhalb dieses Gegensatzes ist der Privateigentümer also die konservative, der Proletarier die destruktive Partei. Von Jenen geht die Aktion der Erhaltung des Gegensatzes, von Diesen die Aktion seiner Vernichtung aus[35].«

Die destruktive Partei, das Proletariat, gehört zwar noch zum Ganzen, darf sich aber nicht als dessen Teil fühlen, sondern als das, was der Kapitalismus daraus gemacht hat: Gegensatz zum Privateigentum. Erst durch die Vernichtung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung wird dieser Gegensatz aufgehoben.

Im Kommunistischen Manifest setzen sich Marx und Engels mit den Vorwürfen gegen die Kommunisten auseinander, »sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen«. Sie antworten darauf mit der gelassenen und in ihrer Klarheit bestechenden Feststellung:

»Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben[36].«

Aus all dem folgt, daß die Revolution, die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung nicht im nationalen Rahmen, sondern nur als universelle Revolution möglich ist. Marx und Engels sahen als Voraussetzungen dieser kommunistischen Revolution an:

Erstens die voll entwickelte kapitalistische Ordnung, d. h. die Proletarisierung der großen Masse und ein hoher Entwicklungsgrad der Produktivkräfte, also zwei notwendige Begleiterscheinungen der Industrialisierung;

zweitens die gemeinsame Aktion der Proletarier aller Länder, wofür die Herausbildung eines proletarischen Bewußtseins die Voraussetzung bildet.

Die kapitalistische Industrialisierung ist für die Revolution notwendig, weil das Proletariat erst dann das Übergewicht hat, und weil ohne einen entsprechenden Produktionsstand »nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte[37]«.

Die andere Bedingung für die Revolution ergibt sich aus dem internationalen Charakter des Kapitalismus. Der »universelle Verkehr der Menschen« schließt nach Marx von vornherein die Existenz des Kommunismus »nur als eine Lokalität« aus. Ein solcher lokaler Kommunismus wäre nur ein Zeichen dafür, daß sich der Kapitalismus noch nicht zu einer universellen Erscheinung entwickelt hätte, was er aber mit Sicherheit tun wird. Folglich müßte »jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben[38]«.

Vom Standpunkt Marxens aus betrachtet, ergibt sich die revolutionäre Rolle des Proletariats logisch aus der ihm vom Kapitalismus zugewiesenen Existenz. Die Kommunisten haben weiter nichts zu tun, als den Proletariern aller Länder ihre eigene Stellung gegenüber Staat und Gesellschaft zum Bewußtsein zu bringen. Dazu braucht man Organisationen. Aber sie haben ihren Zweck erfüllt, wenn das proletarische Bewußtsein allgemein geworden ist, und damit die Voraussetzung zum gemeinsamen Handeln gegeben ist[39].

Konkret beziehen sich Marx und Engels allerdings auf das Proletariat der fortgeschrittenen Industrieländer. Offenbar soll die Revolution nicht auf den Endpunkt der Industrialisierung der ganzen Welt vertagt werden. So meint Marx:

»Der Kommunismus ist empirisch nur als Tat der herrschenden Völker auf einmal und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihr zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt[40].«

Auch im Kommunistischen Manifest betonen Marx und Engels erneut, daß die vereinigte Aktion des Proletariats, wenigstens in den zivilisierten Ländern, eine der wichtigsten Bedingungen für seine Befreiung sei[41].

Die Rolle des Proletariats ist damit genügend geklärt.

Infolge der kapitalistischen Entwicklung sind die Proletarier aus dem bürgerlichen Staat hinausgedrängt worden. Sie gehören nicht zur Nation, ganz abgesehen davon, daß nach der Meinung von Marx Nation und Staat dem Kapitalismus untergeordnet sind. Marx erkennt also weder dem bürgerlichen Staat die Souveränität noch der Nation eine integrierende Funktion zu. Als Beweis dient ihm die universelle Erscheinung des Kapitalismus und des Proletariats.

Mit anderen Worten: Marx kann keine Schwierigkeiten darin erblicken, die nationale Solidarität und den bürgerlichen Staat zu zerbrechen. In seinen Augen ist die Einheit der Nation durch die bloße Existenz des Proletariats schon lange zerbrochen. Die kommunistische Revolution gibt ihr nur noch den verdienten Gnadenstoß und bestätigt damit, was im Grunde bereits passé ist.

Nach der Erkenntnis der besonderen Stellung des Proletariats und dem nächsten Schritt, der Verbreitung dieser Kenntnis unter den Proletariern, muß nun das Proletariat zum Subjekt der Weltgeschichte werden.

Die zwangsläufige Frage, was nach dem Erreichen dieser Phase zu geschehen habe, beantworten Marx und Engels mit den folgenden Worten:

»Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat[42].«

Als Abstraktion, d. h. losgelöst von der Wirklichkeit, erscheint der Grundzug der Marxschen Idee von der kommunistischen Gesellschaft durchaus logisch.

Wenn die eigentümliche Auffassung von der naturgegebenen Einheit des menschlichen Wesens akzeptiert wird, dann ist die bürgerlich-kapitalistische Ordnung freilich die Negation des Menschen. Und wenn er sich verwirklichen soll, dann muß die kapitalistische Gesellschaftsordnung vollständig negiert werden.

Die kommunistische Gesellschaft ist folglich Negation des Kapitalismus und als solche Position der menschlichen Selbstverwirklichung.

Auch die Rolle des Proletariats läßt sich dann lückenlos in diese Idee einfügen. Es hat in der bestehenden Ordnung nichts zu verlieren als seine Ketten. Folglich brauchen sich die Proletarier lediglich ihrer Lage bewußt zu werden, um in der gemeinsamen Aktion die Macht zu erobern und die bestehende Ordnung rücksichtslos zu beseitigen. Dieser vernichtende Brand läßt die kommunistische Gesellschaft wie einen Phönix aus der Asche zurück.

Sowie man aber versucht, sich diesen Prozeß konkret vorzustellen, entsteht eine Frage nach der anderen, auf die es keine

befriedigenden Antworten geben kann. Nehmen wir nur die wichtigsten Fragen: Wie verhält sich der »assoziierte Mensch« in der herrschaftslosen Gesellschaft? Wird er tatsächlich freiwillig nach seinen Fähigkeiten arbeiten, so daß jeder nach seinen Bedürfnissen empfangen kann? Wer soll der neue Eigentümer der Produktionsmittel sein, wenn sie »vergesellschaftet«, also vermenschlicht werden? Wie soll die Produktion vonstatten gehen, wenn die Teilung der Arbeit aufgehoben ist und praktisch die gesamte kapitalistische Produktionsweise negiert werden soll?

Karl Marx schob alle Fragen beiseite. Sein Werk hatte darin bestanden, den Gedanken der kommunistischen Gesellschaft zu entwickeln. Alles weitere war Sache der kommenden Revolution. Er äußerte sich dazu nicht, weil er keine utopische »Konstruktion der Zukunft« entwerfen wollte[43].

Wir dürfen hinzufügen: Marx hätte sich zu den konkreten Formen der zukünftigen Gesellschaft auch gar nicht äußern können; denn als Negation der kapitalistischen Ordnung ist diese Gesellschaft ausschließlich negativ zu bestimmen, d. h. sie kann nur von der bestehenden Ordnung abstrahiert werden.

Konkret faßbar ist aus der Marxschen Idee nur die Notwendigkeit der Machteroberung. Aber schon die allgemeine Frage, was mit der Macht geschehen soll, führt wiederum zur Abstraktion.

Allgemein formulierten Marx und Engels folgende Antwort:

»Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf[44].«

Das Proletariat sollte also durch die Machteroberung sich selbst sowie seine Voraussetzung, das Privateigentum, aufheben. Auf die Frage der politischen Herrschaft bezogen, bedeutet das: Das Proletariat erobert die Macht, um sie ein für allemal aufzuheben.

Andererseits waren sich Marx und Engels schon früh darüber im klaren, daß dieser Prozeß einige Zeit in Anspruch nehmen

würde. Und in dieser Übergangszeit zur kommunistischen Gesellschaft müßte die proletarische Herrschaft in der Form der »Diktatur des Proletariats« erhalten bleiben.

Marx hat diesen Begriff schon in den vierziger Jahren verwendet[45]. Er kommt ebenfalls in einem Brief vom 5. März 1852 an Weydemeyer vor[46]. Marx meint hier, er habe den Nachweis geliefert, »daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führe« und »daß diese Diktatur selbst nur der Übergang zur *Aufhebung aller* Klassen und zur *klassenlosen Gesellschaft* bilde ...« Im gleichen Sinne äußerte er sich in seinen »Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei«, als er feststellte:

»Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*[47].«

Die Diktatur des Proletariats ist in den Augen von Marx mit der Erkämpfung der Demokratie identisch, d. h. sie ist die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit[48]. Auch Engels erklärte noch im Jahre 1891 die *demokratische Republik* als »die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats[49]«.

Aber die Frage, ob Diktatur der Mehrheit oder der Minderheit, ist für unsere Betrachtung unwesentlich. Denn in beiden Fällen handelt es sich um *politische Herrschaft*, also um die in einem Gemeinwesen organisierte Herrschaft über Menschen[50].

Es ist ebenfalls ohne Belang, ob das Proletariat die Herrschaft in einem Land oder in mehreren erobert, weil sich dieser Unterschied lediglich auf die Größe des neuen Gemeinwesens auswirken würde.

Hinsichtlich der prinzipiellen Frage bleibt festzuhalten, daß als einziges Konkretum aus der Marx-Engelsschen Idee die Aufforderung zur Eroberung der politischen Herrschaft faßbar ist. Das bedeutet mit den Worten des Kommunistischen Manifests, daß sich das Proletariat zunächst selbst »als Nation konstituieren soll, um dann den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft durchzuführen[51]«.

Marx und Engels fügen ausdrücklich hinzu, daß das Proletariat keineswegs national im Sinne der Bourgeoisie sei, also

nicht im Bewußtsein der eigenen Besonderheit als selbständiger Nation handeln soll. Aber für ein gewichtiges Problem halten sie das nicht, weil nach ihrer Meinung »die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker« schon durch die kapitalistische Entwicklung mehr und mehr verschwunden seien, in der Revolution also keine wesentliche Rolle mehr spielen könnten[52].

Das Entscheidende für die Praxis ist die Aufforderung zur Eroberung der politischen Macht. In irgendeiner Form müßte sich die neue Staatsgewalt in dem proletarischen Gemeinwesen organisieren; denn sie hat eine Fülle von Aufgaben, um den Umwälzungsprozeß zur kommunistischen Gesellschaft einzuleiten.

Im Kommunistischen Manifest versuchen Marx und Engels erstmalig, den Revolutionären einige Hinweise auf diese Aufgaben zu geben, indem zehn »Maßregeln« aufgezählt werden, die in den »fortgeschrittenen Ländern« ziemlich allgemein zur Anwendung kommen sollen[53].

Die angeführten Maßnahmen sind, ohne daß wir sie im einzelnen wiederzugeben brauchen, allesamt konkret vorstellbar. Hier haben Marx und Engels also den allgemeinen und abstrakten Gedankengang unterbrochen, weil sie offenbar selbst versuchten, sich die konkreten Aufgaben der Diktatur des Proletariats zu vergegenwärtigen. Sämtliche vorgeschlagenen Maßregeln sind *Zwangsmaßnahmen*. Folglich muß es auch eine *Zwangsgewalt* geben – eben die Diktatur des Proletariats, die sie ergreift und ihre Durchführung kontrolliert[54].

Demnach ergibt sich also das folgende Resümee: Das einzige aus der Marx-Engelsschen Idee, was konkret vorstellbar und durchführbar erscheint – die Eroberung der politischen Macht sowie der Hinweis auf die ersten Maßnahmen –, steht im entschiedenen Gegensatz zur herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft.

Unsere Feststellung bezieht sich auf die von Marx und Engels vorgesehene Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Diese Periode wird zum entscheidenden Kriterium für die zukünftige Gesellschaft, denn von ihr und ihren Maßnahmen hängt es ab, ob der Umwälzungsprozeß zur kommunistischen Gesellschaft gelingt.

Einerseits sind alle Zwangsmaßnahmen in der Übergangsperiode legitim, weil sie der Vernichtung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung dienen und daher für den Übergang zur herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft, die keines Integrationsfaktors mehr bedarf, notwendig sind.

Andererseits benötigt auch die Diktatur des Proletariats, weil immer noch eine – wenn auch notwendige – Form politischer Herrschaft, einen Integrationsfaktor. Aber dieser Integrationsfaktor kann nicht die Nation sein wie im bürgerlichen Staat, sondern Integrationsfaktor des neuen proletarischen Gemeinwesens ist das proletarische Bewußtsein, d. h. das Bewußtsein der Proletarier, zur Revolution und zur Machtausübung in der Übergangsperiode zum Kommunismus legitimiert zu sein.

Damit ist die Alternative klar: Entweder die eingeleiteten Maßnahmen der Diktatur des Proletariats führen zur herrschaftslosen, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft und machen dadurch jeden Integrationsfaktor für ein politisches Gemeinwesen überflüssig, weil es bald keinerlei politische Herrschaft, keinen Staat mehr geben wird.

Oder die Diktatur des Proletariats ist nicht imstande, den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft durchzuführen, dann verliert die neue politische Herrschaft ihre Legitimation und muß sich früher oder später nach einer anderen Legitimation umsehen, wenn sie ihre Macht nicht allein auf Terror und Unterdrückung gründen will.

Lenins Verhältnis zu Marx

Revolutionäre Besessenheit

Um zu verstehen, welche Probleme den Bolschewisten nach ihrer Machtergreifung in Rußland entstehen mußten und entstanden, muß zunächst das Verhältnis Lenins zu Marx betrachtet werden. Wie wurde Lenin Marxist? Was verstand er unter Marxismus? Welche Konsequenzen zog er aus dieser Auffassung?

Wladimir Iljitsch Lenin ist die Schlüsselfigur für die bolschewistische Partei. Ohne ihn wäre weder die Machteroberung noch der Sowjetstaat denkbar[1].

Ausgangspunkt und Richtschnur für das gesamte Leben und Wirken Lenins war sein unerschütterlicher Wille zur Revolution, zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Treffend faßte Stalin sein Urteil in dem Satz zusammen:

»Lenin war für die Revolution geboren[2].«

Es bedurfte nicht erst Marx' und Engels', um Lenin den revolutionären Weg zu weisen; denn er war schon dazu entschlossen, als er ihre Schriften das erste Mal zu Gesicht bekam.

Unter der Anleitung seines älteren Bruders Alexander hatte der junge Wladimir Iljitsch Uljanow eifrig die Werke der führenden russischen Revolutionäre gelesen und ihre Lehren in sich aufgesogen. Seit seiner frühesten Jugend lernte er auf diese Weise den Haß gegen die bestehende Ordnung[3].

Den entscheidenden Anstoß dazu, selbst Revolutionär zu werden, erhielt Lenin durch den Tod seines geliebten und verehrten Bruders. Als der Siebzehnjährige im Mai 1887 durch die Zeitung erfuhr, daß Alexander wegen der Beteiligung an einem Attentatsversuch auf den Zaren in Schlüsselburg gehängt worden war, schleuderte er die Zeitung zu Boden und rief: »Das sollen sie mir büßen, das schwöre ich[4].«

Lenins Schwester Anna beschreibt die Bedeutung dieses Ereignisses für Lenin mit den Worten:

»Alexander Iljitsch starb als Held, und sein Blut leuchtete wie

die Röte eines revolutionären Brandes über dem Weg seines ihm nachfolgenden Bruders Wladimir [5].«

Und Lenins Lebensgefährtin, N. K. Krupskaja, berichtete später, er habe nach der Hinrichtung seines Bruders »selbständig die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes erwogen [6]«.

Von ihr wissen wir auch, daß es einen unauslöschlichen Eindruck auf den jungen Uljanow machte, wie die zahlreichen Bekannten der in dem Städtchen Simbirsk recht angesehenen Familie auf die Hinrichtung seines Bruders reagierten. Daß die bürgerlichen Kreise von ihr abrückten und nichts mehr mit der Familie eines Revolutionärs zu tun haben wollten, hat ihnen Lenin nie verziehen. Er betrachtete seitdem die Liberalen als Schwätzer, die keiner echten revolutionären Gesinnung fähig seien. Die Krupskaja meinte, sein Verhältnis zu den Liberalen sei dadurch für alle Zeiten festgelegt gewesen [7].

Es wird auch in der sowjetischen Geschichtsschreibung nicht bestritten, daß die Bekanntschaft mit der russischen revolutionären Bewegung – zu einem Zeitpunkt, als er sich noch nicht mit Marx beschäftigte – für Lenin von entscheidender Bedeutung war. In der »Großen Sowjet-Enzyklopädie« aus dem Jahre 1953 heißt es hierzu:

»Die fortschrittlichen Ideen der russischen revolutionären Demokraten übten einen großen Einfluß auf die Bildung der revolutionären Überzeugung Lenins aus [8].«

Die offizielle Lenin-Biographie enthält die Feststellung:

»Die Weltanschauung Lenins bildete sich in der ersten Periode seiner Jugend unter dem Einfluß der Erziehung in der Familie, dem Beispiel der Eltern, unter der Einwirkung der revolutionär-demokratischen Literatur und dem Kontakt mit dem Leben des Volkes. Einen starken Einfluß auf Wladimir übte ebenfalls sein älterer Bruder, Alexander, aus, der für ihn von frühester Jugend an eine unantastbare Autorität war [9].«

David Shub meint: »Zur Zeit, als sein Bruder starb und bevor er noch ein Wort von Marx gelesen hatte, lernte Lenin schon aus den menschlichen Lehren von Lawrow und Herzen als auch aus den dämonischen Visionen von Bakunin, Tkatschew und Netschajew [10].«

Die Meinung Alexander Herzens über die sozialistische Entwicklung gründete sich darauf, daß eine Republik, die nicht zum

Sozialismus führt, unsinnig sei. »Andererseits wäre ein Sozialismus, der versucht, ohne politische Freiheiten auszukommen, bald zu einer kommunistischen Autokratie entartet[11].«

Im gleichen Geiste rief Lawrow im Jahre 1874 aus: »Wir wollen keine neue Despotie!« Niemals könne eine ideologisch geschulte Minderheit dem Volke ihre revolutionären Ideen aufzwingen[12].

Lenin betrachtete diese Prophezeiungen teils mit dem überlegenen Wohlwollen des erfahrenen Revolutionärs, soweit es Herzen betraf, teils mit unverhohlenem Spott für Lawrow. Seine Vorbilder waren nicht sie, sondern die Vertreter der radikalen Richtung, repräsentiert durch die Namen Bakunin, Netschajew, Tkatschew und Zaichnewskij.

Letzterer hatte in einem Flugblatt im Winter 1862 geschrieben:

»Bald kommt der Tag, an dem wir die rote Fahne, das Banner der Zukunft, entrollen und mit dem Schlachtruf: ›Es lebe die sozialdemokratische Republik in Rußland!‹ zum Winterpalais marschieren werden, um dort alle umzubringen ...

Wir sind dafür, daß die Revolutionspartei, die dann die Macht übernehmen wird, ihre jetzige zentralisierte Organisation beibehalten muß, um so schnell wie möglich die Grundlagen für eine neue sozialwirtschaftliche Ordnung zu schaffen. Diese Organisation muß die Regierungsgewalt durch die Diktatur an sich reißen und vor nichts zurückschrecken. Die Wahlen zur Nationalversammlung müssen von der Regierung kontrolliert werden, damit diese sich überzeugen kann, daß keines ihrer Mitglieder noch für das gestürzte Regime ist – sollte eine solche Person überhaupt noch am Leben sein[13].«

In ähnlicher Weise antwortete Netschajew auf die Frage, welche Mitglieder des regierenden Hauses eigentlich umgebracht werden müßten, lakonisch: »das ganze Große Responsorium« (Gebet für das Kaiserhaus, in dem sämtliche Mitglieder der Familie Romanow erwähnt werden). Lenin hielt ihn wegen der Klarheit und »Volkstümlichkeit« dieser Antwort fast für ein Genie:

»Die Leute vergessen vollkommen, daß Netschajew ein einzigartiges Organisationstalent besaß, die Fähigkeit, überall die besonderen Techniken der Verschwörung einzuführen, seine Ge-

danken in so erschütternde Formen zu kleiden, daß sie sich auf ewig dem Gedächtnis einprägen[14].«

Diese Revolutionäre, die radikal mit der Gesellschaft gebrochen hatten, dienten dem jungen Wladimir Uljanow als Vorbild. Ein solcher Revolutionär wollte er auch werden.

In dem von Bakunin und Netschajew verfaßten »Katechismus des Revolutionärs« stehen einige der einprägsamen Formulierungen, von denen Lenin sprach und die er selbst geschrieben haben könnte:

»Sein ganzes Sein muß von einem Ziel, einem Gedanken, einer Leidenschaft beherrscht sein: die Revolution. . . . Mit Leib und Seele, mit Wort und Tat muß er jede Beziehung zu der bestehenden Ordnung, ja zur ganzen zivilisierten Welt mit ihren Gesetzen, guten Umgangsformen, ihren Konventionen und ihrer Moral abbrechen. Er ist ihr erbarmungsloser Feind und lebt in ihr nur zu dem einzigen Zweck, sie zu zerstören. Er haßt und verachtet die gesellschaftliche Moral seiner Epoche. Alles, was die Revolution fördert, ist sittlich . . . alles, was sie hindert, unsittlich[15].«

Im gleichen Stil forderte Peter Tkatschew im Jahre 1875 zur sofortigen Revolution auf:

»Ein Revolutionär hat immer recht und sollte sich deshalb auch berechtigt fühlen, das Volk zur Empörung aufzurufen[16].« Die revolutionäre Minderheit müsse »den Grundstein zum Bau einer neuen und vernünftigen Gesellschaftsordnung legen«.

Bonch-Brujewitsch, ein enger Mitarbeiter Lenins, der nach der Oktoberrevolution zum »Bevollmächtigten für Regierungsangelegenheiten« ernannt wurde, berichtet, Lenin habe die Schriften Tkatschews gut gekannt und häufig seine Umgebung gedrängt, sie zu lesen. Im Jahre 1905 meinte er einmal, Tkatschew stehe den bolschewistischen Ansichten »zweifellos« näher als andere[17].

Vor diesem Hintergrund, daß Lenin durch das Studium der russischen revolutionären Bewegungen und schließlich durch die Hinrichtung seines Bruders längst entschlossen war, selbst Revolutionär zu werden, muß seine Bekanntschaft mit Marx gesehen werden.

Als er im Herbst 1888 in Kasan mit einem marxistischen Kreis Verbindung aufnahm und erstmalig »Das Kapital« las,

das dort zumeist noch in Abschriften und Auszügen kursierte, betrachtete er die Marxschen Schriften bereits vom Standpunkt des entschlossenen Revolutionärs [18]. Die Krupskaja meint dazu:

»Er näherte sich Marx nicht als Gelehrter, sondern er kam zu ihm als ein Mensch, der Antworten sucht auf die quälenden Fragen der Gegenwart. Und er hat dort diese Antworten gefunden [19].«

Warum Lenin sofort von der Marx-Engelsschen Idee begeistert war, läßt sich aus den Berührungspunkten dieser Idee mit den Ansichten der radikalen russischen Revolutionäre erklären. Es handelt sich im wesentlichen um zwei Gesichtspunkte:

Erstens entsprach die Negation der kapitalistischen Ordnung durch Marx Lenins gefühls- und erfahrungsmäßiger Ablehnung der bestehenden Ordnung. Was er nur empfand, bewies Marx augenscheinlich mit wissenschaftlichen Argumenten.

Zweitens erkannte Lenin im Marxismus sofort die revolutionäre Theorie, die er als geistige Plattform benötigte, um seine revolutionären Pläne wissenschaftlich zu untermauern. Marx lieferte ihm vor allem die Bestätigung seiner Überzeugung, daß die Revolution mit absoluter Sicherheit kommen müsse [20].

Für jeden Marxisten gab es nach Auffassung Lenins nur ein Kriterium: die prinzipielle Ablehnung der bestehenden Ordnung und das uneingeschränkte Bekenntnis zur Revolution.

Das war auch früher seine Ansicht gewesen, und nun fand er sie im Kommunistischen Manifest wieder, in dem Marx und Engels zum »gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung« und »zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat« aufriefen [21].

Von Anfang an betonte Lenin, daß es ihm nicht um einzelne Zitate aus den marxistischen Schriften gehe, sondern das Wichtigste war ihm die »Einheit der revolutionären Theorie und der revolutionären Politik [22]«.

In der Auffassung Lenins hatten Marx und Engels die revolutionäre Theorie für seine revolutionäre Politik, also für die Eroberung der Macht, geliefert. Wie ein roter Faden zieht sich diese Auffassung des Marxismus durch seine Reden und Artikel. So schrieb Lenin in einem Aufsatz über Karl Marx (für »Granats Lexikon« 1914 [23]) nach der Würdigung der philosophischen und ökonomischen Aspekte der Marxschen Lehre:

»Sein [Marxens] Kampf gegen die Bourgeoisie, der sich in verschiedenen und immer inhaltsreicheren Formen äußert, wird unvermeidlich zum politischen Kampf, der auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat (›Diktatur des Proletariats‹) abzielt[24].«

Als sich während des Weltkrieges (1914 bis 1918) viele Sozialdemokraten zur Verteidigung ihres Vaterlandes bereitfanden, weil sie durch den Sieg des eigenen (kapitalistischen) Landes die Beschleunigung der sozialistischen Revolution erhofften, verhöhnte sie Lenin:

»Man nehme aus dem Marxismus alles, was für die liberale Bourgeoisie annehmbar ist – einschließlich des Kampfes um Reformen, einschließlich des Klassenkampfes (ohne die Diktatur des Proletariats natürlich), einschließlich der ›allgemeinen‹ Anerkennung ›sozialistischer Ideale‹ und der Ersetzung des Kapitalismus durch ›ein neues System‹, und werfe ›lediglich‹ die lebendige Seele des Marxismus beiseite, ›nur‹ seinen revolutionären Kern[25]!«

Diejenigen sozialistischen Richtungen, die diesen »revolutionären Kern« nicht als das Wichtigste am Marxismus ansehen wollten, hat Lenin stets gebrandmarkt und schärfer bekämpft als den kapitalistischen Feind.

Das beweist sein unerbittlicher Kampf gegen die sogenannten Ökonomisten, die es als ihr Hauptziel betrachteten, durch die Arbeit der Gewerkschaften die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Das zeigt ebenfalls seine unnachgiebige Haltung gegenüber den Menschewisten (vor allem gegenüber Plechanow und Martow), die den Marxismus als eine natürliche Bewegung ansahen und deshalb vor revolutionären Abenteuern warnten, und schließlich sein Kampf gegen die II. Internationale, in der die überwiegende Mehrheit der europäischen Sozialisten zusammengeschlossen war, als diese die nationalen Regierungen bei Ausbruch des Weltkrieges unterstützten.

Ihre Vorwürfe, Lenin mißbrauche den Marxismus für seine revolutionären Zwecke[26], prallten an ihm ab, da in seinen Augen die Revolution und die unentwegte Arbeit dafür der wichtigste Gesichtspunkt des Marxismus war[27]. Das Hauptargument gegen Lenins Auffassung war der Hinweis darauf, daß Marx nicht für die Revolution um jeden Preis eingetreten sei, sondern

daß er die sozialistische Revolution als das Eigen- und Endprodukt der kapitalistischen Entwicklung verstanden wissen wollte.

Brüsk wies er jeden Hinweis darauf zurück. So erklärte er einmal auf einen solchen Vorwurf aus den eigenen Reihen:

»Es hat keinen Zweck. Sie und Ihr Krassin mit seiner Theorie der naturgegebenen Evolution werden mich nicht überzeugen[28].«

Die Frage, ob der Marxismus als eine natürliche Bewegung aufzufassen sei, die über die Eigenentwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus führen muß, spielte während der Beratungen der bolschewistischen Führer im April 1917 eine entscheidende Rolle; denn ihre Bejahung wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Verzicht auf die Revolution im Agrarstaat Rußland.

Vor allem Rykow wandte sich gegen die Leninsche Forderung nach der sozialistischen Revolution in Rußland. Dabei stellte er fest: »Der Anstoß zur sozialistischen Revolution kann nur vom Westen aus gegeben werden[29].«

Lenin entgegnete: »Genosse Rykow sagt, daß der Sozialismus zu uns aus anderen Ländern mit einer entwickelteren Industrie kommen muß. Doch das ist nicht so. Man kann nicht sagen, wer anfängt und wer aufhört. Das ist kein Marxismus, sondern eine Parodie auf den Marxismus[30].«

Die Entschlossenheit, mit der Lenin seit Beginn seines revolutionären Kampfes den Gedanken an eine evolutionäre Entwicklung zum Kommunismus ablehnte, entsprang seiner Auffassung des Marxismus als einer Theorie, deren Sinn und Zweck die Revolution sei.

Der geborene Revolutionär hatte ein besseres Gespür als die marxistischen Theoretiker, daß es sich hier um zwei gegensätzliche Elemente handelt: das Element der Evolution, der natürlichen Bewegung, und das der Revolution, also des gewaltsamen Umsturzes.

Beide Elemente sind in der Marxschen Lehre enthalten. Der Streit der Marxisten um den Vorrang des einen oder anderen deckte ihre Unvereinbarkeit insbesondere in Rußland auf, wo zwar die Möglichkeit einer Revolution, aber nicht die »natürlichen Voraussetzungen« einer entwickelten Industrie vorhanden waren.

Im Grunde bedeutet die Auffassung des Kommunismus als einer natürlichen Bewegung in der Tat den Verzicht auf die Revolution. Wenn die Entwicklung durch den Zwang der Ereignisse (der Eigenentwicklung des Kapitalismus) ohnehin zum Sozialismus verläuft, so ist nicht einzusehen, warum an irgendeiner Stelle der evolutionären Entwicklung eine Revolution, ein gewaltsamer Umsturz, erfolgen soll[31]!

Für Lenin konnte es gar keinen Zweifel geben. Er verbannte den Gedanken der natürlichen Bewegung aus seiner Auffassung des Marxismus, als habe ihn Marx nie geäußert. Seine Rechtfertigung war die Berufung auf die Marxsche Forderung nach der Revolution, d. h. er konnte mit Marxschen Argumenten gegen die andere Auffassung des Marxismus operieren, ohne daß er ihn direkt angegriffen hätte; denn er wandte sich ja gegen seine Nachfolger, die seiner Meinung nach den Marxismus falsch interpretierten.

Lenins Hauptargument war die Feststellung, daß sich der Kapitalismus nach dem Tode von Marx zum Imperialismus entwickelt habe. Dadurch habe sich die Situation völlig geändert. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung eröffne durchaus die Möglichkeit der sozialistischen Revolution in einigen Ländern oder zunächst nur in einem Lande[32].

Im Grunde war von Lenin keine andere Haltung zu erwarten. Wenn er nicht auf die Revolution in Rußland verzichten wollte (und dieser Verzicht wäre in *seinen* Augen Verrat am Marxismus gewesen), mußte er das Element der natürlichen Entwicklung ignorieren.

Indem er das tat, paßte er freilich die Marx-Engelssche Idee seiner revolutionären Zielsetzung an. Und er beherrschte diese Kunst so gut, daß ihn Lunatscharskij, der spätere Erziehungsminister des bolschewistischen Rußlands, einmal einen »genialen Opportunisten« nannte:

»Er hat Züge eines genialen Opportunisten, d. h. eines Opportunisten, der den besonderen Eigentümlichkeiten der Bewegung Rechnung trägt und es versteht, diese Züge in der Richtung auf ein Ziel auszunutzen, das immer revolutionär bestimmt ist[33].«

Lenin berief sich darauf, daß Marx nur das Ziel gewiesen habe. Seine Theorie konnte also gar nichts anderes sein als eine

Anleitung zum Handeln: »die revolutionäre Theorie für eine revolutionäre Politik[34].«

Kein Bolschewist bezweifelte, daß Lenin den Marxismus zu Recht »weiterentwickelt« habe. In der sowjetischen »Geschichte der KPdSU« heißt es dazu: »Was wäre aus der Partei, aus unserer Revolution, aus dem Marxismus geworden, wenn Lenin sich gescheut hätte, den Buchstaben des Marxismus anzutasten ...?«

Den Unterschied zwischen Marx und Lenin, wie er ihn empfand, kleidete Trotzkij in einem Artikel in der »Prawda« in folgende Worte:

»Der ganze Marx ist im Kommunistischen Manifest, im Vorwort zu seiner Kritik im ›Kapital‹ enthalten. Auch wenn er nicht der Gründer der I. Internationale gewesen wäre, würde er stets das geblieben sein, was er ist. Lenin dagegen geht ganz in der revolutionären Tat auf. Seine wissenschaftlichen Arbeiten bedeuten nur eine Vorbereitung zur Tat. Hätte er in der Vergangenheit auch nicht ein einziges Buch veröffentlicht, so würde er in der Geschichte dennoch als das erscheinen, was er jetzt ist: der Führer der proletarischen Revolution, der Begründer der III. Internationale[35].«

Mehr noch als der glänzend formulierte Unterschied zwischen dem »Theoretiker« Marx und dem »Praktiker« Lenin interessiert an dieser Äußerung Trotzkijs, was er dem »ganzen Marx« zurechnet, nämlich das Kommunistische Manifest und das Vorwort zum »Kapital«. Wenn das Verständnis von Marx reduziert wird auf seine Ankündigung der unvermeidlichen Revolution, so darf freilich festgestellt werden, daß zur Verwirklichung einer solchen Auffassung weiter nichts gehört als eine Organisation entschlossener Revolutionäre.

Nach Lenins Meinung hatte schon mehrfach in der Vergangenheit eine revolutionäre Situation geherrscht, die eine sozialistische Revolution im Geiste von Karl Marx zweifellos gerechtfertigt hätte. Lenin nannte als Beispiele die Zeit nach 1860 in Deutschland, zwischen 1859 und 1861 sowie 1879/80 und ab 1905 in Rußland und seit Beginn des 20. Jahrhunderts in ganz Westeuropa. Wenn es bisher nicht zur Revolution kam, so liegt das hauptsächlich daran, daß keine entschlossene Revolutionspartei die Lage ausnützte[36].

In einem längeren Aufsatz (»Der Zusammenbruch der II. Internationale«) bestimmt Lenin die Merkmale einer revolutionären Situation, die er auch als »objektive Bedingungen« bezeichnet, folgendermaßen[37]:

»Für einen Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß die Revolution nicht möglich ist ohne eine revolutionäre Situation, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution zu führen braucht. Was sind ganz allgemein die Merkmale einer revolutionären Situation?

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die folgenden drei Hauptmerkmale vorhanden sein müssen:

1. Die Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Form zu behalten; diese oder jene Krise ›der Oberen‹, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß erzeugt, der von der Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen ausgefüllt wird. Für den Ausbruch der Revolution genügt es gewöhnlich nicht, daß ›man unten nicht mehr wie bisher weiterleben will‹, sondern es ist außerdem erforderlich, daß ›man es oben nicht mehr kann‹.
2. Eine außergewöhnliche Zuspitzung der Not und Armut der unterdrückten Klassen.
3. Eine beträchtliche, aus den angeführten Gründen verständliche Erhöhung der Aktivität der Massen, die sich in ›friedlichen‹ Epochen ruhig ausbeuten lassen, aber in stürmischen Zeiten durch die Umstände der Krise wie auch durch die ›Oberen‹ selbst zu einem selbständigen historischen Auftreten befähigt werden.«

In diesen Worten offenbart sich deutlich genug, was Lenin unter der revolutionären marxistischen Theorie verstand. Die »objektiven Bedingungen« für die Revolution enthalten keinen Hinweis auf die industrielle Entwicklung. Sie können auf jedes beliebige Land angewandt werden, und sie können durch eine besonders aktive Revolutionspartei auch beeinflußt werden, indem die Unzufriedenheit der Massen noch vergrößert wird.

Für Lenin geht es bei dieser Revolution ausschließlich um den Aufstand der Massen, also um den Aufstand der Armut gegen den Reichtum und gegen die »Oberen«.

Wenn man an die Marxsche Begriffsbestimmung des Prole-

tariats denkt, so erhebt sich die Frage, was Lenin unter »Proletariat« verstand, wen er zur ausgebeuteten und unterdrückten Klasse rechnete, die in der Revolution die Macht erringen sollte?

Diese Frage berührt vor allem die russischen Besonderheiten, d. h. das Problem der späten Industrialisierung und folglich des zahlenmäßig geringen Industrieproletariats.

Von Anfang an war dieses Problem unter den russischen Marxisten ein Streitobjekt gewesen. Lenin hatte einst zusammen mit Plechanow, dem anerkannten Führer aller russischen Marxisten, die Meinung bekämpft, daß sich der Kapitalismus in Rußland nicht in dem Maße entwickeln würde wie in Westeuropa. Er hat allerdings im Gegensatz zu Plechanow die Bedeutung der Bauern für die russische Entwicklung nie unterschätzt.

Bereits in seinen ersten literarischen Arbeiten befaßte er sich mit Agrarproblemen und stufte die Bauern nach ihrem Besitz in verschiedene Klassen ein[38]. Sehr bald drängte sich Lenin die Überzeugung auf, daß es die besonderen Bedingungen in Rußland erforderlich machten, nicht nur das Industrieproletariat, sondern auch die armen Bauern in den revolutionären Kampf einzubeziehen.

In diesem Sinne sagte er auf dem III. Parteikongreß der russischen Sozialdemokraten im Jahre 1905:

»Ohne die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist die Republik in Rußland unmöglich.«

Und er fügte hinzu:

»Leider hat Marx diese Situation nicht gekannt und nichts über sie geschrieben[39].«

Die Partei

Wenn die Marxsche Idee vom Umschlag zum Sozialismus erhalten bleiben sollte, ohne daß als Folge der zahlenmäßigen Überlegenheit der russischen Bauern die Agrarprobleme alles andere in den Hintergrund drängten, dann mußte die Revolution von einer Minderheit durchgeführt werden.

Von der Auffassung des Marxismus als Aufforderung zur revolutionären Aktion ohne Berücksichtigung der wirtschaft-

lichen Entwicklung führt ein gerader Weg zur Überprüfung seiner Anwendbarkeit auf die russischen Verhältnisse und schließlich zur Identifizierung der bolschewistischen Machtergreifung mit der »sozialistischen Revolution«.

Für Lenin war die von Marx geforderte Revolution im Grunde keine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung zu einem Höhepunkt, an dem sie zum Sozialismus umschlägt, sondern für ihn war die Revolution eine Folge der günstigen politischen Konstellation. Waren die politischen Verhältnisse für die Revolution erfolgversprechend, konnte man sie wagen.

Das Vorhandensein einer zum Äußersten entschlossenen, revolutionären Partei, die zielbewußt auf die Eroberung der politischen Gewalt hinarbeitet, war damit zur Schlüsselfrage für den Erfolg der Revolution geworden. Lenin hat diese Folgerung selbstverständlich aus seiner Interpretation des Marxismus gezogen.

In den ersten Jahren seines revolutionären Kampfes litt er darunter, daß die marxistischen Sozialisten nur »Amateure der Revolution« seien. Er forderte:

»Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben[40]!«

Wie Henry Guilbeaux, der im Schweizer Exil häufig Lenins Gesprächspartner war, erzählte, stellte er sich in den Jahren 1890 bis 1893 die Frage: Gibt es in Rußland gegenwärtig noch andere Leute, die die gleiche Meinung vertreten wie ich[41]?

Als die wichtigsten revolutionären Strömungen jener Zeit präsentierten sich Lenin:

die »Narodniki« (Volkstümler) – ein Gruppe, die sich hauptsächlich aus Intellektuellen zusammensetzte; sie wollten »ins Volk gehen«, um es für ihre idealen, schwärmerischen Anschauungen zu gewinnen;

und die »Narodowolzy« (zu deutsch etwa: Vollstrecker des Volkswillens), die sich dem individuellen Terror gegen die Repräsentanten des verhaßten zaristischen Regimes verschrieben hatten[42].

Daneben existierten in Petersburg und in verschiedenen anderen Städten marxistische Kreise und Arbeiterbildungsvereine, die unter dem geistigen Einfluß der von Plechanow, Leo Deutsch und Vera Sassulitsch im Jahre 1883 in Genf gegründeten so-

zialdemokratischen Gruppe »Befreiung der Arbeit« standen[43].

Die Bindungen zwischen den einzelnen marxistischen Zirkeln und zu den russischen Emigranten waren sehr lose. Es gab keine feste Organisation. Lediglich im Baltikum und in Polen spielten die geheimen Zellen der »Allgemeinen Jüdischen Arbeiterallianz« eine gewisse Rolle.

Als sich Lenin mit der Situation in Petersburg vertraut gemacht hatte, meinte er zu der Methode der marxistischen Arbeiterbildungsvereine:

»Nun, warum nicht? Wenn jemand das Vaterland im Verein für Elementarbildung retten will – bitte! Wir werden ihn dabei nicht stören[44].«

Er verlangte eine Organisation, die sich nicht nach diesen oder nach westeuropäischen Vorbildern richten dürfte. Sie müßte einerseits die besonderen Verhältnisse in Rußland berücksichtigen, indem sie sich mit der Agrarfrage auseinandersetzt; andererseits sollte sie sich einen Stamm ergebener Mitglieder schaffen, die sich völlig in den Dienst der Sache stellen.

Im Herbst 1895 unternahm Lenin den ersten Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der marxistischen Zirkel in Petersburg. Schon der Name dieser Organisation deutet auf die Aufgabe hin: »Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse[45]«.

Die Vereinigung beteiligte sich an mehreren Streiks in Petersburg; aber ihre Wirksamkeit war begrenzt, weil ihre Führer, darunter auch Lenin, kurz nach der Gründung nach Sibirien verbannt wurden.

Lenin befand sich noch immer in der Verbannung, als sich in Minsk im Jahre 1898 neun Delegierte der sozialistischen Hauptrichtungen Rußlands trafen, um auf diesem sogenannten I. Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiter Partei (RSDAP) die Proklamation eines Manifests zu beraten. Auch diese Delegierten wurden bald von der zaristischen Geheimpolizei verhaftet; aber der Anfang einer gesamtrussischen sozialistischen Organisation war immerhin gemacht. Das Manifest wurde überall verbreitet[46].

Lenin hatte von dem Kongreß durch seine Frau erfahren und trat der RSDAP trotz einiger Bedenken gegen das Gründungsmanifest ein Jahr später bei. Inzwischen war er mit Martow

und Potressow zusammengetroffen und schmiedete mit ihnen Pläne, wie die Parteiorganisation nach ihrer Rückkehr aus der Verbannung aufgebaut werden sollte. Dabei schälte sich bereits der Kern seiner Vorstellungen heraus:

Ein Zentralorgan, das im Ausland erscheinen müsse, um der zaristischen Geheimpolizei zu entgehen, sollte die theoretische und praktische Leitung der Partei übernehmen. Da der Vertrieb der Zeitung nur auf illegale Weise erfolgen konnte, war die beste Gewähr dafür gegeben, daß sich allmählich eine feste Organisation bilden konnte, die an die zentralen Weisungen gebunden war und nach konspirativen Methoden arbeitet.

Die Verbindung zu einer Reihe marxistischer Zirkel stellten Lenin, Martow und Potressow noch während der Verbannung her. Für die Gründung der Zentralzeitung wollten sie die Emigrantenorganisation in der Schweiz benutzen.

Mit diesen Vorsätzen reisten sie nach ihrer Entlassung im Jahre 1900 nach Genf[47]. Als Namen für die neue Zeitung wählte man das Wort »Iskra« (Funke). Zur Redaktion gehörten die drei »Alten«: Plechanow, Axelrod und Vera Sassulitsch; und die drei »Jungen«: Lenin, Martow und Potressow. Die Alten standen Lenins Plänen sehr zurückhaltend gegenüber und faßten ihre Arbeit in der Redaktion als eine literarische Beschäftigung auf.

Lenin jedoch sah in der Zentralzeitung das Instrument der revolutionären Aktion. In der ersten Nummer der »Iskra« (vom 21. Dezember 1900) schrieb er:

»Organisiert euch – nicht in einer Hilfsgemeinschaft, in Streikkassen und Arbeiterzirkeln – organisiert euch auch in einer politischen Partei, organisiert euch für den entschlossenen Kampf gegen die Autokratie und gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft!

... Wir müssen Menschen ausbilden, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende widmen, sondern ihr ganzes Leben[48].«

In demselben Artikel erinnerte er an die Erfahrungen der russischen Revolutionäre und meinte, daß die Marxisten hinsichtlich der Arbeit für die Revolution »stark hinter den Männern der alten russischen revolutionären Bewegung zurückgeblieben sind«.

Der Typ des Berufsrevolutionärs, den Lenin für seine Partei

forderte, war in dem schon erwähnten »Katechismus des Revolutionärs« beschrieben. Hier heißt es:

»Der Revolutionär ist ein Verdammter. Er darf keine Privatinteressen, keine Liebesgeschichten, keine Gefühle, keine Bindungen, keinen Besitz, nicht einmal den Besitz des eigenen Namens kennen[49].«

Lenin hat sich und seine Mitarbeiter an diese Regeln gewöhnt und nach ihnen gelebt. Als sich ein Bekannter in Paris entsetzt vorstellt, daß seine Frau im Gefängnis sitzen könnte, macht sich die Krupskaja, Lenins Frau, über diesen »Kleinbürger« lustig[50].

Durch diese strengen Regeln sollte aus der Partei eine revolutionäre Elite werden. Aber die Folgen der großen Anforderungen an ihre Mitglieder waren ebenfalls klar und vorauszusehen: An führender Stelle befand sich nur selten ein Arbeiter.

In einem Zeitraum von 15 Jahren saß im Petersburger Komitee der RSDAP nur ein einziger Arbeiter[51]. Unter den 43 stimmberechtigten Delegierten des II. Kongresses der Partei (im Jahre 1903) befanden sich nur drei Arbeiter, und auch diese »konnten nur mit Mühe aufgetrieben werden[52]«.

Am III. Kongreß (1905) nahm nicht ein Arbeiter teil[53]. Die »Führer der Arbeiterklasse«, sämtliche bekannten Führer der bolschewistischen Partei, entstammten dem Adel oder der russischen Bourgeoisie. Sie wurden in Gymnasien, Klosterschulen und Universitäten, also in den Bildungsstätten der herrschenden Klassen erzogen.

Warum Lenin die Intellektuellen zu den wichtigsten Mitgliedern der Partei machen wollte, hat er in der Broschüre »Was tun?« im Jahre 1902 dargelegt.

Die »unmündige« Masse sollte von dieser revolutionären Elite geführt werden. Nur revolutionäre Intellektuelle seien imstande, die Arbeiter aus den Klauen der Bourgeoisie zu befreien. Schließlich sei auch der Marxismus selbst nicht von Arbeitern entworfen worden. Folglich müßten sich die Gebildeten auch weiterhin der Arbeiter annehmen:

»Da die Arbeiter unfähig sind, durch eigene Kraft eine unabhängige Ideologie zu entwickeln, bleibt nur die Wahl zwischen der bürgerlichen oder der sozialistischen Ideologie, und die Frage ist nun die, welche es sein soll[54].«

Wenn die Arbeiter ihr Schicksal selbst gestalten, so würde ihr

revolutionärer Kampf unweigerlich in seiner Intensität nachlassen, je mehr Vorteile sie sich erkämpfen. Am Ende würden sie sich mit der Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele begnügen, d. h. sie würden nach Meinung Lenins nicht mehr den Umsturz der bestehenden Verhältnisse anstreben, sondern in das bürgerliche Fahrwasser abgleiten.

Um das zu verhindern, sollte ein neuer Typ des Revolutionärs entwickelt werden, der die Treue zur Revolution mit besonderen Fähigkeiten der Agitation verbindet. Mit den Worten Lenins:

»Das Ideal eines Sozialdemokraten darf nicht der Gewerkschaftssekretär, sondern muß der *Volkstribun* sein, der es versteht, auf jede einzelne Erscheinung von Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie sich auch ereignen mag, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mag, – der es versteht, alle diese Erscheinungen zu einem Bild der Polizeigewalt und der kapitalistischen Ausbeutung zu verallgemeinern, – der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor allen* seine sozialistische Überzeugung und seine demokratischen Forderungen auszubreiten und jedermann die welthistorische Bedeutung des proletarischen Befreiungskampfes zu erläutern[55].«

So war die Forderung nach dem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung in Rußland von vornherein nicht durch die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes begründet, sondern sie richtete sich an alle, die mit den russischen Verhältnissen unzufrieden waren.

Lenin suchte die Verbindung zu ihnen und verstand es wie kein anderer, ihren Haß gegenüber dem System, das sie augenscheinlich benachteiligte, zu schüren. Aber er stand ihnen gleichzeitig mit Mißtrauen gegenüber und machte kein Hehl aus seiner Meinung, daß die Revolution nur durch die Unterordnung unter die revolutionäre Elite herbeigeführt werden kann.

Noch deutlicher wurde Lenin, als die Bolschewisten die Macht erobert hatten. Nun sagte er über das Verhältnis zwischen Partei und Volk:

»Klassen werden von Parteien geführt und Parteien wiederum von einzelnen Individuen, Führer genannt. Das ist das ABC. Der Wille einer Klasse wird manchmal von einem Diktator ausgeführt[56].«

In Übereinstimmung mit dieser Äußerung hat Lenin stets gehandelt. Und er sah es als selbstverständlich an, mit den alten Führern der russischen Sozialdemokratie zu brechen, die ihm auf diesem Weg nicht folgen wollten und seine Pläne behinderten.

Der Bruch erfolgte auf dem II. Parteikongreß im August 1903, ausgelöst durch die Meinungsverschiedenheiten über die Struktur der Partei [57].

Den meisten Delegierten erschienen die Auseinandersetzungen als ein »Streit um Bagatellen [58]«. Für Lenin hatten sie jedoch grundsätzliche Bedeutung. Sie entschieden darüber, ob sich die Russische Sozialdemokratische Partei zur Massenpartei entwickeln oder eine Partei der Elite bleiben sollte.

Lenin hielt den zentralistischen Aufbau und die straffe Führung der Partei für unerläßlich, wenn sie ein Instrument zur Eroberung der politischen Gewalt sein sollte. Er forderte ebenso hartnäckig, daß nur der Mitglied sein solle, der sich zur Mitarbeit und Unterordnung verpflichtet.

Als seine bisherigen Mitarbeiter (Martow, Potressow, Axelrod und Trotzkij) gegen die Vorschläge Lenins opponierten, ließ er es auf eine Spaltung der Partei ankommen und betrachtete sie künftig als Feinde. Er sammelte seine Anhänger und legte sie auf dem III. (rein bolschewistischen) Parteikongreß im Jahre 1905 auf seinen Kurs fest.

Die bolschewistische Richtung in der russischen Sozialdemokratie bewahrte ihr Eigenleben auch dann, als sich Lenin dem Druck der Sozialistischen Internationale beugte und auf dem IV. Parteitag (1906) widerwillig der Einigung mit den Menschewisten zustimmte. Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, die Menschewisten zu attackieren, bis sie schließlich auf der Parteikonferenz in Prag (1912) endgültig aus den Führungsgremien der Partei vertrieben wurden.

Man hat Lenin in diesen Jahren oft als Wahnsinnigen und Unruhestifter hingestellt. Die Balabanoff, ein altes Mitglied der russischen Sozialdemokratie, fragte ihn bei jedem Zusammentreffen: »Wieviel Resolutionen haben Sie in der Tasche? Nun, welche Spaltung haben Sie für uns bereit [59]?«

Aber Lenin wußte genau, was er wollte. Seine Partei war auch im Jahre 1917 zahlenmäßig nicht groß, sie bestand jedoch aus Leuten, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende

widmeten wie die Angehörigen anderer Parteien, sondern ihr ganzes Leben.

»Es war eine Organisation der revolutionären Minderheit; im gegebenen Augenblick sollte diese Minderheit die Zügel der Macht ergreifen[60].«

Wir hatten früher festgestellt, daß Lenin die Marx-Engelssche Idee als die entschiedenste Kampfansage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufgegriffen hat. Nachdem er die Marxschen Argumente für die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus kennengelernt hatte, hielt er nicht mehr viel von den Zukunftsvorstellungen der russischen Revolutionäre, die ihn in seiner Jugend so beeindruckt hatten.

Das bedeutet aber nicht, daß er auch ihre Methoden des revolutionären Kampfes verworfen hätte. Ausführlich setzte er sich mit dieser Frage auseinander und kam zu dem Schluß, daß man nicht auf die reichen Erfahrungen der revolutionären Bewegung in Rußland verzichten könne. In gewissem Umfange müsse man die Marxisten sogar als die Erben des »fortschrittlichen Teils der russischen Gesellschaft« betrachten[61].

Freilich erschien ihm der individuelle Terror allein nicht geeignet, den Sieg zu erkämpfen. Dennoch wird man nicht restlos darauf verzichten können, falls es die Situation erfordert.

So rief er im September 1906 zum »Partisanenkrieg« auf, der zwei Ziele verfolgen müsse:

»Als erstes: Mord an einzelnen Persönlichkeiten, Vorgesetzten und Untergebenen des militärischen und Polizeidienstes;

als zweites: Konfiszierung von Geldmitteln bei der Regierung sowie auch bei Privatpersonen.«

In diesem Artikel bezeichnete er die Raubzüge Stalins und Kamos im Kaukasus, die nach seinen Angaben der Partei über 200 000 Rubel einbrachten, und die Betrügereien von Krassin und »Viktor« mit einem Reingewinn von 875 000 Rubel als die »großen Enteignungen[62]«.

Diese Unternehmungen fielen in die Zeit der Vereinigung der Bolschewisten und Menschewisten und führten zu einer Rebellion in der Partei. Maxim Gorki, Lunatscharski und viele andere erklärten spontan ihren Austritt. Lenin berührte das wenig. Schützend stellte er sich vor die »Enteigner« und forderte zu neuen Raubzügen auf:

»Wenn ich Sozialdemokraten sehe, die stolz und selbstgefällig erklären: Wir sind keine Anarchisten, keine Diebe, keine Räuber, wir sind etwas Besseres, wir lehnen den Partisanenkrieg ab, dann frage ich mich: Verstehen diese Leute überhaupt, wovon sie reden[63]?«

Als der schon erwähnte »Viktor«, der nach der Oktoberrevolution unter seinem richtigen Namen, Taratuta, sowjetischer Vertreter der Komintern in Frankreich war, von Lenin zum Delegierten des V. Parteikongresses (1907) ernannt wurde, obwohl er kurz vorher Parteigelder unterschlagen hatte, verteidigte sich Lenin damit, daß er ihn als »intelligenten Schurken« vorgeschlagen habe. Eine Revolution sei eine schwierige Sache, meinte er:

»Man kann sie nicht mit Handschuhen oder manikürten Fingernägeln machen. Eine Partei ist kein Mädchenpensionat. Parteimitglieder dürfen nicht mit dem beschränkten Maßstab bürgerlicher Moral gemessen werden. Manchmal ist ein Schuft der Partei nützlich, gerade weil er ein Schuft ist[64].«

Mehr noch als der individuelle Terror hatte Lenin die konspirative Praxis der Narodowolzy imponiert. Die Verteilerorganisation der bolschewistischen Zentralzeitungen (»Iskra«, »Wperiod« usw.) war nach dem bewährten Rezept aufgebaut. Da sie mit der Parteiorganisation identisch war, arbeitete die gesamte Partei in der Art einer Verschwörergruppe. Strengste Geheimhaltung aller Verbindungen, Decknamen für die Mitglieder, doppelte Kofferböden und Tarnadressen gehörten zur alltäglichen Praxis jedes bolschewistischen Revolutionärs.

Die Krupskaja sprach von »der guten Schule der Narodowolzy«, durch die es Lenin zum Meister der Konspiration gebracht hatte[65].

Von den Narodniki schließlich übernahm er, daß man zur Durchsetzung seiner Ziele ins Volk gehen muß – aber nicht als Philantrop, sondern um es aufzuputschen.

Faßt man die verschiedenen Einflüsse auf die Bildung einer eigenen Vorstellung von den Methoden des revolutionären Kampfes bei Lenin zusammen, so ergibt sich folgendes Resümee:

Nicht Marx und Engels machten Lenin zum Revolutionär. Er war es, bevor er sich mit ihren Werken beschäftigte. Er griff begeistert ihre Argumente gegen den Kapitalismus und für die

Revolution auf, weil er ihre Thesen für die konsequenteste revolutionäre Theorie hielt. Er zögerte aber auch keinen Moment, Marx und Engels zu korrigieren, wenn es ihm im Interesse der Revolution notwendig schien.

Wesentliche Anregungen für die Art seiner revolutionären Politik und für die Struktur der Partei, die sie durchführen sollte, konnten ihm Marx und Engels nicht bieten. Also holte er sie sich bei den russischen revolutionären Bewegungen:

Von Bakunin, Netschajew und Tkatschew den Typ des Berufsrevolutionärs und das Prinzip, daß sich eine revolutionäre Elite in einer festen Organisation zusammenschließen müsse.

Von den Narodowolzy die konspirative Praxis und Geschicklichkeit sowie die Bereitschaft zum Terror.

Von den Narodniki die Methode der Agitation im Volk, um es für die Revolution reif zu machen.

Marx und Engels blieb es vorbehalten, ihm die Ideologie zu liefern. Er eignete sich diese an, entwickelte sie in seinem Sinne weiter und machte den Marxismus zu seinem Monopol. Jeden Angriff auf seine Auffassung des Marxismus verteidigte Lenin, als sei er gegen Marx selbst gerichtet.

Fieberhaft hat er seit dem ersten Tag seines Kampfes die Revolution herbeigesehnt. Als ihn (endlich) im Januar 1905 in Genf die Nachricht erreichte, daß am 22. Januar eine friedliche Demonstration unter Führung des Priesters Gapon von der zaristischen Gendarmerie zusammengeschossen wurde, hielt er den Zeitpunkt des offenen Kampfes für gekommen.

Am 25. Januar 1905 schrieb er einen begeisterten Artikel mit der Überschrift: »Die Revolution in Rußland hat begonnen[66]«.

Von nun an findet sich in seinen Aufsätzen immer wieder der Satz: »Die revolutionäre Gesinnung wächst von Tag zu Tag, nein: von Stunde zu Stunde.«

»Zu den Waffen, Arbeiter und Bauern! Möge der erste Mai dieses Jahres für uns der Feiertag des Volksaufstandes sein!«

hieß es in dem von Lenin verfaßten Aufruf zum ersten Mai des Jahres 1905[67].

Als Gapon, ein einfacher Muschik, der, ohne es zu wollen, der Held der Januarrevolution geworden war, nach Genf kam, unterhielt sich Lenin stundenlang mit ihm. Sinowjew bezeichnete ihn zwar als »Provokateur«, die Krupskaja meinte jedoch:

»Wie hätte Lenin an einem Mann vorübergehen können, der der Masse so nahestand und solche Macht über sie hatte wie Gapon[68]?«

Das Scheitern der Revolution bereitete Lenin schlaflose Nächte. Er beklagte sich bitter darüber, daß man nicht auf ihn gehört habe, als er schon früher (1902) gefordert hatte, bewaffnete Kampfgruppen aufzustellen und die revolutionäre Gesinnung unter den Soldaten zu schüren. Schon damals hatte er die zaristische Herrschaft mit einer Festung verglichen, die regelrecht belagert werden müsse, ehe man zum Sturm antreten kann[69]. Daß der Sturm im Jahre 1905 mißlang, schob er hauptsächlich auf die geringen militärischen Kenntnisse der Arbeiter. Er forderte ein intensives Studium der Literatur über Krieg und Bürgerkrieg.

Lenin ging selbst mit gutem Beispiel voran, las alles, was Marx und Engels über Krieg geschrieben hatten und studierte die Schriften von Cluseret und Clausewitz, den er oft zitierte[70].

Nachdem er bei Marx den Ausspruch entdeckt hatte: der bewaffnete Aufstand ist eine Kunst, erhob er diesen allgemeinen Satz zum marxistischen Leitmotiv für die Notwendigkeit, daß diese Kunst so schnell wie möglich erlernt werden müsse. Er arbeitete eine umfassende Aufstandstheorie aus, die als Anleitung für die Praxis gedacht war. Sie enthielt einzelne Etappen wie: Verschwörung, Demonstrationen, Straßenkampf, Bildung von Kampfgruppen der revolutionären Armee und endlich der Ausbruch des offenen Bürgerkrieges[71].

Die Situation war in den Jahren nach 1906 für die russischen Revolutionäre ungünstig. Der Niederlage bei den Aufständen folgte eine allgemeine Resignation, noch verstärkt durch verschiedene Reformen des zaristischen Systems[72].

Lenin kam allmählich zu der Überzeugung, daß die Revolution eines Anstoßes von außen bedarf. 1913 schrieb er an Maxim Gorki:

»Ein Krieg zwischen Österreich und Rußland würde der Sache der Revolution in Westeuropa sehr nützlich sein. Aber man kann sich schwer vorstellen, daß Franz-Josef und Nikolaus uns den Gefallen tun werden[73].«

Nachdem der Weltkrieg ausgebrochen war, glaubte Lenin, daß nun die Revolution einen entscheidenden Auftrieb erhalten

würde. Vom ersten Tage an forderte er unentwegt die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg. Er wandte sich scharf gegen alle pazifistischen Losungen, die er auch bei Rosa Luxemburg bemerkte, indem er erklärte:

»Jedes ›Friedensprogramm‹ ist ein Volksbetrug und eine Scheinheiligkeit, wenn es nicht in erster Linie darauf beruht, den Massen die Notwendigkeit der Revolution klarzumachen[74].«

In den Augen der anderen Sozialisten waren diese Forderungen Lenins maßlos, zumal in Rußland die bolschewistische Partei in alle Winde verstreut war. Hier hatte die zaristische Geheimpolizei seit langem nicht die Bolschewisten, sondern die Menschewisten und die Bauernpartei (die Sozialrevolutionäre) als ihre Hauptfeinde betrachtet. Sie konnte sich das allerdings auch erlauben, da dank der Leninschen Vorliebe für Schufte die bolschewistische Partei mit Spitzeln der Ochrana durchsetzt war. So befanden sich unter den 13 stimmberechtigten Delegierten der Prager Konferenz (1912) drei Spitzel. Einer von ihnen, Malinowsky, fungierte jahrelang als Vorsitzender der bolschewistischen Fraktion in der Duma und verriet die Aktionen der Partei regelmäßig der Geheimpolizei. Zahlreiche Verhaftungen bolschewistischer Führer gehen auf sein Konto. Stalin wurde durch Malinowskys Verrat dreimal festgenommen[75].

Lenin erreichte die Nachricht vom Ausbruch der Februar-Revolution 1917 in seinem Exil in der Schweiz. Sofort wollte er zurück nach Rußland. Er erwog alle Reisemöglichkeiten, auch phantastische Pläne als »taubstummer Schwede« oder mit dem Flugzeug nach Rußland zu gelangen, und griff ohne zu zögern zu, als ihm die Fahrt durch Deutschland angeboten wurde[76].

Er fand seine Partei als ein »erbärmliches Häuflein« vor[77]. In allen Volksvertretungen waren die Bolschewisten in der Minderzahl, in ihren Ansichten über den politischen Kampf zerrissen, ohne ein klares Programm. Aber er bemerkte ebenso, daß die provisorische Revolutionsregierung mit der Revolution nur spielte, ohne sie entschlossen für populäre Maßnahmen auszunutzen. Die Bodenreform war zwar angekündigt, wurde aber bis zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung vertagt. Diese wiederum konnte nicht zusammentreten, weil der Wahltermin immer wieder verschoben wurde.

Lenin erkannte sofort, daß die Chance der Machtergreifung günstig war, wenn es ihm gelang, seine Partei zu einen und mit Siegeszuversicht zu erfüllen. Binnen eines Monats nach seiner Rückkehr hatte er dieses Ziel erreicht.

Der Krieg war unpopulär, also forderte Lenin seine unverzügliche Beendigung. Die Bauern verlangten Land; Lenin versprach es ihnen.

Auf diese Weise gelang es den Bolschewisten vor allem in den größeren Städten und in militärischen Einheiten, in denen die Mißstimmung über den Krieg am größten war, Anhänger zu sammeln. An dem Verlauf des Sommers und Herbstes 1917 läßt sich wie an einem Barometer ablesen: Wenn die Unzufriedenheit mit der Provisorischen Regierung stieg, vergrößerte sich auch der bolschewistische Einfluß. Vorübergehende Rückschläge konnten die Entschlossenheit Lenins nicht mindern.

Schon im Juni 1917, als der I. Allrussische Kongreß der in der Revolution spontan gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte zusammentrat, bekamen die anderen Parteien einen Eindruck von der klaren Zielsetzung der Bolschewisten. Sie stellten ca. 100 Delegierte von insgesamt 1000. Aber als ein Minister der Provisorischen Regierung beiläufig sagte, daß doch sowieso keine Partei imstande sei, allein zu regieren, antwortete ihm Lenin:

»Zeretelli hat gesagt, es gäbe in Rußland keine politische Partei, die erklären würde, daß sie bereit sei, die Macht zu übernehmen. Ich sage: es gibt eine. Unsere Partei ist jeden Augenblick dazu bereit[78].«

Einige Monate später, während sich die bolschewistischen Führer noch darüber stritten, ob man den Aufstand riskieren könnte, veröffentlichte Lenin einen Artikel mit dem bezeichnenden Titel: »Werden die Bolschewisten die Macht behaupten können[79]?«

Er war seiner Partei immer einen Schritt voraus. Und wenn sie im Oktober 1917 tatsächlich die Macht errang, dann deshalb, weil Lenin nur an dieses Ziel gedacht und dafür gearbeitet hat. Trotzkij meinte dazu:

»Dieser gewaltigste Maschinist der Revolution war nicht nur in der Politik, sondern auch seinen theoretischen Arbeiten, in seinen philosophischen und Sprachstudien wie in seinen Ge-

sprächen mit Menschen unabhänderlich beherrscht von ein und derselben Idee – dem Ziel[80].«

Noch besser drückte eine Teilnehmerin an dem Kopenhagener Kongreß der Sozialistischen Internationale (1910) ihr Urteil aus, als sie gefragt wurde, wieso Lenin, von dem allerorts gesagt wurde, daß er allein gegen die Partei stehe, die Partei als einzelner ruinieren könne! Sie antwortete:

»Weil es nur einen Mann gibt, der an nichts anderes denkt und von nichts anderem träumt als der Revolution – und das an vierundzwanzig Stunden des Tages[81].«

Diese Besessenheit von der Revolution, die Unterordnung aller anderen Gesichtspunkte unter das eine Ziel, gaben Lenin den sicheren Blick für den Weg, der ihn zur Machtergreifung führen mußte.

Nach dem treffenden Urteil des Schweizer Sozialdemokraten Otto Blum, der Lenin gut kannte und manchen Streit mit ihm ausgefochten hatte, war Lenin »der einzig Wachende unter so vielen Schlafwandlern der Revolution. Fast alle waren sie durch Phrasen und Illusionen, durch Prinzipien und Leitsätze gebunden. Lenin betrachtete die Wirklichkeit mit dem nüchternen Auge des Experimentators, und sie breitete sich vollkommen geheimnislos vor ihm aus[82].«

Wer der Revolution nützlich erschien, war Lenins Freund. Wer ihr nach seiner Meinung schadete, wurde von ihm bekämpft. Die Folge dieser Einstellung war, daß sich seine Umgebung ständig veränderte, Freunde zu Gegnern und Gegner wieder zu Freunden wurden[83].

Ebensowenig scheute er davor zurück, seine Meinung der jeweiligen Lage anzupassen und nach Bedarf zu ändern. Bucharin, einer der führenden Theoretiker der Partei, erklärte das mit folgenden Worten:

»Um uns im Chaos des Lebens, in der größten Kompliziertheit der Erscheinungen zurechtzufinden, . . . muß man sich allen Verhältnissen anpassen und diese Verhältnisse einem gemeinsamen Ziel entgegentreiben. Haben sich die Klassenverhältnisse geändert, dann einen Schritt weiter, heraus mit einer neuen Parole[84]!«

Es wäre müßig, Lenin auf frühere Äußerungen festlegen zu wollen, die er später durch sein Verhalten selbst ad absurdum

führte. Denn er war sich seiner Sinnesänderung durchaus bewußt. Zu solchen Vorwürfen meinte er im November 1917:

»Denkt daran, daß der Lenin, den ihr vor zehn Jahren gekannt habt, nicht mehr existiert, er ist tot[85]!«

Nach der Oktoberrevolution überraschte er einmal Radek beim Lesen seiner Artikel aus dem Jahre 1903. Lenin lachte: »Ist es nicht interessant zu lesen, was für Dummköpfe wir damals waren[86]?«

Er wußte wohl, wie wenig eine Revolution unzufriedener Soldaten und Bauern sowie der relativ geringen Anzahl von Arbeitern mit der Marxschen sozialistischen Revolution gemein hatte. Aber er hatte mit seiner Partei die Macht erobert. Damit glaubte er endlich die Möglichkeit zu haben, die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Und so wies er alle Vorhaltungen und Berufungen auf Marx mit dem Hinweis auf die Zukunft zurück.

Ende 1917 antwortete er einmal einigen skeptischen Genossen:

»Ich kenne den ganzen Vorrat der stereotypen, abgenutzten marxistischen Phrasen, die in Wirklichkeit kleinbürgerliche Lappalien sind, von denen Sie sich nicht trennen können ... Lassen Sie sich gesagt sein, darüber sind wir hinaus. All das liegt hinter uns. All das ist nichts als marxistische Haarspalterei. Wir haben das von uns abgetan wie jene unvermeidlichen Kinderkrankheiten, durch die jede Klasse und jede Gesellschaft hindurch muß, und von denen sie sich trennt, wenn sie ein neues Morgenrot am Horizont erblickt[87].«

Lenin mußte die ökonomische Entwicklung ignorieren, wenn er in Rußland die Macht erobern wollte. Sonst hätte ihn die ökonomische Rückständigkeit Rußlands zum Aufschub der Revolution bis zu dem Zeitpunkt gezwungen, an dem die Industrialisierung einen Höhepunkt erreicht haben würde.

Diese Rückständigkeit schien ihm kein unüberwindliches Hindernis zu sein. Hatte man erst die Staatsgewalt erobert, dann würde sich auch diese Frage lösen lassen. Denn nun konnten die Bolschewisten mit der in ihren Händen konzentrierten Macht alles bewerkstelligen, also auch die Beseitigung der russischen Rückständigkeit.

Tatsächlich glaubte Lenin, wie er später selbst zugab, daß es

nach der Machteroberung keine besonderen Schwierigkeiten geben könnte, weil die Orientierung an Marx und Engels automatisch zur kommunistischen Gesellschaft führen müsse [88].

Im Oktober 1917 war Lenin voller Optimismus, wenn es nur gelang, die Macht zu behalten. Zu Trotzkij meinte er, daß es nicht länger als sechs Monate dauern könne, bis die sozialistische Gesellschaft verwirklicht sei [89].

Alle Überlegungen der Bolschewisten hatten einen gemeinsamen Nenner: Die Macht war angestrebt und erobert worden, um in Rußland den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft durchzuführen. Die bolschewistische Machteroberung konnte nur gerechtfertigt werden, wenn dieses Ziel erreicht wurde.

Die Übergangsperiode zum Kommunismus

Lenins Vorstellungen vor 1917

Die monomanische Konzentration Lenins auf die Revolution konkretisierte sich in der Absicht, die politische Herrschaft zu erobern und zu sichern. Dadurch müßte es gelingen, den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft einzuleiten und zu Ende zu bringen.

Dabei berief sich Lenin auf die Ansicht von Marx und Engels, daß die Machteroberung durch das Proletariat und seine politische Herrschaft in der Übergangsperiode unabdingbar seien, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen.

Weder Marx, Engels noch etwa Lenin ahnten jedoch, daß die Etablierung einer proletarischen Diktatur naturgemäß die prinzipielle Frage aufwerfen mußte, ob nicht gerade die Konzentration der Macht den Weg zur herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft versperren würde.

Für die Bolschewisten schien diese Frage vor 1917 geklärt zu sein: Mit dem Kapitalismus würde jede Form politischer Herrschaft verschwinden. Auch die konkrete Form einer Diktatur des Proletariats in Rußland erschien vor 1917 zweitrangig.

Das Ziel aller Revolutionäre war in diesen Jahren die Beseitigung der absoluten Herrschaft des Zaren, die Herstellung einer parlamentarischen Republik und eine Koalitionsregierung der revolutionären Parteien. So urteilte auch Lenin während der revolutionären Erhebungen im Jahre 1905. Er schrieb:

»Jenes Prinzip, daß es für Sozialdemokraten unzulässig sei, sich zusammen mit der Bourgeoisie an der provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen, daß eine solche Beteiligung Verrat an der Arbeiterklasse wäre, ist Anarchismus [1].«

Als aber nach der unerwartet schnellen und reibungslosen Überleitung von der Autokratie zur Republik im Frühjahr 1917 Rußland eine parlamentarische Demokratie geworden war, änderte Lenin seine frühere Einstellung. Nunmehr glaubte er an die Möglichkeit, daß sich die bolschewistische Partei allein die Macht erkämpfen könne.

Dieser Kurswechsel überraschte zu allererst Lenins Anhänger, die ihm bei seiner Rückkehr nach Petrograd, am 3. April 1917, begeistert zujubelten[2].

Die Mehrheit der bolschewistischen Partei hatte sich für die Mitarbeit an der revolutionären Regierung entschieden, um ihre Tätigkeit »kontrollieren« zu können. Kamenew und Stalin forderten in der Zentralzeitung »Prawda« ausdrücklich dazu auf, und sowohl eine Parteikonferenz in Petrograd am 29. März 1917 wie in Moskau am 3./4. April 1917 hatten diese Haltung gebilligt[3].

Lenin hatte diese Tendenzen schon in seinem Schweizer Exil mit Argwohn verfolgt. Nach seiner Rückkehr bekämpfte er sie schonungslos.

In seiner Begrüßungsrede vor dem Bahnhof in Petrograd und in den folgenden Besprechungen machte er seinen Standpunkt in unmißverständlicher Form klar. Seine Losungen hießen: Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung! Vorwärts zur sozialistischen Revolution[4]!

Der Eindruck dieser radikalen Forderungen auf die meisten Bolschewisten war niederschmetternd. Trotzkij verglich die Wirkung der Rede Lenins vor dem Finnländischen Bahnhof mit einer Bombe[5]. Suchanow, der auf Einladung Kamenews an der folgenden Besprechung teilnahm, schildert seinen Eindruck mit folgenden Worten:

»Niemals werde ich diese, dem Blitz vergleichbare Rede vergessen, die nicht nur mich tief erschütterte und traf, einen Ketzer, der sich nur zufällig dort am Orte befand, sondern auch alle Rechtgläubigen. Ich versichere, daß niemand etwas Derartiges erwartet hatte[6].«

Lenins früherer Mitarbeiter Bogdanow schnitt ihm das Wort ab mit der Bemerkung: »Das sind die Wahnvorstellungen eines Irrsinnigen[7]!«

Josef Goldenberg, ein Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees und ebenfalls gerade aus dem Exil zurückgekehrt, entgegnete Lenin unter Anspielung auf seinen früheren Standpunkt, daß die Weigerung zur Mitarbeit in der Provisorischen Regierung Anarchismus sei:

»Der Tod Bakunins, dieses großen Anarchisten, der jahrelang keinen würdigen Nachfolger hatte, hinterließ einen leeren

Platz, der nun besetzt ist. Alles, was wir eben gehört haben, ist eine völlige Verleugnung der ganzen sozialdemokratischen Doktrin, der ganzen Theorie des wissenschaftlichen Marxismus. Wir haben soeben ein klares und unmißverständliches Bekenntnis zum Anarchismus gehört. Sein Verkünder, der Erbe Bakunins, ist Lenin.

Lenin, der Marxist, der Führer unserer militanten Sozialdemokratischen Partei, ist nicht mehr. Ein neuer Lenin ist erstanden, Lenin, der Anarchist[7].«

Aber Lenin ließ sich von den vielen Anfeindungen nicht beeinflussen. Wenige Tage später stellte er seine Forderungen in den sogenannten »Aprilthesen« der Partei zur Diskussion[8].

In diesen Aprilthesen verlangte er als Voraussetzung für die Mitarbeit der bolschewistischen Partei an der Regierung die Übernahme der Macht durch das Proletariat und die Bauern sowie den endgültigen Bruch der bürgerlichen Regierung mit den Interessen des Kapitals.

Die bürgerliche Regierung, das Produkt der bürgerlichen Revolution, sollte also ihre eigenen Interessen verleugnen, obwohl Lenin in seinen früheren Schriften stets die parlamentarische Demokratie als das nächste Ziel bezeichnet hatte. Nun, da sie in Rußland Wirklichkeit geworden war und Lenin selbst feststellte: »Rußland ist jetzt von allen kriegführenden Ländern das freieste Land in der Welt«, erklärte er sie für überholt und forderte: »nicht die parlamentarische Republik, die Rückkehr zu ihr von den Sowjets der Arbeiterdelegierten wäre ein Schritt zurück, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Tagelöhner- und Bauerndelegierten – im ganzen Lande, von unten nach oben[9]!«

Um den Standpunkt der bolschewistischen Partei zu klären, wurden im April 1917 zwei Konferenzen einberufen, in deren Mittelpunkt Lenins Aprilthesen standen. Vom 14. bis 22. April tagte eine Konferenz der Parteidelegierten Petrograds, anschließend vom 24. bis 29. April die VII. Allrussische Konferenz der bolschewistischen Partei[10].

Lenin hatte es anfangs nicht leicht, seinen radikalen Kurs in der Partei durchzusetzen. Erst nachdem ein Teil der Opponenten die Beratungen boykottierte[11] und der andere zu erkennen gab, daß er nicht gegen den Kampf um die alleinige Macht

schlechthin sei, sondern nur den Zeitpunkt als verfrüht ansah, schlug die Stimmung zugunsten Lenins um. Die Mehrheit stimmte ihm zu, daß es einer entschlossenen Propaganda gelingen könnte, die Massen zu gewinnen, und daß die Partei im unversöhnlichen Kampf gegen die Provisorische Regierung die Macht erobern müsse.

Dieses Ereignis des Leninschen Kurswechsels war für die Bolschewisten von größter Wichtigkeit; denn nunmehr, ab April 1917, wurden sie zur Präzisierung ihrer Vorstellungen gezwungen.

Vorher dachte niemand an eine unmittelbar bevorstehende sozialistische Revolution in Rußland. Aber jetzt war sie das erklärte Ziel der Bolschewisten, dessen Realisierung plötzlich in den Bereich des Möglichen gerückt war. Sie mußten also nun Stellung beziehen zu der Frage, was mit der eroberten Staatsmacht geschehen soll, *wozu* sie eigentlich erobert werden soll.

Zwangsläufig stießen die Bolschewisten auf die völlig unerwartete Schwierigkeit, die negative Aufgabenstellung von Marx und Engels konkretisieren zu müssen. Vor allem ging es um drei Hauptfragen: die Struktur des politischen Gemeinwesens nach der Revolution; die sozialistische Wirtschaftsform und das für Rußland besonders wichtige Problem der Struktur der Landwirtschaft im Sozialismus.

Im Hinblick auf die *politische Struktur* hielt sich Lenin bis 1917 im großen und ganzen an die allgemeine Ansicht von Marx und Engels, daß durch die sozialistische Revolution der bürgerliche Staat, als Instrument zur Unterdrückung und Ausbeutung der Massen, mit all seinen Organen beseitigt werden müsse.

Diese Auffassung entsprach Lenins totaler Ablehnung der bestehenden Ordnung. Wie aber die Aufhebung der politischen Gewalt im einzelnen vor sich gehen sollte und welche Struktur die Gesellschaft danach haben würde, war aus dieser allgemeinen Ansicht nicht zu entnehmen – und man wußte es auch nicht.

Lenin hatte zwar gelegentlich von dem zukünftigen Gemeinwesen gesprochen; aber er beschränkte sich auf die Negierung des bürgerlichen Staates. Damit verknüpfte er die Forderung, aus den Erfahrungen der Pariser Kommune (1871) zu lernen und ihre Fehler zu vermeiden [12].

In einem Punkt herrschte in den Reihen der Bolschewisten allerdings schon frühzeitig Klarheit:

Die Machtergreifung des Proletariats, respektive der in seinem Namen handelnden Partei, konnte man sich nur gewaltsam vorstellen. Damit war verbunden, daß die gegnerischen Kräfte auch danach mit Gewalt niedergehalten werden mußten.

Dazu war aber nur eine Diktatur imstande, die über staatliche Machtmittel verfügen mußte. Folglich erschien es unmöglich, unmittelbar nach der Machtergreifung auf die politische Zwangsgewalt zu verzichten. Es mutet beinahe tragisch an, daß ausgerechnet Georg Plechanow in einer sehr umstrittenen Rede während des II. Kongresses der RSDAP (1903) auf die eventuelle Notwendigkeit gewaltsamer Maßnahmen – unter Mißachtung demokratischer Prinzipien – in der sozialistischen Revolution hingewiesen hat.

Einige aus den Reihen der späteren Menschewisten protestierten, aber Lenin stimmte ihm begeistert zu. Diese Meinungsäußerung entsprach völlig seinen Ansichten [13]. Plechanow rückte kurz darauf wieder von seinen Ausführungen auf dem II. Parteikongreß ab. Er hat sie bis an sein Lebensende bitter bereut. Für Lenin jedoch blieb die Notwendigkeit der Gewaltherrschaft für eine erfolgreiche Revolution unbestritten.

Angesichts der russischen Verhältnisse konnte es sich nur um die Herrschaft einer revolutionären Minderheit handeln. Und als sich Plechanow wieder zur parlamentarischen Republik als Übergangsstadium zum Kommunismus bekannte und sich dadurch, wie Lenin ironisch meinte, zum »Verteidiger von Marx« aufwarf, rief ihm Lenin auf dem III. Kongreß der RSDAP zu, das sei »verlorene Liebesmüh«. Er meinte:

»Im allgemeinen ist das Schema von Marx wohl richtig (das Schema der Ersetzung des Absolutismus zunächst durch die konstitutionelle Monarchie und später durch die kleinbürgerlich-demokratische Republik); wenn wir jedoch schon vorher dieses Schema durch Grenzen einengen, bis zu denen wir gehen wollen, so sind wir Philister.«

Einerseits wollte sich Lenin nicht festlegen, welche politische Struktur anzustreben sei, bevor man die Lage genau überblicken kann. Andererseits war er sich früh bewußt, daß in der russischen Situation eine strenge Diktatur unumgänglich sein würde.

Vor dem III. Parteikongreß erklärte er in einer Rede:

»Ohne die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist die Republik in Rußland unmöglich. Diese Behauptung hat der ›Vorwärts!‹ [Lenins Zentralzeitung] zur Grundlage seiner Analyse der realen Situation gemacht. Leider hat Marx diese Situation nicht gekannt und nichts über sie geschrieben. Und deshalb ist es unzulässig, nur mit Marxzitaten die Analyse dieser Situation zu bestätigen oder abzulehnen [14].«

Aus diesem Ausspruch wird deutlich, daß Lenin sehr wohl die Problematik der Rechtfertigung seiner Auffassung vor Marx erkannte. Aber er hat sich bis zum Frühjahr 1917 dieser Frage nicht weiter angenommen, zumal er sich in der Tat weder festgelegt noch seinen Standpunkt präzisiert hat. Klar war nur, daß irgendeine Form der politischen Herrschaft auch nach der Machtergreifung des Proletariats vorhanden sein müsse.

Das ist nicht viel. Aber noch weniger erfahren wir, wenn wir uns nach den bolschewistischen Vorstellungen von der *sozialistischen Wirtschaftsform* erkundigen.

Lenin und seine Gefolgschaft befaßten sich in reichem Maße damit, die kapitalistische Wirtschaft anhand des Marx-Engelsschen Leitfadens zu analysieren, ihre Widersprüche hervorzuheben und ihre Beseitigung zu fordern. Aber welche konkrete Gestalt die Negation der bestehenden Ordnung im Sozialismus anehmen sollte, das wußten sie nicht.

Alle Meinungsäußerungen Lenins bis zum Frühjahr 1917 – das sind immerhin in der 4. Auflage seiner Werke insgesamt 23 Bände – beziehen sich auf die Eroberung der politischen Gewalt. Und es findet sich kein einziger brauchbarer Hinweis auf die Maßnahmen, die von der revolutionären Staatsmacht ergriffen werden sollen, um die sozialistische Wirtschaft zu verwirklichen.

Wir dürfen uns bei dieser Feststellung von der offiziellen Leninforschung in der Sowjetunion bestätigt fühlen. Denn als der Staatsverlag der UdSSR auf Anweisung des Zentralkomitees der Partei im Jahre 1957 einen Sammelband der Leninschen Äußerungen zu Wirtschaftsfragen herausgab, ließ man diese Sammlung im April 1917 beginnen. Nach dem Vorwort der Herausgeber enthält dieses Buch mit dem Titel »W. I. Lenin über die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates« »die

wichtigsten Äußerungen Lenins« zu ökonomischen Fragen »in chronologischer Reihenfolge geordnet[15]«.

Es fehlt jede Begründung dafür, daß keine Äußerung Lenins aus den Jahren vor 1917 für geeignet befunden wurde, in den Sammelband aufgenommen zu werden. Sie ist auch überflüssig; denn es ist tatsächlich keine verwertbare Äußerung vorhanden.

Ähnliches gilt auch für die bolschewistischen Ansichten über die Struktur der *Landwirtschaft* im Sozialismus.

Angesichts der entscheidenden Rolle, die der Landwirtschaft in Rußland zukam, hatte sich Lenin von Anfang an mit ihr beschäftigt. Verzweifelt suchte er nach Ansätzen bei Marx und Engels für die Beurteilung der Agrarprobleme. Aber mit Ausnahme der Kritik im »Kapital« fand er nichts und war damit auf seine eigene Überlegung angewiesen[16].

Bis zum Jahre 1917 befaßte sich Lenin mit der Landwirtschaft unter dem Hauptgesichtspunkt, die Bauern zu Bundesgenossen seiner Partei zu machen. Die Landbevölkerung war tatsächlich bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 86 v. H. von entscheidender Bedeutung. Wer sie gegen sich hatte, konnte kaum damit rechnen, die Macht zu erobern.

Im Hinblick auf die geringe Anzahl von 1,4 Millionen Landarbeitern (für Anfang 1917)[17] war es jedoch aussichtslos, sich nur an die Lohnarbeiter zu halten. Lenin sprach deshalb auch von der »Dorfarmut«, mit der man sich verbünden müsse, und meinte damit etwa 50 v. H. aller Bauern. In einer Rede »An die Dorfarmut« hatte er schon 1903 erklärt, daß »der Bauer ohne Pferd ein bereits gänzlich besitzlos gewordener Bauer ist. Das ist ein Proletarier ... Er ist der leibliche Bruder des städtischen Arbeiters[18].«

Mit keinem Wort erinnerten die bolschewistischen Führer daran, daß Marx den Bauern nicht zum Proletariat gerechnet hatte, sondern ihn mehrfach bewußt den Proletariern gegenüberstellte[19].

Wenn die Bolschewisten die Unterstützung der Bauern gewinnen wollten, dann mußten sie sich zuerst nach ihren Wünschen erkundigen. Genau das hat Lenin getan. Aufmerksam studierte er, was die Vertreter der Bauernpartei in der Reichsduma erklärten. Die radikalsten Wünsche wurden von ihm unterstützt, weil er hoffte, dadurch die Bauern zu gewinnen[20].

Unter solchen Bedingungen war an ein eigenes Programm für die Landwirtschaft natürlich nicht zu denken, und die Bolschewisten verfügten auch nicht darüber.

Das Fazit unserer Betrachtungen über die bolschewistischen Vorstellungen von der Übergangsperiode zum Kommunismus heißt, daß sich weder Lenin noch die anderen bolschewistischen Führer vor 1917 mit der Gesellschaftsstruktur nach der Machteroberung befaßten.

Die Bolschewisten hatten ganz im Sinne von Marx und Engels stets erklärt, daß nach der Machtergreifung die bestehende Ordnung beseitigt werden müsse, und sie dachten, daß es dabei keine besonderen Schwierigkeiten geben könnte.

Das Vorbild der Pariser Kommune

Erst nachdem Lenin die Machteroberung vor Augen hatte und seine Partei ab Frühjahr 1917 zu diesem Ziel hinführte, begannen die Bolschewisten, sich mit der Problematik der kommunistischen Gesellschaft zu beschäftigen.

Sie hatten es dabei vor allem damit zu tun, daß sie bei Marx und Engels nur ein Programm der Zerstörung der bestehenden Ordnung finden konnten. Die Aufgabe, die ihnen von Marx und Engels für die Übergangsperiode gestellt wurde, beschränkte sich auf die Beseitigung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Mehr und mehr dämmerte es Lenin, daß er für konkrete Maßnahmen zum »Aufbau« einer neuen Gesellschaftsordnung eigene Überlegungen anstellen mußte.

Zuallererst offenbarte sich die Problematik der kommunistischen Gesellschaft, als sich die Bolschewisten mit der Form der proletarischen Herrschaft auseinandersetzen mußten.

Eines wußten sie genau, das hatte sie ihr revolutionärer Kampf gelehrt: Die Voraussetzung aller Maßnahmen ist die langfristige Aufrechterhaltung der Herrschaft ihrer Partei. Folglich mußte sie sich von vornherein darauf einrichten, daß der Übergang zur herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft in eine ferne Zukunft verlagert würde.

Für Rußland war die Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft in der sozialistischen Revolution eine offensichtliche Not-

wendigkeit. Denn die zahlenmäßig geringe Stärke der bolschewistischen Partei sowie des Proletariats ließ eine andere Möglichkeit gar nicht zu.

Die Bolschewisten hatten nach eigenen Angaben im April 1917 knapp 80 000 Mitglieder. Über die Hälfte entfiel auf die Hauptstädte (Petrograd und Moskau) und auf die großen Städte des Industriegebiets im Donezbecken und im Ural [21].

Von der russischen Gesamtbevölkerung, die im Jahre 1917 knapp 164 Millionen Menschen betrug, waren 1,4 v. H., nämlich 2,5 Millionen, Arbeiter in Industrie und Bauwesen (einschließlich der gut bezahlten Facharbeiter). Rechnet man ihre Angehörigen und auch noch die 1,4 Millionen Landarbeiter hinzu, so erhöht sich diese Zahl etwas, aber es ist völlig klar, daß von einer Majorität des Proletariats nicht im entferntesten die Rede sein konnte [22].

Die bolschewistische Partei konnte angesichts dieser Größenordnung ohne organisierte politische Macht keinen Einfluß auf die russische Entwicklung ausüben, so daß Lenin unmöglich mit einer baldigen Aufhebung der politischen Herrschaft rechnen konnte.

Aber auch dann, wenn die sozialistische Revolution in einem vollindustrialisierten Land mit Proletariermehrheit erfolgt wäre, hätte die sich formierende Diktatur des Proletariats irgendeine Organisation ihrer politischen Herrschaft haben müssen, um die Fülle der Aufgaben zu bewältigen.

Marx und Engels hatte ihre Vorschläge im Kommunistischen Manifest auf eine solche Situation, daß das Proletariat über die Majorität verfügt, zugeschnitten. Und auch wenn man sie voraussetzt, wird man zu der Feststellung kommen müssen, daß eine neue politische Zwangsgewalt unentbehrlich ist und daß niemand voraussehen könnte, wie lange sie brauchen würde, um die von Marx und Engels gestellte Aufgabe der Beseitigung der bestehenden Ordnung zu erfüllen.

Lenin erkannte sofort, daß es sich hier um ein allgemeines Problem der kommunistischen Gesellschaft handelt, mit dem sich alle Marxisten nach der Machteroberung herumschlagen müßten.

In Rußland hatte dieses Problem infolge der Rückständigkeit des Landes einige besondere Züge, aber die aus der russischen

Situation erklärlichen Besonderheiten konnten über den allgemeinen Charakter nicht hinwegtäuschen.

In dieser Weise hat Lenin die Problematik der politischen Herrschaft gesehen, d. h. er betrachtete die russische Lage als eine Erschwerung, aber nicht als den Kern des Problems, das er generell als Marxist lösen wollte.

Aus diesem Grunde beschäftigte er sich im Sommer und Herbst 1917 intensiv mit den Schriften von Marx und Engels; denn es kam nun darauf an, ihre Ansichten von der Diktatur des Proletariats mit der konkreten Situation in Einklang zu bringen. Im Vordergrund standen für Lenin nun die Meinungsäußerungen von Marx und Engels über die Aufgaben in der Übergangsperiode zum Kommunismus und über die Diktatur des Proletariats.

Da es sich um die erste Frage handelt, die nach einer erfolgreichen Revolution gelöst werden mußte, erschien sie Lenin offenbar so wichtig, daß er ihr eine längere Abhandlung widmete, die er »Staat und Revolution« nannte[23]. Sie ist die theoretische Grundlage des bolschewistischen Staates geworden und deshalb für uns von besonderem Interesse.

Das Ziel der Arbeit »Staat und Revolution« erläutert Lenin auf den ersten Seiten. Er meint, daß die »marxistischen Opportunisten« den Marxismus völlig entstellt hätten:

»Man vergißt, verdrängt, verzerrt die revolutionäre Seite der Lehre, ihren revolutionären Geist. Man schiebt in den Vordergrund, man rühmt das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder als annehmbar erscheint[24].«

Damit knüpft Lenin also an das an, was er seinen Gegnern im marxistischen Lager immer vorgeworfen hat: die Mißachtung des revolutionären Kerns im Marxismus. Und durch die Betonung des revolutionären Charakters dieser Lehre findet er auf der zweiten Seite den Übergang zum eigentlichen Thema durch die Feststellung:

»Bei dieser Sachlage, bei der unerhörten Verbreitung, die die Entstellung des Marxismus gefunden hat, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der *Wiederherstellung* der wahren Marxschen Lehre vom Staat[25].«

Nach Lenins Meinung hätten die Opportunisten die »wahre Marxsche Lehre« von der Notwendigkeit der politischen Herr-

schaft in der Revolution verfälscht. Sie hätten übersehen, daß sich die politische Herrschaft ja nun nicht mehr in den Händen der Bourgeoisie befindet, sondern in den Händen des Proletariats.

Für Lenin ist die neue proletarische Staatsgewalt die einzig mögliche Konsequenz aus der Marxschen Auffassung vom Klassenkampf. Er sagt:

»Die Lehre vom Klassenkampf, von Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der *politischen Herrschaft* des Proletariats, seiner Diktatur . . .[26]«

Damit sei aus der Marxschen Auffassung die Folgerung zu ziehen, daß die politische Herrschaft nicht sofort in der Revolution aufgehoben werden kann; denn nun muß die Diktatur des Proletariats durch die Zentralisierung der Macht die bürgerlich-kapitalistische Ordnung vollständig beseitigen. Das bedeutet, daß die politische Herrschaft erst nach der Erfüllung dieser Aufgabe aufgehoben werden könne.

Nachdem Lenin in »Staat und Revolution« auf diese Weise den Zugang zu dem Problem gefunden hat, versucht er mit Hilfe von Engels das Wesen des Staates zu erfassen. Engels habe in seinem »verbreitetsten« Werk (»Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates«) den Staat als Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze bezeichnet.

Lenin schließt daraus, daß Marx und Engels den Staat zur kapitalistischen Ordnung zählten, d. h., daß der bürgerliche Staat nicht über den Klassen stehe, sondern das Werkzeug der herrschenden Klasse sei. Engels habe weiterhin im »Antidühring« festgestellt, daß diese kapitalistische Staatsmaschinerie nicht einfach abgeschafft werden könne, sondern daß das Proletariat die Staatsgewalt ergreifen muß, um zunächst die Produktionsmittel in Staatseigentum zu verwandeln. Dies sei allerdings der letzte Akt des Staates. Anschließend stirbt er ab[27]. Lenin glaubt, aus den angeführten Engelszitaten einige wichtige Folgerungen ziehen zu müssen:

Der Marxismus mache also einen Unterschied zwischen der Ergreifung der politischen Gewalt und dem Absterben des Staates. Engels habe damit sagen wollen, daß der Staat nicht unmittelbar absterben kann, nicht sofort durch die sozialistische

Revolution verschwindet, abgeschafft wird, sondern – so meint Lenin, daß »die besondere Repressionsgewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat ... abgelöst werden muß durch eine ›besondere Repressionsgewalt‹ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats) [28]«.

Erst nachdem das geschehen und die Diktatur des Proletariats etabliert ist, kann das Absterben des Staates allmählich vonstatten gehen.

Das bedeutet demnach, daß die Machtergreifung immer gewaltsam sein muß und daß auch danach kein »freier« Staat existieren kann, weil die »Repressionsgewalt« Staat niemals frei sein kann.

Auch nach der sozialistischen Machtergreifung herrscht eine Diktatur – nur nicht mehr die der Bourgeoisie, sondern die Diktatur des Proletariats. Erst diese Diktatur ist imstande, die Voraussetzungen für das angestrebte Absterben des Staates zu schaffen.

Beglückt über seine Entdeckungen in den »wunderbar gedankenreichen Engelsschen Betrachtungen«, faßt Lenin seine Meinung in der Schlußfolgerung zusammen:

»Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, das heißt die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Wege des ›Absterbens‹ [29].«

Er hat gefunden, was er suchte: eine Begründung für die Notwendigkeit einer dauerhaften politischen Herrschaft in der sozialistischen Revolution.

Allerdings legte Lenin die Engelssche Auffassung sehr großzügig aus; denn Engels hat keineswegs den ersten Akt des neuen Staates, die Enteignung der Produktionsmittel, von dem Prozeß des »Absterbens« jeglicher politischen Gewalt durch eine lange Übergangsperiode getrennt. Er spricht davon, daß der erste Akt der neuen Staatsgewalt auch zugleich sein letzter sein soll.

Lenin empfindet das wohl auch; er bemüht sich, seine Folgerung durch die Bezugnahme auf Marx zu bekräftigen.

Die Brücke zu seinen Auffassungen versucht Lenin dadurch zu finden, daß er Marx unterstellt, er habe seine Ansichten von

allgemeinen Formen zu konkreten entwickelt, nachdem er die Erfahrungen der Revolution von 1848 und vor allem der Pariser Kommune (1871) auswerten konnte. Vor Ausbruch der Revolution im Jahre 1848 habe Marx zwar davon gesprochen, daß es nach der sozialistischen Revolution keine politische Herrschaft mehr geben solle; aber schon im Kommunistischen Manifest sprach er vom Staat, den das Proletariat als herrschende Klasse organisieren muß[30].

Nachdem er die Erfahrungen der Pariser Kommune vor Augen hatte, sei er dann in seinem Brief an Bracke (der »Kritik des Gothaer Programms«) zu der endgültigen Formulierung seiner Ansichten gelangt, daß zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft eine »politische Übergangsperiode« liegen muß, »deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats«.

Damit, so meint Lenin, sei geklärt, was auch gar nicht anders sein kann, daß »es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß«.

Niemand könne wissen, wie lange diese Übergangsperiode dauern wird. Mit den Worten Lenins:

»Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des künftigen ›Absterbens‹ nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich bekanntlich um einen langwierigen Prozeß handelt[31].«

Die Frage nach bestimmten Zeiträumen oder der Art, wie dieses »Absterben« erfolgen soll, müßte vollkommen offen gelassen werden; »denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen gibt es nicht[32]«.

Hält man sich die damalige russische Situation, aber auch die sozialistische Revolution in entwickelteren Ländern als Rußland vor Augen, so wird man Lenin zustimmen müssen, daß tatsächlich niemand voraussehen kann, welche Zeit die Diktatur des Proletariats benötigen würde, um die bestehende Ordnung zu beseitigen.

Marx und Engels hatten selbst zur Machteroberung durch das Proletariat aufgerufen und von einer Übergangsperiode zum Kommunismus gesprochen. Folglich konnte sich Lenin zu Recht auf die Fülle der Aufgaben berufen, die nach Marx und Engels

von der Diktatur des Proletariats durchgeführt werden sollten. Auf alle Fälle schien es zunächst wichtig, eine neue Zwangsgewalt als die entscheidende Voraussetzung aller zu ergreifenden Maßnahmen zu etablieren. Das stand jetzt im Vordergrund, während an die Aufhebung der politischen Herrschaft noch niemand denken konnte.

So konnte also Lenin zur Rechtfertigung seiner Auffassung auf die notwendig zu erledigenden Aufgaben verweisen, indem er sagte:

»Das Proletariat bedarf einer Staatsmacht, einer zentralisierten Organisation der Macht, einer Organisation der Gewalt, sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft in Gang zu bringen[33].«

Nachdem Lenin so – ausgehend von dem Marx-Engelsschen Ansatzpunkt – die Diktatur des Proletariats, die Notwendigkeit einer unbefristeten Zwangsgewalt in der Übergangsperiode zum Kommunismus, theoretisch begründet hatte, mußte er sich der konkreten Frage zuwenden, welche Form die proletarische Herrschaftsgewalt haben sollte.

Früher hatte er ganz allgemein dazu festgestellt, daß die Diktatur des Proletariats eine völlig neue Form der politischen Herrschaft sein müsse – keinesfalls mit der alten Form vergleichbar. Diese Meinung behielt er bei und versuchte nun, sie zu konkretisieren.

Schon in seiner ersten Beurteilung der russischen Situation aus dem Schweizer Exil (in seinen »Briefen aus der Ferne«) im März 1917 schrieb er:

»Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, der vom Volk getrennt ist und in dem ihm die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee und der Bürokratie (der Beamtenschaft) gegenübergestellt werden[34].«

Nun suchte er, die Erfahrungen der Pariser Kommune zu verwerten, mit denen er sich schon früher beschäftigt hatte. Und im ersten Programmentwurf nach der Februarrevolution, in seinen »Aprilthesen«, stellte Lenin der Partei (in Artikel 9) die Aufgabe, sich über das Verhältnis zum Staat und ihre Forderung nach einer Staatskommune klar zu werden, »das heißt eines

solchen Staates, dessen Vorbild die Pariser Kommune abgeben muß[35]«.

In den nächsten Monaten präzisierte er seine Meinung und sah sich dadurch gezwungen, sein Verhältnis zur Demokratie und zur Teilung der Gewalten – mit den entsprechenden Folgerungen für den Zukunftsstaat – festzulegen. Als Ansatzpunkt diente ihm die Marx-Engelssche Beurteilung der Pariser Kommune.

Er zitiert ihre Vorrede zur Neuauflage des Kommunistischen Manifests (im Juni 1872), in der sie davon sprechen, daß dieses Programm »heute stellenweise veraltet« sei. Gemeint ist die Feststellung von Marx und Engels, daß die Staatsmaschinerie nicht einfach in Besitz genommen werden könne, sondern daß sie »zerbrochen« werden muß.

Das ist im Munde von Marx und Engels freilich keine so neuartige Feststellung. Aber Lenin triumphiert:

»Die einzige ›Korrektur‹, die Marx am Kommunistischen Manifest für notwendig erachtete, machte er auf Grund der revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommunarden[36].«

Marx habe die revolutionäre Situation analysiert und seine Folgerungen daraus gezogen. Das »Wichtigste und Grundlegendste in der Lehre des Marxismus vom Staat«, so meint Lenin, sei die Folgerung, daß die alte Staatsmaschinerie zerschlagen werden müsse. Weiter sei er nicht gegangen; denn die Form der neuen Staatsmacht habe er nicht beschrieben. Nach Lenin:

»Marx unternahm es aber nicht, die politischen Formen dieser Zukunft zu entdecken.«

Diesen Versuch habe die Pariser Kommune von sich aus gemacht. Sie ist »die endlich entdeckte politische Form, durch die man das Zerschlagene ersetzen kann und muß[37]«.

In dieser Beurteilung glaubt sich Lenin mit Marx einig und zitiert seine Kritik – oder besser: sein Lob – der Pariser Kommune, um daraus zu folgern, daß der neue Staat nach ihrem Vorbild konstruiert werden muß. Hervorzuheben sei vor allem, daß die Pariser Kommune in ihrem ersten Dekret das stehende Heer abschaffte und durch die Bewaffnung des ganzen Volkes ersetzte, daß sie ferner die bürokratische Verwaltung durch Stadträte ersetzte, die mit allgemeinem Stimmrecht gewählt wurden und jederzeit absetzbar waren. Weiterhin wurde die

Polizei ihrer politischen Funktion entkleidet und der Kommune unterstellt. Auch der Richterstand verlor seine »scheinbare Unabhängigkeit«; die Richter wurden gewählt und konnten auch aus ihren Posten entfernt werden. Ebenso versuchte die Kommune »das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht«, zu brechen. Besonders wichtig sei, daß alle führenden Personen ihre Tätigkeit für Arbeiterlohn verrichten mußten[38].

Auch in Rußland und in jedem anderen Lande, in dem die Sozialisten die Macht erobern, müssen diese Maßnahmen ergriffen werden. Sie führen dazu, daß die »bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie«, das Merkmal des bürgerlichen Staates, zerbrochen wird[39].

Die Vorschläge, die Lenin für die politische Struktur des neuen Gemeinwesens macht, entsprechen vollständig den Maßnahmen der Pariser Kommune. Danach sollte die neue Staatsmacht in der sozialistischen Revolution folgende Aufgaben erfüllen[40]:

Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Bewaffnung des Volkes.

Die Beseitigung der Verwaltung, indem das neue Gemeinwesen von gewählten Vertretern der Arbeiter und Bauern regiert wird. Sie können jederzeit abgesetzt werden und erhalten nicht mehr, als der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt[41].

Die Polizei soll aufgelöst werden. Dafür soll eine Volksmiliz gebildet werden, an der sich im Wechsel alle Männer und Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren beteiligen müssen[42].

Die Selbständigkeit des Richterstandes muß beseitigt werden. Alle Richter sollen vom Volk gewählt werden und auch absetzbar sein.

Der Einfluß der Kirche auf das öffentliche Leben muß beseitigt werden. Religion darf nicht zur »Privatsache« erklärt werden, sondern die Partei des Proletariats muß entschieden gegen das »volksverdummende Opium Religion« ankämpfen.

Der Staat darf nicht in »kleinbürgerlichen Föderalismus« zerfallen, die »Einheit der Nation« muß organisiert werden.

Entschieden wendet sich Lenin gegen jede Art von Parlamentarismus. Die neue Zentralgewalt darf nicht als ein Parlament organisiert sein, meinte er und knüpfte an die »bemerkenswerte Kritik des Parlamentarismus« von Karl Marx an, in der dieser nachdrücklich gefordert hatte, daß die Kommune »nicht eine

parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft« sein sollte[43].

Lenin wußte als Praktiker genau, daß der revolutionäre Elan nicht lange vorhält, wenn nicht eine Organisation dahinter steht. Deshalb müsse die neue Zentralgewalt entschlossener auftreten als die Pariser Kommune. Die Diktatur des Proletariats müsse viel härter sein als jede andere Diktatur.

Das bezog Lenin nicht nur auf Rußland, sondern erklärte ausdrücklich, daß diese Regel ganz allgemein für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus gelten muß. Denn nach Lenins Meinung können die Sozialisten »ohne erbarmungslose Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter« nicht siegen, weil die sozialistische Revolution, auch wenn kein Krieg nach außen geführt werden müßte, ohne Bürgerkrieg nicht denkbar ist[44].

In der neuen Zentralgewalt müsse es selbstverständlich »Vertretungskörperschaften« geben. Die »anarchistischen Träumereien«, daß man »urplötzlich ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte«, seien dem Marxismus wesensfremd, meinte Lenin. Die sozialistische Revolution müsse mit den gegenwärtigen Menschen rechnen, die »ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne Aufseher und Buchhalter nicht auskommen werden«.

Aber die »spezifische Vorgesetztenrolle« der Staatsbeamten könne und müsse »von heute auf morgen« durch die einfachen Funktionen von »Aufsehern und Buchhaltern« ersetzt werden. Alle Menschen werden diese Funktionen der Reihe nach eine gewisse Zeit ausüben, so daß es sich nicht mehr um Sonderfunktionen handelt und »eine besondere Schicht von Menschen in Fortfall kommt[45]«. Es wird also eine Art »Parlament« von Arbeiterdeputierten geben, aber nicht in der alten Form. Mit den Worten Lenins:

»Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn da müssen die Parlamentarier selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskör-

perschaften bleiben, aber der Parlamentarismus als besonderes System der Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete besteht hier nicht[46].«

Diese neue Vertretungskörperschaft sollte sich also, so meinte Lenin im August 1917, grundsätzlich von allen früheren Parlamenten unterscheiden. Ihre Merkmale sollten insbesondere sein:

Die Aufhebung der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Jurisprudenz.

Die ständige Kontrolle der Abgeordneten, da sie nicht nur gewählt, sondern auch jederzeit abberufen werden können.

Infolge der Vielzahl solcher Vertretungskörperschaften und der kurzfristigen Bemessung der Abgeordnetenmandate werden alle Bürger der Reihe nach diese Funktion ausüben. Es gibt also keinen besonderen Verwaltungsapparat, da jeder eine Zeitlang zum »Bürokraten« wird, so daß »daher niemand zum Bürokraten werden kann[47]«.

Lenin traf diese Feststellung nicht nur für Rußland. Er meinte, daß die Herrschaft des Proletariats in dieser Übergangsphase sicherlich in Rußland einige Besonderheiten aufweisen wird, »infolge der sehr großen Rückständigkeit und Kleinbürgerlichkeit unseres Landes«; aber in den Grundzügen werde sich die russische Form nicht von der anderer Länder beim Übergang zum Sozialismus unterscheiden. Sie gelte ganz allgemein für die Verwirklichung der Marx-Engelsschen Idee[48].

Die Voraussetzung für das Funktionieren der von Lenin konstruierten Vertretungskörperschaften bestand allerdings darin, daß tatsächlich alle Menschen zur Mitarbeit in ihnen bereit und fähig sind.

Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

Wir konnten mehrfach feststellen, daß Lenin den Ausdruck »Demokratie« verwendet. Stellen wir die Frage, was er unter diesem Begriff verstand, so geraten wir mit ihm in die größte Verlegenheit; denn er legte diesen Begriff jeweils in der gewünschten Form aus[49].

In einem Punkt war er sich mit den anderen bolschewistischen Führern einig, nämlich, daß die parlamentarische Demokratie konsequent abgelehnt werden müsse. Lenin erklärte, daß sie nicht zum Sozialismus führen würde. Auch Trotzkij meinte:

»Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formellen Demokratie gewesen[50].«

Die Tatsache, daß Lenin nur verschwommene Vorstellungen von der Bedeutung des Begriffes »Demokratie« hatte, brauchte nicht weiter zu stören, wenn sie sich nicht auch bei seinem Versuch der Ableitung aus den Marxschen Schriften bemerkbar gemacht hätte. Marx und Engels kannten Rousseau gut genug, um den häufig gebrauchten Begriff »Demokratie« in der von ihm geprägten Bedeutung aufzufassen. Und Lenin war hier außerstande, ihnen zu folgen, da er diese klare Begriffsbestimmung nicht kannte, Rousseau nie gelesen hatte und folglich auch die Marxsche Auffassung nicht verstand.

Allerdings kam ihm diese Unkenntnis sehr zustatten, als er den Marxschen Begriff der Diktatur des Proletariats auf die russischen Verhältnisse übertrug.

In »Staat und Revolution« stellte er dazu fest, daß die Formulierungen im Kommunistischen Manifest, in dem Marx die »Organisation des Proletariats als herrschende Klasse« mit der »Erkämpfung der Demokratie« gleichsetzt, eine »völlig abstrakte Antwort« darstellen[51].

Damals habe Marx seinen späteren Standpunkt, daß durch die sozialistische Revolution die Diktatur des Proletariats eingesetzt werden müsse, noch gar nicht bezogen. Erst im Jahre 1852 habe Marx in einem Brief an Weydemeyer den Ausdruck »Diktatur des Proletariats« gebraucht, im Anschluß an die Pariser Kommune habe er dann endlich seinen Standpunkt präzisiert. Lenin meint, erst nach 1871 hätten Marx und Engels damit begonnen (?), »eine der bedeutendsten und wichtigsten Ideen des Marxismus in der Frage des Staates, nämlich die Idee der ›Diktatur des Proletariats‹« zu formulieren[52].

Lenin meint, daß aus diesem Klärungsprozeß bei Marx die Folgerung zu ziehen sei, Marx habe nach 1871 nicht mehr wie früher die »Erkämpfung der Demokratie« im Auge gehabt, sondern nur noch die Diktatur. Denn die Diktatur des Proletariats »kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie er-

geben«. Durch den neuen Begriff der Diktatur habe Marx sagen wollen, daß es in der ersten Phase nach der Revolution keine rechtliche Gleichheit geben könne, weil der Widerstand der bisher herrschenden Klassen unbarmherzig unterdrückt werden müsse[53].

Es ist offensichtlich, daß Lenin mit dieser Interpretation Marx und Engels Gewalt angetan hat. Auch sie hatten sich für eine starke Zentralgewalt ausgesprochen, aber sie dachten dabei an die absolute Mehrheit des Proletariats, in dessen Namen die Diktatur ausgeübt werden sollte, so daß nur die relativ geringe Zahl der ehemaligen Ausbeuter unterdrückt zu werden braucht. So gesehen, ist die »Diktatur des Proletariats« mit der »Erkämpfung der Demokratie« identisch. Marx hat niemals eine andere Auffassung vertreten. Auch Engels erklärte noch im Jahre 1891 die »demokratische Republik« als »die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats[54]«.

Lenin hätte sich unschwer davon überzeugen können, wenn ihn nicht die russischen Verhältnisse und die (vielleicht berechtigte) Überzeugung, daß ohne die strengste Diktatur die Revolution erfolglos sein werde, an der besseren Einsicht gehindert hätten.

Zudem zitiert Lenin einen Brief von Marx aus dem Jahre 1852, der den Begriff der Diktatur des Proletariats enthält, und widerlegt damit seine Behauptung, daß Marx und Engels erst nach 1871 mit diesem Wort operiert hätten. Wir dürfen hinzufügen, daß es sich überhaupt nicht um eine gelegentliche Äußerung von Marx handelt, die erst nach der Pariser Kommune gefallen ist. Der Begriff Diktatur des Proletariats wird von Marx schon in den vierziger Jahren verwendet, d. h. zu einer Zeit, als nach Meinung Lenins Marx noch nicht über die »abstrakte Formulierung« der Erkämpfung der Demokratie hinausgekommen sei[55].

Im Grunde geht es Lenin darum, daß er im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben zuallererst an die Notwendigkeit der Diktatur denken muß und sich deshalb auch berechtigt fühlt, Marx und Engels diesen Hauptgesichtspunkt zu unterstellen.

Das bezieht sich ganz besonders auf die russische Situation. Lenin konnte zwar bestenfalls auf die stillschweigende Duldung der revolutionären Macht durch die Masse der Bauern zählen,

falls die Bolschewisten deren Interessen berücksichtigten; aber mit der bewußten Unterstützung der bolschewistischen Pläne durch die Mehrheit des russischen Volkes war nicht zu rechnen. Und Lenin hat praktisch auch nie damit gerechnet. Kurz vor Ausbruch der Februarrevolution, im Dezember 1916, schrieb er:

»Seit wann machen Revolutionäre ihre Politik davon abhängig, ob sie die Mehrheit haben oder in der Minderheit sind[56]!«

Nachdem er sich in »Staat und Revolution« soviel mit dem allgemeinen Problem der Diktatur des Proletariats abgeplagt hat und dabei stets die Interessen der Mehrheit des Volkes im Auge hatte, bricht nur wenige Tage später der Revolutionär wieder durch. In eindringlichen Worten fordert Lenin von dem Zentralkomitee der Partei den sofortigen Aufstand und wischt alle Bedenken mit dem einen Satz beiseite:

»Auf die ›formelle‹ Mehrheit für die Bolschewisten zu warten, ist naiv; keine einzige Revolution wartet darauf[57].«

Fassen wir zusammen, welche Vorstellungen Lenin im Jahre 1917 vom Übergang zur kommunistischen Gesellschaft entwickelt hat:

Nachdem der revolutionäre Kampf unter Berufung auf Marx und Engels seinem Höhepunkt zustrebt und die Machteroberung dicht bevorzustehen scheint, ist es unbedingt notwendig, aus den Marx-Engelsschen Ansichten vom Übergang zum Kommunismus konkrete Formen des Übergangsstadiums zu entwickeln.

Im allgemeinen erscheint das nicht schwer, da auch Marx und Engels die Zentralisierung der politischen Macht in der Diktatur des Proletariats gefordert haben und eine Übergangsperiode für notwendig hielten. Lenin kann hier anknüpfen, aber bei dem Versuch der Konkretisierung beginnen die Schwierigkeiten.

Dabei handelt es sich zunächst um die Form der proletarischen Herrschaft, über deren Organisation Marx und Engels nichts gesagt haben. Und es geht für Lenin um die zusätzlichen Schwierigkeiten der russischen Verhältnisse. Er spürt sehr bald, daß er die Organisationsform der neuen Zwangsgewalt selbständig ausfindig machen muß. Und so versucht er in »Staat und Revolution« die ersten Aufgaben der eroberten Staatsgewalt zu umreißen und zu einer praktikablen Lösung zu gelangen.

Das Wesentliche der Aufgabe in der Übergangsperiode hatte Lenin klar erkannt, nämlich die Notwendigkeit der Beseitigung der bestehenden Ordnung. Auch bei ihm ist die kommunistische Gesellschaft die Negation der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Das beweist seine Charakterisierung der kommunistischen Gesellschaft in »Staat und Revolution[58]«.

Hier beschreibt er sie als eine Gesellschaft, in der sich die Menschen an das Befolgen der Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens gewöhnt haben, so daß jede Zwangsgewalt überflüssig ist. Jeder arbeitet freiwillig nach seinen Fähigkeiten. Die kapitalistische Arbeitsteilung ist dann aufgehoben sowie der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Die Arbeit ist zum Lebensbedürfnis des Menschen geworden. Dadurch werden genügend Produkte erzeugt und »jeder wird frei nach seinen Bedürfnissen nehmen«.

Erst in dieser Entwicklungsphase kann man davon sprechen, daß jegliche politische Herrschaft endgültig aufgehoben ist. Mit den Worten Lenins:

»Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d. h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann ›hört der Staat auf zu bestehen‹ und ›kann von Freiheit die Rede sein‹. Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie abzusterben, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach gewöhnen werden, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne den besonderen Zwangsapparat, der sich Staat nennt, einzuhalten[59].«

Man kann an dieser Leninschen Schilderung der kommunistischen Gesellschaft erkennen, daß hier tatsächlich die Marx-Engelssche Konstruktion der zukünftigen Gesellschaft gemeint

ist. Allerdings geht Lenin nicht auf die Frage ein, was unter den »elementaren Regeln« des menschlichen Zusammenlebens zu verstehen ist. So bleibt unklar, welchen Zusammenhang Lenin zwischen diesen uralten Regeln und dem gleichzeitig geforderten Bruch mit aller bisherigen Gesellschaftsordnung sieht.

Obgleich die politische Herrschaft auch in der Übergangsperiode vorhanden sein muß, sollte sie sich prinzipiell vom bürgerlichen Staat unterscheiden.

Dieser Bruch mit der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung kommt schon in den Begriffen zum Ausdruck. Lenin faßte die von der Machtergreifung eingeleitete Entwicklung zum Kommunismus als zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft auf: die »erste Phase der kommunistischen Gesellschaft« (oder die Diktatur des Proletariats) und die »höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft«.

Indem beide Phasen von Lenin zu Bestandteilen der kommunistischen Gesellschaft erklärt wurden, wollte er dadurch den endgültigen Bruch mit der bisherigen Gesellschaftsordnung deutlich machen.

Der Zusammenhang der beiden Phasen sollte nach Lenin darin bestehen, daß die Bolschewisten in der ersten Phase durch die Umwälzung der ökonomischen Bedingungen die Voraussetzungen für die zweite Phase schaffen wollten. Dazu war die politische Herrschaft der bolschewistischen Partei notwendig. Aber sie sollte sich prinzipiell vom bisherigen Staat unterscheiden.

Andererseits mußte die Diktatur des Proletariats, wenn die Bolschewisten die Entwicklung bestimmen sollten, eine totale Herrschaft der Partei zur Unterdrückung jedes Widerstandes gegen die sozialistischen Maßnahmen sein. Sie war also das Gegenteil einer herrschaftslosen Gesellschaft.

Lenin kommentierte diesen augenfälligen Unterschied zwischen den beiden Phasen der »kommunistischen Gesellschaft« mit den Worten:

»Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit [?] wahrscheinlich ungeheuer groß sein ...[60]«

Das sei jedoch angesichts des weit größeren Unterschiedes zum Kapitalismus nicht so entscheidend, weil sich die Mehrheit

der Bevölkerung auf die Seite der Diktatur stellen wird und der Widerstand gegen die politische Herrschaft mehr und mehr nachlassen wird, so daß sie schließlich gänzlich überflüssig wird.

Im Unterschied zu allen bisherigen Herrschaftsformen ist also das Wesen der von Lenin geforderten proletarischen Diktatur die Beteiligung aller Menschen an der Verwaltung des neuen Staates. Infolgedessen wäre das typische Merkmal des bürgerlichen Staates: die »bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie«, also ein besonderer Verwaltungs- und Militärapparat verschwunden.

Die entscheidende Frage war nun, ob es gelingt, ein solches Staatswesen zu schaffen.

Der Weg zur Parteidiktatur

Die Usurpation der Räteidee

Wenn Lenin die Chance für die Machteroberung nutzen wollte, die sich infolge der chaotischen Zustände im Jahre 1917 in Rußland bot, mußte er auf die Mehrheit des Volkes und sogar des Proletariats, in dessen Namen er handeln wollte, verzichten.

Das bedeutet, der Wille der Mehrheit des russischen Volkes mußte nach der bolschewistischen Machtübernahme von den Bolschewisten erst in ihrem Sinne beeinflußt, wie Trotzkij sagte, »dynamisch gebildet« werden [1].

Andererseits mußte Lenin, wie er selbst in »Staat und Revolution« gefordert hatte, seine politische Herrschaft mit dem Willen der Mehrheit legitimieren, wenn er nicht aufhören wollte, Marxist zu sein.

In dieser schier ausweglosen Situation bot sich den Bolschewisten ein Herrschaftssystem an, dessen eigenartige Konstruktion sowohl den Schein der Legitimation durch den Willen des Proletariats als auch die Herrschaft der bolschewistischen Partei ermöglichen konnte: das *Sowjetsystem*.

Wenn man die Räte als Ausdruck des Willens der Proletarier auffaßt, und so wollten sie sich seit ihrem ersten Auftreten in der russischen Revolution des Jahres 1905 auch verstanden wissen, so ist dieses System im Grunde mit der Diktatur, die nach Lenin ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen hatte, unvereinbar. Nach ihrer Grundauffassung sind die Sowjets selbständige Organe, an keine Weisungen einzelner Parteien gebunden. So dachten die Initiatoren der Sowjets wie die Bolschewisten bis zum Frühjahr 1917 [2].

Auch nach der Februarrevolution bildeten sich die Sowjets spontan, häufig ohne Beteiligung der Bolschewisten und in der Regel ohne Initiative der Parteiführung. Das wird von Lenin in seiner ersten Beurteilung der Situation zugegeben [3].

Im Gegensatz zu früher nahm er jetzt aber eine entschiedene Haltung für die Räte ein und forderte in den »Aprilthesen« die

Machtübernahme durch die »Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande von unten bis oben[4]«.

In seinem Vortrag vor der VII. Parteikonferenz Ende April 1917 erklärte er:

»Wir haben längst die Form entwickelt, die nicht zu den Systemen der bürgerlichen Staaten paßt; die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, eine solche Form, wie sie nicht in einem einzigen Staat vorhanden ist. Das ist die Form, die den ersten Schritt zum Sozialismus darstellt und unausweichlich an den Anfang der sozialistischen Gesellschaft gehört. Das ist die entscheidende Tatsache, die russische Revolution bildete Sowjets . . .[5]«

Die meisten bolschewistischen Führer hatten noch gar nicht begriffen, warum Lenin sich so energisch für die Macht der Räte einsetzte, zumal die Bolschewisten in allen Sowjets in der Minderheit waren. Lenin dagegen hatte mit klarem Blick in den Sowjets die einzigartige Möglichkeit erkannt, unter Ausnutzung ihrer Eigenarten die Herrschaft zu erringen. Die Räte hatten in den Augen Lenins eine Doppelfunktion: Legitimation der Diktatur des Proletariats zu sein und trotzdem ausführendes Organ der bolschewistischen Partei.

Folgende Vorteile boten die Sowjets den Bolschewisten in der russischen Revolution 1917, wenn sie entschlossen für ihre alleinige Macht eintraten:

Erstens hatten sich die Räte 1917 zum Unterschied zu 1905 eigene Verwaltungsorganisationen zugelegt und waren dadurch arbeitsfähige Organe geworden.

Zweitens wiesen die Räte einen wesentlichen Unterschied zu den üblichen Parlamenten auf und waren der Pariser Kommune vergleichbar.

Drittens genossen sie in den Augen der Arbeiter und Soldaten großes Ansehen, weil sie als eigene Organe aufgefaßt wurden.

Viertens hatten sie bestimmte Eigenarten, die von einer entschlossenen Partei für ihre Ziele ausgenutzt werden konnten.

Die drei erstgenannten Vorteile kamen den Bolschewisten also zugute, wenn es ihnen gelang, in den Sowjets die Mehrheit der Delegierten zu stellen. Und das konnte ihnen infolge

der Eigenarten in der russischen Rätebewegung durchaus gelingen.

Lenin war dazu entschlossen und traf sich dabei mit Trotzkij, der die revolutionäre Tradition der Räte in den zukünftigen Staat hinüberretten wollte. So konnte Trotzkij mit Recht einige Jahre später feststellen, daß die Bolschewisten die Sowjets »geerbt und ausgenutzt haben [6]«.

Die auffälligste Eigenart in der russischen Rätebewegung war ihre *Zufälligkeit und Spontaneität*. Es entstanden viele Räte nebeneinander, die im Namen der Arbeiter oder Soldaten oder der Bauern auftraten, sich teilweise vereinigten oder auch getrennt blieben.

In diesem Durcheinander waren die Sowjets in den Hauptstädten von allergrößter Bedeutung. Die Räte in Petrograd und Moskau entstanden nicht nur zuerst, sondern waren auch zahlenmäßig die größten [7].

Dadurch erhielten diese beiden Sowjets entscheidendes Gewicht bei den gesamtrussischen Versammlungen von Sowjetvertretern. Auch nach der Bildung eines zentralen Exekutivorgans des I. Allrussischen Sowjetkongresses galten die Resolutionen des Petrograder Sowjets in den Augen der anderen Räte mehr als die des zentralen Exekutivkomitees.

Der Schlüssel für die Macht in ganz Rußland war die Machtposition im Moskauer und vor allem im Petrograder Sowjet, wie die spätere Entwicklung ja auch bewies [8].

Eine weitere Besonderheit der Rätebewegung war die Zufälligkeit und *Unregelmäßigkeit der Wahl*. Es gab keine verbindliche Wahlordnung, so daß sich auch keine einheitliche Vertretungsnorm herausgebildet hatte. In Fabriken und militärischen Formationen entstanden die Räte zumeist durch die Initiative einzelner Arbeiter oder Soldaten, die zur Wahl aufriefen.

Die Folge davon war, daß die Delegierten in den Sowjets unterschiedliche Zahlen von Wählern vertraten. Beispielsweise stellten in Petrograd die Großbetriebe mit 87 v. H. aller Arbeiter 424 Delegierte, während die kleineren Betriebe mit 13 Prozent der Arbeiter 422 Delegierte in den Sowjet entsandten. In Tula entfielen auf 20 000 Arbeiter 350, in Orel 162 und in Woronesch 140 Sowjetdeputierte; in Twer waren es sogar nur 89 auf 35 000 Arbeiter [9].

Schließlich kamen den Bolschewisten auch die Eigenarten im russischen Sowjetsystem gelegen, daß die Räte infolge ihrer Größe nicht ständig tagen konnten, sondern Exekutivkomitees bilden mußten und daß durch die Unregelmäßigkeit ihrer Wahl und Vertretung keine genaue Kontrolle der Mandate bei zentralen Versammlungen der Sowjets vorgenommen werden konnte.

Die Folgerung Lenins aus den Eigenarten der Sowjetbewegung bestand darin, daß er im April 1917 seiner Partei den Auftrag gab, sich diese Spontaneität zunutze zu machen und dadurch die Macht in den Sowjets zu erringen. Bei der Machtergreifung der bolschewistischen Partei im Oktober 1917 spielten diese Eigenarten die entscheidende Rolle. Sie vollzog sich zunächst im Petrograder Sowjet, dessen »Revolutionäres Kriegskomitee« unter Leitung Trotzkijs die ersten Dekrete der bolschewistischen Herrschaft erließ [10].

Erst anschließend wurde dem bolschewistischen Aufstand und der Machtergreifung im Petrograder Sowjet durch den II. Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten der Schein der Legitimität verliehen, indem der Kongreß die bolschewistische Machtergreifung billigte und sich zum einzigen zentralen Organ der neuen politischen Herrschaft erklärte.

An diesem Kongreß nahmen allerdings nur (ca. 650) Delegierte von 402 Arbeiter- und Soldatenräten teil, obwohl in ganz Rußland über 900 Sowjets existierten [11].

Diese Zufälligkeit der Vertretung in den zentralen Organen begünstigte die Bolschewisten, da sich ihre Mehrheit in den Räten der Hauptstädte bei einer so geringen Beteiligung der Provinzialräte entsprechend auswirken mußte. Lenin nutzte die Gelegenheit, um ein ihm ergebenes Exekutivkomitee wählen zu lassen. Zudem versuchten die Bolschewisten im Anschluß an ihre Machtübernahme überall dort neue Wahlen zu organisieren, wo sie glaubten, ihren Einfluß auf die Provinzialräte vergrößern zu können.

Zur Ausnutzung der Räteidee für seine Zwecke bemerkte Lenin später nur lakonisch, daß die Menschewisten bis 1917 die Sowjets »verfälscht« hätten, »weil sie die Rolle und Bedeutung der Sowjets nicht zu begreifen vermochten«. Für ihn lag die Bedeutung der Räteidee darin, daß er durch die Ausnutzung ihrer Eigenarten die Macht erringen konnte, ohne seine Dikta-

tur als eine Diktatur der bolschewistischen Partei offen in Erscheinung treten zu lassen [12].

Die Bolschewisten haben in der Folgezeit die Besonderheiten des russischen Rätesystems zu einem dauerhaften System ausgebaut. So wurde kein einheitlicher Modus für Wahltermin und Wahl festgelegt, sondern es blieb der Aktivität der örtlichen bolschewistischen Organisationen überlassen, Termin und Verlauf der Wahlen so zu regeln, daß sie den Bolschewisten die Mehrheit sicherten.

In der »Erklärung der Rechte des Werktätigen und ausgebeuteten Volkes«, die vom III. Sowjetkongreß im Januar 1918 verabschiedet wurde, wird das aktive und passive Wahlrecht auf die »werktätigen Massen« beschränkt. Diese allgemeine Bestimmung wurde in die erste Verfassung der russischen Sowjetrepublik übernommen. Nur diejenigen sollten zur Wahl zugelassen werden, die »ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit bestreiten« (§ 64). Vom Wahlrecht waren alle Personen ausgeschlossen, die Lohnarbeiter beschäftigen, dazu Kaufleute, Mönche, Geistliche und sonstige Angehörige der ehemals herrschenden Klassen (§ 65) [13].

Diese Bestimmungen sind dehnbar und tatsächlich auch in verschiedener Weise angewandt worden. Faktisch bestimmten die von der Partei eingesetzten Wahlkommissionen, wer wählen darf. Dagegen gab es, wie später zugegeben wurde, kein Beschwerderecht [14].

Zum Wahlmodus heißt es in Artikel 66 der Verfassung vom Juli 1918:

»Die Wahlen werden laut eingebürgertem Brauch an den von den lokalen Sowjets festzusetzenden Tagen vorgenommen [15].«

Für die Praxis bedeutete diese allgemeine Formulierung, daß die örtlichen Wahlkommissionen nach eigenem Gutdünken, d. h. in bolschewistischem Sinne verfahren konnten. Willkürakte kamen häufig vor und führten zu einem allgemeinen Desinteresse an den Sowjetwahlen. Der bolschewistische Erfolg war überall dort gesichert, wo sich einige aktive Bolschewisten befanden [16].

Auch die differenzierte Vertretung in den Sowjets wurde zum System erhoben. Nur die örtlichen Sowjets in den Städten und Dörfern wurden direkt gewählt, und das geschah in offener Ab-

stimmung. Diese untersten Räte wählten dann aus ihrer Mitte Deputierte der nächsthöheren Kreissowjets. Diese wählten ihre Abgeordneten in die Gouvernementskongresse der Sowjets und sie schließlich wählten die Deputierten des Allrussischen Sowjetkongresses.

Die Vertretungsnorm für diesen Kongreß war einseitig festgesetzt. Während auf dem Lande auf 125 000 Einwohner ein Delegierter entfiel, kam in den Städten ein Abgeordneter auf 25 000 Wähler, d. h. die Vorzugsstellung der Industriezentren, in denen die Bolschewisten mehr Anhänger hatten, blieb gewahrt[17].

Durch dieses indirekte Wahlverfahren fielen unliebsame Delegierte, die ungewollt in die unteren Sowjets gewählt worden waren, gleichsam durch ein mehrfaches Sieb. In die zentralen Instanzen stießen nur noch bolschewistische Delegierte vor.

Auch die besondere Stellung der Exekutivkomitees blieb erhalten. Sie nahmen die Rechte der immer seltener tagenden Sowjetkongresse in der Zwischenzeit wahr. Da die einfache Mehrheit der Bolschewisten in den Sowjets bei ihrer einheitlichen Abstimmung genügte, um ein rein bolschewistisches Exekutivkomitee zu wählen, saßen in diesen Vollzugsorganen in der Regel nur Bolschewisten.

Endlich blieb der bolschewistischen Partei noch die Möglichkeit, durch die jederzeit zugelassene Abberufung der Delegierten feindliche Sowjetvertreter auszuschalten. Nach Berichten ausländischer Besucher machten sie häufig davon Gebrauch. Sinowjew erklärte offen, daß die Kandidatur von Menschewisten für die Sowjets automatisch zu ihrer Verhaftung führte[18].

Infolge der vielen Wahlmanipulationen hatten die Bolschewisten bald nach ihrer Machtübernahme in allen zentralen Sowjets die Mehrheit und verloren sie nie mehr[19].

Die folgende Übersicht zeigt, wie sich das Sieb des indirekten Wahlverfahrens zugunsten der Bolschewisten auswirkte. Bolschewistische Delegierte gab es in den Kongressen der Kreissowjets und Gouvernementssowjets[20]:

In den Kongressen	1918	1919	1920	1921	1922
der Kreissowjets:	60,6 %	55,4 %	43,0 %	44,0 %	54,4 %
der Gouvernementssowjets:	71,4 %	79,9 %	78,6 %	74,8 %	78,8 %

Von den Delegierten wurden die Exekutivorgane auf den verschiedenen Ebenen gewählt. Bei der geschlossenen Abstimmung der bolschewistischen Gruppe in den Sowjets mußte das Mehrheitsverhältnis also in den Exekutivorganen noch günstiger für die Bolschewisten ausfallen.

Das beweist eine Übersicht über die Lage in den Exekutivkomitees. Hier werden folgende Mitgliedszahlen in der bolschewistischen Partei mitgeteilt:

In den Exekutivkomitees

	1918	1919	1920	1921	1922
der Kreissowjets:	83,5 %	85,9 %	79,9 %	74,4 %	81,2 %
der Gouvernementssowjets:	83,9 %	88,9 %	91,3 %	83,6 %	91,0 %

Die Bolschewisten saßen also in den Schlüsselstellungen der Sowjets. Damit hatten sie eine breitere Plattform für ihre Regierungsmaßnahmen gewonnen, die nun nicht mehr als rein bolschewistische Direktiven erschienen, sondern als Aktionen der Sowjets.

In Wirklichkeit entschieden nicht die Sowjets als unabhängige Organe; denn die Entscheidungen fielen in den Führungsgremien der Partei, die ihre Gruppen in den Sowjets anwiesen, wie sie sich zu verhalten haben. Die bolschewistischen Mehrheitsfraktionen waren jederzeit imstande, diese Entscheidungen in den Kongressen und hauptsächlich in ihren Exekutivkomitees durchzusetzen.

Beseitigung der parlamentarischen Institutionen

Durch die Usurpation der Räteidee hatte Lenin das geeignete Machtinstrument für seine Partei gefunden. Nun mußte er dieses Sowjetsystem im ganzen Lande durchsetzen.

Immerhin hatten die Bolschewisten zunächst nur in einigen Zentren die Macht erobert; in der Provinz waren die Parteiorganisationen jedoch schwach. Die Banken verweigerten ihnen die erforderlichen finanziellen Mittel. Der Transport war durch den Streik der Eisenbahner lahmgelegt. Überall begann sich Widerstand zu regen. Außerdem befand sich Rußland noch im

Kriegszustand mit den Mittelmächten und machte eine schwere Ernährungskrise durch. Man mußte mit dem weiteren Vormarsch der Deutschen rechnen, zeitweise sogar mit der Einnahme der Hauptstadt Petrograd. Den Bolschewisten, die unter chaotischen Zuständen die Verteidigung organisieren wollten, gebrach es an Leuten für die Verwaltung sowie für sämtliche Führungsaufgaben. Sie stritten mit anderen sozialistischen Parteien um die Bedingungen für eine Zusammenarbeit. Dadurch hatten sie selbst interne Streitigkeiten zu überwinden.

Aus den angedeuteten Schwierigkeiten wird verständlich, daß auch führende Bolschewisten nicht an eine lange Dauer ihrer Herrschaft glaubten. In den ersten Monaten verglichen sie ihre Macht mit der Pariser Kommune und waren stolz, daß sie feststellen konnten, sie seien schon länger am Ruder als diese[21].

Lenin hatte sich im Sommer und Herbst 1917 zwar gegen die Provisorische Regierung ausgesprochen, aber nie öffentlich gegen die Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Er hatte die Regierung sogar wegen der wiederholten Verschiebung der Wahlen heftig kritisiert. Nach seiner Machtübernahme mußte er also nun zu dieser Frage Stellung beziehen; denn die Wahlen waren schon vorher für den 12. November 1917 angesetzt worden, und Ende Oktober hatten die Bolschewisten die Macht erobert.

Unmittelbar danach äußerte Lenin im internen Kreis, daß man die Wahlen aufschieben solle. Nun sei die Konstituante als Versammlung »hergelaufener Intellektueller« völlig überflüssig[22].

Man überredete ihn jedoch, diesen Plan, der als Wortbruch ausgelegt werden müßte, aufzugeben. So wurde die neue bolschewistische Regierung als »Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung« apostrophiert und erhielt vom II. Sowjetkongreß den Auftrag, die Wahlen für die Konstituierende Versammlung vorzubereiten[23].

Zweifellos war Lenin von Anfang an entschlossen, diese Versammlung ohne Rücksicht auf das Wahlergebnis früher oder später aufzulösen. Bei einer Entscheidung der russischen Bevölkerung für die Bolschewisten hätte die Konstituante sowieso die Macht dem Sowjetkongreß übergeben müssen; denn in dem neuen Staat war eine solche Einrichtung nicht vorgesehen[24].

Um so mehr war Lenin zur Auflösung dieser Versammlung entschlossen, als die Wahlen trotz aller Einschüchterungsversuche der Bolschewisten ihnen nur knapp 25 v. H. der Stimmen brachten[25]. Er sagte:

»Es ist ein offener Fehler. Wir haben die Macht bereits erobert, und jetzt haben wir uns selbst in eine Situation gebracht, die uns militärische Maßnahmen aufzwingt, um die Macht aufs Neue zu erobern ...

Man muß die Konstituierende Versammlung natürlich auseinanderjagen[26].«

Die Bolschewisten verzichteten bei ihren Vorbereitungen zur Auflösung der Konstituante auf jede Verschleierung. Gegnerische Abgeordnete wurden an ihrer Arbeit behindert und teilweise verhaftet. Schließlich setzte Lenin nach mehrfacher Verschiebung den Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung auf den 5. Januar 1918 fest. Zwei Tage vorher beschloß das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets, daß jeder Versuch, der darauf abziele, eine andere Macht als die der Sowjets zu etablieren, »ein konterrevolutionärer Akt« sei und entsprechend geahndet würde[27].

Am gleichen Tage billigte es eine Entschließung, daß die Konstituante alle Macht dem Sowjetkongreß zu übergeben habe, der am 8. Januar zusammentreten sollte. Diese Resolution legte der Vorsitzende des Exekutivkomitees, Swerdlow, sofort nach der Eröffnung der Konstituierenden Versammlung vor. Als sich die Mehrheit weigerte, die Resolution als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln, verließen die Bolschewisten den Saal. Die übrigen Abgeordneten diskutierten unter ständiger Belästigung durch bolschewistische Matrosen und Soldaten bis zum nächsten Morgen weiter. In völliger Verkennung der Situation gedachten sie, bald wieder zusammenzutreten. Aber bolschewistische Truppen hinderten die Abgeordneten am Betreten des Saales. Nachträglich wurde die Konstituante durch ein Dekret aufgelöst[28].

Lenin hatte richtig kalkuliert: Die Anhänger der Konstituierenden Versammlung veranstalteten zwar eine Demonstration; aber gegen die bewaffnete Macht der Bolschewisten konnten sie nicht ankommen. Und mangels jeglicher Führung und Vorbereitung klang die Erregung schnell ab. Ihre Begeisterung für die

Konstituante reichte nicht aus, um auch dafür zu kämpfen. So wurde der »bolschewistische Fehler« rasch verbessert[29].

Die Auflösung der Konstituante war das Ende der demokratischen Institutionen in Rußland. Bis Dezember 1917 waren sämtliche Ministerien und ihre Stäbe sowie auch die örtlichen Parlamente beseitigt[30].

Gleichzeitig ging der Aufbau der neuen Sowjetmacht vonstatten. Formell lag die höchste Gewalt beim Allrussischen Sowjetkongreß, der alle drei Monate tagen sollte. Für die Zwischenperiode sollte das Zentrale Exekutivkomitee als sein Stellvertreter fungieren. Faktisch wurde die Macht von dem Vorsitzenden der Partei, Lenin, ausgeübt, der an die Spitze der neuen Regierung trat[31].

Lenin hatte lange darüber nachgedacht, wie die Mitglieder dieser neuen Regierung heißen sollten. »Alles, nur nicht Minister!« meinte er zu Trotzkij. Man einigte sich schließlich auf das Wort »Volkskommissar« und für die gesamte Regierung: »Rat der Volkskommissare«. Das ist etwas Neues und »klingt stark nach Revolution«, bemerkte Lenin zu Trotzkij, der diesen Vorschlag gemacht hatte[32].

Die Zentralorgane bildeten sich bis Juli 1918. Dieser Prozeß begann mit der Einrichtung der Volkskommissariate und Behörden des Zentralen Exekutivkomitees der zwangsweise vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte mit dem Bauernrat.

Im Januar 1918 übernahm der III. Allrussische Sowjetkongreß die Macht von der Konstituante. Er verabschiedete eine »Erklärung der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes«. Im März 1918 billigte der IV. Allrussische Sowjetkongreß den Friedensvertrag mit den Mittelmächten. Am 10. Juli 1918 nahm der V. Sowjetkongreß die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik an[33].

Zunächst gab es Sowjets nur in den größeren Orten, d. h. die Organe der neuen Staatsmacht mußten erst gebildet werden. Zu diesem Zweck wurden die örtlichen Organisationen der bolschewistischen Partei mit Anweisungen der Zentrale überschwemmt. Aber teils gelangten diese Befehle nicht ans Ziel, weil sich die Postbeamten weigerten, für die Bolschewisten zu arbeiten, teils waren die unteren Organisationen der Partei nicht imstande, die Anweisungen auszufüh-

ren, da sie keine geeigneten Leute besaßen. So erstreckte sich die Bildung der Räte vor allem auf den unteren Stufen über einen langen Zeitraum. Die neue Ordnung war also bei weitem noch nicht funktionsfähig, als sie schon längst, nach den Dekreten zu urteilen, eingerichtet sein sollte [34].

Die Hauptziele des neuen Staates wurden in der im Januar 1918 verabschiedeten Erklärung fixiert. Hier hieß es:

»Die Beseitigung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die vollständige Aufhebung der Klassenteilung der Gesellschaft, die schonungslose Niederhaltung der Ausbeuter, die Errichtung der sozialistischen Organisation der Gesellschaft und der Sieg des Sozialismus in allen Ländern [35].«

Die Struktur des politischen Gemeinwesens war vorher schon in mehreren Dekreten niedergelegt worden, zusammenfassend wurde sie dann in der Verfassung der RSFSR im Juli 1918 dargestellt, die ebenfalls die frühere Erklärung als allgemeine Einführung in das Wesen des neuen Staates enthielt [36].

Die Grundzüge der ersten Verfassung der Sowjetrepublik sind auch in den folgenden Verfassungen erhalten geblieben. Änderungen bezogen sich nie auf die Prinzipien, sondern höchstens auf einzelne Gesichtspunkte oder auf den Namen.

Der Verfassung der RSFSR vom Juli 1918 gemäß sollte die Leitung und Verwaltung ausschließlich in den Händen der Sowjets liegen, die auf allen Ebenen bestehen (§ 10). Das höchste Organ, der Allrussische Kongreß der Sowjets, sollte zweimal im Jahr tagen (§§ 24 und 26). Er hatte sein Exekutivkomitee zu wählen, das aus 200 Deputierten bestehen sollte (§ 28). Das »Allrussische Zentrale Exekutivkomitee« sollte »das oberste gesetzgebende, verfügende und kontrollausübende Organ der RSFSR« sein (§ 31). Von ihm mußte der »Rat der Volkskommissare« gewählt werden und ihm war er verantwortlich (§§ 35 und 37). Dennoch war auch der Rat der Volkskommissare berechtigt, selbständig Dekrete zu erlassen, er mußte sie aber nachträglich vom Exekutivkomitee bestätigen lassen, das gegebenenfalls auch Einspruch erheben konnte (§§ 38–41). Die einzelnen Verwaltungszweige wurden von den Volkskommissaren geleitet; ihnen standen sogenannte »Kollegien« zur Seite (§§ 42–48).

Die Kompetenzen der Räte wurden in der Verfassung wie

folgt geregelt: Der Sowjetkongreß und sein Exekutivkomitee, also die zentralen Instanzen, sind für alle Fragen »von allgemein staatlicher Bedeutung« maßgebend (§ 49). Den Räten auf unterer Ebene (den Provinzial-, Gouvernements-, Kreis-, Stadt-, Amtsbezirks- und Dorfsowjets) sowie ihren Exekutivkomitees verblieben neben der Ausführung der zentralen Anweisungen jene Fragen zur Entscheidung, die örtliche Bedeutung haben (§ 61).

Von der Partei ist in der Verfassung nicht die Rede. Aber das ist auch überflüssig, da das Wahlsystem und die Wahlpraxis den Bolschewisten die Mehrheit in den Vollzugsorganen der Sowjets gewährleisteten, so daß sich praktisch der Parteiführer Lenin als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare seine Anweisungen von den Funktionären seiner Partei, die im Zentralen Exekutivkomitee dominierten, »bestätigen« lassen mußte.

Das untaugliche Vorbild

Sofort nach der Machtübernahme versuchte Lenin durch zahlreiche Dekrete seine Vorstellungen von der Pariser Kommune in Rußland zu verwirklichen. Allerdings mußte er hier von Anfang an Abstriche vom Idealbild machen.

So verbot sich die von Lenin früher beabsichtigte Teilnahme aller an der Verwaltung aus Gründen der Machtsicherung von selbst. Wenn sich die Bolschewisten auch einerseits um die Unterstützung ihres Systems durch die Massen bemühten, so waren sie doch andererseits gezwungen, große Teile der Bevölkerung von der aktiven und sogar indirekten Teilnahme am politischen Leben auszuschließen.

Die Bezahlung der Sowjetdeputierten wurde erstmalig am 2. November 1917 geregelt: Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees sollten kein höheres Einkommen beziehen als die Arbeiter. Kurz darauf erließ Lenin ein Dekret, das die Begrenzung des Einkommens aller mittleren und höheren Sowjetangestellten (auch Volkskommissare) vorsah. Der Sowjetdeputierte sollte nicht mehr als 400 Rubel, der Volkskommissar nicht mehr als 500 Rubel im Monat verdienen. Ihre Wohnungen wurden auf ein Zimmer je Familienmitglied beschränkt[37].

Lenin versuchte auch in anderer Hinsicht das Vorbild der Pariser Kommune zu kopieren. Wenige Wochen nach der Oktoberrevolution verfaßte er ein Dekret, daß jeder Abgeordnete zum beliebigen Zeitpunkt durch einen anderen ersetzt werden kann. Eine entsprechende Bestimmung befindet sich in der Verfassung (§ 78)[38].

Hinsichtlich der Bewaffnung des Volkes mußte Lenin seine Maßnahmen an die Erfordernisse der Machtsicherung angleichen.

Der alte Polizeiapparat wurde zusammen mit den anderen Institutionen der alten Staatsmaschinerie unmittelbar nach der Oktoberrevolution aufgelöst. Das war bei der Armee mit Rücksicht auf den Kriegszustand nicht möglich. Allerdings löste sich die Armee, soweit die Offiziere und Soldaten nicht in bolschewistische Formationen übertraten, in dem allgemeinen Durcheinander von selbst auf.

In den übernommenen und verbliebenen militärischen Einheiten wurde die alte Ordnung zunächst dadurch beseitigt, daß die Soldaten ihre Vorgesetzten wählen sollten. Aktive Offiziere durften sich nicht zur Wahl stellen. Gleichzeitig versuchten die Bolschewisten, die Soldaten gegen ihre früheren Vorgesetzten aufzuwiegeln.

Die Polizeigewalt wurde von der in der Revolution gebildeten »Roten Garde« ausgeübt. In den probolschewistischen militärischen Formationen bildeten sich revolutionäre Komitees, die ihre Führung übernahmen[39].

Mit der Auflösung der alten Justizorgane wurden nach der bolschewistischen Machtergreifung die früheren Rechtsnormen außer Kraft gesetzt. Als gesetzgebendes Organ erklärte sich zunächst provisorisch der Rat der Volkskommissare. Wenn seine Dekrete in der offiziellen Zeitung (»Zeitung der Arbeiter- und Bauernregierung«) veröffentlicht wurden, traten sie mit sofortiger Wirkung in Kraft[40].

Lenin entwarf selbst die wichtigsten Dekrete, die das Rechtswesen neu ordnen sollten. Sie wurden im November 1917 und im Januar 1918 erlassen[41]. Ihre wesentlichen Züge waren:

Sämtliche früheren Instanzen (Staatsanwaltschaft, Anwaltskammern und Strafvollzugsanstalten) mußten aufgelöst werden. Die Träger dieser Ämter wurden entlassen.

Als unterste Instanz wurden »Friedensrichter« eingesetzt, die Zivilsachen bis zu einem Wert von 3000 Rubeln und Strafsachen bis zu einem Strafmaß von zwei Jahren Freiheitsentzug entscheiden konnten. Diese Friedensrichter mußten von den örtlichen Sowjets gewählt werden, bis eine direkte Wahl durch die Bevölkerung gewährleistet war.

Prozesse, die über die Kompetenzen der Friedensrichter hinausgehen, sollten von »Kreisvolksgerichten« entschieden werden. Sie setzten sich aus jeweils drei ständigen Mitgliedern und vier Volksrichtern zusammen, die von den Kreissowjets zu wählen waren und auch von ihnen abberufen werden konnten.

Anfangs fungierten als Ankläger und Verteidiger Beauftragte der Sowjets, die nicht vorbestraft sein sollten. Im Januar 1918 wurden sie durch »Kollegien« ersetzt. Die Sowjets waren für ihre Wahl oder Abberufung zuständig.

Die Regelung sah vor, daß in Kürze jeglicher öffentliche Dienst unentgeltlich sein soll. Solange aber noch eine besondere Bezahlung der Richter, Staatsanwälte, Verteidiger usw. nötig sei, solle ihr Einkommen den durchschnittlichen Arbeiterlohn nicht übersteigen.

Da die alten Bestimmungen nicht so schnell vollständig ersetzt werden konnten, galt grundsätzlich noch die Prozeßordnung aus dem Jahre 1864, soweit sie den neuen Verfügungen nicht widersprach. Die Eidesleistung vor Gericht wurde abgeschafft. Auch hinsichtlich der alten Rechtsnormen bestimmte ein späteres Dekret, daß man sie in solchen Fällen heranziehen könne, wenn keine andere Regelung getroffen sei und sie nicht im Widerspruch zu den Verfügungen der Sowjetmacht, sowie zu den Programmen der Bolschewisten und linken Sozialrevolutionäre stehe.

Zur Führung der Voruntersuchung wurden spezielle Untersuchungskommissionen gebildet. Sie konnten die Rechte der Verteidigung einschränken. Der Strafvollzug wurde von der Miliz, der »Roten Garde«, beaufsichtigt.

Gegen die ergangenen Urteile konnte Berufung bei der nächsthöheren Instanz eingelegt werden. Über die Berufung der von Friedensrichtern verfügten Urteile sollte ein sogenannter »Kongreß der Friedensrichter« befinden. Die Berufungsinstanz für die Kreisgerichte war das Gebietsgericht, dessen Mitglieder

von den Kreisgerichten gewählt werden sollten. Als höchstes Gericht fungierte die »Oberste Gerichtskontrolle«, die sich aus den Vorsitzenden der Gebietsgerichte zusammensetzte.

Verfahren wegen »konterrevolutionärer Betätigung« wurden nicht der bisher beschriebenen Rechtsprechung unterstellt, sondern sie unterstanden den sogenannten »Revolutionstribunalen der Arbeiter und Bauern«. Ihre Mitglieder wurden von den Sowjets gewählt. Infolge der besonderen Bedeutung dieser Gerichte (bestehend aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern) waren sie mit Sondervollmachten ausgestattet und nicht an die normalen Rechtsnormen gebunden.

Alle Richter, Anwälte und Verteidiger wurden von den Sowjets gewählt und konnten von ihnen abberufen werden. Sogar die Entscheidungen der »Obersten Gerichtskontrolle« konnten von den »gesetzgebenden Organen der Sowjetmacht« aufgehoben werden.

Der Richterstand hatte durch diese Maßnahmen seine Unabhängigkeit verloren. Nun war er den Sowjets und damit der Partei unterstellt.

Sofort nach der Oktoberrevolution wurden sämtliche früheren Titel und Standesbezeichnungen abgeschafft. In kurzer Zeit war die Trennung der Kirche vom Staat vollzogen. Geburt, Eheschließung und Todesfall durften nicht mehr von der Kirche registriert werden, sondern mußten bei den Standesämtern gemeldet werden. Die Tätigkeit der Kirche war nur zugelassen, »soweit sie die öffentliche Ordnung nicht stört«. Das Recht auf Eigentum wurde ihr genommen, nachdem der gesamte Kirchenbesitz zum Staatseigentum erklärt worden war[42].

Zur Erziehung der Bevölkerung »im proletarischen Geist« setzte Lenin eine »Staatliche Kommission für Volksaufklärung« ein, an deren Spitze ein Volkskommissar stand. Diese Kommission übernahm sämtliche pädagogischen Institute, auch private und kirchliche Schulen. Außerdem war sie für Kunst und Wissenschaft zuständig[43].

Am 2. November 1917 verkündete der Rat der Volkskommissare die »Deklaration der Rechte der Völker Rußlands«.

Unter Berufung auf den I. und II. Sowjetkongreß wurden alle nationalen Privilegien aufgehoben. Die bolschewistische Regierung gewährte den Völkern und Volksstämmen Rußlands die

»freie Entwicklung der nationalen Minderheiten«, das Recht auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf die Bildung eines eigenen Staates und die »Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands«.

Diese Bestimmungen, die bei der Bildung der russischen Sowjetrepublik zu einem »freien Bund freier Nationen« in die Verfassung übernommen wurden, sind im Falle der Unabhängigkeitserklärung Finnlands angewandt worden[44].

Den nationalen Minderheiten, die auf dem Territorium der Sowjetrepublik vorhanden waren, wurde das Recht auf den Gebrauch ihrer Sprache im Verkehr mit den Behörden eingeräumt. Das Volkskommissariat für Nationalitätenfragen richtete für sie eigene Abteilungen ein und kümmerte sich unter der Leitung Stalins um ihre Belange[45].

Das Verhältnis der Zentralgewalt zu den provinzialen Sowjets war zunächst durch einzelne Dekrete geregelt worden, bis die Verfassung im Juli 1918 die Verteilung der Kompetenzen bestimmte. Stellt man allerdings die Frage, wo in dem neuen Gemeinwesen die Souveränität, also der letzte Entscheidungswille lag, so müssen wir feststellen, daß die Völker Rußlands auch verfassungstheoretisch nicht souverän waren, wie es in der Präambel der Verfassung heißt. Denn Artikel 50 der Verfassung erklärt ausdrücklich, daß die zentralen Organe für alle Fragen zuständig sind, für die sie sich als zuständig erklären[46]. Die Zentralgewalt konnte nach dem Willen Lenins durchaus ihre Aufgabe erfüllen, die Einheit der Nation zu organisieren.

Betrachtet man das umfangreiche Gesetzeswerk der Sowjetmacht, so könnte man auf den ersten Blick meinen, daß sich der neue, proletarische Staat von allen früheren Gemeinwesen unterschied und nach dem Vorbild der Pariser Kommune konstruiert war.

Zu Lenins Leidwesen befand sich diese Struktur allerdings nur auf dem schlechten Papier der Dekrete, in deren Abfassung es die bolschewistischen Führer als langjährige Literaten und Schriftsteller zu einer wahren Meisterschaft gebracht hatten. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Wir werden also nun zu betrachten haben, welches Produkt aus den weitreichenden Plänen der Bolschewisten entstand, wie der neue Staat in Rußland tatsächlich beschaffen war.

Schon im Frühjahr 1918 stellte Lenin fest, daß es den Sowjets nicht leicht werden würde, ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, zu erfüllen. Ständig drängte er vor allem die örtlichen Räte, doch endlich diese neue Verwaltung zu organisieren [47].

Inzwischen hatte sich längst herausgestellt, daß die Mitglieder der Sowjets dieser Aufgabe nicht gewachsen waren.

Lenin entschuldigt diesen Mangel damit, daß hinsichtlich der organisatorischen Fähigkeiten »der Russe nun einmal der unbegabteste Mensch ist . . . Das ist unsere allerschwächste Seite«. In der Partei seien einfach nicht genügend Führungskräfte vorhanden [48].

Es blieb ihm gar nichts anderes übrig, als die früheren Beamten und Angestellten der Verwaltung wieder einzustellen. Für diese bot die bolschewistische Notlage die günstige Gelegenheit, sich durch die Beschäftigung in den Sowjetorganen oder noch besser durch den Eintritt in die bolschewistische Partei einen Platz an der Futterkrippe zu sichern. Einige Jahre später bekannte Lenin:

»Die Sache war so, daß uns der Staatsapparat im Jahre 1917, nachdem wir die Macht erobert hatten, sabotierte. Wir waren damals sehr erschrocken und baten die Beamten: ›Bitte, kommt doch zu uns zurück!‹

Und siehe da, sie kamen alle zurück, und das war unser Unglück. Wir haben jetzt eine ungeheure Masse von Angestellten, jedoch nicht genügend ausgebildete Kräfte, um sie tatsächlich anzuleiten [49].«

Auf diese Weise stieß nach der Oktoberrevolution eine Schar von Glücksrittern zur Partei oder sympathisierte mit ihr, um die begehrte Anstellung in den Sowjets zu erhalten. Die Folge davon war, daß die Verwaltung in Rußland sich bald vervielfacht hatte. Überall bildeten sich Räte und Kollegien. Die Büros wuchsen förmlich aus dem Boden; denn jeder unerfahrene Kommunist legte sich einen Stab von Fachleuten des früheren Verwaltungsapparates zu, die seine Unerfahrenheit weidlich ausnutzten.

Früher entfielen auf eine Kreisverwaltung 20 Verwaltungsangestellte, im Herbst 1918 waren es schon 100 geworden. Nachdem die bolschewistische Regierung im März 1918 ihren

Sitz von Petrograd nach Moskau verlegt hatte, reichten die Verwaltungsgebäude Petrograds, die früher für die Verwaltung des ganzen Landes genügt hatten, bei weitem nicht mehr aus, um nur die Angestellten der Stadtverwaltung von Petrograd unterzubringen [50].

Binnen kurzem war aus den »unbürokratischen« Sowjets ein besonderer Verwaltungsapparat geworden, der sich von dem früheren nur dadurch unterschied, daß er viel umfangreicher war.

Lenin wurde durch diese Entwicklung, die er keineswegs vorausgesehen hatte, in die größte Verlegenheit gestürzt. Aber er konnte sie nicht ändern. Das Land mußte verwaltet werden, zumal die bolschewistische Regierung bedeutend mehr Fragen zu entscheiden hatte als die Regierung eines jeden anderen Landes.

Resigniert stellte er später fest:

»Wir können aus dem Apparat, den wir in 3 Jahren geschaffen haben, nicht herausspringen. Wir kennen seine ungeheuren Mängel . . . [51]«

So mußte er sich, erschrocken über sein eigenes Produkt, schon im ersten Jahr nach der Oktoberrevolution mit der »Wiedergeburt der Bürokratie« beschäftigen. Ab Januar 1919 erklärte er den »Bürokratismus und die Spekulation« zu den Hauptfeinden des neuen Staates. Der Kampf gegen die Sowjetbürokratie, die im Grunde doch nicht zu beseitigen war, wurde zur wichtigsten Frage und ließ Lenin nicht mehr los [52].

Als Rezept gegen die Auswüchse der Bürokratie schlugen Lenin und Trotzkij die Beseitigung der Kollegialität und den Übergang zur Einzelverantwortung, zur »Einmanndiktatur« vor.

Dieser Prozeß vollzog sich zuerst in der Armee. Hier war es schnell offenkundig, daß mit der Wahl von Vorgesetzten und ihrer jederzeitigen Abberufung die militärische Disziplin nicht aufrecht erhalten werden konnte.

Da aber die Bolschewisten zur Sicherung ihrer Macht dringend bewaffnete Streitkräfte benötigten, waren sie auf die Disziplin der Soldaten angewiesen. Was blieb ihnen also anderes übrig, als die Wahl der Vorgesetzten sowie die revolutionären Kollegien wieder abzuschaffen.

Trotzkij entwickelte die neuen Thesen erstmalig vor einer

Parteikonferenz in Moskau Ende März 1918. Seine Rede trug den bezeichnenden Titel: »Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten[53].«

In ihr wandte er sich gegen die »überschäumende Kameradschaftlichkeit«. Bis zur Oktoberrevolution sei die Arbeiterklasse in Rußland eine »kompakte Masse« gewesen – wie ein »Heuschreckenschwarm«. Die Revolution habe dazu geführt, daß im ganzen Lande die »individualistischen, anarchistischen und räuberischen Tendenzen« erwacht seien. Jeder denke nur an sich und an seinen Vorteil. Das müsse jetzt gründlich geändert werden und zwar vor allem in der Armee.

Hier muß sofort das Wahlprinzip abgeschafft werden. Zynisch erklärte Trotzkij, solange dieses Prinzip dazu gedient habe, »den Klassenwiderstand des Kommandopersonals« zu brechen, sei es berechtigt gewesen. Und er fuhr fort:

»Unter dem jetzigen Regime in der Armee, ich sage es euch vollkommen offen, erscheint das Wahlprinzip politisch zwecklos, technisch aber unzweckmäßig, und in den Dekreten ist es bereits faktisch aufgehoben[54].«

Da die Sowjets vom Volke gewählt wären, genüge es völlig, wenn die Vorgesetzten in der Armee von den Sowjets eingesetzt würden.

Das Wahlprinzip war zwar bis zum März 1918 in den offiziellen Verlautbarungen noch nicht abgeschafft, wie Trotzkij behauptet; aber er sorgte dafür, daß das Versäumnis nachgeholt wurde. Später erklärte er, es habe gar keine andere Möglichkeit gegeben, eine disziplinierte Armee zu schaffen. Sonst wäre »dieser chaotische Pseudodemokratismus« (er meinte die Wahl von militärischen Vorgesetzten) schnell ad absurdum geführt worden[55].

Der Übergang zum Ernennungsprinzip bewährte sich in der Armee so gut, daß Lenin seine Ausdehnung auf die gesamte Verwaltung forderte. Er meinte, die Erfahrungen der Armee könnten nicht isoliert betrachtet werden, und sprach sogar von einer »gesetzmäßigen Entwicklung der Verwaltungsorganisation von den Anfangsformen der Kollegialität zur Einzelverantwortung«, zur »einzig richtigen Arbeitsweise«.

Die Einzelverantwortung, die schon deshalb nötig sei, weil sonst keiner die Verantwortung übernehme, müsse zur »Dik-

tatur einzelner Personen« ausgebaut werden. Dagegen ist die »Kollegialität als Grundtyp der Organisation der Sowjetverwaltung aus sich heraus etwas Keimhaftes, das für das erste Stadium nötig war, als es darauf ankam, Neues aufzubauen«.

»Beständigere Formen« erfordern die Einzelverantwortung, weil eine reale und »nicht phrasenhafte Kontrolle« nötig ist[56].

Die Zeit der »kollegialen Verantwortung« währte in der Tat nicht lang. Überall in der Sowjetrepublik wurden nach wenigen Monaten bolschewistischer Herrschaft die 1917 gebildeten Kollegien wieder abgeschafft.

Lenin forderte zwar unentwegt, die Arbeiter sollten sich ihrer Mission bewußt sein und zur herrschenden Klasse werden, aber in Wirklichkeit wurde der Unterschied zwischen dem Volk und der neuen Staatsverwaltung immer größer[57].

Von der Beteiligung aller an der Verwaltung war nun keine Rede mehr. Wer einen Platz in den Verwaltungsorganen erobert hatte, ließ sich nicht mehr verdrängen. Die Masse des Volkes bestand ohnehin aus Analphabeten, kam also für diese Stellen nicht in Frage.

Auch die Absicht Lenins, die Gehälter der Sowjetdeputierten und Angestellten auf den Arbeiterlohn zu beschränken, scheiterte an der Wirklichkeit. Seine Dekrete aus der Anfangszeit der bolschewistischen Herrschaft wurden kaum noch beachtet. In der Regel bereicherte sich jeder, der zu einem Amt gekommen war. Das traf nicht nur für jene zu, die sich dem System nur zu diesem Zwecke verschrieben hatten, sondern auch für die bolschewistischen Funktionäre. Die Begrenzung des Einkommens war ohnehin sinnlos, da das Geld wertlos geworden war. Die Privilegien drückten sich darin aus, daß man die Wohnungen der ehemaligen »Ausbeuter« requirierte und Lebensmittel, Textilien usw. im Namen der Sowjetmacht für sich beschlagnahmte.

Mit der Herausbildung eines besonderen Verwaltungsapparates entwickelten sich entgegen der früheren Vorstellungen Lenins die Apparate der Armee und Polizei.

Die Bewaffnung des Volkes war aus Gründen der Machtsicherung unmöglich. Die Realität erforderte ein streng diszipliniertes Machtorgan, so daß die Leninschen Vorschläge für die Schaffung einer Volksmiliz und die ersten Dekrete, mit de-

nen das versucht wurde, bald in Vergessenheit gerieten. Zudem erwies sich die »Rote Garde« als ein völlig untaugliches Instrument. Deshalb erließ der Rat der Volkskommissare schon im Januar/Februar 1918 Dekrete zur Bildung einer regulären Armee und Flotte. Trotzkij wurde mit ihrer Organisation beauftragt, und es gelang ihm schnell, den Rest der alten Vorstellungen aus der Revolutionszeit zu beseitigen. Nun war das Vorbild der Roten Armee das Militär des bürgerlichen Staates[58].

Dieser Prozeß wurde beschleunigt durch die Ohnmacht der Bolschewisten gegenüber der deutschen Militärmacht während der Verhandlungen über den Friedensvertrag in Brest-Litowsk. Trotzkij erklärte die Schaffung einer regulären Armee zu einem Problem »auf Leben oder Tod[59]«. Kurz darauf begann in Rußland der Bürgerkrieg und ließ jeden Widerspruch gegen Trotzkijs Methoden verstummen.

Um die Ausbildung zu beschleunigen, zog er eine große Zahl ehemaliger Offiziere der zaristischen Armee heran und stellte ihnen politische Kommissare als Kontrolleure an die Seite. Die Soldaten sollten durch regelmäßigen politischen Unterricht zu bewußten und überzeugten Kämpfern für den Bolschewismus erzogen werden. Sie wurden im Verhältnis zur Zivilbevölkerung gut verpflegt. Andererseits sorgten die Parteifunktionäre in den militärischen Einheiten dafür, daß der bolschewistische Einfluß erhalten blieb. Die Soldaten mußten bedingungslos gehorchen; bei Ungehorsam drohten ihnen drakonische Strafen[60].

Stolz erklärte Lenin im Oktober 1921, daß die Rote Armee im Hinblick auf ihre Disziplin der zaristischen Armee »in nichts nachsteht«:

»In ihr werden strenge, energische Maßnahmen angewandt bis zur Erschießung – Maßnahmen, die sogar bei der früheren Regierung unbekannt waren. Die Spießbürger schrien und jammerten: ›Da haben wir's, die Bolschewisten haben Erschießungen eingeführt!‹ Wir dürfen darauf sagen: ›Ja, wir haben sie eingeführt, und zwar völlig bewußt[61]!‹«

Er ging so weit, seine frühere These der Bewaffnung des ganzen Volkes nunmehr als »die Losung unserer Feinde« hinzustellen. Er habe sich immer nur für die Bewaffnung der Arbeiter und der armen Bauern ausgesprochen.

Am deutlichsten kann man den Charakter der »bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie«, die in der Sowjetrepublik gegen die Konzeption Lenins entstanden war, an der berüchtigten Polizeitruppe, der Tscheka, erkennen.

Diese »Außerordentliche Kommission« begann ihre Tätigkeit im November 1917. Sie hatte Sondervollmachten – angeblich für den Kampf gegen Spekulationen, Korruption, Konterrevolution und ähnliche Delikte. Aber bald wurde die Tscheka zum Schrekken des ganzen russischen Volkes. Nicht genug damit, daß sie erbarmungslos für den bolschewistischen Staat requirierte und liquidierte, waren ihre Mitglieder selbst korrupt und gewissenlos, so daß immer wieder Säuberungen in den eigenen Reihen erfolgen mußten[62].

Durch die Tscheka und durch die sogenannten »Revolutionstribunale der Arbeiter und Bauern« herrschte wenige Monate nach der Oktoberrevolution in Rußland eine Willkürjustiz, die den Vorstellungen Lenins und seinen Dekreten über das Rechtswesen Hohn sprach. Unabhängig von seinem Willen und außerhalb der Kontrollmöglichkeiten der Zentrale verfuhren die Tribunale und die Tscheka nach eigenem Ermessen.

In einer Reihe von Dekreten war unter der Losung der »Befreiung vom geistigen Einfluß der Bourgeoisie« die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt worden. Das Ziel war die Beseitigung des Einflusses der früheren ethischen Werte und sittlichen Normen. Die Bolschewisten nahmen sich dieser Aufgabe mit großem Eifer an, und es dauerte nicht lange, bis jegliche sittliche Norm verloren gegangen war.

Überall in Rußland wurde der »Proletkult« propagiert. Als Initiator der neuen Auffassung von Moral kann Frau Kollontaj, die Tochter eines ehemaligen General-Adjutanten beim Zaren, gelten. Sie war unter dem Volkskommissar für Volksaufklärung, Lunatscharskij, in dem zuständigen Kollegium tätig und entwickelte dort ihre Theorie der »erotischen Kameradschaft«, d. h. der Aufhebung aller Fesseln, die in der Vergangenheit eine Frau an einen bestimmten Mann banden[63].

Mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln sollte nach den Vorstellungen der Kollontaj auch das »Eigentum am Gatten« aufgehoben werden. Der gesamte Sittenkodex der Bourgeoisie müsse beseitigt werden und dem proletarischen

Klassenprinzip Platz machen. Das bedeutet vor allem die Beseitigung der Familie.

Die bolschewistische Jugend versuchte in den allerorts entstandenen »Proletkult-Kreisen« die Vorstellungen der Kollontaj weitgehend zu verwirklichen, so daß sie begeistert feststellen konnte, eine »solche Buntheit der geschlechtlichen Beziehungen wie heute« habe es noch nie gegeben [64].

Einige Jahre später bemerkte Trotzkij zu der Auflösung der alten Sittenordnung:

»Hier verfällt die erwachte Persönlichkeit, die ihr Leben nach neuer und nicht nach alter Art gestalten will, in Ausgelassenheit, Frechheit und andere Sünden.«

Er bezeichnete den Prolet-Kult als »Zerrüttung und Zerfall des Familienlebens« in einem chaotischen Prozeß, der »bald peinliche, bald abstoßende, bald komische, bald tragische Formen« angenommen habe [65].

Die bolschewistische Revolution hatte den geistigen Einfluß der herrschenden Klassen beseitigen wollen. Wo ihr das gelang, zerstörte sie alle sittlichen Grundsätze.

Den ersten Dekreten und der Verfassung der RSFSR gemäß sollte der neue Staat ein »Bund freier Völker« sein. Der Zentralismus sollte zwar erhalten bleiben, aber den einzelnen Völkern in Rußland die freie Entwicklung nicht nehmen.

Bereits zwei Monate nach der Revolution hatte die bolschewistische Macht Gelegenheit, die Entscheidungen der Völker und der von ihnen gewählten Regierungen zu respektieren. Im Falle Finnlands und der baltischen Staaten hat sie das unter dem Druck der Gegenseite auch getan; aber hinsichtlich der Ukrainer, der Weißrussen, Polen und der Völker des Ostens sowie im Kaukasus befestigten die Bolschewisten ihre Herrschaft unter Mißachtung der örtlichen Interessen [66].

Lenin war für die Zentralisierung. Er hat mehrfach erklärt, daß die Not und Zerstörung in Rußland nur »bei Absage an die rein örtlichen Interessen« behoben werden können. Dennoch wollte er die bolschewistische Herrschaft nicht so verstanden wissen, daß etwa die großrussischen Interessen über die Belange der anderen Völker dominieren sollten.

Die Macht der Bolschewisten war zwar gesichert, aber den Preis mußten nicht nur die ehemaligen Ausbeuter, sondern alle

Schichten des russischen Volkes bezahlen. Auch Lenin bezahlte mit der Aufgabe seiner Vorstellungen über die Struktur des zukünftigen politischen Gemeinwesens.

Er wollte das Volk durch die Räte unmittelbar an der Verwaltung beteiligen, damit kein besonderer Verwaltungsapparat mehr notwendig sei. Im Ergebnis entstand eben dieser Apparat, die Sowjetbürokratie. Sie blieb einer bestimmten Schicht vorbehalten, und der sowjetische Verwaltungsapparat war umfangreicher und volksfremder als im bürgerlichen Staat.

Lenin wollte die Bezahlung der Führungsorgane dem Arbeiterlohn angleichen. In Wirklichkeit hatten sie größere Privilegien als je zuvor und waren nicht weniger korrupt.

Nach Lenins Vorstellungen sollte das ganze Volk bewaffnet werden und dadurch selbst die Armee und die Miliz darstellen. In der Sowjetrepublik gab es bald nach der Revolution wieder eine reguläre Armee und einen besonderen Polizeiapparat.

Lenin wollte, daß die Richter vom Volk eingesetzt und auch abberufen werden können. Es entstand die Willkürherrschaft der Revolutionstribunale und der Tscheka, die sich hauptsächlich gegen das Volk richteten.

Durch die Befreiung der Menschen vom Einfluß der Bourgeoisie sollten sich neue proletarische Werte entfalten. Die Praxis führte zum Zerfall der Sitten und der Familie.

Es sollte ein Bund freier Völker entstehen. In Wirklichkeit wurden die Nationalitäten unterdrückt und es begann sich der großrussische Nationalchauvinismus zu regen.

In einem wesentlichen Punkte unterschied sich die bolschewistische Staatsmacht vom bürgerlichen Staat: Die Trennung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Jurisprudenz, die den Bürger gegen die Willkür des Staates schützt, war in der Sowjetrepublik aufgehoben. Damit konnte Lenin die »Diktatur des Proletariats« auch mit der Minderheit seiner Partei aufrecht erhalten. Nur richtete sie sich gegen die Mehrheit des russischen Volkes. Sie war, wie es Trotzkij, als er mit Lenin uneins war, im Jahre 1904 prophezeit hatte – »eine Diktatur über das Proletariat« geworden [67].

Herausbildung der bolschewistischen Repressionsgewalt

Der bolschewistische Terror weckte den Widerstand des russischen Volkes, und dieser erzeugte neue Unterdrückungsmaßnahmen. Im Winter 1920/21 flammten im ganzen Lande Bauernunruhen auf. Zugleich murrten die Arbeiter, die wegen der unerträglichen Lebensbedingungen die Städte verließen und auf das Land abgewandert waren. Die Auswirkungen zeigten sich auch innerhalb der Partei, wo die sogenannte »Arbeiteropposition« immer mehr an Boden gewann.

In dieser für die bolschewistische Herrschaft gefährlichen Situation begannen die Aufstände der Arbeiter Petrograds und der Matrosen in Kronstadt.

Nicht die bloße Tatsache des Aufstandes gegen die Bolschewisten macht die Bedeutung dieser Ereignisse aus; denn bewaffnete Erhebungen hatte es auch vorher gegeben. Zwei andere Momente waren viel entscheidender und ließen ganz Rußland aufhorchen:

Erstens handelte es sich um die Arbeiter der Bastion der Oktoberrevolution sowie um den »Stolz und Ruhm der Russischen Revolution«, die Kronstädter Matrosen. Und zweitens erhoben sich diese Vorkämpfer der bolschewistischen Herrschaft nun im Frühjahr 1921 gegen die Beherrschung der Sowjets durch die Partei und forderten freie Sowjets ohne Direktiven von außen.

In der Proklamation der streikenden Arbeiter von Petrograd erklärten diese, daß »sie nicht nach den Dekreten der Bolschewiki leben«, sondern selbst über sich verfügen wollen [68].

Die Kronstädter Matrosen, Soldaten und Arbeiter kamen ihnen zu Hilfe, indem sie diese Proklamation aufgriffen und »Sowjets ohne Diktatur« forderten. Die von der kommunistischen Partei betriebenen »Ersatzsowjets« sollten aufgelöst und durch »freie Sowjets« ersetzt werden. Sie begnügten sich nicht mit diesen theoretischen Formulierungen, sondern schritten zur Tat. Einstimmig wurde eine entsprechende Resolution verabschiedet, Neuwahlen veranstaltet und in Kronstadt ein neuer Sowjet gebildet. Andere Städte schlossen sich an. Die Kommunisten traten reihenweise aus der Partei aus, obwohl ihnen seitens der Bevölkerung nichts geschah. Durchdrungen von der

Berechtigung ihres Handelns verzichteten die Kronstädter auf jede Gewalt. Sie sträubten sich sogar dagegen, das Festland zu besetzen, wo man sehnsüchtig auf ihre Ankunft wartete, um sich ihnen anzuschließen. Sie vertrauten auf ihr Recht, das sich auch ohne Gewalt durchsetzen mußte[69].

Lenin begriff sofort, daß es sich hier um eine gefährliche Bedrohung der bolschewistischen Herrschaft handelte, »unzweifelhaft gefährlicher als Denikin, Koltschak und Judenitsch zusammen, weil wir es mit einem Lande zu tun haben, in dem das Proletariat die Minderheit darstellt[70]!«

Im Verlaufe des Bürgerkriegs waren die Bolschewisten oft von den genannten Führern der gegenrevolutionären Bewegung an den Rand des Abgrunds gedrängt worden, aber jetzt stand der Feind in den eigenen Reihen und beeinflußte in starkem Maße die Arbeiter in Moskau und vielen Orten der Provinz. Das hatte sogar dazu geführt, daß die einfachen Mitglieder der Partei gegen die Resolution der Führung stimmten. Nach Lenin hatte die Führung nicht bemerkt, was sich unten tat. »Das zu begreifen, ist sehr, sehr wichtig[71].«

Mit anderen Worten: Das Proletariat und die Bauern, in deren Namen und nach deren Willen die Bolschewisten angeblich regierten, wollten die Sowjets zu ihren freigewählten Organen machen. Sie sprachen also den Bolschewisten die Legitimität ihrer Herrschaft ab.

Ein Nachgeben hätte das Ende der bolschewistischen Macht in Rußland bedeutet. Um das zu vermeiden, war Lenin gezwungen, den Schein der Legitimität, mit dem er die Diktatur seiner Partei durch das Sowjetsystem umgeben hatte, selbst zu zerstören.

Mit der Niederwerfung der Aufstände wurden Trotzkij und Sinowjew beauftragt. Es ist bezeichnend, daß die militärische Leitung der Belagerung der ehemaligen bolschewistischen Hochburg, Kronstadt, in den Händen eines zaristischen Offiziers lag. Nur zuverlässige Truppen der Tscheka, Kursanten und Spezialeinheiten, die glaubten, gegen eine weißgardistische Verschwörung zu kämpfen, wurden eingesetzt. Der Angriff begann am 7. März und dauerte bis zum 17. März 1921. Dann erst war Kronstadt gefallen, und es begann ein blutiges Gemetzel, um »die meuterische Stadt zu reinigen[72]«.

Als der Angriffsbefehl von Lenin und Trotzkij längst gegeben war, trat am 8. März 1921 in Moskau der X. Parteitag der KPR zusammen. Am gleichen Tage war in der Zeitung des neuen Kronstädter Sowjets zu lesen:

»Es ist jetzt klar geworden, daß die Russische Kommunistische Partei nicht der Verteidiger der Arbeitermassen ist, der sie zu sein vorgibt. Die Interessen des arbeitenden Volkes sind ihr fremd. Sie hat die Macht gewonnen und fürchtet jetzt nur, sie zu verlieren und hält daher alle Mittel für erlaubt: Ehrabschneidung, Täuschung, Gewalttätigkeit, Mord und Rache an den Familien der Rebellen[73].«

Lenin und seine Gefolgschaft bemühten sich inzwischen, die Aufstände als Machenschaften ausländischer und inländischer Feinde hinzustellen. Aber sie wußten nur zu gut, daß in Wirklichkeit die Kronstädter jeden Einfluß und sogar jedes Hilfsangebot der Sozialrevolutionäre und weißgardistischen Kreise abgelehnt hatten. Die beiden zaristischen Generäle, die vordem von den Bolschewisten als militärische Berater in Kronstadt eingesetzt worden waren, wurden von den Matrosen isoliert und nicht zu den Beratungen hinzugezogen.

Aus sämtlichen Reden, die in Moskau und auch später auf einer Konferenz in Petrograd von den Bolschewisten zu Kronstadt gehalten wurden, klingt das schlechte Gewissen durch. Nicht nur die Führer der Arbeiteropposition, Schljapnikow, Kollontaj usw., sondern auch Lenin und Sinowjew, die sich bemühten, ihren Standpunkt zu rechtfertigen, ließen erkennen, daß sie die in Kronstadt erhaltene Lehre tief getroffen hatte.

Sinowjew gab den »elementaren Charakter« des Aufstandes, der sich nicht gegen die Sowjets, sondern gegen die Partei richtete, offen zu. Auch Lenin sprach von dem »wachsenden Mißtrauen unter den Arbeitern und Bauern[74]«.

Er zog aus diesen Ereignissen die Folgerung, die Wirtschaftspolitik radikal zu ändern, aber er war keinen Augenblick bereit, den Arbeitern und Bauern die Freiheit der Entscheidung zu gewähren. Das hätte im Grunde genommen die freie Wahl von Sowjets bedeutet, die sich möglicherweise auch gegen bolschewistische Direktiven gewandt hätten.

Allein schon diese Möglichkeit wollte Lenin ausgeschlossen wissen. Er meinte, mit Losungen von Freiheit und Gleichheit

fängt es an und mit dem Übergang zur Macht der Bourgeoisie hört es auf. So werden »aus Demokratie und Freiheit Losungen fabriziert, die zur Beseitigung der Sowjetmacht geführt hätten[75]«!

Für Lenin war Sowjetmacht mit bolschewistischer Herrschaft identisch, so daß er jeden Versuch, die Sowjets von der Partei zu lösen, als »Brücke zur Herrschaft der Weißgardisten« auffaßte. Wie könnten die Sowjets ohne die bolschewistischen Direktiven existieren? Welche Aufgaben sollen sie dann durchführen? Mit den Worten Lenins:

»Was soll das bedeuten? Übergang der politischen Gewalt von den Bolschewisten an irgendein unbestimmtes Konglomerat, oder Bündnis der verschiedenartigsten Elemente, als ob es möglich wäre ein bißchen ›weiter rechts‹ oder womöglich sogar ein bißchen ›weiter links‹ als die Bolschewisten zu sein – so unbestimmbar ist die Summe der politischen Gruppierungen, die in Kronstadt versuchten, die Macht zu ergreifen[76].«

Sinowjew pflichtete ihm mit der Feststellung bei, daß »die führende Rolle der Partei« voll erhalten bleiben müsse. Und Trotzkij rechtfertigte den Terror gegen den Versuch, die Bolschewisten »zu verbessern«, mit dem Satz:

»Wer prinzipiell den Terrorismus, d. h. die Unterdrückungs- und Abschreckungsmaßnahmen in Bezug auf die erbitterte und bewaffnete Gegenrevolution ablehnt, der muß auf die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, auf ihre revolutionäre Diktatur verzichten. Wer auf die Diktatur des Proletariats verzichtet, der verzichtet auf die soziale Revolution und trägt den Sozialismus zu Grabe[77].«

Die bolschewistischen Führer haben ihre Meinung über den wahren Charakter der Sowjetmacht vor allem nach den Kronstädter Ereignissen in aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt.

Offen erklärte Lenin, daß es selbstverständlich sei, die Sowjetführung mit der Parteiführung zu verschmelzen. Das habe auch so zu bleiben. Die Bolschewisten hätten der Kommunistischen Internationale und damit vor aller Welt klar gesagt, »daß die Diktatur des Proletariats nicht anders möglich ist als durch die Kommunistische Partei[78]«.

Ebenso deutlich wurde Trotzkij:

»Man hat uns vielfach vorgeworfen, wir hätten die Diktatur der Sowjets nur vorgetäuscht, in Wirklichkeit aber eine Diktatur unserer Partei ausgeübt. Dabei kann aber mit vollem Recht gesagt werden, daß die Diktatur der Sowjets nur möglich geworden ist vermittels der Diktatur der Partei.«

Wie das konkret vonstatten geht, erklärte er mit den Worten:

»In den Händen der Partei wird die allgemeine Leitung konzentriert. Sie regiert nicht unmittelbar, weil ihr Apparat nicht darauf eingestellt ist. Aber ihr steht das entscheidende Wort in allen grundsätzlichen Fragen zu. Noch mehr – unsere Praxis hat dazu geführt, daß überhaupt in allen Streitfragen, bei Konflikten zwischen den Behörden und persönlichen Konflikten das letzte Wort dem Zentralkomitee der Partei gehört. Das ergibt eine außerordentliche Ersparnis an Zeit und Kraft und sichert unter den schwierigsten und verwickeltsten Umständen die notwendige Einheit der Aktion[79].«

Nur die Partei kann infolge der »Klarheit ihrer theoretischen Erkenntnis« und ihrer »festen Organisation« den Sowjets die Möglichkeiten geben, ihre Aufgaben als Vertretungskörperschaften zu erfüllen. Allerdings sind sie dann nicht Vertreter der Arbeiter und Bauern, sondern Vertreter der Partei.

Trotzkij sah darin keinen Widerspruch, da die Kommunisten »die anerkannten Vertreter der Arbeiterklasse als Ganzes« sind. Nur durch die politische Herrschaft der Partei könnten die »verschiedenen Schichten, ungleichartigen Stimmungen, verschiedenen Entwicklungsstufen« vereinheitlicht werden, denn die Diktatur setzt die »Einheit des Willens, der Richtung, der Aktion« voraus, und diese Einheit des Entscheidungswillens kann nur durch die Partei gebildet werden.

Lenin und Trotzkij als die bedeutendsten Führer der bolschewistischen Revolution waren sich durchaus im klaren, daß auch die Partei keinen einheitlichen Willen darstellt, sondern daß die Führung diesen Willen zunächst in der Partei und dann vermittels der Partei im Volk bilden muß.

Auf die Frage, wie »die strengste Einheit des Willens« gewährleistet werden kann, antwortete Lenin: »durch die Unterordnung des Willens Tausender unter den Willen eines Einzelnen[80]«.

In seiner Schrift: »Der ›linke Radikalismus‹ – die Kinderkrankheit im Kommunismus« erläuterte er das Wesen der bolschewistischen Diktatur[81].

Die Diktatur wird durch die Sowjets verwirklicht. Ihre Anweisungen erhalten sie von der Partei. In strengster Disziplin haben die Parteimitglieder die Anweisungen der Führung, des Zentralkomitees (bestehend aus 19 Mitgliedern) zu befolgen. Um die Führung noch mehr zu straffen, werden aus den Mitgliedern des ZK zwei Büros, das sogenannte »Orgbüro« (Organisationsbüro) und das »Politbüro« (Politische Büro) gebildet, die aus jeweils fünf Personen bestehen.

»Ohne richtunggebende Weisungen des Zentralkomitees unserer Partei wird in unserer Republik keine einzige wichtige politische oder organisatorische Frage von irgendeiner staatlichen Institution entschieden.«

Auch die gesellschaftlichen Organisationen, vor allem die Gewerkschaft, »führen alle Direktiven der Partei durch«.

Nach Lenin sollte in der proletarischen Republik die Souveränität, d. h. der letzte, nicht abgeleitete, nicht übertragbare und unteilbare Entscheidungswillen, also weder beim Volk noch beim Proletariat oder bei den Sowjets liegen, sondern der Souverän ist die Parteiführung. Ob sie aus einem Diktator oder aus mehreren Personen besteht, ändert nichts am Wesen der Sache. Lenin charakterisierte dieses System mit den treffenden Worten: »Hier haben wir also eine regelrechte Oligarchie[82].«

Der Bedeutung des Begriffes gemäß ist das die Herrschaft einer kleinen Gruppe, die ihre Macht zur Wahrung selbstsüchtiger Interessen mißbraucht. Treffender, als es Lenin tat, kann das Wesen des Sowjetstaates, der »Diktatur des Proletariats«, nicht gekennzeichnet werden.

Wenn die Parteiführung der Souverän ist und die Partei das Mittel, mit dem sie ihre Entscheidungen verwirklicht, dann folgt daraus, daß die Einheit und die Existenz des Sowjetstaates in der Disziplin und Geschlossenheit der Partei begründet ist.

Aus ihren Reihen müssen, wie Sinowjew einmal sagte, sowohl die Vorsitzenden der Trusts wie die Gewerkschaftsfunktionäre, die Staatsanwälte wie die Mitglieder der Sowjets bestimmt werden[83].

Nur in der Gewissenhaftigkeit und absoluter Gefolgstreue

der Parteimitglieder liegt die Garantie, daß der Wille der Führung ausgeführt wird. Deshalb ist es stets ihre Sorge gewesen, die Geschlossenheit der Partei zu erhalten, auch wenn sie harte Maßnahmen gegen »Abweichler« und »Fraktionsmacherei« ergreifen mußte.

Die entscheidende Machtprobe zwischen der Führung und einem beträchtlichen Teil der Mitglieder wurde auf dem X. Parteitag im März 1921 ausgetragen.

Die Forderung der »Arbeiteropposition« innerhalb der bolschewistischen Partei lief darauf hinaus, den Arbeitern, derentwillen doch die Revolution unternommen worden sei, Einfluß auf die Entscheidungen der Parteiführung einzuräumen. Diese Forderung richtete sich also letzten Endes gegen das Wesen des bolschewistischen Systems [84].

Lenin beantwortete sie damit, daß er sich bereiterklärte, alle möglichen sachlich berechtigten Verbesserungsvorschläge zu diskutieren, aber die Einheit der Partei und die Unterordnung ihrer Mitglieder unter die Direktiven der Führung müssen unangetastet bleiben.

»Streitereien über Abweichungen lassen wir nicht zu. . . . Das ist keine Versammlung vom Typ Kronstadt . . .«

Er verlangte die Trennung »zwischen theoretischer Diskussion« und der »politischen Linie der Partei«: »Wir sind doch kein Diskussionsklub.« Zunächst müsse die Abweichung in Ordnung gebracht werden. »Bringen wir sie in Ordnung, und die Diskussion wird dann eine theoretische Diskussion sein [85]!«

Was er unter »in Ordnung bringen« verstand, bedeutete die Unterwerfung unter die Führung und die Aufgabe des oppositionellen Standpunktes. Er meinte, es sei genug, wenn man sich »den Luxus erlaubt, den Leuten zu gestatten, in ausführlichster Form ihre Meinung zu sagen«.

»Jetzt haben wir genügend Zeit mit Diskussionen verbracht, und ich muß sagen, daß eine ›Diskussion mit Gewehren‹ sehr viel besser wäre, als mit den Thesen der Opposition zu diskutieren [86].«

Lenin war sich völlig darüber im klaren, daß die Thesen der Arbeiteropposition von dem größten Teil der alten Mitglieder unterstützt wurden, während die Mehrheit der Delegierten des Parteitages die Meinung der arrivierten Sowjetbürokraten ver-

trat. Aber im Interesse der Erhaltung der bolschewistischen Herrschaft nahm er darauf keine Rücksicht. Um jeden Preis wollte er eine Spaltung der Partei vermeiden – auch um den Preis des Ausschlusses alter, verdienter Mitglieder.

Entrüstet erklärte er, daß es im November 1920 schon zu »Fraktionssitzungen« in verschiedenen Zimmern gekommen sei. Aus dieser Spaltungsgefahr, die die Herrschaft der Partei tödlich bedrohe, müsse jetzt unbedingt die Folgerung für alle Zukunft gezogen werden.

Sie bestand darin, daß Lenin auf diesem Parteitag einen damals nicht veröffentlichten Vorschlag durchsetzte, notwendigerweise auch den Ausschluß aus dem ZK zu verfügen, wenn eine solche Entscheidung von mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gefällt wird. Lenin sagte damals:

»Wir wollen hoffen, daß es nicht nötig sein wird, diesen Punkt anzuwenden. Er ist jedoch unabdingbar in einer so neuen Lage, da wir vor einer entscheidenden Wende stehen und die Folgen der Spaltung beseitigen wollen[87].«

Die Konzentration auf die Sicherung der Macht hatte innerhalb von drei Jahren zur Aufgabe aller früheren Vorstellungen geführt.

1917 wollte Lenin das Vorbild der Pariser Kommune kopieren, um in Rußland ein völlig neues Gemeinwesen zu etablieren, in dem das Volk mit der Partei eins ist. Statt dessen entstand ein autoritärer Staat, in dem der Wille der Parteiführung entscheidet, die Bevölkerung aber durch Terror und Gewalt zum Gehorchen gezwungen wird.

Im Grunde ist diese Entwicklung allerdings schon in den früheren Vorstellungen Lenins, wie er sie in »Staat und Revolution« zum Ausdruck brachte, angelegt:

Wenn *jeder* Staat als eine »besondere Repressionsgewalt« mit eigener »bürokratisch-militärischer Staatsmaschinerie« definiert wird, dann ist nicht einzusehen, warum der proletarische Staat davon eine Ausnahme bilden soll.

Die Alternative zur politischen Herrschaft in welcher Form auch immer ist die herrschaftslose kommunistische Gesellschaft. Daher erwies sich Lenins Behauptung, es gebe im Hinblick auf die Staatsmaschinerie einen prinzipiellen Unterschied zwischen dem »Staat in der ersten Phase der kommunistischen Gesell-

schaft« und dem bürgerlichen Staat, als eine Selbsttäuschung.

Beide – der bürgerliche wie der Sowjetstaat – benötigen Apparate für Verwaltung, Polizei und Armee, weil ohne sie die staatlichen Aufgaben der Leitung und Sicherung des Gemeinwesens nicht gelöst werden können.

Wenn auch in dieser Hinsicht der Sowjetstaat mit dem bürgerlichen Staat durchaus vergleichbar ist, so unterscheiden sich beide prinzipiell in der Form der Machtausübung. Dieser Unterschied wurde durch die Aufhebung der Gewaltenteilung in Sowjetrußland bewirkt. Lenin hat dieses Ziel stets angestrebt und sofort nach der Machteroberung verwirklicht.

Dadurch war die Herausbildung der bolschewistischen Repressionsgewalt in Form der Parteidiktatur vorgezeichnet. Widrige Umstände, Krieg und Bürgerkrieg haben diesen Prozeß in Rußland verzögert, andererseits aber seine Notwendigkeit nur noch deutlicher gemacht.

Das bolschewistische Staatswesen ist also kein zufälliges Produkt der Widerwärtigkeiten oder russischen Besonderheiten, sondern die zwangsläufige Folge der Machteroberung. Die grundsätzliche Entscheidung fällte Lenin 1917, als er mit seiner Partei die Macht eroberte und um jeden Preis sichern wollte, damit die gestellten Aufgaben erfüllt werden können.

Die Boschewisten wußten sich völlig einig mit Marx und Engels, die im Kommunistischen Manifest zur Machteroberung des Proletariats aufgerufen hatten. Daß dennoch kein proletarischer Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune entstand, war Lenin und seinen Mitarbeitern unerklärlich.

Die russischen Unzulänglichkeiten reichten zur Begründung nicht aus. Lenin spürte, daß sich ähnliche Konsequenzen auch in jedem anderen Land und sogar im Falle der universellen Revolution ergeben hätten.

Die Alternative hätte in der Tat darin bestanden, daß die Revolutionäre die Macht erobern, um sie dann im Zuge des raschen Übergangs zur herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft wieder aufzugeben.

Selbst Marx und Engels hatten das nicht verlangt, sondern wiesen der neuen proletarischen Staatsgewalt im Kommunistischen Manifest Aufgaben zu. Lenin folgerte, daß es die Hauptaufgabe des bolschewistischen Staates ist, die kommunistische

Gesellschaft zu verwirklichen, d. h. aufzubauen oder herzustellen. Die Machtkonzentration erschien ihm unvermeidlich.

Aus diesem Grund mußte Lenin das Scheitern seiner Nachahmungsversuche der Pariser Kommune hinnehmen. Seine Beweisführung in »Staat und Revolution« hatte sich gegen ihn selbst gekehrt. Unerwartet und ungewollt entstand eine neue Repressionsgewalt mit den typischen Merkmalen jedes Staates.

Nachdem er die Bürokratie, die Armee und die Tscheka vor Augen hatte, konnte auch Lenin den Widerspruch zwischen seinen Vorstellungen und der Wirklichkeit nicht mehr übersehen.

Er wußte ihn nicht zu erklären. Es erschien ihm einfach »paradox«, daß der Staat nun nicht allmählich abstirbt, wie er unter Berufung auf Engels angenommen hatte, sondern daß die Hauptaufgabe der Bolschewisten genau umgekehrt in der Erhaltung und Sicherung der Staatsgewalt liegt[88].

Wenn er die bolschewistische Herrschaft bewahren wollte, mußte er diesen paradoxen Zustand akzeptieren. Es blieb ihm keine Wahl. Und so verschob er das »Absterben« des Staates in eine ferne Zukunft. Aber wie das vor sich gehen sollte, ohne die Führung der Partei zu gefährden, das konnte auch er nicht angeben.

Bei allen Bedenken und Enttäuschungen über das eigene Produkt, dem das Übel der Bürokratie und die anderen Merkmale der Staatsmaschinerie anhafteten, bedachte Lenin jedoch, daß der Erfolg nicht zu verkennen ist: Die Macht der bolschewistischen Partei war gesichert. Das war für ihn die Voraussetzung für alles. Und so kann es nicht verwundern, daß er sich dennoch zu seinem Produkt bekannte.

Als Lenin im Dezember 1921 Bilanz zog, stellte er die Erfolge bei der Machtsicherung den vielen Fehlern und Irrtümern auf wirtschaftlichem Gebiete gegenüber und erklärte:

»Auf politischem und militärischem Gebiet haben wir unsere Sache ausgezeichnet gemacht[89].«

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel

Lenins Vorstellungen vor der Oktober-Revolution

Die einzige Rechtfertigung der bolschewistischen Diktatur war ihre Aufgabenstellung: die Beseitigung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung.

Die Negation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung – das ist die kommunistische Gesellschaft. Dieser Ansicht war Lenin während der ganzen Periode seines revolutionären Kampfes bis 1917.

Das besondere Problem in Rußland bestand allerdings darin, daß die Bolschewisten eine Gesellschaftsordnung beseitigen wollten, die es noch gar nicht gab. Die kapitalistische Entwicklung Rußlands war erst im Ansatz vorhanden. Folgerichtig war Lenin um die Jahrhundertwende der Meinung, daß in Rußland der Kapitalismus erst in einer bürgerlichen Revolution zum Durchbruch kommen müßte.

Im Jahre 1907 setzte er sich in einer längeren Untersuchung mit dem sozialdemokratischen Agrarprogramm in der russischen Revolution (1905 bis 1906) auseinander[1]. Hier polemisierte er hauptsächlich gegen die Menschewisten und wandte sich gegen die »Konfusion« ihrer Auffassung, vor allem gegen Larin.

Sie hätten das sozialistische Programm entstellt und den Sinn der bürgerlichen Revolution gar nicht begriffen. Die radikalste Maßnahme dieser Revolution, so meint Lenin, ist die Nationalisierung des Bodens. Deshalb müsse man dafür sein[2].

Uns interessiert an dieser Polemik, daß Lenin zu diesem Zeitpunkt die Nationalisierung des Bodens zur *bürgerlichen* Revolution rechnet. Die Verstaatlichung habe noch nichts mit Sozialismus zu tun, sondern – so schreibt Lenin – »sie ist eine bürgerliche Maßnahme[3]«.

Das bedeutet, die Sozialisten müssen selbstverständlich für die Nationalisierung des Bodens im Verlauf der bürgerlichen Revolution eintreten, weil sie »das reinste, konsequenteste, entschiedenste Programm der bürgerlichen Revolution« ist.

Aber sie dürfen das eigene Schicksal nicht von der bürgerlichen Revolution abhängig machen, sondern die Sozialdemokraten müssen dem »großen sozialistischen Ziel« entgegengehen, das jenseits der Nationalisierung liegt[4].

Lenin ging also damals davon aus, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel noch nicht ihre Vergesellschaftung bedeutet. Nach seiner Auffassung war die Nationalisierung des Bodens das notwendige Produkt der kapitalistischen Entwicklung zum Monopolkapitalismus. Mit Sozialismus hatte das noch nichts zu tun. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel müßte sich dann automatisch durch die Aufhebung des Privateigentums ergeben[5].

Nachdem er im Frühjahr 1917 damit begonnen hatte, sich über den Weg zur kommunistischen Gesellschaft konkrete Gedanken zu machen, erkannte er die Abstraktion der kommunistischen Gesellschaft als Negation des Kapitalismus.

Im Kapitalismus gab es Privateigentümer, die in der kommunistischen Gesellschaft enteignet werden sollten. Dadurch sollten Arbeitsteilung, Warenproduktion, Geldwirtschaft und alle anderen Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden. Wer aber sollte nun der Eigentümer der Produktionsmittel sein?

Lenin sah bald ein, daß der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft auch in ökonomischer Hinsicht Zeit braucht. Der Sozialismus könne in der ersten Phase »ökonomisch noch *nicht* völlig reif, völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus« sein[6].

In »Staat und Revolution« beschäftigt sich Lenin mit den Bedingungen für die Aufhebung der politischen Herrschaft und meint:

»Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage in seiner ›Kritik des Gothaer Programms‹ (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875) ...[7]«

Für ihn war dieser Brief deshalb besonders geeignet, weil hier von Maßnahmen in der Übergangsperiode die Rede ist. Vor allem handelte es sich um die Frage nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Lenin geht davon aus, daß allein durch die Machteroberung der Bolschewisten der Staat als Staat beseitigt wird. Im Grunde

werde durch die Aufhebung des bürgerlichen Staates schon bewirkt, daß sich der Charakter der Herrschaftsform radikal ändert. Lenin interpretiert die bolschewistische Machteroberung mit dem Satz:

»Hierin besteht eben die ›Aufhebung des Staates als Staat‹.«

Und da sich nun der Charakter der Herrschaft völlig geändert habe, fügt er hinzu: »Hierin besteht eben der ›Akt‹ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft [8].«

Mit anderen Worten: Da es sich in der Diktatur des Proletariats nicht mehr um den bürgerlichen Staat handele, sei auch die Inbesitznahme der Produktionsmittel nicht eine Verstaatlichung im üblichen Sinne, sondern der erste Schritt zur Vergesellschaftung.

Nun konnte Lenin die Frage nach dem neuen Eigentümer der Produktionsmittel beantworten. Das ist der neue proletarische Staat, die Diktatur des Proletariats. Später, am Ende der Übergangsperiode zum Kommunismus, müsse die Frage neu durchdacht werden.

Lenin hat damals wichtige Schriften von Karl Marx zu diesem Thema nicht gekannt. Insbesondere war ihm die Marxsche Aussage unbekannt, daß jede Art von Verstaatlichung der Produktionsmittel nur als »roher Kommunismus« gelten kann [9].

Aber auch wenn Lenin sämtliche Marxschen Schriften gekannt hätte, wäre er der Lösung dieser Aufgabe als totaler Negation des kapitalistischen Eigentums nicht näher gekommen.

In dem erwähnten Brief spielt Marx nur zweimal auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel an. So spricht er im Zusammenhang mit seiner Kritik an dem Programm der deutschen Sozialdemokraten einmal von der »Verwandlung in Gemeingut«. An einer anderen Stelle sagt er, daß die »sachlichen Produktionsbedingungen« zum »genossenschaftlichen Eigentum« der Arbeiter selbst werden sollen [10].

In der Marxschen Definition bedeuten diese Begriffe die Negation des bürgerlichen Eigentums. Setzt man aber – wie Lenin – den proletarischen Staat mit Gesellschaft gleich, dann ist es durchaus möglich, »Gemeingut« mit Staatseigentum zu identifizieren. Dann wird die Vergesellschaftung zur Verstaatlichung.

Ohne überhaupt eine andere Möglichkeit zu erwägen, legt Lenin die Marxschen Begriffe so aus, als ob Marx damit die Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum gemeint habe [11].

Diese Ansicht verknüpft Lenin mit der vorherigen Berufung auf Engels, der im »Antidühring« die Verwandlung der Produktionsmittel in Staatseigentum als den ersten und gleichzeitig letzten Akt des proletarischen Staates bezeichnet hatte [12].

Die Herausbildung der Leninschen Auffassung läßt sich deutlich an seiner Einstellung zur Frage der Nationalisierung des Bodens ablesen. Früher, im Jahre 1907, hatte er sie noch als eine rein bürgerliche Maßnahme bezeichnet. Im Jahre 1917 jedoch gehörte sie schon zu den notwendigen Maßnahmen in der Übergangsperiode zum Kommunismus. Nun schrieb Lenin in einem Nachwort zu der Neuauflage seiner damaligen Schrift:

»Bei einer solchen Lage der Dinge« [daß das Leben weiter gegangen ist] »gewinnt auch die Nationalisierung des Bodens im Agrarprogramm unvermeidlich eine andere Gestalt. Und zwar: Die Nationalisierung des Bodens ist nicht nur das ›letzte Wort‹ der bürgerlichen Revolution, sondern ist auch ein *Schritt zum Sozialismus* [13].«

Damit hatte Lenin die wichtigste Frage für die sozialistische Wirtschaftsstruktur entschieden und gleichzeitig die Lösung der übrigen Probleme vorgezeichnet.

In der ersten Phase des Kommunismus habe man davon auszugehen, daß sie unmittelbar aus der kapitalistischen Ordnung entsteht, folglich noch einige kapitalistische Merkmale behalten muß, vor allem die bürgerliche Rechtsauffassung.

Wenn das bürgerliche Recht auch allmählich durch die staatliche Kontrolle über die Produktion zurückgedrängt wird, so bleibt es doch hinsichtlich der Verteilung der produzierten Güter noch eine Zeitlang wirksam. »Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen [14].«

Zwar müssen sich alle Menschen an der Arbeit beteiligen; denn es gilt das »sozialistische Prinzip«: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Aber die Arbeitsleistung ist infolge der Verschiedenheit der Menschen ungleich, und da für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte bezahlt wird,

erhalten die Menschen also eine differenzierte Entlohnung je nach ihrer Arbeitsleistung.

Zudem können sie auch nicht den vollen Arbeitsertrag erhalten, weil von dem Gesamtprodukt ein Reservefonds abgezogen werden muß, aus dem die Mittel für den Ersatz der verbrauchten Maschinen, für Investitionen und für die Unterhaltung von Schulen, Krankenhäusern usw. bestritten werden müssen.

Gleichheit herrscht in dem Sinne, daß die Arbeiter vom Staat soviel Lohn erhalten, wieviel sie durch ihre Arbeit verdient haben.

Die staatliche Kontrolle der Produktion verhindert, nach Lenins Meinung, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, weil niemand die Produktionsmittel als Privateigentum »an sich reißen« könne.

Der Kapitalismus habe durch seine staatlichen Einrichtungen (Post, Eisenbahnen usw.) selbst die Voraussetzungen zur Kontrolle geschaffen. So ist es durchaus möglich, »unverzüglich von heute auf morgen« den Kapitalisten und Beamten die Kontrolle aus der Hand zu nehmen und sie den »bewaffneten Arbeitern« zu übergeben. Diese werden dann die Rechnungslegung und Kontrolle ausüben. Die Kontrolle ist nach Lenins Meinung »das Wichtigste, was zum Ingangsetzen, zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Gesellschaft in ihrer ersten Phase erforderlich ist . . .«

»*Alle* Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. *Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines*, das gesamte Volk umfassenden Staatssyndikates. Es handelt sich nur darum, daß sie alle in gleicher Weise arbeiten, das Maß ihrer Arbeit richtig einhalten und gleichmäßigen Lohn bekommen [15].«

Wenn sich erst die Mehrheit der Bürger an dieser Kontrolle beteiligt, dann wird sie eine »wirklich universelle, allgemeine« Kontrolle sein.

»Die gesamte Gesellschaft wird *ein* Büro und *eine* Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein [16].«

Oder wie Lenin an anderer Stelle in »Staat und Revolution« sagte:

»Unser nächstes Ziel ist, die *gesamte* Volkswirtschaft nach

dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie *alle* beamteten Personen ein den Arbeiterlohn nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die wirtschaftliche Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen[17].«

Das war Lenins generelle Vorstellung von den ökonomischen Aufgaben der Staatsgewalt in der sozialistischen Revolution. Sie weist schon durch die Aufgabenstellung darauf hin, welche Fülle von Problemen von der neuen Staatsgewalt geregelt werden muß, wenn sie sich selbst zum Eigentümer der Produktionsmittel macht.

Der Staat mag theoretisch dazu auch imstande sein; aber für die praktische Regelung konnte die Leninsche Konzeption keinesfalls ausreichen, insbesondere deshalb nicht, weil Lenin bei der Umgestaltung der Gesellschaft in Rußland mit zusätzlichen Schwierigkeiten rechnen mußte.

Schon im April 1917 hatte sich Lenin auf Engels berufen, der im Jahre 1891 bemerkte, daß in den Trusts, obwohl sie zum Kapitalismus gehören, durchaus von einer Planmäßigkeit der Produktion gesprochen werden könne. Lenin fügte hinzu:

»Dieser Hinweis ist heute um so mehr am Platze, da wir es mit einem Militärstaat zu tun haben – mit dem staatlichen Monopolkapitalismus[18].«

Einige Monate später glaubte er, die Lösung des Problems gefunden zu haben. Auf den »üblichen, gängigen Einwand«, daß Rußland noch nicht reif dafür sei, antwortete er, daß viele offensichtlich gar nicht wissen, was die Begriffe »Imperialismus«, »Staat« usw. bedeuten. Imperialismus – das ist Monopolkapitalismus. Und dieser staatliche Monopolkapitalismus ist »die vollkommenste materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine Vorhalle, weil er jene Stufe auf der historischen Stufenleiter ist, zwischen der *es keine Zwischenstufe gibt* zur anderen Stufe, die sich Sozialismus nennt[19]«.

Die Dialektik der Geschichte habe »die Menschheit ungewöhnlich schneller an den Sozialismus herangeführt«, weil der Krieg die Verwandlung des Monopolkapitalismus in staatliches Monopolkapital beschleunigte. Nun kann man nicht mehr zurück, sondern nur noch vorwärts zum Sozialismus.

»Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts vom staatskapitalistischen Monopol. Oder anders ausgedrückt: Sozialismus ist nichts anderes als das staatskapitalistische Monopol, *das zum Nutzen des ganzen Volkes verwendet wird* und deshalb aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein [20].«

Der Sozialismus liegt also nicht in einer fernen, unbekannten Zukunft, er »blickt uns durch alle Fenster des gegenwärtigen Kapitalismus entgegen«.

Im großen und ganzen sei weiter nichts notwendig als die Organisation des »militärstaatlichen Monopolkapitalismus«, der in Wirklichkeit »Kriegssozialismus« zu nennen sei, zu übernehmen und die herrschende Klasse auszuwechseln.

»Nun laßt uns doch versuchen, *anstelle* des Staates der Junker und Kapitalisten, der Gutsherren und Kapitalisten einen *revolutionär-demokratischen* Staat zu setzen ...

Und ihr werdet sehen, daß der staatliche Monopolkapitalismus bei einer wirklich revolutionär-demokratischen Staatsgewalt unabdingbar, unausweichlich Schritt für Schritt zum Sozialismus führt [21]!«

Lenin war selbst davon überrascht, wie leicht ihm der Übergang zum »Sozialismus« wurde, und begründete seine These mit dem Hinweis, daß unter der neuen Staatsgewalt die staatlichen Monopole nicht mehr den Gutsherren und Kapitalisten gehören würden, sondern dem ganzen Volk.

Da Lenin auf diese Weise den so oft geschmähten Monopolkapitalismus zur »Vorhalle des Sozialismus« gemacht hatte, fand er nichts mehr dabei, die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen dadurch zu begründen, daß sie im zaristischen Rußland, in den USA und vor allem in Deutschland längst verwirklicht seien.

Was dort möglich war, das kann auch die proletarische Staatsmacht durchführen. Sie setzt damit nur eine »natürliche Entwicklung« fort, realisiert das, was – wie die Beispiele zeigen – ohne weiteres zu realisieren ist. Konsequent verweist Lenin für jeden Schritt zum Sozialismus auf das kapitalistische Vorbild.

Lenin gewann durch diese Anknüpfung an die kapitalistischen Vorbilder Klarheit darüber, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten. Andererseits mußten der Sowjetwirtschaft da-

durch aber im Prinzip dieselben Probleme entstehen, die in der privat- oder monopolkapitalistischen Wirtschaft existieren.

Als Lenin unmittelbar vor der Aufgabe stand, die sozialistische Wirtschaftsstruktur in Rußland zu bilden, wollte er zunächst keine zu weitreichende Maßnahmen einleiten. Auch die Verstaatlichung der Produktionsmittel wollte er nur allmählich durchführen und sich am Anfang mit der Arbeiterkontrolle über die Tätigkeit der kapitalistischen Unternehmer begnügen.

Bezeichnend für diese Vorsicht ist die häufige Erwähnung der russischen Möglichkeiten. Er meinte, der Sozialismus kann in dem kleinbürgerlichen Rußland nicht »eingeführt« werden. Das wäre »eine außerordentliche Dummheit«. Zuerst muß man ihn lehren und schrittweise vorgehen. Mit Rücksicht auf die Wirtschaft müsse zunächst sogar das Privateigentum erhalten bleiben, bis sich die russische Situation in der gewünschten Richtung verändert hat.

Diese Vorsicht Lenins kommt auch in seiner Berufung auf Marx und Engels zum Ausdruck. Er stellte nicht einfach Forderungen, sondern fragte:

»Welche konkreten Schritte können wir dem Volke vorschlagen, die nicht im Widerspruch zu unserer marxistischen Überzeugung stehen [22]?«

Die Hauptpunkte der ersten Leninschen Konzeption für die Umgestaltung Rußlands waren: Vereinigung aller Banken, Arbeiterkontrolle über die Produktion, Verstaatlichung der Großindustrie, Vereinigung aller Produzenten und auch der Konsumenten zu Genossenschaften, die leichter kontrolliert werden könnten als die einzelnen Unternehmer und Verbraucher.

Erstmalig stellte Lenin diese Thesen im April 1917 auf. In den folgenden Monaten vervollständigte er sie in dem Maße, in dem er sich selbst Klarheit verschaffte.

Von den zehn Punkten, die Lenin in den sogenannten »April-Thesen« aufzählte, befaßten sich drei mit Wirtschaftsfragen.

So forderte er in Punkt 6 die »Konfiszierung des gesamten Großgrundbesitzes, die Nationalisierung des ganzen Grund und Bodens im Lande und die Verfügungsgewalt der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten« über die verstaatlichten Ländereien.

Punkt 7 lautet:

»Sofortiger Zusammenschluß aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und die Einführung der Kontrolle darüber seitens der Arbeiterräte.«

Und in Punkt 8 forderte er »nicht die ›Einführung‹ des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern für jetzt nur den Übergang zur *Kontrolle* seitens der Arbeiterräte über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Produkte[23]«.

Zur Begründung dieser Vorschläge führte Lenin in der ersten Sitzung der VII. Parteikonferenz aus:

»Warum wollen wir, daß die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht?

Die erste Maßnahme, die sie verwirklichen müssen, ist die Nationalisierung des Bodens. Davon spricht das ganze Volk. Man sagt, diese Maßnahme sei am allerutopischsten, und doch weist alles auf sie hin, besonders deshalb, weil der russische Landbesitz derartig verworren ist, daß es einen anderen Ausweg als den, das ganze Land von Grenzen zu befreien und es in Staatseigentum zu verwandeln, nicht gibt ...

Die zweite Maßnahme: Wir können nicht dafür sein, daß der Sozialismus ›eingeführt‹ wird. Das wäre eine große Dummheit. Wir müssen den Sozialismus lehren. Die Mehrheit der Bevölkerung in Rußland besteht aus Bauern, aus kleinen Landwirten, die an den Sozialismus nicht einmal denken können. Was könnten sie jedoch dagegen haben, wenn in jedem Dorf eine Bank wäre, die ihnen die Möglichkeit geben würde, ihre Wirtschaft zu verbessern?

Dagegen können sie nichts sagen. Wir müssen den Bauern diese praktischen Maßnahmen propagieren und deren Notwendigkeit in ihrem Bewußtsein befestigen.

Eine andere Sache ist es mit dem Syndikat der Zuckerfabriken, das ist eine Tatsache. Hier müssen unsere Vorschläge unmittelbar praktisch sein. Die bereits herausgebildeten Syndikate müssen in Staatseigentum überführt werden. Wenn die Sowjets die Macht übernehmen wollen, dann nur für diese Ziele. Für etwas anderes brauchen sie sie nicht zu übernehmen[24].«

Eine ausführliche Erläuterung seiner Ansichten gab Lenin in der im September 1917 verfaßten Broschüre: »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll[25]«.

Hier zählte er zu den wichtigsten Maßnahmen, die sofort nach der Machtergreifung ergriffen werden sollen:

»1. Die Vereinigung aller Banken zu einer einzigen Bank und die staatliche Kontrolle über ihre Operationen, oder die Nationalisierung der Banken.
2. Die Nationalisierung der Syndikate, das heißt der großen Monopolvereinigungen der Kapitalisten (Zucker-, Öl-, Kohlen-, Metallsyndikate usw.).
3. Die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses.
4. Die obligatorische Vereinigung der Industriellen, Kaufleute und allgemeinen Wirtschaftsbetriebe und Syndikate.
5. Die obligatorische Vereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften, oder die Forcierung einer solchen Vereinigung und die Kontrolle darüber.«

Diese Konzeption wurde später ergänzt durch die Forderung nach Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht[26].

Lenins Konzeption steht nicht nur in keinem Gegensatz zum Kapitalismus, sondern sie wurde durch den Hinweis auf das kapitalistische Beispiel in und außerhalb Rußlands begründet.

Zur Vereinigung der Banken sagte er, daß die neue Staatsgewalt damit das »Zentrum des gegenwärtigen Wirtschaftslebens« unter ihrer Kontrolle habe. Die Zentralbank könnte dann die Produktion genau kontrollieren; zudem würden die Bauern Kredite zur Verbesserung ihrer Wirtschaften erhalten können[27].

Die Syndikate seien im Kapitalismus als die »großen Monopolverbände der Kapitalisten« schon längst zur planmäßigen Produktion übergegangen. Es sei also »die einfachste Sache der Welt«, die gut ausgerüsteten Werke der Kontrolle der Arbeiterräte zu unterstellen und eine einheitliche Abrechnung einzuführen. Man brauche im übrigen nur daran zu erinnern, daß in allen kriegführenden Ländern die staatliche Kontrolle über die Produktion eingeführt worden sei[28].

Die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses ist nach Lenins Meinung der »Schlüssel jeder Kontrolle«. In den Ländern des Monopolkapitalismus sei sie ohnehin schon lange verwirklicht, denn die Verflechtung der Betriebe habe das Geschäftsgeheimnis illusorisch gemacht.

Die obligatorische Vereinigung der Industriellen könne ebenfalls keine Schwierigkeiten bieten. Sie sei ja noch keine Verstaatlichung, und die Unternehmer würden kaum Schwierigkeiten machen. Zudem sei sie in den kapitalistischen Ländern praktisch schon vorhanden:

»Die obligatorische Vereinigung, zum Beispiel der Industriellen in Verbände, wird in der Praxis Deutschlands bereits angewandt. Auch hierin ist also gar nichts Neues zu sehen[29].«

Bei der obligatorischen Vereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften brauche man sich auch nur nach dem kapitalistischen Vorbild zu richten:

»In *allen* kriegführenden Ländern ohne Ausnahme, *sogar* in Deutschland, kann man, was wohl keinen Einwand hervorrufen wird, das Vorbild der akkuratesten, pedantischsten und strengsten Regulierung des Konsums feststellen.«

Allerdings sollen nicht nur die Lebensmittel, sondern sämtliche Güter rationiert werden, damit die Kontrolle vollständig ist[30].

Betrachtet man schließlich die Forderung nach der Arbeitspflicht, so genügt ebenfalls der Hinweis auf die kapitalistischen Länder. Hier existiert sie längst. Lenin sagte, daß sie in diesen Ländern »unausbleiblich zur militärischen Zwangsarbeit für die Arbeiter« geworden sei.

»Nehmt jedoch dieselbe Einrichtung und stellt euch ihre Bedeutung in einem revolutionär-demokratischen Staat vor[31]!«

Die Schlußfolgerung aus der Leninschen Konzeption für die ökonomische Umgestaltung Rußlands lautet: Der ständige Hinweis Lenins auf das kapitalistische Vorbild, dem der bolschewistische Staat nacheifern müsse, war die Folge der Ratlosigkeit, die von Marx gestellte Aufgabe zu lösen.

Im Grunde ist die von Marx geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein Gedanke, der nicht zu Ende gedacht werden kann. Da Marx die Gesellschaft nicht als Institution auffaßt, kann niemand die Frage nach dem neuen Eigentümer der Produktionsmittel beantworten. Wer soll Eigentümer werden, wenn die Produktionsmittel »vergesellschaftet«, d. h. vermenschlicht werden? Alle Menschen oder niemand?

Jeder Jünger von Karl Marx hätte bei dem Versuch, diese Aufgabe zu lösen, eigene Wege gehen müssen. Lenins Schluß-

folgerung, daß der neue proletarische Staat als Eigentümer fungieren müsse, ist sicher die naheliegende Lösung dieses an sich unlösbaren Problems der Vergesellschaftung.

Das Experiment der Naturalwirtschaft

Das besondere Problem in Rußland war seine ökonomische Rückständigkeit. Hier war das Wirtschaftsleben noch nicht von kapitalistischen Prinzipien durchdrungen. Lenins Konzeption mußte also auf Schwierigkeiten stoßen.

Aber auch in den eigenen, bolschewistischen Reihen tauchten Hindernisse auf. Die russischen Arbeiter waren durch den Erfolg der Februar-Revolution in einen Begeisterungsrausch versetzt. Fast jeden Tag fanden Demonstrationen statt. In den von ihren Inhabern verlassenen Betrieben bestimmten die Arbeiter selbst ihren Lohn. Es gab keine geregelte Produktion, keine Kalkulation oder betriebswirtschaftliche Rechnung. Die Güter verteuerten sich. Der Zerfall der Wirtschaft war unaufhaltsam[32].

Als die Bolschewisten die Macht übernahmen, vergrößerte sich das Durcheinander noch mehr.

Die Arbeiter waren auf die sinnvolle Kontrolle der Betriebe gar nicht vorbereitet. Die Unternehmer weigerten sich, Außenstehenden, die in der Regel völlig unfähig waren, Einblick in die Produktion zu gewähren. Und die Bolschewisten begeisterten sich so an ihrem Erfolg, daß sie auf die sofortige Verstaatlichung drängten.

Nach dem Urteil Larins »erwies sich die Arbeiterkontrolle als eine halbe Maßnahme und deshalb auch als nicht durchführbar[33]«.

Unter dem Eindruck dieser Situation sowie vom Erfolg der bolschewistischen Revolution überwältigt, ließ sich Lenin dazu hinreißen, seine Konzeption aufzugeben und die ökonomischen Maßnahmen in radikaler Form auszuführen.

Die neue Konzeption, die hinter den ökonomischen Maßnahmen in der Periode des »Kriegskommunismus« stand, war nicht Lenins Produkt. Dazu haben vor allem Miljutin, Bucharin, Trotzkij, Kritzmann und Larin beigetragen. Einige von ihnen

hatten nie zu den Bolschewisten gehört und verloren Rang und Ansehen nach dieser Periode wieder[34].

In einer Hinsicht bedeutete die neue Konzeption eine Weiterentwicklung der Leninschen Vorschläge: So wurde aus der Arbeiterkontrolle und Vereinigung in Verbänden die sofortige Verstaatlichung der Produktionsmittel sowie eine totale Regelung der Produktion und Konsumtion.

In anderer Hinsicht bestand diese Konzeption aus irrationalen Elementen, die das Wirtschaften unmöglich machten und von Lenin sehr bald als Fehler angesehen wurden. Man wollte die Merkmale des Kapitalismus – Warenproduktion, Geld, Kredit, Banken usw. – beseitigen und zur Naturalwirtschaft übergehen.

Aus der von Lenin für die Produktionskontrolle gedachten Vereinigung der Banken wurde nun die unverzügliche Verstaatlichung aller Bank- und Kreditinstitute.

Der Anlaß war die Weigerung der Bankangestellten, der neuen Regierung finanzielle Unterstützung zu gewähren. Daraufhin besetzten bewaffnete bolschewistische Einheiten die Banken. Dieser Gewaltakt wurde nachträglich durch ein Dekret (vom 14. Dezember 1917) sanktioniert, das ihre Verstaatlichung anordnete. Später wurden sämtliche Guthaben, Aktien, Wertpapiere usw. beschlagnahmt.

Nun existierte nur noch die Staatsbank. Aber ihre Tätigkeit bestand allein in der Ausgabe von Geldnoten. Ihre eigentliche, von Lenin geplante Funktion, die Produktion zu kontrollieren, konnte sie nicht erfüllen, da die Geldwirtschaft allmählich aufhörte. Es war nun das erklärte bolschewistische Ziel, zur Naturalwirtschaft überzugehen[35].

Bucharin schrieb: »Die Macht des Geldes ist zu Ende.« Bald kann es vollständig abgeschafft werden. Auch Kritzmann meinte, daß die Rechnungen zwischen den staatlichen Betrieben »ohne Hilfe der Rechnungszettel (Geldnoten) einfach auf dem Wege der Buchverrechnungen« durchgeführt werden können. Larin fügte hinzu:

»Die Funktion des Geldes beginnt in Rußland abzusterben, wie vorher schon die Funktion der Banken, der Börse usw. ...[36]«

Wie er sich den Fortschritt zum Sozialismus vorstellte, zeigt die folgende naive Ansicht:

»Nach der Vergesellschaftung der Produktion und der faktischen Durchführung einer sozialistischen Organisation« [gemeint ist die *Verstaatlichung* der Produktion] »muß allmählich der *Übergang zur Naturalwirtschaft* eintreten. Zunächst tritt an die Stelle der ›anarchischen‹ Produktion für den unbestimmten Markt die gesellschaftliche Produktion ›auf Bestellung‹. Mit anderen Worten, die Arbeit verschiedener Industriezweige wird nach einem früher festgesetzten Plan und in bestimmtem Verhältnis zueinander fortgeführt (natürlich klappt der Plan nicht von Anfang an). Zugleich gehören sämtliche Unternehmen der verschiedenen Industriezweige nur noch einem Besitzer – dem Staat. Die einzelnen Betriebe verwandeln sich auf diese Weise in einzelne Abteilungen, Werkstätten ein und derselben Unternehmung, in der weder Raum für das ›freie Spiel der blinden ökonomischen Kräfte‹ der früheren bürgerlichen Gesellschaft noch für Handelsbeziehungen unter ihnen vorhanden ist. Der Bedarf nach Warenaustausch, nach dem Ankauf von Rohstoffen, von maschinellen Einrichtungen, der Bedarf an Kredit und Bankoperationen verschwindet; an ihre Stelle tritt eine regelmäßige Lieferung von Waren aus einem Staatsbetrieb in den anderen. In den Büchern wird eingetragen, wieviel Kohle oder andere Produkte nach der Verordnung des Hauptverteilungsorgans von einer Hauptverwaltung an die Eisenbahnen geliefert worden sind. Das ist alles. Andere Rechnungen und Abrechnungen finden nicht statt [37].«

Im Parteiprogramm vom März 1919 heißt es, daß man sich weiter daraum bemühen müsse, die Bank in die »zentrale Buchhaltung der kommunistischen Gesellschaft« umzuwandeln und die Vernichtung des Geldes vorzubereiten [38].

Aus der vorsichtigen Konzeption Lenins, zunächst mit der Arbeiterkontrolle zu beginnen, wurde bald die Forderung nach der vollständigen Verstaatlichung der Produktionsmittel. In Kürze war das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das Lenin beibehalten wollte, um den Wirtschaftsablauf nicht durch Gewaltakte zu stören, enteignet.

Diese Umbildung der Leninschen Konzeption läßt sich sehr genau an der Geschichte eines Dekrets verfolgen: Unmittelbar nach der Oktoberrevolution entwarf Lenin ein Projekt für die Durchführung der Arbeiterkontrolle. In allen Betrieben mit einer

Belegschaft über fünf Beschäftigten und einem Jahresumsatz über 10 000 Rubel sollte eine Kontrollkommission aus den Reihen der Arbeiter gewählt werden, die die Tätigkeit der Unternehmer überwachen sollte.

Schon die Veröffentlichung dieses Vorschlags in der bolschewistischen Presse zeigte ihn in einer wesentlich veränderten Form. Als schließlich das Dekret am 14. November 1917 verabschiedet wurde, hatte sich die Arbeiterkontrolle in die selbständige Leitung der Produktion durch die Kontrollkommission verwandelt[39].

Faktisch war durch dieses Dekret den privaten Unternehmern die Möglichkeit der eigenen Leitung der Produktion genommen. Die Verstaatlichung der Betriebe war nur noch eine Formsache. Zuerst wurden, Ende November 1917 beginnend, die Großbetriebe verstaatlicht. Bis Februar 1918 waren die wichtigsten Unternehmen (insgesamt 26) vom Staat enteignet. Als Begründung wurde in der Regel angegeben, daß sich die Besitzer geweigert hätten, mit der »Arbeiterkontrolle« zusammenzuarbeiten[40].

Ende November 1917 enteignete die Sowjetmacht sämtliche Wohnungsvermieter. Kurz darauf wurden alle geschäftlichen Transaktionen mit unbeweglichen Sachen verboten. Im Januar 1918 wurde die Handelsflotte und der umfangreiche Besitz der Kirche verstaatlicht[41].

Nachdem die örtlichen Sowjets das Recht zur eigenmächtigen Enteignung erhielten, begann eine Welle von Verstaatlichungen. Im Mai 1918 verfügte die Sowjetregierung die Verstaatlichung der Wälder, im Juni der Ölindustrie und vieler kleinerer Industriebetriebe[42].

In den folgenden Jahren dehnt sich die Enteignung auch auf die Kleinindustrie und sogar auf die Heimindustrie aus, falls diese die Staatsaufträge nicht ordnungsgemäß ausführt[43].

Miljutin gibt für die Jahre 1918/19 die Zahl der verstaatlichten Betriebe mit 90 v. H. aller russischen Unternehmen an[44]. Das Ziel der bolschewistischen Führer, die Produktion nach eigenem Ermessen lenken zu können, war erreicht.

Die von Lenin geplante Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses und die obligatorische Vereinigung der Industriellen waren unter diesen Umständen überflüssig geworden.

An ihre Stelle trat die Notwendigkeit, einen eigenen Apparat zur Verwaltung der Wirtschaft einzurichten und die Anweisungen der Zentrale zu einem einheitlichen Plan zu vereinigen.

Schon im November 1917 war die Schaffung einer obersten Wirtschaftsbehörde angeregt worden. Am 2. Dezember 1917 entstand sie durch ein von Larin verfaßtes Dekret in Gestalt des sogenannten »Obersten Volkswirtschaftsrates«. An der Spitze stand ein Büro, das die ganze Organisation der Wirtschaftsverwaltung leiten sollte. Jeder Wirtschaftszweig wurde einem »Hauptkontor« unterstellt (es gab insgesamt etwa 50–70 solcher Kontore), das über eine Vielzahl von Unterabteilungen und Fachkommissionen verfügte, für die Regelung der Materialbeschaffung, Lieferung, Entlohnung usw.[45].

Nach diesem Muster sollten überall im Lande Volkswirtschaftsräte entstehen, die den örtlichen Sowjets angegliedert werden sollten.

Zwar konnte der »Oberste Volkswirtschaftsrat« keine selbständigen Entscheidungen fällen, sondern war dem Rat der Volkskommissare unterstellt; aber seine Aufgabe sollte darin bestehen, die Tätigkeit aller Behörden und Unternehmen im wirtschaftlichen Bereich zu regeln: Er »reguliert und organisiert die gesamte Produktion und Verteilung und leitet alle Betriebe der Republik[46]«. Auf diese Weise bildete sich binnen kurzem ein ungeheurer Verwaltungsapparat, da anders die vielen Probleme der Anleitung und Kontrolle nicht zu lösen waren.

Sinnvoll konnte diese zentrale Leitung der Wirtschaft nur sein, wenn sie geplant wurde, denn die Betriebe sollten keinesfalls ihre Produktion nach den Wünschen der Arbeiter bestimmen.

Das Ziel beschreibt Bucharin in seinem »Programm der Kommunisten« folgendermaßen:

»Man arbeitet gemeinsam nach einem ausgearbeiteten und berechneten Arbeitsplan. Das statistische Zentralbüro rechnet aus, wieviel Stiefel, Beinkleider, Wurst, Wichse, Weizen, Leinwand usw. im Laufe des Jahres produziert werden muß, welche Zahl von Genossen dazu auf den Feldern, in den Wurstfabriken, in den großen öffentlichen Schneiderwerkstätten arbeiten müssen, und in entsprechender Weise werden nun die Arbeitshände verteilt.«

Lenin nannte diese Darstellung im Dezember 1920 »eine hervorragende Erklärung« der bolschewistischen Vorstellungen[47]. Ohne die »strengste Rechnungslegung« über alle Produkte sei allerdings ihre Verwirklichung nicht möglich. »Das Programm dieser Rechnungslegung und Kontrolle ist einfach, klar und verständlich für jeden«, meinte Lenin. Jeder müsse wissen, daß er Brot, gute Schuhe, saubere Kleidung und eine warme Wohnung haben soll; er muß nur gewissenhaft arbeiten und den Anordnungen gehorchen. Rohstoffe seien in Rußland genügend vorhanden. Nun komme es nur darauf an, »ob die Arbeit und die Produkte richtig verteilt werden[48]«.

Auch Bucharin sah keine besonderen Schwierigkeiten voraus, wenn alles richtig geregelt und verteilt wird:

»Die Arbeiterklasse organisiert die Erzeugung, die Arbeiterklasse organisiert die Produktion. Die Arbeiterklasse organisiert die Verteilung; die Arbeiterklasse organisiert die Konsumtion. Nahrung, Kleidung, Wohnung – alles ist registriert, alles wird auf das Zweckmäßigste verteilt[49].«

Die Praxis zeigte allerdings, daß diese theoretischen Betrachtungen auf große Hindernisse stießen. Anfang Dezember 1917 gab der Rat der Volkskommissare dem Obersten Volkswirtschaftsrat die Anweisung, einen einheitlichen Wirtschaftsplan auszuarbeiten. Er sollte zweimal wöchentlich über die Fortschritte bei dieser Arbeit berichten[50].

Aber der Erfolg war gering. Es gelang den Bolschewisten nicht, diesen so dringend nötigen einheitlichen Wirtschaftsplan aufzustellen. Unabhängig voneinander existierten einzelne »Produktionsprogramme« und Sollfestsetzungen, z. B. auf dem Gebiet des Bauwesens und Transportwesens. Später kamen die Anfänge des Plans für die Elektrifizierung dazu; aber erst im Februar 1921 befaßte sich eine Kommission (die sogenannte »Staatliche Kommission für die gesamte Planung beim Rat für Verteidigung und Arbeit«, besser unter der Abkürzung GOSPLAN bekannt) erstmalig konkret mit der Ausarbeitung eines Plans auf der Grundlage der wirtschaftlichen Fakten[51].

Wie die häufigen Klagen und Anweisungen in den Dekreten und Parteidirektiven zeigen, handelt es sich zwischen 1917 und 1921 mehr um eine Planung der Pläne als um die Pläne selbst[52].

Aus der bisherigen Darstellung des »Kriegskommunismus«

ist deutlich geworden, daß die Forcierung der Vereinigung in Konsumgenossenschaften, die Lenin zunächst wollte, längst nicht mehr genügte. Der Staat mußte die genaue Kontrolle über den Verbrauch haben und ging bald zur restlosen Erfassung aller Güter über, die dann entsprechend verteilt werden sollten.

In erster Linie betraf das die Landwirtschaft, da die meisten Industriebetriebe ohnehin nicht mehr produzierten. Auf diesem Sektor begann sich deshalb auch die bolschewistische Absicht zuerst auszuwirken.

Im Januar 1918 wurde die Erzeugung von Lebensmitteln zum staatlichen Monopol erklärt. Die sogenannte »Außerordentliche Kommission für die Ernährung« wurde mit der Durchführung der Erfassung aller Lebensmittel beauftragt. Im Verlauf des Jahres 1918 entwickelte sich aus diesen Anfängen die (von Lenin so genannte) »Ernährungsdiktatur«. Die wichtigsten Dekrete wurden im Mai, Oktober und November 1918 erlassen[53].

Inzwischen war der Außen- und Binnenhandel verstaatlicht worden. Der Volkskommissar für die Ernährung erhielt außerordentliche Vollmachten zur Erfassung aller Produkte. Sie sollten »nach dem Klassenprinzip« an alle Einwohner verteilt werden, die – nach einem Dekret vom März 1919 – nur beliefert wurden, wenn sie in Konsumgenossenschaften eingetreten waren[54].

Nach Meinung der bolschewistischen Führer konnte so der Leitspruch: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! am besten verwirklicht werden. Man brauche ja nur das gesellschaftliche Gesamtprodukt »in Vorratslagern zu speichern« und nach den berechneten Bedürfnissen der Gesellschaft zu verteilen. Nur derjenige bekommt davon etwas, der ein entsprechendes Quantum Arbeit nachweisen kann[55].

Die von Lenin vorgesehene Arbeitspflicht wurde in der Periode des »Kriegskommunismus« in radikaler Weise eingeführt. Hauptsächlich Trotzkij nahm sich dieser Frage an und sprach bald von der »Militarisierung der Arbeit«. Er meinte, die russische Industrie habe einen großen Bedarf an Arbeitskräften, und da sie häufig aufs Land abgewandert seien, gebe es kein anderes Mittel als die Arbeitspflicht, um den Bedarf zu befriedigen. Später rechtfertigte er sich mit der Feststellung, daß der Arbeiterstaat berechtigt sei, »jeden Arbeiter auf den Platz zu

stellen, wo seine Arbeit nötig ist«. Wer nicht gehorcht, muß bestraft werden. Ohne »Zwangsformen der Wirtschaftsorganisation« könne man nicht »von der bürgerlichen Anarchie zur sozialistischen Wirtschaft« gelangen.

Natürlich müsse man in Kauf nehmen, daß die Zwangsarbeit in der Übergangsperiode unproduktiv ist, aber das werde sich im Laufe der Zeit ändern. Die Organisation der Wirtschaft ist ohne Arbeitspflicht undenkbar, und ihre Durchführung ist ebenfalls unmöglich »ohne Anwendung der Methoden der Militarisierung der Arbeit – in höherem oder geringerem Grade[56]«.

Trotzkij meinte damit die Schaffung von »Arbeitsarmeen«, die durch Einheiten der Roten Armee gebildet werden sollten. Wenn diese Form auch innerhalb der bolschewistischen Führung infolge ihrer geringen Rentabilität umstritten war, setzten sich Trotzkij und Lenin weiterhin für die Militarisierung der Arbeit ein[57].

Schon im Dezember 1917 hatte Lenin ein Projekt entworfen, nach dem jeder Einwohner Rußlands zwischen 16 und 55 Jahren verpflichtet werden sollte, jede ihm zugewiesene Arbeit zu leisten. Als Kontrolle sollte ein Arbeitsbuch dienen. Im Falle der Weigerung drohte Lenin in einer handschriftlichen Randbemerkung mit »Abtransport an die Front, Zwangsarbeit, Konfiszierung, Verhaftung, Erschießung[58]«.

Im Januar 1918 wurde die Arbeitspflicht in einigen Städten, vor allem in Petrograd, für Notstandsarbeiten eingeführt. Später galt sie für alle Arbeitsfähigen, wobei sie sogar zum Mitbringen des notwendigen Werkzeugs verpflichtet wurden. Frauen waren davon nicht ausgenommen[59].

Die Struktur der Landwirtschaft im »Kriegskommunismus« ergab sich aus der jeweiligen Lage.

Genauso wie Lenin die Bauern während des revolutionären Kampfes unter dem Gesichtspunkt betrachtet hatte, sie zu Bundesgenossen zu machen, verhielt er sich im Jahre 1917. Die bolschewistischen Forderungen waren identisch mit den Wünschen der Bauern und ihrer Vertreter in den revolutionären Parteien.

Die wichtigste Partei der russischen Bauern, die Sozialrevolutionäre, hatte im April und Juni 1917 ein Programm zur Lösung der Agrarprobleme aufgestellt. Seine wesentlichsten Forderungen waren: Beseitigung des Großgrundbesitzes, Verwand-

lung des ganzen Landes in Nationaleigentum und Aufteilung nur an solche Bauern, die es mit eigener Arbeit bestellen[60].

Lenin hatte sich im Sommer 1917 ebenfalls für die Nationalisierung des Bodens als einen Schritt zum Sozialismus ausgesprochen. Er wollte mit seinem Agrarprogramm den Wünschen der Bauern entgegenkommen, um ihre Unterstützung für die bolschewistische Machtergreifung zu gewinnen.

Sowohl die Forderungen der Bolschewisten im April 1917 als auch das als eines der ersten Dekrete vom II. Sowjetkongreß am 26. Oktober 1917 verabschiedete »Landdekret« enthalten das Programm der Sozialrevolutionäre. Teile dieses Dekrets sind wörtlich dem Programm der Sozialrevolutionäre entnommen worden.

Vor dem II. Sowjetkongreß wie auch bei späteren Gelegenheiten gab Lenin offen zu, daß die Bolschewisten ihr Dekret »Wort für Wort von den Wahlprogrammen der Bauern abgeschrieben haben[61]«.

Die russischen Bauern waren also durch die Erfüllung ihrer Forderungen in der bolschewistischen Revolution zunächst ihre Hauptnutznießer. Sie hatten schon vorher einen Teil des Großgrundbesitzes eigenmächtig beschlagnahmt und unter sich verteilt. Nun wurden sie offiziell dazu aufgefordert und verhielten sich entsprechend. Die Tatsache, daß durch das Landdekret aller Grund und Boden verstaatlicht worden war, störte sie nicht, da sie ja selbst darüber verfügen konnten.

So kam es, daß 90 v. H. des Großgrundbesitzes einschließlich der Staats- und Kirchengüter an die Einzelbauern fielen. Nur 10 v. H. blieben in der Verfügungsgewalt der Sowjetmacht[62]. Charakteristisch für die Enteignung war, daß die reichen Bauern am meisten profitierten. Im Grunde führten die Bolschewisten die Reformen des zaristischen Ministerpräsidenten Stolypin der Jahre 1906 und 1910 weiter. Er hatte mit dem »Fetisch Mir« gebrochen, d. h. die Vorherrschaft des Gemeinbesitzes beseitigt und den Bauern zu Einzelbesitz verholfen. Nur hatten sie zumeist nicht genug Land und waren stark verschuldet. Daher wurden ihre Forderungen nach Vergrößerung ihres Besitzes mit solcher Energie erhoben, daß sie nicht ignoriert werden konnten. Die Bolschewisten erfüllten sie, indem sie die Bauern bei der Landaufteilung gewähren ließen[63].

Formell war das Land zwar Staatseigentum; aber praktisch verfügten die Einzelbauern darüber. Die Bolschewisten konnten sie nicht daran hindern. Also ließen sie die Dinge treiben.

Lenin erklärte sowohl vor wie nach der bolschewistischen Machteroberung, die Bauern sollten selbst eine Lösung finden, wie die landwirtschaftliche Struktur beschaffen sein soll[64].

So waren die Bauern, zumal sie sich durch die »sozialistische Revolution« derartig bereichern konnten, im Grunde genommen ein Ärgernis für die Bolschewisten – eine ständige Mahnung an die Rückständigkeit Rußlands. Neben Lenin und Trotzkij meinte das auch Bucharin, der die Schwierigkeit der Eingliederung der Bauern mit den Worten kommentierte:

»Das Bauerntum erweist sich in der Periode des Aufbaus der kommunistischen Produktionsverhältnisse als größter Hemmschuh[65].«

Die Folge dieser Konzeptionslosigkeit war, daß in der Periode des »Kriegskommunismus« die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft nicht prinzipiell verändert wurden.

Auf Betreiben Larins und Miljutins wurden neue Gesetze in reicher Zahl erlassen, die zur Bildung von Staatsgütern und landwirtschaftlichen Kommunen führen sollten. Aber da sich die Einzelbauern nicht bereit fanden, ihren gerade erst erworbenen Besitz wieder aufzugeben, war die von diesen Großwirtschaften bebaute Fläche nicht größer als 10 v. H. der Gesamtfläche. Bis Ende 1919 gelang es den Bolschewisten nicht, die Folgen der Landaufteilung zu überwinden; denn nach wie vor waren 90 v. H. in Einzelbesitz[66].

Im Verhältnis zur Zeit vor der bolschewistischen Revolution hatte sich der Bestand an Staatsgütern und Großwirtschaften also erheblich vermindert.

Die Bauern konnten sich ihres Besitzes allerdings nicht freuen. Infolge der »Ernährungsdiktatur« nahm ihnen die Tscheka nahezu sämtliche produzierten Güter weg. So verloren sie bald das Interesse an dem Anbau größerer Mengen und begnügten sich damit, nur das Notwendige für ihren eigenen Bedarf zu erzeugen[67].

Die bolschewistischen Führer erklärten ganz offen, daß die Versorgung der Armee und der Arbeiter der einzige Zweck der Bauern zu sein habe. Und nachträglich gestanden sie auch ein,

daß die eigenen Interessen der Bauern dabei keine Rolle gespielt hätten. Lenin meinte:

»Die Eigentümlichkeit des ›Kriegskommunismus‹ bestand darin, daß wir den Bauern faktisch alle Überschüsse wegnahmen – und sogar nicht nur ihre Überschüsse, sondern einen Teil des für die Bauern Lebensnotwendigen. Wir nahmen es zur Deckung unserer Ausgaben für die Armee und für die Erhaltung der Arbeiter[68].«

Den Bolschewisten blieb freilich nicht verborgen, daß ihre Dekrete und Pläne erfolglos waren. Schon im Dezember 1917 hatte Lenin erklärt:

»Es ist leicht, Dekrete über die Aufhebung des Privateigentums herauszugeben, verwirklichen müssen und können sie jedoch nur die Arbeiter selbst.«

Wenige Monate später meinte er sarkastisch:

»Das, was wir bereits dekretiert haben, haben wir noch lange nicht im Leben verwirklicht, und die Hauptaufgabe unserer Zeit besteht besonders in der Zusammenfassung aller Kräfte zur sachlichen, praktischen *Verwirklichung* der Grundlagen jener Umwälzungen, die bereits längst Gesetz geworden sind (aber noch nicht Wirklichkeit)[69].«

In Wirklichkeit hatte die Radikalisierung der vorsichtigen Leninschen Konzeption zur völligen Zerrüttung der russischen Wirtschaft geführt. Durch die überstürzte Verstaatlichung und hauptsächlich infolge der Bemühungen Larins, Kritzmanns und der anderen, die Naturalwirtschaft einzuführen, war genau das eingetreten, was Lenin verhindern wollte.

Die Banken waren geschlossen worden. In ihren Gebäuden wurde unaufhörlich Papiergeld gedruckt, weil die Bolschewisten glaubten, daß durch die wachsende Inflation die Arbeiter jedes Interesse am Geld verlieren und daher bereitwillig dem Übergang zur Naturalwirtschaft folgen würden[70].

Da aber der Staat außerstande war, die Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern zu beliefern, sah sich diese gezwungen, von den Einkäufen auf dem Schwarzmarkt zu leben. Das bedeutete praktisch, daß sie unvorstellbare Preise bezahlen mußten. Nach Angaben Larins kostete die Lebensmittelration eines Moskauer Arbeiters im Januar 1920 3472mal soviel wie 1914. Der Geldumlauf erhöhte sich von

22,5 Milliarden Rubel (am 1. November 1917) auf 2346 Milliarden Rubel [71].

Die Bevölkerung reagierte auf die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung mit der Abwanderung aus den Städten. Die Einwohnerzahlen sanken in Moskau und Petrograd im ersten Jahr der bolschewistischen Herrschaft auf etwa 60 v. H. Nach einer Zählung in 673 Betrieben Petrograds verminderte sich die Zahl der Beschäftigten allein zwischen Januar und April 1918 von 277 986 auf 130 495, also um 57 v. H. [72].

In den »Nachrichten des Obersten Volkswirtschaftsrates« hieß es:

»Infolge des Mangels an Lebensmitteln verlassen die Arbeiter fluchtartig die Werkstätten.«

Und der »Arbeiterwille« schrieb am 2. Oktober 1918:

»Der Zerfall der Arbeiterklasse – das ist der Ruin des Sozialismus. Der Zerfall der Städte – das ist der Tod der Kultur [73].«

Die in den Städten verbliebenen Arbeiter verloren einen großen Teil der Arbeitszeit durch die Notwendigkeit, auf Nahrungsmittelsuche zu gehen. Offiziell wird dieser Ausfall für das erste Jahr der Sowjetmacht mit 40 v. H. der geleisteten Arbeitstage angegeben [74].

Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie sank von 2,8 Mill. im Dezember 1916 (bei Larin 2,05 Mill., nach anderen Quellen 2,25) auf 1 Million am 1. Januar 1920. Die meisten Betriebe mußten stillgelegt werden, und noch im Jahre 1922 funktionierten von insgesamt 4601 staatlichen Fabriken nur 2576. Zudem wurden die arbeitenden Betriebe in den Jahren 1918 bis 1921 nur zu 30 bis 40 v. H. ausgenutzt, weil die maschinellen Anlagen beschädigt waren, oder die Arbeiter nicht mit ihnen umgehen konnten [75].

Die Produktion sank auf einen Bruchteil ab. In der Regel stellten die Arbeiter in den Fabriken Teller, Töpfe usw. für ihren eigenen Bedarf her, bzw. tauschten diese Produkte gegen Lebensmittel ein. Die Industrie war also außerstande, die Bauern mit Gebrauchsgütern zu beliefern. Spekulation und Korruption beherrschten das gesamte Wirtschaftsleben. Der »Mann mit dem Rucksack« wurde zum Symbol der bolschewistischen Revolution [76].

Sinowjew kommentierte den Zustand in der russischen Wirt-

schaft später mit dem Stoßseufzer, daß »die verfluchten Zeiten der Jahre 1918 und 1919« niemals wiederkehren mögen. In einer damaligen bolschewistischen Zeitung heißt es:

»Die Lage unserer Industrie kann zur Zeit mit dem einen Wort ›katastrophal‹ charakterisiert werden.«

In einer etwas freundlicheren Formulierung meinte Kritzmann, daß der neue Verwaltungsapparat wohl aufgebaut worden sei, aber leider noch nicht in Tätigkeit treten konnte [77].

In dieser Situation, da überall Arbeiterunruhen und Bauernaufstände erfolgten, wurde in allen Organisationen der bolschewistischen Partei die Frage laut, welche Fehler zum Zusammenbruch der Wirtschaft geführt haben könnten. Der Anstoß kam von den über die Folgen der Oktoberrevolution enttäuschten Arbeitern in der Partei.

Die Führer der Gewerkschaft, besonders Schljapnikow und Kollontaj, stellten ernüchtert fest, daß die Arbeiter durch die bolschewistische Revolution nicht befreit worden seien, sondern in der sowjetischen Arbeiterrepublik ein »geschändetes, elendes Zuchthäuslerdasein« führen müßten. Die Schuld gaben sie der neuen Sowjetbürokratie, die sich über die Interessen der Arbeiter hinwegsetzte [78].

Die Arbeitsbedingungen seien schlechter als zuvor, d. h. der »Erfolg« der sozialistischen Revolution bestehe darin, daß für die Arbeiter das Leben schwerer geworden sei, als es unter dem Zarismus war. Sicher seien auch Arbeiter in die Verwaltung aufgestiegen, aber sie würden von den Produktionsarbeitern nicht mehr als die Ihrigen betrachtet. Diese sagen:

»Er ist einer von den unsrigen, aber sobald er auf einen hohen Posten kommt, verläßt er uns. Er fängt dann an, anders zu leben. Was ist ihm unser Leid? Es ist nicht mehr sein Leid.«

Die Bourgeoisie dagegen habe es verstanden sich anzupassen und »zerrt das Sowjetsystem auf den kleinbürgerlichen Weg«. Bürgerliche Spezialisten haben die Arbeiter verdrängt und ihre frühere Machtposition zurückerobert. Aber die Partei schweigt zu dieser Entwicklung, ja fördert sie sogar. Dabei sei es doch ein naiver Glaube, den Kommunismus »auf bürokratische Weise« durchsetzen zu wollen [79].

Diese vernichtenden Urteile über die sozialistische Revolution sind zusammen mit den Forderungen der »Arbeiter-Oppo-

sition« in einer Broschüre der A. Kollontaj enthalten, die im Winter 1920/21 in 250 000 Exemplaren an die Mitglieder der Partei verteilt wurde[80].

Sofort traten die Theoretiker der Parteiführung auf den Plan, und bald gab es in der Partei acht verschiedene »Plattformen«. Trotzkij, Sinowjew, Bucharin, Radek und noch weitere bolschewistische Führer präsentierten ihre Thesen, von denen Lenin bei der Eröffnung des X. Parteitages sagte, daß niemand imstande sei, sie alle zu lesen, geschweige denn, sich darin zurecht zu finden[81].

Dieser Streit zwischen den bolschewistischen Führern interessiert deshalb, weil er nach dem offensichtlichen Mißerfolg erneut die Frage aufwarf, ob die bolschewistische Staatsgewalt oder die Arbeiter die Entwicklung zum Sozialismus bestimmen sollen.

Beide Fronten waren sich darin einig, daß es kein Fehler gewesen sei, im Oktober 1917 die Macht zu ergreifen. Sinowjew rief den opponierenden Arbeitern auf einer Petrograder Konferenz sogar zu:

»Und selbst wenn der Oktoberumsturz wirklich ein Fehler gewesen wäre, hätte dann unsere Partei allein an diesem Fehler schuld? Dieser ›Fehler‹ ist euer Fehler, der Fehler der ganzen Arbeiterklasse, denn ohne Unterstützung der Arbeiterklasse hätten wir die Macht nicht erobert[82].«

Gemeinsamkeit bestand auch in der Beurteilung der Bürokratie als einem Übel, das man ändern müsse. Lenin beantwortete die Vorwürfe der Arbeiteropposition mit der Gegenfrage, ob sie meinten, er wisse nicht, daß »unser Proletariat zu einem großen Teil deklassiert ist, daß die unerhörten Krisen, die Schließung der Fabriken dazu geführt haben, daß die Leute vor dem Hunger geflohen sind, daß die Arbeiter einfach die Fabriken im Stich gelassen haben, gezwungen waren, sich auf dem Lande anzusiedeln und damit aufhörten, Arbeiter zu sein.«

Eben diese Erscheinungen hätten ja zu den »bürgerlich-anarchistischen Tendenzen« geführt.

An dem Tatbestand, daß die Verwaltung nötig ist, könne man nichts ändern. Lenin sagte, daß alle unter dem ständigen Anwachsen der Bürokratie leiden; aber »warum hat Genosse Schljapnikow, als er Volkskommissar war, warum hat die Ge-

nossin Kollontaj, als sie ebenfalls Volkskommissar war, uns nicht den Kampf gegen die Bürokratie gelehrt? . . .

Nun, ihr wißt, wie man den bürokratischen Apparat verkleinern kann – bitte, teilt uns euer Wissen mit [83]!«

Die Hauptstreitfrage in der Partei war, *wie und durch wen* die Industrie verwaltet werden sollte.

Die Arbeiteropposition zog aus der mißlichen Situation den Schluß, daß die Gewerkschaften diese Aufgabe übernehmen müßten. In ihrer Broschüre behauptet A. Kollontaj, daß Lenin zwei Prinzipien, die sich gegenseitig ausschließen, vereinigen möchte: »die schöpferische Selbsttätigkeit der Massen« und die Wirtschaftsleitung durch einen zentralen bürokratischen Apparat. Alle Aufrufe zur Bekämpfung des Bürokratismus müßten wirkungslos bleiben, wenn nicht seine Wurzel ausgerottet werde: »der Bürokratismus ist direkt eine Verneinung der Selbsttätigkeit der Massen«.

Die Kollontaj meint, daß die Erscheinung der Bürokratie kein Zufall sei, sondern ein Beweis für den Mangel an Vertrauen seitens der bolschewistischen Führung in die Kraft der Arbeiterklasse. Die Zentrale habe Angst vor der Selbsttätigkeit der Massen. »Da nämlich liegt der Ursprung unseres Bürokratismus.« Nur in Gefahrenmomenten oder wenn die Zentrale Fehler begeht, appelliert man an die Initiative der Massen, sonst hätten sie nichts zu sagen [84].

Aber es sei nun einmal so, daß der Kommunismus nicht durch Dekrete geschaffen werden könne. »Nur die Arbeiterklasse selbst kann ihn schaffen nach ernstem Suchen und manchem Irren.« Jetzt müsse die entscheidende Frage beantwortet werden, wem die Partei den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft anvertraut: dem bürokratischen Wirtschaftsapparat oder den Gewerkschaften?

Die Haltung der Arbeiteropposition sei klar, meinte die Kollontaj: Die Bürokratie müsse radikal beseitigt werden, indem der wirtschaftliche Aufbau von den Arbeitern durchgeführt werden müsse. »Auf diese Weise denkt sie mehr marxistisch als die theoretisch geschulten Spitzen [85].«

Die Arbeiteropposition sage nur das, was im Kommunistischen Manifest stehe, »daß der Aufbau des Kommunismus nur das Werk der Arbeitermasse selbst sein kann«.

Der Gegenstandpunkt zu den Thesen der Kollontaj, in Form der verschiedenen »Plattformen« der Parteitheoretiker, bestand im Grunde in der strikten Ablehnung jeder Einflußmöglichkeit der Gewerkschaften auf die Wirtschaftsverwaltung. Wohl gab es einige Unterschiede. So wollte Trotzkij die Gewerkschaft als staatliches Organ zur Erziehung der Arbeiter verwenden, damit sie allmählich mit der Verwaltung verschmelzen könne; Sinowjew und Lenin hingegen betrachteten die Gewerkschaft als »Schule des Kommunismus«, durch die jeder gehen solle, bevor er an verantwortungsvoller Position wirken darf; Bucharin nahm einen mittleren Standpunkt zwischen Trotzkij und Lenin ein, d. h. die Gewerkschaft sollte sowohl Erziehungsfaktor als auch Verwaltungsorgan sein. Aber in keiner dieser Thesen sollte die Gewerkschaft ein selbständiges Verwaltungsorgan sein.

Nicht zu Unrecht folgerte A. Kollontaj daraus, daß man sich in der Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen einig sei. Es gäbe nur zwei unterschiedliche Standpunkte, den der Arbeiteropposition und den der Parteizentrale. Die Kollontaj konnte im übrigen darauf verweisen, daß der Standpunkt der Arbeiteropposition bei allen Abstimmungen in der Partei geschlossen von den Arbeitern unterstützt worden sei[86].

Hält man sich die Forderungen der Arbeiteropposition vor Augen, so scheint es zunächst, als ob es sich hier um eine echte Alternative zur »Verwirklichung« des Sozialismus durch die politische Gewalt handeln würde. Denn die Vorwürfe der Kollontaj zielen alle gegen diese Auffassung. Man braucht nur an die prinzipielle Forderung nach der »schöpferischen Selbsttätigkeit der Massen« und damit Abschaffung der Verwaltung zu denken.

Es mag sein, daß einige Anhänger der Arbeiteropposition, die inzwischen ins Ausland geflüchtet waren, jede Art von Verwaltung beseitigen wollten. Jedenfalls lassen sich ihre Anmerkungen zu der von ihnen veröffentlichten Broschüre der Kollontaj so verstehen.

Aber es ist bezeichnend, daß die Arbeiteropposition innerhalb der Partei, vor allem ihre offiziellen Sprecher – Schljapnikow, Kollontaj, Mjasnikow, Ignatow und Medwedjew – durch ihre eigenen Vorschläge die praktische Unmöglichkeit einer solchen

Auffassung zeigten. Sie hatten sich inzwischen einige Jahre mit diesen Problemen beschäftigen müssen und wußten, daß man ohne Verwaltung, ohne Leitung der Wirtschaft nicht auskommen konnte. Im Grunde widerlegten sie durch ihre konkreten Vorschläge ihre eigene Forderung nach der »schöpferischen Selbsttätigkeit der Massen«.

Sie wollten ja nicht, daß die Arbeiter selbständig die Produktion durchführten, sondern ihr Vorschlag lief darauf hinaus, den bisherigen Verwaltungsapparat durch den Apparat der Gewerkschaften zu ersetzen. An die Stelle der bolschewistischen Wirtschaftsorganisation sollten Verwaltungsorgane der Gewerkschaften treten, die von einer »Versammlung der Produzenten«, also der Arbeiter in den Betrieben, gewählt werden sollten. Ohne Genehmigung der Gewerkschaft dürfe kein Posten besetzt werden[87].

Lenin spürte sofort, daß es sich hier um keine echte Alternative handelte, sondern nur darum, die führende Rolle der Partei durch die der Gewerkschaft zu ersetzen. Er mußte zu seinem großen Kummer zugeben, daß in der Tat die Forderungen der Arbeiteropposition von den Arbeitern unterstützt wurden und bezeichnete das als ein sehr, sehr wichtiges Problem. Aber er war keinen Augenblick dazu bereit, sich dadurch beeinflussen zu lassen. Ironisch bemerkte er: »Ein allrussischer Kongreß der Produzenten – was ist denn das überhaupt?«

Sollen denn die 71 Hauptabteilungen des Volkswirtschaftsrates dieser Versammlung unterstellt werden?

»Kann man diese Leute überhaupt noch ernst nehmen? Das ist eben das kleinbürgerliche, anarchistische Element, aber nicht nur in der Arbeitermasse, sondern auch innerhalb unserer Partei, und das können wir unter keinen Umständen zulassen[88].«

Er diffamierte sie in seiner gewohnten Art und sprach von »syndikalistisch-anarchistischer Abweichung«, die auch nicht mehr – »wie es Genosse Schljapnikow immer tut, mit seinem wahrhaft-proletarischen Charakter« entschuldigt werden könne. Lenin war um so weniger zu Kompromissen bereit, als die Niederwerfung der vielen Unruhen und besonders des Kronstädter Aufstandes die strengste Disziplin und Geschlossenheit der Partei erforderte. So benutzte er denn diese Notlage, um die »kleinbürgerlich-anarchistischen Elemente« in der Partei aus-

zumerzen. Die Arbeiteropposition gefährde die Herrschaft der Partei und müsse gespalten werden, das »Gesunde« könne man übernehmen, das »Kranke« müsse ausgeschieden werden[89].

Und so geschah es auch. Der größte Teil der Opposition unterwarf sich der Zentrale. Ihre Führung distanzierte sich von den eigenen früheren Stellungnahmen, die restlichen Opponenten fielen einer »Säuberung« zum Opfer.

An der Hauptforderung der Arbeiteropposition, daß die Arbeiter selbst den Sozialismus verwirklichen müßten, zeigt sich deutlich das Unbehagen über die Dekretierung der neuen Ordnung durch die politische Gewalt. Aber die konkreten Vorschläge für diese »unmittelbare Leitung« der Produktion durch einen Verwaltungsapparat der Gewerkschaft zeugen andererseits von der Ohnmacht der Bolschewisten. Sie waren zu Gefangenen ihrer Machtergreifung geworden. Ohne politische Gewalt und ohne Verwaltung konnte man sich den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft nicht mehr vorstellen.

Lenin verwies in seiner Rechtfertigung darauf, daß man streng zwischen den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft unterscheiden müsse. Erst in der zweiten Phase könne von Kommunismus gesprochen werden, wenn es keine Klassen mehr gibt. Dann werden nur noch »Produktionsarbeiter« existieren, die ohne politische Gewalt und ohne besonderen Verwaltungsapparat produzieren werden.

Solange sich Rußland jedoch noch in der ersten Phase befinde, und »wir noch eine ganze Reihe von Übergangsstufen haben werden«, sind die Klassenunterschiede noch nicht beseitigt. Folglich könne man sich hier auch nicht auf Äußerungen von Marx und Engels berufen, die erst für die zweite Phase gelten. Für die Übergangsperiode sind »solche theoretischen Bestimmungen«, wie sie von der Opposition vorgebracht werden, unangebracht und falsch[90].

Jetzt müsse erst die russische Wirtschaft in Gang gebracht werden, ehe an den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft zu denken sei. Sarkastisch stellte Lenin fest, daß kein Staat der Arbeiter und Bauern bestehen könne, wenn diese verhungern müßten[91].

Nachvollzug der kapitalistischen Wirtschaft

Lenins Zweifel an den ökonomischen Maßnahmen im Kriegskommunismus vergrößerten sich, je deutlicher es wurde, daß sie nicht zum wirtschaftlichen Erfolg führen können. Den endgültigen Bruch mit dieser Periode vollzog er infolge der Aufstände in Petrograd und Kronstadt im Frühjahr 1921.

So sehr er sich vorher für die Verwirklichung der Pläne Larins, Kritzmanns, Miljutins und Bucharins zur Einführung der Naturalwirtschaft eingesetzt hatte, um so heftiger war nun seine Kritik an ihrer »langweiligen Scholastik«, »Schwätzerei« und dem »hochnäsig-bürokratischen Unverständnis gegenüber der lebendigen Sache«, das sie bei ihren Losungen und Projekten, bei ihren »immer wiederkehrenden leeren Produktionsthesen« gezeigt hätten[92].

Die anderen bolschewistischen Führer versuchten, die Schuld an den vielen Mißerfolgen dem Krieg oder dem Bürgerkrieg, Saboteuren, den Bauern oder einfach den mißlichen Umständen zuzuschreiben; aber Lenin erkannte sofort, daß es ein großer Fehler gewesen war, seine ursprüngliche Konzeption fallen zu lassen. Jede Rede ab Frühjahr 1921 begann er mit der Erinnerung an seine Auffassung vor der Revolution und besonders an einen Artikel, den er noch im Frühjahr 1918 verfaßt hatte. Unter anderem hatte es hier geheißen:

»Der Staatskapitalismus wäre ein Schritt vorwärts gegenüber der jetzigen Lage in unserer Sowjetrepublik[93].«

Die frühere Konzeption Lenins aus der Zeit vor der Oktober-Revolution muß tatsächlich als Vorläufer der sogenannten »Neuen Ökonomischen Politik« ab Frühjahr 1921 angesehen werden. Dennoch machte Lenin klar, daß die Wirtschaftsentwicklung seit 1917 nicht nach einem »vorher aufgestellten Plan« vonstatten gegangen sei: »Den hatten wir nicht[94].«

Diese Feststellung wird sowohl durch die sprunghafte sowjetische Wirtschaftsentwicklung als auch durch die Aussagen Lenins bestätigt.

Im Mai 1918 kommentierte er die ersten Enttäuschungen mit der Feststellung, daß die allgemeine Beschreibung der ökonomischen Umgestaltung sehr viel einfacher ist als ihre Durchführung:

»In allgemeinen Formen, in der abstrakten Gegenüberstellung, erscheint das leicht, aber im Kampf mit dem Kapitalismus ... ist das eine Aufgabe der ungeheuersten Arbeit.«

Er beklagte sich bitter darüber, daß kein marxistischer Theoretiker jemals den vollen Umfang der Probleme und Schwierigkeiten beschrieben habe, die beim Übergang zur kommunistischen Gesellschaft entstehen müssen. Wörtlich sagte Lenin:

»Ich kann mich bei allen Sozialisten, die darüber geschrieben haben, nicht an eine einzige mir bekannt gewordene sozialistische Lehre oder Ansicht der bedeutendsten Sozialisten über die zukünftige sozialistische Gesellschaft erinnern, in der auf die konkreten, praktischen Schwierigkeiten hingewiesen würde, die sich vor der Arbeiterklasse auftürmen, wenn sie die Macht ergreift.«

In derselben Rede kam er auf die Ansätze zu sprechen, die in der Marx-Engelsschen Idee vorhanden seien. Er stellte die Frage, was die Bolschewisten denn eigentlich wußten, als sie sich diese Aufgabe vorgenommen hatten:

»*Alles, was wir wußten,* was uns die besten Kenner der kapitalistischen Gesellschaft, die bedeutendsten Geister, die ihre Entwicklung voraussahen, genau nachgewiesen haben – *das ist,* daß die Umwandlung historisch unvermeidbar auf einer bestimmten großen Linie verlaufen muß, *daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln von der Geschichte verurteilt ist,* daß es zerbricht, daß die Ausbeuter unvermeidlich enteignet werden.

Das war mit wissenschaftlicher Genauigkeit vorausbestimmt worden. Und wir wußten es, als wir das Banner des Sozialismus in unsere Hände nahmen, als wir uns zu Sozialisten erklärten, als wir die sozialistischen Parteien gründeten, als wir die Gesellschaft umwandelten. Das wußten wir, als wir die Macht übernahmen, um mit der sozialistischen Neuorganisation zu beginnen; *die Formen der Umwandlung* und das Tempo der Entwicklung dieser konkreten Neuorganisation *konnten wir jedoch nicht wissen.*«

Weil die kommunistische Zukunftsgesellschaft unbekannt ist, hatte Lenin kurz vorher bei den Beratungen des VII. Parteitages im März 1918 die Forderung Bucharins abgelehnt, daß die kommunistische Gesellschaft im Parteiprogramm präzise

beschrieben werden müsse. Wenn der Kommunismus im einzelnen definiert werde, meinte Lenin, »kann man sich nichts anderes ausdenken, als daß der Grundsatz ›Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!‹ verwirklicht werden soll[95]«.

Offensichtlich hatte Lenin jetzt die Problematik der von Marx gestellten Aufgaben erkannt: Aus der Marx-Engelsschen Idee war nur die Negation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu folgern. Das bedeutet für die Eigentumsform die Folgerung, daß in der Übergangsperiode zur kommunistischen Gesellschaft das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben werden müsse.

Wie die neue Wirtschaftsform jedoch beschaffen sein soll, das hatten Marx und Engels nicht beschrieben. Sie konnten es auch nicht beschreiben, weil in ihrer Idee die Aufgabe mit der Zerstörung des Kapitalismus erfüllt ist. Für den Aufbau einer neuen Ordnung hatten Marx und Engels kein Programm; denn dieser Aufbau war nicht vorgesehen.

In »Staat und Revolution« konnte sich Lenin noch mit der Feststellung begnügen, daß man die konkreten Formen der Umgestaltung noch nicht kennt:

»Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel (der kommunistischen Gesellschaft) durchschreiten wird, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen wird, wissen wir nicht und können wir nicht wissen[96].«

Die folgende Entwicklung bestätigte seine Meinung, und er brauchte sie später nicht mehr zu ändern. Im Jahre 1918 erklärte er:

»Nur die kollektive Erfahrung, nur die Erfahrung von Millionen kann uns in dieser Beziehung die entscheidenden Richtlinien geben.«

Experimente und Fehler seien daher unvermeidlich:

»Wir brauchen für die Fortführung unserer Arbeit, daß wir diese oder jene Institution ausprobieren, sie nach unseren Erfahrungen beobachten, sie nach den allgemeinen Erfahrungen der Werktätigen prüfen und hauptsächlich die Erfahrung an den Resultaten der Arbeit überprüfen. Wenn auf diesem Gebiet Experimente vorgenommen werden, wenn wir immer wieder partielle Fehler verbessern, so ist das unausbleiblich ...[97]«

Auch Trotzkij sprach von »völlig neuen Fragen«, auf die in der sozialistischen Theorie »keine fertigen Antworten« vorhanden seien. Die Folge sei verständlicherweise ein »Zickzack-Kurs [98]«.

Im April 1921 rechtfertigte Lenin die Änderung der Wirtschaftspolitik mit dem Hinweis, daß auch Marx seine Auffassung nach den Erfahrungen der Pariser Kommune geändert habe. Lenin sagte:

»Marx band sich – und den zukünftigen sozialistischen Revolutionären – nicht die Hände in Bezug auf die Formen, die Methoden und die Mittel des Umschlages, weil er ausgezeichnet begriffen hatte, welche Fülle neuer Probleme dann entstehen wird, daß sich die gesamte Lage im Verlauf des Umschlages verändern kann, wie häufig und wie heftig sie sich im Laufe des Umschlages ändern wird [99].«

Von verschiedener Seite wird bestritten, daß es Zusammenhänge zwischen der früheren Konzeption Lenins und der im Frühjahr 1921 eingeführten »Neuen Ökonomischen Politik« gäbe [100]. Dennoch sind sie nicht zu übersehen.

Lenin war seit Frühjahr 1917 grundsätzlich der Auffassung, daß die neue Staatsgewalt von den Produktionsmitteln Besitz ergreifen muß. Daran hat sich bis an sein Lebensende nichts geändert. Allerdings war er bei der bolschewistischen Machtergreifung der Meinung, daß diese Verstaatlichung nicht überstürzt durchgeführt werden könne. Insofern bedeutete der Kriegskommunismus eine Abkehr von dieser Vorsicht. Ab Frühjahr 1921 bekannte er sich wieder dazu, daß der Prozeß der Enteignung allmählich vonstatten gehen muß, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht radikal zu ändern.

In der früheren Konzeption Lenins war von Naturalwirtschaft überhaupt nicht die Rede gewesen. Der Staat sollte die Banken kontrollieren, weil er damit die beste Kontrollmöglichkeit des Wirtschaftsablaufs in der Hand hätte. Die Voraussetzung dafür war selbstverständlich, daß Waren produziert werden, die zu freikalkulierten oder festgesetzten Preisen verkauft werden, d. h. es handelte sich um die kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien.

Auch in dieser Hinsicht war der Kriegskommunismus eine Abkehr von der früheren Leninschen Auffassung; denn die Na-

turalwirtschaft zerstörte die Banken und das gesamte Finanzwesen. Erst nach der Beendigung des Kriegskommunismus wurden die Voraussetzungen für das Funktionieren der Wirtschaft geschaffen.

Hinsichtlich der Meinung Lenins, daß der Staat die Produktion planen und lenken und auch über die Arbeitskräfte verfügen muß, hat es zwischen den verschiedenen Perioden keine Differenzen gegeben, obwohl die beste Möglichkeit der Produktionsleitung erst im Laufe der Zeit gefunden werden mußte.

Die Neue Ökonomische Politik war nicht einfach eine Verwirklichung der ursprünglichen Konzeption Lenins, weil sich die Situation im Jahre 1921 hinsichtlich der Lage vor der bolschewistischen Revolution wesentlich verändert hatte. Manches war in dieser Weise, wie es sich Lenin gedacht hatte, 1921 nicht mehr zu verwirklichen. Dennoch ist die Gemeinsamkeit der Prinzipien seiner früheren Konzeption und der Neuen Ökonomischen Politik nicht zu verkennen.

Diese Schlußfolgerung steht im Einklang mit der Leninschen Kritik am Kriegskommunismus wie auch mit seiner Definition des Charakters der Neuen Ökonomischen Politik.

Ab Frühjahr 1921 kritisierte er heftig, daß im Kriegskommunismus keinerlei Berechnungsgrundlage vorhanden war. Lenin sagte:

»Das Wesen der Sache ist, daß man bei uns nicht versteht, die Fragen richtig aufzuwerfen, und daß die lebendige Arbeit ersetzt wird durch eine intellektuelle und bürokratische Plänemacherei [101].«

Ein »nüchterner Wirtschaftler« hätte den einzelnen Produktionsprogrammen Zahlen und Berechnungen zu Grunde gelegt. Ein »nüchterner Administrator« hätte die entsprechenden Schlüsse aus den Fehlkalkulationen gezogen, d. h. er hätte die unfähigen Wirtschaftler abgesetzt.

»Bei uns kann man weder das eine noch das andere feststellen. Ein nüchternes und sachliches Herangehen an die Ausarbeitung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes ist nicht zu bemerken.«

Anstatt die Versorgung mit Brennstoffen und Nahrungsmitteln vorher zu berechnen und zu planen, habe man das verteilt, was vorhanden war. Folglich seien keine Vorräte gebildet

worden, um besondere Schwierigkeiten und Engpässe überwinden zu können [102].

Die politische Herrschaft sei zwar gesichert, meinte Lenin, aber in der Wirtschaft habe jetzt der Spruch zu gelten:

»Die beste Politik ist heute – weniger Politik. Treibt mehr Agronomen auf, lernt bei ihnen und prüft ihre Arbeit [103]!«

Voller Spott äußerte er sich im Hinblick auf jene Kommunisten, die sich einbilden, alles selbst machen zu können. Diese »kommunistischen Literaten und kommunistischen Administratoren« könnten einfach nicht begreifen, daß sie weniger den Führer herauskehren sollten als bei den bürgerlichen Spezialisten und Gelehrten zu lernen [104]. Er fügte hinzu:

»Schon lange ist zu bemerken, daß die Fehler der Menschen größtenteils mit ihren Würden verbunden sind. Solche Fehler sind bei vielen führenden Kommunisten vorhanden. Jahrzehnte haben wir eine gigantische Sache vollbracht, lehrten wir den Sturz der Bourgeoisie, lernten wir Mißtrauen gegenüber den bürgerlichen Spezialisten, entlarvten sie, nahmen ihnen die Macht weg, unterdrückten ihren Widerstand. Das war eine gigantische, welthistorische Sache. Man braucht es jedoch nur ein bißchen zu übertreiben, und die alte Wahrheit wird bestätigt, daß es vom Erhabenen bis zum Lächerlichen nur ein winziger Schritt ist. Wir haben Rußland besiegt, wir haben Rußland den Ausbeutern für die Werktätigen entrissen, wir haben die Ausbeuter unterdrückt – nun müssen wir lernen, Rußland zu verwalten. Dafür müssen wir Bescheidenheit und Achtung vor der sachlichen Arbeit der ›Spezialisten in Wissenschaft und Technik‹ lernen. Dafür müssen wir die sachliche und aufmerksame Analyse unserer unzähligen *praktischen* Fehler sowie ihre allmähliche und unaufhaltsame Beseitigung erlernen.«

Die Verteidigung der angegriffenen bolschewistischen Führer war nicht einheitlich.

Larin und Kritzmann meinten, daß der Wirtschaftsaufbau in der Periode des Kriegskommunismus »von der Idee eines allgemeinen Wirtschaftsplanes, der Planmäßigkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Vereinigung aller Wirtschaftsorgane geleitet, ... unbedingt den Stempel von etwas Ausgedachtem und rein Theoretischem tragen« mußte [105]. Sinowjew erklärte:

»Was waren wir denn noch kurz vor der Oktoberrevolution?

Gehetzte Revolutionäre, Anwärter auf Gefängniszellen, ewige Emigranten ... [106]«

Letzten Endes konnte aber niemand Lenin widersprechen, daß eine Änderung der Wirtschaftspolitik eintreten mußte. Und es dauerte nicht lange, bis sie alle – Trotzkij, Sinowjew, Bucharin, Kritzmann und Miljutin, der Lenins »geniale Weitsicht« pries – sich ebenso begeistert für die Neue Ökonomische Politik einsetzten wie vorher für die Naturalwirtschaft im Kriegskommunismus [107].

Die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik wurde von Lenin nicht als eine »Abkehr« vom Sozialismus verstanden, sondern als »ein Abweichen von jener kürzeren Linie des sozialistischen Aufbaus, die wir anfangs eingeschlagen haben«. Sie sei »ein Rückzug ... vom sozialistischen Aufbau zum Staatskapitalismus [108]«.

Lenin hielt die Verstaatlichung der Produktionsmittel für ein wesentliches Kennzeichen der sozialistischen Wirtschaft. Folglich betrachtete er die Neue Ökonomische Politik als Rückzug, weil ein Teil der verstaatlichten Betriebe reprivatisiert werden mußte; denn der Staat war bisher nicht imstande gewesen, ein für die Leitung und Planung geeignetes System zu finden. Die neue Wirtschaftspolitik war aber nicht deshalb ein »Rückzug vom sozialistischen Aufbau«, weil Lenin die Naturalwirtschaft im Kriegskommunismus etwa für einen Idealzustand gehalten hätte.

Lenin sagte weiter, daß es sich um einen Rückzug »zum Staatskapitalismus« handele. Was verstand er darunter?

Diese Frage lenkt den Blick auf die frühere Definition Lenins im Jahre 1917, als er den staatlichen Monopolkapitalismus zur Vorhalle des Sozialismus erklärte.

Tatsächlich knüpfte Lenin daran an. Der Staatskapitalismus der Neuen Ökonomischen Politik ist eine kapitalistische Wirtschaftsform unter Aufsicht der Partei. Es gelten die kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien. Es werden Waren produziert und verkauft. Die Betriebe konkurrieren miteinander. Es existieren verschiedene Eigentumsformen. Aber die Staatsgewalt hat die letzte Kontrolle und greift ein, wenn sie es für richtig hält.

Die Leninsche Ansicht hat sich dennoch in einem wichtigen Punkt weiterentwickelt. 1917 glaubte Lenin noch, den Aufbau

einer neuen Gesellschaftsordnung aus der Marx-Engelsschen Idee ableiten zu können. Inzwischen hat er sich davon überzeugt, daß dieser Aufbau durch die bloße Negation der bestehenden Ordnung nicht durchzuführen ist.

Nun verlagert er die Negation der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, also die kommunistische Gesellschaft, in eine ferne Zukunft. Im Jahre 1922 warnt Lenin davor, »in alten Büchern« nach der Begründung des »Staatskapitalismus im Kommunismus« zu suchen. Das habe keinen Zweck, denn eine solche Erscheinung sei etwas völlig Neues. Lenin meint:

»Dort [in früheren Darstellungen] ist über jenen Staatskapitalismus geschrieben worden, der unter dem Kapitalismus vorkommt; es gibt jedoch kein einziges Buch, das über den Staatskapitalismus geschrieben worden wäre, der im Kommunismus vorkommt. *Sogar Marx ahnte nichts, er schrieb kein einziges Wort darüber und starb, ohne uns ein einziges präzises Zitat und eine unwiderlegbare Anweisung zu hinterlassen.* Deshalb sind wir gezwungen, uns selbst zurechtzufinden [109].«

Das Ziel der Neuen Ökonomischen Politik definierte Lenin als Herstellung des ökonomischen Fundaments für die bolschewistische Politik:

»Entweder Untergang aller politischen Errungenschaften der Sowjetmacht oder ihre Untermauerung mit einem ökonomischen Fundament [110].«

Nachdem die Naturalwirtschaft als erstes großes Experiment sozialistischer Wirtschaft gescheitert ist, bleibt nun nichts anderes übrig, als aus den kapitalistischen Erfahrungen zu lernen. Der Markt müsse wieder hergestellt werden, um seine Gesetze kennenzulernen, damit sie dann später für die eigene Staatswirtschaft angewandt werden können. Lenin meinte:

»Der Bauer kennt den Markt und kennt den Handel. Die direkte kommunistische Verteilung konnten wir nicht einführen. Dazu reichten die Fabriken und Ausrüstungen nicht aus. Also müssen wir über den Handel liefern, aber nicht schlechter liefern, als das der Kapitalist getan hat; sonst kann das Volk eine solche Verwaltung nicht ertragen [111].«

Voller Neid blickten die bolschewistischen Führer auf die kapitalistische Ordnung. Lenin verglich den gut funktionierenden kapitalistischen Betrieb mit der bolschewistischen Wirtschafts-

weise und kam zu dem Schluß, daß die russischen Bauern und Arbeiter mit der »einfachen aber tödlichen Kritik« recht hatten, wenn sie sagten: Trotz Ausbeutung hat uns der Kapitalist mit allem versorgt, aber ihr Bolschewisten könnt das nicht – bei euch müssen wir hungern. »Der alte Kapitalist kann wirtschaften, aber ihr könnt es nicht [112].«

Verlegen erklärte Lenin diese Fähigkeit des Kapitalisten aus der »jahrzehntelangen Erfahrung«. Diese Erfahrung ist »trotz Anarchie und Chaos, die dem Kapitalismus eigentümlich sind, der Ausgangspunkt für die Berechnung des Wirtschaftsplans [113]«.

Auch Trotzkij stellte fest, daß die Bolschewisten den Kapitalismus zwar stets als Anarchie bezeichnet hätten; aber dennoch ist »eine gewisse Harmonie hinsichtlich der Verteilung der Arbeitskräfte usw. vorhanden«. Nun müsse die Folgerung aus den eigenen Fehlern gezogen werden. Das Ziel ist nach Trotzkij die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsplans, nach dem sich die verstaatlichte Wirtschaft richten muß. Um die erforderlichen Berechnungsmethoden zu finden, müßten die Bolschewisten aus den kapitalistischen Vorbildern lernen:

»Zwischen der kapitalistischen Anarchie und diesem Zustand [eines funktionierenden Plans] liegt also die Entwicklung der im Entstehen begriffenen sozialistischen Wirtschaft mit kapitalistischen Mitteln. Das ist eben unsere Situation [114].«

Nun sollten aus der kapitalistischen Wirtschaft jene Maßstäbe abgeleitet werden, die als Wirtschaftsprinzipien für die Sowjetwirtschaft tauglich sind.

Die Periode der Neuen Ökonomischen Politik muß also unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden:

Erstens handelte es sich um die Einführung von Maßnahmen, die für die Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft unentbehrlich sind. Die Neue Ökonomische Politik ist in dieser Hinsicht der Beginn einer kontinuierlichen sowjetischen Wirtschaftspolitik.

Zweitens wurden zur Beschleunigung dieses Prozesses Konzessionen an das Privateigentum und an die Privatwirtschaft gemacht, deren Ende abzusehen war, die also nur provisorischen Charakter hatten.

Eine prinzipielle Frage, die im Kriegskommunismus mißach-

tet worden war, stellte die Einführung eines geordneten Finanzwesens dar – wie Lenin sagte: »irgendeines richtig funktionierenden Geldsystems[115]«. Nur dadurch war der Markt überhaupt möglich.

Unmittelbar im Anschluß an den X. Parteikongreß der KPR im Frühjahr 1921 wurde die »Ernährungsdiktatur« aufgehoben. In Zukunft sollten nicht mehr sämtliche Produkte erfaßt werden, sondern die einzelnen Betriebe – ob staatliche, genossenschaftliche oder private – hatten Steuern an den Staat abzuliefern und konnten ihre produzierten Waren verkaufen.

Da die Umstellung nicht so schnell vor sich ging, ermahnte sie die Sowjetregierung durch ein Dekret im August 1921, nun endlich zur Berechnung der Waren in Geldform überzugehen[116].

Zu diesem Zweck mußte zunächst die Inflation gestoppt werden, um einen Wertmaßstab zu schaffen.

Die Bolschewisten beriefen eine Reihe namhafter bürgerlicher Spezialisten in die leitenden Sowjetorgane, und diese führten die Finanzreform nach dem Vorbild der Vorkriegszeit durch. Im November 1921 wurde eine neue Währung (Tscherwonez) eingeführt. Papiergeld wurde nur in dem Maße ausgegeben, wie es durch Gold- und Devisenvorräte gedeckt war, d. h. die Banknoten mußten zu 25 v. H. ihres Nominalwertes gedeckt sein. Im Frühjahr 1924, nachdem sich die Währung stabilisiert hatte, kehrte man zum Rubel zurück.

Auf diese Weise gewann die Bevölkerung wieder Vertrauen zu dem ausgegebenen Geld. Nicht ohne Stolz stellte Dszershinski im Januar 1925 fest, daß »die Diktatur der Finanzen über die Wirtschaft« hergestellt sei[117].

Ganz besondere Bedeutung kam der Wiedereinführung des Bank- und Kreditwesens zu.

Eine Verfügung vom August 1921 sah die Neugründung der Staatsbank vor, die Anfang Oktober erfolgte. Andere Banken und Kreditinstitute entstanden in den folgenden Monaten, so daß es im Jahre 1925 bereits – außer der Staatsbank mit 248 Filialen – 14 Aktien- und Kommunalbanken (mit 135 Filialen), weiterhin 70 Kreditgesellschaften und 1544 kleinere Kreditanstalten gab. Für jeden Wirtschaftszweig existierte ein eigenes Bankinstitut. Im Dezember 1922 wurden außerdem staatliche Sparkassen neu zugelassen[118].

Nach der Abschaffung der totalen Erfassung sah sich der Staat gezwungen, eine Neuordnung des Steuerwesens durchzuführen, deren Grundzüge im Januar 1923 verabschiedet wurden. Ebenfalls wurde eine Gebührenordnung für die Bezahlung der Dienstleistungen des Staates (Post, Eisenbahn, Gas, Licht usw.) eingeführt[119].

Schließlich konnte die Ordnung des Finanzwesens auch vor dem Staatshaushalt nicht haltmachen. An die Stelle der früheren Improvisationen von Haushaltsplänen, die durch die Ausgabe von Papiergeld »erfüllt« worden waren, traten ab 1924/25 ausgewogene Staatsbudgets, so daß der Staat imstande war, seine finanziellen Möglichkeiten zu übersehen[120].

Damit waren die Voraussetzungen für das Funktionieren des Marktes geschaffen worden. Diese Maßnahmen waren nicht nur für die Dauer der Neuen Ökonomischen Politik gedacht, sondern sie bilden die Grundlage für die Berechnung, für das Wirtschaften schlechthin – auch bei der Verstaatlichung der Betriebe.

Der Handel zwischen den einzelnen Unternehmen konnte allerdings nur funktionieren, wenn es möglich war, die Preise der Waren richtig zu kalkulieren.

Die bolschewistischen Führer wollten die kapitalistischen Methoden studieren, um die Möglichkeit einer richtigen Preiskalkulation zu schaffen. Damit dieser Prozeß beschleunigt wurde, ließen sie private Banken und Handelsunternehmen zu und richteten Warenbörsen ein.

Die richtige Preiskalkulation war eine prinzipielle Frage, die auch in der Staatswirtschaft gelöst werden mußte. Insofern war die Absicht der bolschewistischen Führer nicht nur auf die Periode der Neuen Ökonomischen Politik beschränkt; aber die Methode, der man sich zunächst bediente, die Zulassung von privaten Unternehmen und Börsen, konnte nur provisorischen Charakter haben. Sobald die Sowjetmacht genügend Erfahrungen gesammelt hätte, mußte diese Erscheinung verschwinden.

Durch die schon erwähnten Dekrete wurde die Gründung privater Bank- und Kreditinstitute genehmigt. Vor allem sollten genossenschaftliche Banken entstehen. Zugleich wurde der freie Handel zugelassen, so daß sich auch der Privathandel entfalten konnte. Nur bestimmte Waren (Waffen, Sprengstoffe, Filme, Gifte und Spirituosen) wurde davon ausgenommen. Be-

reits bis Mai 1924 hatte der Privathandel einen Anteil von 64 v. H. des Gesamthandels erreicht[121].

Im Jahre 1922 wurden – zunächst in den Hauptstädten – Warenbörsen eingerichtet. Sie galten als »gemeinnützige Körperschaften« und hatten die Aufgabe, durch ihre »Notierungskommissionen« täglich die Höhe des Angebots und der Nachfrage festzustellen und danach die Preise der Waren festzusetzen. Die ermittelten Preise wurden dann im Börsenbulletin veröffentlicht und galten als Richtpreise. Sämtliche Staatsbetriebe waren verpflichtet, einen Vertreter bei der Warenbörse, die es bald an jedem größeren Ort gab, zu unterhalten und ihre gesamten Transaktionen über die Börse abzuwickeln. Auf diese Weise erfaßten die Warenbörsen nahezu die ganze Industrieproduktion und einen beträchtlichen Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse[122].

Privatbanken, Privathandel und Warenbörsen wurden als typische Merkmale der Neuen Ökonomischen Politik mit deren Beendigung wieder beseitigt. Aber das Prinzip der Kalkulation von Preisen für die produzierten Güter wirkte weiter – auch nachdem die Betriebe verstaatlicht worden waren.

Das Hauptelement der Neuen Ökonomischen Politik, d. h. der neuentstandenen Marktwirtschaft, war der russische Bauer. Der Widerstand der Bauern gegen die totale Erfassung ihrer Produkte hatte ja vor allem zur Änderung der Wirtschaftspolitik geführt.

Im März 1921 wurde eine Naturalsteuer eingeführt, die es den Bauern ermöglichte, ihre Überschüsse auf dem freien Markt zu verkaufen[123].

Die Bolschewisten betrachteten erst seit 1921 das Verhältnis zu den Bauern unter ökonomischen Gesichtspunkten. Vorher galten sie nur als notwendiges Übel. Die Bauern mußten die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen; ihre eigenen Interessen traten demgegenüber in den Hintergrund. Nun sah Lenin ein, daß die Beachtung dieser Interessen ein wesentliches ökonomisches Prinzip sein muß, da sonst keine leistungsfähige Landwirtschaft entstehen kann.

In der Neuen Ökonomischen Politik gab es keine andere Möglichkeit als die Orientierung an den Einzelwirtschaften. Das war also eine Abweichung von der grundsätzlichen Auf-

fassung, daß sämtliche Produktionsmittel verstaatlicht sein sollen. Aber die Verstaatlichung der Landwirtschaft konnte ohnehin nur ein Fernziel sein, vorläufig mußte man sich mit dem Zusammenschluß in Kollektivwirtschaften begnügen.

Nach Lenins Ansicht sollte dieses Ziel angestrebt werden. Allerdings ging er davon aus, daß sich die Bauern selbst davon überzeugen würden, welchen Vorteil sie dadurch erhalten. An eine Zwangskollektivierung dachte er nicht [124].

Daraus folgt, daß die Rücksicht *auf den Einzelbauern* in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik *kein* dauerhaftes Prinzip sein konnte, sondern nur eine vorübergehende, unumgängliche Maßnahme. Lenin glaubte, daß die Erfolge der Landwirtschaft durch den Zusammenschluß in Produktivgenossenschaften, der früher oder später von den Bauern freiwillig durchgeführt werden würde, erheblich wachsen müßten.

Im Frühjahr 1921 erklärte er:

»Die wichtigste Sache ist jetzt für uns, dem Bauern die Möglichkeit einer gewissen Freiheit im örtlichen Handel zu geben, die gleichmäßigen Abgaben zur Steuer zu machen, damit der kleine Landwirt seine Produktion besser übersehen kann und ihr Ausmaß entsprechend der Steuer festlegt.«

Diese Steuer sollte nicht nur einseitig, »vom Standpunkt der Erhaltung des Staates«, sondern auch »unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der kleinen Landwirtschaftsbetriebe« betrachtet werden. »Maximale Maßnahmen« sollten zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der Bauern eingeleitet werden:

»Solange wir sie nicht umgemodelt haben, solange die große Maschinenindustrie sie nicht umgemodelt hat, müssen ihnen die Möglichkeiten einer freien Wirtschaft gewährt werden [125].«

Die unmittelbare Folge dieser Orientierung an den Einzelbetrieben war der Zerfall der bis dahin eingerichteten Großbetriebe. Die Zahlung von Subventionen an die Sowjetwirtschaften und Agrarkommunen wurde eingestellt, so daß sie sich mit wenigen Ausnahmen infolge ihrer Mißwirtschaft von selbst auflösten [126].

Das ökonomische Prinzip im bolschewistischen Verhältnis zur Landwirtschaft führte in wenigen Jahren zum Erfolg. Nach einigen Rückschlägen durch die Mißernten der Jahre 1921 und

1922 stieg die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte bedeutend an. Aber zum Leidwesen der Bolschewisten profitierten davon am meisten die reichen Bauern, denen man im Interesse der Steigerung der Produktion im Jahre 1925 noch größere Zugeständnisse machen mußte. Sinowjew erklärte unumwunden:

»Unsere Zugeständnisse waren notwendige Zugeständnisse. Ein notwendiges Zugeständnis ist aber auch ein Zugeständnis ...

Unser Rückzug besteht in gewissen Zugeständnissen gegenüber den Normen der werktätigen Bodennutzung. Wir machen gewisse Zugeständnisse an die reichen Bauern. Im Jahre 1921 glaubten wir, daß wir hier keinen Rückzug machen müßten, wir müssen ihn aber im Jahre 1925 im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte vornehmen[127].«

Für die Industrie bedeutete die Neue Ökonomische Politik, daß jetzt erst der Hauptgesichtspunkt Lenins zur Geltung kommen konnte, die Produktion zu steigern und die Arbeitsorganisation zu verbessern.

Unter den Bedingungen der Naturalwirtschaft des Kriegskommunismus konnte diese ökonomische Zielsetzung nicht erreicht werden. Um die Lage in der Industrie möglichst schnell zu verbessern, fand sich die bolschewistische Führung nun dazu bereit, Konzessionen an das Privateigentum zu machen.

So verfügte der Rat der Volkskommissare im Mai 1921, daß die privaten Unternehmer in der Kleinindustrie nicht behindert werden sollten. Die Staatsorgane sollten sich erst einschalten, wenn die wirtschaftliche Freiheit gegen die Sowjetmacht ausgenutzt würde.

Die früheren Verbote und Beschränkungen wurden aufgehoben. Im Juli 1921 erhielt jeder Sowjetbürger das Recht, selbständig einen Betrieb zu gründen und die Produktion zu leiten. Zwei Jahre später wurde auch die Ausbeutung von Bodenschätzen und Mineralien für jeden freigegeben, der eine Konzession beantragte[128].

Endlich trug die bolschewistische Führung der Tatsache Rechnung, daß die meisten Staatsbetriebe die Produktion eingestellt hatten. In einem Dekret vom 9. August 1921 wurde der Oberste Volkswirtschaftsrat angewiesen, alle Betriebe an Genossenschaften oder private Unternehmer zu verpachten, wenn sie

nicht ausreichend mit Rohstoffen und Material beliefert werden können. Falls sich keine Interessenten finden sollten, war die Schließung des Betriebes vorgesehen.

Um die wirtschaftliche Betätigung noch mehr zu beleben, wurden diese Bestimmungen später auch auf Großbetriebe ausgedehnt. Die sowjetische Statistik meldet für das Jahr 1924, daß reicher Gebrauch davon gemacht wurde. Von den 132 wichtigsten Trusts in der russischen Industrie waren nur noch 66 Unternehmen in Staatsbesitz. Besonders hoch war der Anteil privater Unternehmen in der Textilindustrie (nämlich 17 von 21 Trusts) und bei der Erzgewinnung (7 von 10 Gesellschaften); in der Papierindustrie gab es in diesem Jahr keinen staatlichen Betrieb mehr [129].

Die Unterscheidung zwischen der grundsätzlichen Auffassung und einigen zweckbedingten Maßnahmen in der Neuen Ökonomischen Politik läßt sich auch hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland feststellen.

Prinzipiell war Lenin für die Handelsbeziehungen zu anderen Staaten. Daß es im Kriegskommunismus nicht dazu kam, lag an den Umständen und an der bolschewistischen Mißwirtschaft. Diese grundsätzliche Bereitschaft bedeutet freilich nicht, daß Lenin für einen freien Handel eingetreten wäre. Er befürwortete den Außenhandel stets unter der Bedingung, daß der Sowjetstaat sein Außenhandelsmonopol bewahrt [130].

Schon vor Einführung der Neuen Ökonomischen Politik bemühte sich Lenin, Handelsbeziehungen mit England anzuknüpfen. Die Verhandlungen zogen sich bis März 1921 hin und endeten mit einem Abkommen über den Güteraustausch zwischen beiden Ländern. Ihm folgten Verträge mit Deutschland, Norwegen, Österreich und anderen Ländern [131].

Lenin erhoffte sich dadurch nicht zuletzt, daß die Qualität der russischen Erzeugnisse verbessert werden kann. So sagte er einmal: Wir stellen schlechte Maschinen her; also müssen wir Leute ins Ausland schicken, die diese Arbeit lernen. Dann werden wir auch gute Maschinen fabrizieren [132].

Typisch für die Neue Ökonomische Politik war jedoch nicht diese prinzipielle Frage der Notwendigkeit des Außenhandels, sondern die Erteilung von Konzessionen an ausländische Unternehmen zur Ausbeutung russischer Bodenvorkommen oder

zur Unterhaltung von Betrieben in der Sowjetunion. Hier konnte es sich nur um eine provisorische Maßnahme handeln, die zur Gesundung der russischen Wirtschaft beitragen sollte. Zur Begründung sagte Lenin:

»Die Wirtschaft muß vor allem wiederhergestellt werden, sie muß auf lange Sicht auf die Beine gestellt werden. Ohne ihre Ausrüstung, ohne Maschinen aus den kapitalistischen Ländern kann das unmöglich in Kürze geschehen. Und dabei wollen wir auch die Profite der Kapitalisten verschmerzen, wenn wir nur damit die Wiederherstellung der Wirtschaft erreichen[133].« Und weiter:

»Die proletarische Macht sichert sich durch die Konzessionen ein Abkommen mit den fortgeschritteneren, kapitalistischen Ländern, und von diesem Abkommen hängt die Stärkung unserer Industrie ab, ohne sie können wir nicht weiterkommen auf dem Wege zum kommunistischen Aufbau.«

Bald nach dem X. Parteitag im März 1921 wurden die rechtlichen Grundlagen und eine oberste Behörde für die Regelung dieser Frage geschaffen. Und bis 1924 waren insgesamt 32 Konzessionen an ausländische Gesellschaften vergeben – darunter 12 Konzessionen an deutsche Firmen (u. a. an Krupp und Junkers), weiter an 7 amerikanische, 5 englische Unternehmen und die übrigen an Betriebe kleinerer Länder. In der russischen Landwirtschaft betätigten sich 7 ausländische Firmen, in der Industrie und im Transportwesen 15 Gesellschaften und im Handel (einschließlich der beiden Banken) 10 Unternehmen[134].

Nach Meinung der bolschewistischen Führer gehörten diese Konzessionen an das in- und ausländische Privateigentum, die Existenz von Privatbetrieben, Privatbanken und privaten Handelsunternehmen sowie der überwiegende Anteil von Einzelbauern in der Landwirtschaft zu den Besonderheiten der Neuen Ökonomischen Politik. Man müsse daraus lernen, wie richtig gewirtschaftet wird; aber sie können nur eine Zeitlang geduldet werden.

Die Bolschewisten waren sich durchaus darüber im klaren, daß mit der Duldung von Privatbetrieben eine Herausforderung der staatlichen Industrie verbunden war, zumal sich diese nur durch staatliche Subventionen halten konnte, aber sie

fühlten sich dieser Gefahr gewachsen. Sie hatten die politische Herrschaft in der Hand. Es lag also in ihrem Ermessen, die Tätigkeit des Privatkapitals einzuschränken oder ganz aufzuheben. Lenin meinte: »Wir vergessen nicht, daß wir Revolutionäre sind[135]!«

Zu den dauerhaften Wirtschaftsprinzipien, die durch die Neue Ökonomische Politik in Sowjetrußland eingeführt wurden, gehören:

die entschlossene Erwerbsgesinnung der Arbeiter, ihre »materielle Interessiertheit« an einer wachsenden Arbeitsleistung;

die Teilung der Arbeit in spezielle Berufszweige;

Geld als Berechnungsgrundlage für die Produktion;

ein geordnetes Finanzwesen, d. h. ausgeglichener Staatshaushalt, Bank- und Kreditwesen;

Warenproduktion.

Diese Prinzipien lagen der ersten Konzeption Lenins vor der Machtübernahme zugrunde. Im Kriegskommunismus wurden sie ignoriert. Ihre Einführung in der Neuen Ökonomischen Politik sollte die Voraussetzungen schaffen für die Industrialisierung einer verstaatlichten Wirtschaft.

Prinzipiell orientiert sich die sowjetische Wirtschaft seit 1921 an der kapitalistischen Entwicklung. Auch im Frühkapitalismus hatte der Staat den Anstoß zur Industrialisierung gegeben, bis später die bürgerliche Revolution die Emanzipation von staatlicher Bevormundung bewirkte.

Lenin wollte den bolschewistischen Staat zum Leiter und Motor der Industrialisierung in Rußland machen. Allerdings sollten die Fehler der kapitalistischen Entwicklung, insbesondere Überproduktionskrisen, Arbeitslosigkeit und »Anarchie der Produktion«, durch zentrale Planung vermieden werden.

Es ist nicht verwunderlich, daß Lenin zum kapitalistischen Vorbild griff. Einerseits gibt es kein anderes Beispiel für die Industrialisierung. Andererseits hatte Karl Marx keine Rezepte für die Wirtschaftsstruktur der kommunistischen Gesellschaft zu bieten. Die von ihm geforderte Negation des Kapitalismus enthält keinen Aufbauplan, sondern nur ein Programm der Zerstörung.

Wenn auch Marx für die Verwirklichung der zukünftigen Wirtschaftsstruktur nicht herangezogen werden konnte, so

hatte er doch die Zwangsläufigkeit der sowjetischen Entwicklung vorausgesagt. In seinem Manuskript »Nationalökonomie und Philosophie« konstatiert er, daß durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel die eigentliche Aufgabe der Selbstverwirklichung des Menschen in der kommunistischen Gesellschaft nicht gelöst werden könne. Eine solche Gesellschaftsform, daß sich das Eigentum selbst »als das positive Gemeinwesen« setzt, d. h. Staatseigentum entsteht, ist nach Marx »nur eine *Erscheinungsform* von der Niedertracht des Privateigentums« – kein wahrer, sondern »roher Kommunismus [136]«.

Freilich bietet dieses negative Urteil marxistischen Revolutionären nur schwachen Trost; denn immerhin war es derselbe Marx, der ihnen mit seiner Idee der »Vergesellschaftung« der Produktionsmittel eine Aufgabe gestellt hatte, die sich in der Praxis als unlösbar erweist. Nicht nur Lenin, auch jeder andere mußte also in der Übergangsperiode zum Kommunismus zwangsläufig zu unvorhergesehenen Resultaten gelangen.

Die Bolschewisten haben es sich nicht leicht gemacht. Erst nach vielen Experimenten und Fehlschlägen wurden sie auf den Weg zum Nachvollzug der kapitalistischen Entwicklung gedrängt.

Mit anderen Worten: Es ist müßig, den Bolschewisten und namentlich Lenin vorzuwerfen, sie seien vom Marxschen Wege abgewichen. Marx selbst hat seinen Jüngern die unlösbare Aufgabe gestellt.

So bleibt die Erkenntnis, daß Lenin in die Schwierigkeiten gerade dadurch gestürzt wurde, weil er das von Marx und Engels gewiesene Ziel der kommunistischen Gesellschaft als Hauptaufgabe der bolschewistischen Revolution wählte.

Zum Kommunismus konnte dieser Weg nicht führen. Aber Lenin lieferte mit dem bolschewistischen Eigenprodukt ein Entwicklungsmodell für die Industrialisierung eines ökonomisch rückständigen Landes. Das entscheidende Problem war die Fähigkeit des neuen Staates, die Produktion zu leiten und zu planen. Schon im Dezember 1918 hatte Lenin gefordert:

»Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, daß sich hunderte Millionen Menschen von einem einzigen Plan leiten lassen [137].«

Es kam im Kriegskommunismus nicht zu diesem einheitlichen Plan, weil jegliche Berechnungsgrundlage fehlte. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß der erste bolschewistische Plan, der verwirklicht werden konnte, von bürgerlichen Spezialisten ausgearbeitet wurde. Und auch seine Verwirklichung war nur durch die Neue Ökonomische Politik möglich geworden[138].

Dieser Plan für den Bau von 30 Elektrizitätswerken (GOELRO genannt) war bis Ende 1920 – wie Lenin stolz erklärte – »von Wissenschaftlern ausgearbeitet« worden. Erstmalig war es nun möglich, ein Projekt in die Wirklichkeit umzusetzen, weil die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten Rußlands entsprechend berücksichtigt wurden.

Das Projekt war nicht so groß, zudem war seine Realisierung auf die Dauer von zehn Jahren berechnet. Zum Symbol machten es die Bolschewisten deshalb, weil es ein »wirklicher Plan« war – berechnet nach wirtschaftlichen Prinzipien, wie jeder Einzelbetrieb in der Privatwirtschaft seine Produktion planen und berechnen muß. Und jeder folgende Plan in der Sowjetunion wurde nach den gleichen Prinzipien berechnet.

War schon die Gesamtplanung nur nach kapitalistischen Prinzipien möglich, so traf das für die Arbeitsorganisation im einzelnen Betrieb nicht minder zu.

Ungeachtet der sonstigen Bestandteile des Kriegskommunismus, ist hierzu festzustellen, daß Lenin in zweierlei Hinsicht dieses Prinzip der Arbeitsorganisation schon im Jahre 1918 zur Geltung brachte: durch die Verwendung und bessere Bezahlung bürgerlicher Spezialisten sowie durch die Ersetzung der unfähigen Kollegien durch Fabrikdirektoren.

Man konnte auf die Arbeit von Fachleuten nicht verzichten und mußte in Kauf nehmen, daß sie weder Kommunisten waren noch für »Arbeiterlohn« zu arbeiten bereit waren. Schon im April 1918 äußerte Lenin dazu:

»Es blieb uns nun nichts anderes übrig, als zu einem alten, bürgerlichen Mittel Zuflucht zu nehmen, indem wir uns mit einer sehr hohen Bezahlung der Dienste hervorragender bürgerlicher Spezialisten einverstanden erklärten[139].«

Natürlich sei das ein »Zurückweichen von den Prinzipien der Pariser Kommune«, aber die Frage stehe so: Entweder 100 Millionen ausgeben, um die Erfahrungen der Fachleute zu verwer-

ten – oder Milliarden verlieren, weil sie unersetzbar sind! Die »radikalen Revolutionäre« begriffen das natürlich nicht, meinte Lenin, aber »die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Bauern« werde es begreifen, »weil der Sozialismus sonst unmöglich ist[140]«.

In jener Zeit äußerte er zu Radek: »Wie man den Sozialismus organisieren soll, müssen wir bei den Trustkönigen lernen[141].«

Nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik wurde das Beispiel des gut funktionierenden kapitalistischen Betriebes von Lenin so oft zitiert, daß wir uns weitere Erörterungen sparen können. Ja, er verstieg sich sogar zu der Behauptung:

»Die Wirtschaft können wir erst dann verwalten, wenn es die Kommunisten verstehen, ihre Wirtschaft mit fremden Händen aufzubauen, aber selbst bei der Bourgeoisie in die Lehre gehen und sie auf den gewünschten Weg bringen[142].«

Wenn die Arbeitsorganisation im Betrieb funktionieren sollte, mußte klar entschieden sein, wer für die Produktion verantwortlich ist. In Form der »Kollegien« war diese Frage nicht zu lösen. Bereits im Frühjahr 1918 führten die Bolschewisten deshalb die Einzelverantwortung eines Direktors ein. Zwei Jahre später wurden von insgesamt 2483 Betrieben 2183 durch Direktoren geleitet[143]. Lenin hielt an diesem Prinzip fest, so wie er es schon 1918 formuliert hat:

»Die Revolution hat gerade erst die ältesten, dauerhaftesten und schwersten Ketten zerschlagen, an die die Menschen mit dem Knüppel gekettet worden waren. Das war gestern. Aber heute fordert dieselbe Revolution im Interesse ihrer Entwicklung und Festigung, im Interesse des Sozialismus die *widerspruchslose Unterordnung* der Massen unter einen *einheitlichen Willen* der Leiter des Arbeitsprozesses[144].«

Und schließlich wurden die Bolschewisten, indem sie ihre Staatsgewalt als das Eigentum an den Produktionsmitteln einsetzten, auch vor das Problem gestellt, das einst am Beginn des Kapitalismus gestanden hatte, nämlich den Arbeitern eine entschlossene Wirtschaftsgesinnung zu vermitteln.

Diese Frage wurde ebenfalls nicht erst in der Neuen Ökonomischen Politik aufgeworfen, sondern Lenin und Trotzkij hatten sie schon viel früher erkannt. Nach einigen Enttäuschungen stellte Lenin im April 1918 fest, daß der russische Arbeiter »ein

schlechter Arbeiter im Vergleich zu dem der fortgeschritteneren Nationen« sei [145].

Andererseits sei der Sozialismus »die bewußte Massenbewegung zu einer höheren Arbeitsproduktivität«. Trotzkij schloß sich dem an mit der Behauptung:

»Das Wachsen der Zivilisation wird an der Produktivität der menschlichen Arbeit gemessen, und jede neue Form der gesellschaftlichen Beziehungen muß die Probe auf dieses Exempel bestehen [146].«

Seit 1918 ist es eine der Hauptaufgaben der Bolschewisten gewesen, den russischen Arbeiter an der Steigerung seiner Leistung zu interessieren. Das geschah teilweise dadurch, daß das Thema Arbeit in den Mittelpunkt der Propaganda und Agitation gestellt wurde; aber die bolschewistischen Führer waren sich bereits unmittelbar nach ihrer Machtergreifung darüber im klaren, daß auch ein materieller Anreiz vorhanden sein muß, wenn größere Leistungen erzielt werden sollen. Im Dezember 1917 schrieb Lenin einen Artikel mit der Überschrift: »Wie soll der Wettbewerb organisiert werden [147]?«

In diesem Aufsatz, der bis heute in der Sowjetunion immer wieder zitiert worden ist, meint er:

»Unsere Aufgabe ist es, nachdem die sozialistische Regierung an der Macht ist, den Wettbewerb zu organisieren [148].«

Die Behauptung sei Unsinn, daß die Bolschewisten gegen den Wettbewerb seien. Im Gegenteil: Er soll an die Stelle der Konkurrenz unter den kapitalistischen Lohnarbeitern treten. Das bedeutet, daß man im bolschewistischen Rußland »das letzte Wort des Kapitalismus« (gemeint ist das Taylorsystem) studieren muß, um das Wertvolle übernehmen zu können [149].

Noch im Jahre 1920 wurde die Zahlung von Prämien für gute Arbeitsleistungen, die bis dahin sehr unterschiedlich gehandhabt worden war, durch ein Dekret geregelt [150].

Der Erfolg hinsichtlich der Erhöhung der Arbeitsproduktivität war im Kriegskommunismus, wie man sich denken kann, ausgeblieben. Aber nach Einführung der Neuen Ökonomischen Politik begannen sich die Bolschewisten ernsthaft mit diesem Problem auseinanderzusetzen.

In allen Betrieben befaßten sich Sonderkommissionen mit der Festsetzung der Normen, indem die durchschnittlich notwen-

dige Arbeitszeit gemessen wurde. Auf Initiative Trotzkijs fanden »Allrussische Taylorkonferenzen« statt. In Moskau wurde ein »Zentrales Arbeitsinstitut« gegründet, das dieses Problem wissenschaftlich erforschen sollte [151].

Das Prämiensystem wurde ausgebaut und durch die Einführung des Akkordlohns ergänzt. Seit dieser Zeit wurde ein Ausdruck Lenins zum geflügelten Wort: Man muß »die persönliche Interessiertheit« der Arbeiter und Bauern wecken, d. h. durch den Anreiz eines höheren Lohnes ihren Erwerbssinn und ihr Streben nach einem besseren Lebensstandard anregen [152].

Trotzkij stellte eine eigene Theorie auf, wie man die Arbeitsproduktivität steigern könne. Er sprach von einer Kombination der verschiedenen Mittel, die je nach Bedarf verwendet werden sollten. Seine Methoden hießen: »Zwang«, »Agitation unter den Arbeitern« und das »Wecken ihrer wirtschaftlichen Interessiertheit«, d. h. die Anwendung der kapitalistischen Methode der »Arbeiterdressur« durch Akkordlohn und Prämien [153].

Auch die »Militarisierung der Arbeit« kann zur Steigerung beitragen. Trotzkij verwies hier auf das Vorbild »der guten deutschen Unteroffiziere«. In jeder Armee gehören Verantwortungsgefühl, Genauigkeit und Disziplin zu den guten Eigenschaften, die auch der Arbeiter braucht. Als Beispiel dafür, daß Zwangsarbeit nicht unbedingt unproduktiv sein müsse, führt er den Bau von Pyramiden an, der mit »disziplinierten Sklaven« durchaus zu beachtlichen Ergebnissen geführt habe [154].

Das Leitwort, unter dem die allgemeine Zielsetzung der Erhöhung der Arbeitsproduktivität stand, hieß:

»Die Heranführung an die Arbeit ist das wichtigste und schwierigste Problem des Sozialismus [155].«

Die ursprüngliche Marxsche Aufgabe des Übergangs zum Kommunismus hatte sich infolge ihrer Unlösbarkeit nun in die reale Zielsetzung verwandelt, Rußland zu einem industriell entwickelten Land zu machen.

Die Verstaatlichung der Gesellschaft

Resignation Lenins

Im Hinblick auf den neuen proletarischen Staat und die sozialistische Wirtschaft war Lenin vor 1917 der Marxschen Idee gefolgt. Das neue Gemeinwesen in der Übergangsperiode zum Kommunismus sollte das Gegenteil der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung sein. Daß diese Absicht nicht zu verwirklichen war, ahnte er vor der Machteroberung nicht. Später konnte er daran nichts ändern.

Mit dem Marxschen Schlüsselbegriff für die kommunistische Gesellschaft: der Selbstverwirklichung des Menschen, konnte Lenin jedoch von Anfang an nichts anfangen. Er hat sich weder mit der Marxschen Analyse der Selbstentfremdung des Menschen im Kapitalismus noch mit der Forderung nach menschlicher Selbstverwirklichung im Kommunismus auseinandergesetzt.

Das bedeutet, daß Lenin keinen Zugang zu einem fundamentalen Problem der kommunistischen Gesellschaft hatte; denn ihr entscheidendes Merkmal ist für Marx, daß infolge der Negation des Kapitalismus die Selbstentfremdung des Menschen beseitigt wird.

Diese Rückkehr des Menschen zu sich selbst »als eines gesellschaftlichen, d. h. menschlichen Menschen« bedeutet für Marx die endgültige Auflösung des Gegensatzes zwischen Mensch und Natur und mit den Menschen, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung[1].

Im Kommunistischen Manifest beschreiben Marx und Engels das Verhältnis zwischen Mensch und Gesellschaft im Kommunismus mit den Worten:

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist[2].«

Nicht durch die Erziehung der Menschen etwa zu einem neuen

»kommunistischen Menschen« soll der Übergang zu dieser freien Gesellschaft erfolgen, sondern allein durch die radikale Veränderung der Lebensbedingungen.

Mit den Worten von Marx: »Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden[3].« Sie sind menschlich, wenn der Kapitalismus beseitigt ist.

Diese Gedankengänge waren Lenin wesensfremd. Schon während seines 20jährigen Kampfes um die Macht hat er sie ebenso ignoriert wie die Leitsätze im Kommunistischen Manifest zum Wesen der kommunistischen Partei, die »keine besondere Partei gegenüber der anderen Arbeiterparteien« sein sollte[4].

Die von Lenin gebildete Partei war eine besondere Partei, deren Mitglieder zu bedingungslosem Gehorsam und Konspiration verpflichtet waren. Nur eine solche Partei konnte die Macht erobern und behalten.

Die Umerziehung des Menschen zum bewußten Kommunisten, der der Partei treu ergeben ist, blieb nach Lenins Meinung eine der wichtigsten Aufgaben der Diktatur des Proletariats.

In »Staat und Revolution« hält er den »bürgerlichen Gelehrten«, die die kommunistische Gesellschaft als »reine Utopie« hinstellen, entgegen, daß diese Gesellschaft »nicht den heutigen Spießer« zur Voraussetzung habe. Der Mensch dieser zukünftigen Gesellschaft würde weder darauf bedacht sein, nur ja nicht länger zu arbeiten als andere, noch würde er Unmögliches von der Gesellschaft für sich fordern. Er hätte dann den »engen bürgerlichen Rechtshorizont« abgestreift[5].

Dieser neue Mensch müsse erst herangebildet werden. Ohne Zwang konnten sich das die Bolschewisten nicht vorstellen. Lenin kam gar nicht auf die Idee, daß Marx und Engels anderer Meinung gewesen sein könnten. Sie hatten im Kommunistischen Manifest selbst Maßnahmen vorgeschlagen, die von der Diktatur des Proletariats durchzuführen wären.

Sämtliche von Marx und Engels vorgeschlagenen Maßnahmen: die Enteignung des Grundeigentums, eine starke Progressivsteuer, die Abschaffung des Erbrechts, die Konfiszierung des Eigentums aller Emigranten und Rebellen, die Zentralisation des Kredit- und Transportwesens in den Händen des Staates, die Vermehrung der nationalisierten Produktion nach einem

gemeinschaftlichen Plan, gleicher Arbeitszwang für alle, die Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, die öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder[6] – sind Zwangsmaßnahmen. Sie bedingen eine Zentralgewalt, die alles regelt. Folglich ist die freie Entwicklung des einzelnen ausgeschlossen.

Lenin folgerte daraus, daß in der Übergangsperiode zum Kommunismus »die strengste Kontrolle seitens der Gesellschaft und *seitens des Staates* über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion« gefordert werden müsse. Diese Kontrolle habe bei den Feinden zu beginnen[7].

Von vornherein war sich Lenin darüber im klaren, daß zur Errichtung der Diktatur des Proletariats die Bereitschaft zum Terror gehört. Kein Punkt des bolschewistischen Programms ist deshalb so genau erfüllt worden wie die Forderung, jeden Widerstand zu brechen.

Allerdings sahen sich die Bolschewisten gezwungen, den Kreis ihrer Feinde, die sie unterdrücken mußten, um an der Macht zu bleiben, immer mehr auszudehnen.

Der geringste Oppositions-Versuch, jede Kritik – auch die der Sozialisten – wurde als »Konterrevolution« bekämpft und mit Repressalien beantwortet.

Lenin war immer noch nicht zufrieden. Er hat sich häufig über die »Schwäche« der bolschewistischen Diktatur, die er mit einem »Mehlbrei« verglich, beschwert. Er forderte eine »eiserne Macht, revolutionär, mutig und schnell, erbarmungslos bei der Unterdrückung der Ausbeuter«. Und Bucharin fügte in seinem »Programm der Kommunisten« hinzu, daß diese Härte auch für Sozialisten gilt, wenn sie sich gegen die bolschewistische Partei wenden[8].

Entsprechend haben die Bolschewisten gehandelt. Die Presseorgane, die sich gegen Maßnahmen der neuen Staatsmacht aussprachen, wurden verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt und die Redakteure verhaftet. So mußte nach und nach jede nichtbolschewistische Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Im November 1917 erklärte der Rat der Volkskommissare die Publizierung, jede Art von Literatur, zum staatlichen Monopol und führte die Zensur ein[9].

Dem Verbot jeglicher Opposition fielen der Reihe nach sämt-

liche russischen Parteien zum Opfer. Es begann mit dem Verbot der bürgerlichen Parteien, denen spätestens nach Auflösung der Konstituante jede Betätigungsmöglichkeit entzogen war. Dann folgten die gemäßigten sozialistischen Parteien, die Menschewisten, Sozialrevolutionäre und ihre Verbündeten. Soweit man der Parteiführer habhaft werden konnte, wurden sie verhaftet. Am längsten hielten sich die linken Sozialrevolutionäre, die zwischen November 1917 und Juli 1918 an der bolschewistischen Regierung beteiligt waren. Danach wurden auch sie verfolgt[10].

Dadurch hatte die bolschewistische Partei alle Konkurrenten ausgeschaltet und das Monopol der politischen Herrschaft errungen.

Damit es nicht mehr verlorenging, empfahl Lenin einige Maßnahmen für die »praktische Kontrolle über die Feinde«:

»An einem Platz kann man ein Dutzend Reiche, einige Dutzend Schwindler und ein halbes Dutzend Arbeitsscheue ins Gefängnis sperren.

An einem anderen kann man sie zum Sortieren verwenden.

An einem dritten kann man sie beim Verlassen des Karzers mit gelben Plakaten versehen, damit das Volk bis zu ihrer Besserung sie als *schädliche* Leute beaufsichtigen kann.

Am vierten erschießt man einfach einen aus einem Dutzend Drückeberger an Ort und Stelle[11].«

Als »Geschäftsführer des Klassenkampfes« fungierte Dzserhinski, der Vorsitzende der Tscheka. Ihrem Terror fielen in den ersten drei Jahren über 1,7 Millionen »Volksfeinde« zum Opfer[12].

Die bolschewistische Partei glaubte sich im Recht, um der kommunistischen Zukunft willen das Volk zum Gehorsam zu zwingen. Lenin hielt das durchaus für vereinbar mit seinem Begriff von »Demokratie«, den er im Frühjahr 1921 so erläuterte:

»Das Abhalten von Versammlungen, das ist die wirkliche Demokratie der Werktätigen, ihre Ausrichtung und ihr Erwachen zu neuem Leben . . .«

Der Sinn dieser Versammlungen habe darin zu liegen, den Werktätigen beizubringen, daß sie »zur bewußten und freiwilligen Disziplin übergehen«. Das Geheimnis bestehe darin, die

»stürmischen Versammlungen des Demokratismus der werk-

tätigen Klassen zu verbinden mit der *eisernen* Disziplin während der Arbeitszeit, mit der *widerspruchslosen Unterordnung* unter den Willen einer Person, des sowjetischen Führers, während der Arbeitszeit[13].«

Wenn sonst »Demokratie« die Herrschaft des Volkes bedeutet, so wird sie hier zur Versammlung des Volkes, damit es lernt, die Notwendigkeit der Diktatur einzusehen.

Die Rechtfertigung Lenins gegenüber »allen Sozialisten, die sich über die soziale Revolution und ihre Aufgaben Gedanken machten«, lautete:

»Wir haben nicht nur eine Minderheit, sondern eine bedeutende Minderheit des Proletariats und eine ungeheure Mehrheit der Bauernschaft[14].«

Trotzkij hielt es für undenkbar, »die ganze Verantwortung der objektiven Pädagogik des ›Ganges der Ereignisse‹ aufzubürden«.

Er meinte, daß in jedem Falle die Entscheidung bei der Parteiführung liegen muß. Die Partei habe dann die Aufgabe, die Massen »auf den wahren Weg zu führen«, d. h. sie durch die »demokratischen« Versammlungen von der Richtigkeit der Entscheidungen zu überzeugen, damit sie nicht nur bedingungslos gehorchen, sondern auch selbst diese Notwendigkeit einsehen[15].

Die Notwendigkeit der Diktatur in der Übergangsperiode zum Kommunismus schließt nach Meinung Lenins selbstverständlich das Recht zur Manipulation des Menschen ein.

Trotzkij hat sich dieser Aufgabe im Rahmen seiner These von der »Militarisierung der Arbeit« vor allem angenommen. Er meinte:

»Wir nehmen die Menschen so, wie die Natur sie geschaffen und wie sie die alte Gesellschaft zum Teil erzogen, zum Teil verstümmelt hat. Wir suchen nach Stützpunkten in diesem lebendigen Menschenmaterial, um unseren Parteihebel und revolutionär-staatlichen Hebel anzusetzen.«

Auch »das Bestreben sich aufzuheitern«, müsse »zum Werkzeug der kollektiven Erziehung« gemacht werden. Die Familienwirtschaft und auch die Kindererziehung sollten unter die Leitung des Staates gestellt werden. Die Freizeit, das Kino, das Theater – alles müsse unbedingt vom Staat zur Umformung

der Menschen ausgenutzt werden. Trotzkij sprach sogar enthusiastisch von der »Vereinigung des sozialistischen Staates mit dem Kino«, um den Konkurrenzkampf mit der Kirche bestehen zu können.

Das Wesen der bolschewistischen Erziehung sei:

»Die geistige Front auszurichten, d. h. alle Gebiete des Bewußtseins mit der marxistischen Methode durchzuarbeiten – das ist die allgemeine Formel der Erziehung und Selbsterziehung, vor allem für unsere Partei, von ihren Spitzen beginnend[16].«

Im gleichen Stile wandte sich Sinowjew energisch dagegen, daß das bolschewistische Gesellschaftsideal »die gesamte und allseitige Freiheit der menschlichen Person« sein solle, wie es die rechte Gruppe der Narodniki forderte. Sinowjew sagte dazu: »Das ist einfach Phraseologie[17].«

Die Konsequenz dieser Auffassung ist die völlige Unterwerfung des Volkes unter den Willen der Staatsgewalt, also der totale Staat.

Ausgehend von der Marxschen Forderung nach Vergesellschaftung des Staates, waren die Bolschewisten zur Verstaatlichung der Gesellschaft gelangt.

Aber auch das ist kein bolschewistisches Willkürprodukt, sondern die logische Folgerung aus der Machteroberung. Wenn die neue Staatsgewalt die kommunistische Gesellschaft aufbauen soll, muß sie zur totalen Diktatur werden, die alles regeln will.

Indem Marx und Engels die Machteroberung und die Diktatur des Proletariats als erste konkrete Schritte der kommunistischen Revolution verlangten, zerstörten sie ihre eigene kommunistische Idee. Der Übergang zur freien kommunistischen Gesellschaft war damit zur unlösbaren Aufgabe geworden.

Was blieb, war der totale Anspruch, d. h. die Tendenz zur Aufhebung der Trennung in Staat und Gesellschaft. Diese Totalität spiegelt sich in dem Urteil, daß im Kommunismus »alles Private öffentliche, allgemeine Angelegenheit und alles Allgemeine Privatangelegenheit eines jeden« sei[18].

In der Marxschen Abstraktion bedeutet das die Identifizierung von Staat und Gesellschaft durch Vergesellschaftung des Staates und der Produktionsmittel.

Unter Voraussetzung einer Zentralgewalt wird jedoch alles

Private nun zur öffentlichen Angelegenheit und alles Allgemeine zwangsweise zur Privatangelegenheit eines jeden durch die Verstaatlichung der Gesellschaft.

Lenin hatte die Diktatur für unumgänglich gehalten. Zur Verstaatlichung der Produktionsmittel sah er keine Alternative. Aber vor der letzten Konsequenz, der totalen Unterwerfung des Volkes unter die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie, schreckte er trotz starker Worte zurück. Lenins heftige Kritik an der bolschewistischen Wirklichkeit in seinen letzten Lebensjahren läßt allerdings ahnen, daß er von seinen Nachfolgern nichts Gutes erwartete.

Die Sowjetrepublik hatte eine neue Herrschaftsform sein sollen. In Wirklichkeit war der bürokratische Apparat umfangreicher als in jedem anderen Staat. Im Konzept einer Rede, die Lenin vor dem X. Sowjetkongreß halten wollte (im Dezember 1922) und wegen seiner Krankheit nicht mehr halten konnte, findet sich der Satz:

»Oft gehört dieser Apparat nicht uns, sondern wir gehören ihm[19].«

»Dem Wesen nach«, so meinte Lenin in einer seiner letzten schriftlichen Äußerungen, »haben wir den alten Apparat des Zaren und der Bourgeoisie übernommen.«

Seit einiger Zeit hatte er von drei Hauptfeinden gesprochen, die den Menschen jetzt bedrohen:

»Der erste Feind ist der kommunistische Hochmut, der zweite ist das Analphabetentum und der dritte ist die Korruption[20].«

Immer bissiger wurden seine Kommentare zu Hochmut und Unfähigkeit der kommunistischen Funktionäre. Sie sollten endlich aufhören, leere Phrasen zu dreschen.

»Woran fehlt es? – Es ist völlig klar, woran es uns fehlt: Jener Schicht von Kommunisten, die regiert, mangelt es an kulturellem Niveau.«

Es sei unangenehm – aber notwendig – festzustellen, daß sogar in der Hauptstadt, Moskau, die 4700 verantwortlichen Kommunisten in Wirklichkeit von dem bürokratischen Apparat beherrscht würden: »Wenn man ehrlich sein will, so führen nicht sie, sondern sie werden geführt.«

Anstatt der Masse ihre Kultur aufzuzwingen, werden die führenden Kommunisten selbst von der bürgerlichen Kultur

und Zivilisation okkupiert, weil sie keine eigene haben[21].

Eine der letzten Reden Lenins, im März 1922 vor den Delegierten des XI. Parteikongresses, ist eine einzige Kette von Anklagen gegen die Bürokratie in der Partei. Eine einzige Untersuchung habe ergeben, daß dort, wo 120 Kommissionen arbeiteten, 16 genügten.

»Niemand weiß mehr, wer für was verantwortlich ist; alles ist durcheinander geraten und am Ende wird eine Entscheidung getroffen, für die alle verantwortlich zeichnen[22].«

Er stellte fest, daß es in der »Diktatur des Proletariats« überhaupt kein Proletariat mehr gibt. »Was heißt denn Proletariat?« fragte er im Dezember 1921 die Vertreter der Gewerkschaften.

»Das ist die Klasse, die in der Großindustrie beschäftigt ist. Aber wo ist denn diese große Industrie? Was ist denn das für ein Proletariat? Wo ist eure Industrie? Warum arbeitet sie nicht? Weil es keine Rohstoffe gibt? Habt ihr denn verstanden, sie zu beschaffen?

Nein. Nun, schreibt eine Resolution, damit sie beschafft werden, setzt euch dann in eine Pfütze und redet Dummheiten, so seid ihr wie die Gänse, deren Urahnen Rom gerettet haben[23]!«

Proletariat im marxistischen Sinne, so meinte er, gibt es in Rußland nicht mehr. Es gibt zwar Industriearbeiter, aber das sind doch hauptsächlich Elemente, die sich vor dem Kriege drükken wollen. Kann man unter solchen Umständen die Arbeiter noch als Proletarier bezeichnen?

»Das ist einfach falsch. Das ist bei Marx richtig, aber Marx schrieb nicht über Rußland, sondern über den ganzen Kapitalismus, angefangen vom 15. Jahrhundert. Für den Ablauf von 600 Jahren ist das zwar richtig, aber für Rußland ist es jetzt falsch. Was durchweg reihenweise in den Fabriken anzutreffen ist – das sind keine Proletarier, sondern alle möglichen zufälligen Elemente[24].«

Gab es schon kein Proletariat mehr, so machten sich die Bürokraten in der Partei und in den Sowjets immer mehr breit. Unter den Teilnehmern des X. Sowjetkongresses im Dezember 1922 befanden sich nur 1,2 v. H. Produktionsarbeiter, 3,3 v. H. Bauern und 1,0 v. H. Lehrer und Studenten. Ihnen standen 94,5 v. H. Funktionäre der Partei, der Verwaltung und Armee gegenüber[25].

Lenin suchte verzweifelt nach einem Ausweg. In mehreren Briefen an die Teilnehmer des X. Sowjetkongresses schlug er vor, die Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees sollte auf 50 bis 100 erhöht werden, wobei vor allem Produktionsarbeiter herangezogen werden sollten, um ihren Einfluß zu stärken[26].

Offensichtlich versprach er sich aber nicht allzu viel Erfolg davon; denn seine Briefe, die später als Lenins »Testament« bekannt wurden, sind voller Bedenken über die Fähigkeiten der anderen bolschewistischen Führer[27]. Keinem traute er zu, die Lage zu meistern. Man sollte zwar (was prompt im nächsten Jahr geschah) weder Sinowjew und Kamenew noch Trotzkij frühere Abweichungen zum Vorwurf machen; aber man dürfe sie auch nicht völlig außerachtlassen. Sinowjew und Kamenew seien nicht beständig genug. Auch Bucharin könne man – trotz seiner Verdienste – nicht als konsequenten Marxisten bezeichnen. Pjatakow wiederum sei wohl sehr begabt, aber zu sehr Verwaltungsfachmann, als daß man ihn mit politischen Entscheidungen betrauen könnte.

Am meisten befürchtete Lenin eine Krise der Parteiführung durch den Ausbruch des latent vorhandenen Gegensatzes zwischen Trotzkij und Stalin. Trotzkij sei trotz seiner Arroganz immer noch »das fähigste Mitglied im jetzigen ZK«. Stalin dagegen vereinigt als Generalsekretär der Partei »eine unermeßliche Machtfülle« in seinen Händen, die er nicht immer vorsichtig genug benutzt. Es ist auffällig, daß Lenin besonders scharf die besonderen Eigenschaften Stalins verurteilte: seinen Hang zum Chauvinismus, seine Vorliebe für die Verwaltung und seine Grobheit gegenüber anderen Bolschewisten.

In den Herbstmonaten des Jahres 1922 hatten die Beratungen über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken stattgefunden, an denen Lenin nicht teilnehmen konnte. Nun machte er sich selbst den Vorwurf, daß er sich nicht mehr um die Nationalitätenpolitik, das Ressort Stalins, gekümmert habe. Er hätte sich allzu sehr darauf verlassen, daß für die Zugehörigkeit der Republiken zur Union unbedingt das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleibe. In Wirklichkeit habe man mit der Begründung der »Einheit des Apparats« den Artikel über die »Freiheit zum Austritt aus der Union« zu einer »papiernen Phrase« gemacht.

»Ich glaube, daß hier die Eile und administrative Neigung Stalins eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, genau wie seine Wut auf den viel zitierten ›Sozial-Nationalismus‹. Im allgemeinen spielt die Wut in der Politik gewöhnlich die allerschlechteste Rolle[28].«

Weder Stalin noch Dszershinski und Ordshonikidse hätten in ihrem Verhalten zu den Völkern im Kaukasus »die wichtige prinzipielle Frage« des proletarischen Internationalismus beachtet.

In einem Zusatz erinnert Lenin an die alte russische Neigung zum Chauvinismus und verwendet die stärksten Formulierungen, um die Handlungsweise »jenes Georgiers« (Stalins) gegenüber den kaukasischen Völkern zu verdammen.

»Jener Georgier, der sich so anmaßend hinsichtlich dieser [der proletarischen Seite] der Angelegenheit verhält, der arrogant mit Anklagen des ›Sozial-Nationalismus‹ um sich wirft, (obwohl er in Wirklichkeit wahrlich selbst nicht nur ein ›Sozial-Nationaler‹ ist, sondern eine rohe großrussische Großschnauze) – jener Georgier zerstört im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität . . .[29]«

Mit derselben Klarheit richtete Lenin seine Angriffe gegen die Herrschaft des Apparates über die Partei – und damit in letzter Konsequenz gegen Stalin, der an der Spitze des Apparates stand. Er versuchte noch im letzten Augenblick die Stellung Trotzkijs gegenüber dem Apparat zu stärken, indem er seinen Plan aufgriff, der Staatlichen Plankommission gesetzgebende Gewalt zu verleihen. Auch Lenins Absicht, das Zentralkomitee zu vergrößern, zielte letzten Endes gegen Stalin und die Übermacht der Parteibürokratie[30].

Trotzkij führt sein letztes Gespräch mit Lenin als Beweis dafür an, daß dieser energisch gegen Stalin vorgehen wollte und nur durch seine Krankheit daran gehindert wurde. In dieser Unterhaltung hätte Lenin einen Bund mit Trotzkij zum Kampf gegen den Parteiapparat und seinen Generalsekretär vorgeschlagen[31].

Man könnte einwenden, daß Trotzkij kaum objektiv berichtet haben kann. Aber die Nachprüfung der von Trotzkij angeführten Dokumente und Zitate anhand der 1957 erfolgten Veröffentlichung in Band 36 der 4. und noch ausführlicher später

in Band 54 der 5. russischen Auflage Lenins »Gesammelter Werke« zeigt, daß Trotzkij korrekt zitiert hat.

Für Trotzkij spricht vor allem, daß Lenin in einem Zusatz zu seinem Testament die Abberufung Stalins von dem Posten als Generalsekretär forderte. Er sei zu grob, und dieser Mangel »wird unerträglich in der Position des Generalsekretärs«. Sein Nachfolger sollte nach den Gesichtspunkten ausgesucht werden, daß er »geduldiger, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launisch« sein müsse. Wenn diese negativen Eigenschaften Stalins auch als Kleinigkeiten erscheinen mögen, so könnten sie doch angesichts seines Gegensatzes zu Trotzkij von »entscheidender Bedeutung« sein und zur Spaltung der Partei führen [32].

Das Testament Lenins wurde den Delegierten des XIII. Parteitages, im Mai 1924, mitgeteilt. Allerdings hatte sich die Stellung Stalins inzwischen so gefestigt, daß er in der Position des Generalsekretärs blieb. Der Parteitag beschloß, den Brief Lenins, der als sein Testament galt, nicht zu veröffentlichen und seinen Vorschlag auch nicht zu akzeptieren [33].

Es kann nicht bezweifelt werden, daß in seinem letzten Lebensjahr das Verhältnis Lenins zu seinem Nachfolger, der sich später immer wieder als sein Sachwalter ausgab, äußerst gespannt war. Mit letzter Kraft diktierte Lenin von Dezember 1922 bis März 1923 noch vierzehn Briefe; zwölf davon enthalten Beschwerden über Stalin. In sieben Briefen flehte Lenin Trotzkij um Unterstützung an. Zwei Briefe richteten sich direkt an Stalin, eine Kopie ging Trotzkij zu. In seinem vorletzten Brief am 5. März 1923 forderte Lenin in ultimativer Form Stalin auf, sich für seine Grobheit gegenüber der Krupskaja zu entschuldigen. Andernfalls breche er die persönlichen Beziehungen zu ihm ab [34].

Durch nichts kommt die Resignation Lenins deutlicher zum Ausdruck als durch seine Ohnmacht im letzten Jahr vor seinem Tode, da es ihm trotz ständigen Drängens nicht gelang, den Generalsekretär der Partei, die er geschaffen hatte, von seinem Posten zu entfernen.

Zwar wußten die bolschewistischen Führer genau, daß ihre Herrschaft nur durch die strengste Diktatur gesichert werden konnte; aber es sollte sich ja nur um den Übergang zur herr-

schaftslosen Gesellschaft handeln. In diesem Zwiespalt bildete die europäische Revolution die große Hoffnung der Bolschewisten, weil sie von ihr die Beschleunigung dieses Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft erwarteten.

Sozialismus in einem Lande

Zwar wollte Lenin die Aufgabe der Verwirklichung des Sozialismus in Rußland lösen; aber als Marxist war er dem internationalen Charakter dieser Idee verschrieben und durfte sich nicht auf ein einzelnes Land beschränken, sondern die Bolschewisten hatten davon auszugehen, daß die kommunistische Revolution zur Sprengung der nationalen Grenzen führen müsse.

Vor ihrer Machtübernahme und in den ersten Jahren danach haben sie diesen Zusammenhang zwischen der Entwicklung Rußlands und der universellen sozialistischen Idee auch stets gewahrt.

Im April 1917 sagte Lenin von seinen Vorschlägen für den Übergang zum Sozialismus, daß »ein voller Erfolg dieser Schritte nur möglich ist bei der Weltrevolution, wenn die Revolution den Krieg erstickt und wenn die Arbeiter aller Länder sie unterstützen[35]«. Sinowjew stimmte ihm zu, indem er die bolschewistische Revolution als den »Prolog der Weltrevolution« bezeichnete. Kamenew, der Lenin in vielen anderen Fragen attackiert hatte, meinte, wenn man im Westen erfährt, daß das russische Proletariat die Provisorische Regierung gestürzt hat, braucht die neue Regierung nur die Geheimverträge des Zaren mit den westlichen Alliierten zu veröffentlichen, dann werden sich die Massen in Frankreich und England sogleich erheben und ihre Regierungen stürzen[36].

Als die Bolschewisten im Oktober im Petrograder Sowjet die Macht erobert hatten, ließen sie die Proklamation ihres Sieges mit den Worten ausklingen: »Der Sowjet ist davon überzeugt, daß uns das Proletariat der westeuropäischen Länder helfen wird, die Sache des Sozialismus zum vollständigen und dauerhaften Sieg zu führen[37].«

Dieses Ziel, »den Sieg des Sozialismus in allen Ländern zu erringen«, wurde im Januar 1918 in die »Erklärung der Rechte

des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« übernommen und bildete damit seit der Eingliederung der Erklärung in die Verfassung der RSFSR im Juli 1918 einen festen Bestandteil des bolschewistischen Grundgesetzes.

Wir wissen, daß die Hoffnung der Bolschewisten auf den Ausbruch der Revolution in Westeuropa durch die bolschewistische Machtergreifung getrogen hat. Aber sie gaben sie nicht auf, sondern bemühten sich darum, die revolutionären Bestrebungen in Europa nach Kräften zu unterstützen [38].

Die Verbindung der bolschewistischen Partei zu ihren Gesinnungsgenossen im Ausland wurde in jener Zeit nur über die wenigen diplomatischen Vertretungen des Sowjetstaates aufrecht erhalten. Das war keine Dauerlösung. Und so versuchte Lenin im Jahre 1918, eine feste Organisationsform der kommunistischen Parteien und Gruppen zu schaffen. Die Aufgabe bestand darin, »eine wirklich zentralisierte, wirklich leitende Zentralstelle zu schaffen, die fähig ist, die internationale Taktik des revolutionären Proletariats in seinem Kampf für die Weltsowjetrepublik zu leiten [39]«.

Die an der nationalen Frage zerbrochene II. Internationale sollte allerdings nicht wieder belebt werden. Lenin hatte sie seit 1914 scharf bekämpft und lehnte auch jetzt jede Gemeinsamkeit mit ihr ab.

So erließ das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei, nachdem sich in verschiedenen Ländern radikale Gruppen von der Sozialdemokratie abgesplittert hatten, am 24. Januar 1919 ein (von Trotzkij verfaßtes) Manifest zur Gründung einer neuen, der III. Internationale.

Im März 1919 versammelten sich 51 Kommunisten aus 30 Ländern in Moskau zum I. Weltkongreß der neuen Internationale. Nur wenige waren aus dem Ausland gekommen. Die meisten lebten als Emigranten in Rußland. Dieser Kongreß gab den Bolschewisten Gelegenheit, ihren ausländischen Gesinnungsgenossen die Dringlichkeit des gemeinsamen, organisierten Kampfes für die Weltsowjetrepublik vor Augen zu führen. Nach dem anfänglichen Zögern einiger Delegierten wurde die Gründung der III. Internationale beschlossen [40].

Ein Exekutivkomitee übernahm die Geschäftsführung der KOMINTERN. Je ein Delegierten »der kommunistischen Par-

teien der bedeutendsten Länder« sollte ihm angehören. Das Exekutivkomitee sprach sich für Berlin als endgültigen Sitz der Zentrale aus. Nur provisorisch, bis die deutsche Sowjetrepublik gebildet war, sollte sie in Moskau bleiben[41].

Man erkennt an diesen Beschlüssen, daß die Bolschewisten damals in kürzester Frist mit dem Ausbruch der Revolution in Europa rechneten. Die Ereignisse im Jahre 1919, vor allem die Ausrufung der Räterepublik in Ungarn und in Bayern im März und April, schienen diese revolutionären Erwartungen zu bestätigen. Und auch nach dem baldigen Zusammenbruch der beiden Sowjetrepubliken war die Möglichkeit einer Revolution in einigen Ländern Europas nicht von der Hand zu weisen[42].

Unter diesem Vorzeichen trat im Juli/August 1920 der II. Weltkongreß der KOMINTERN zusammen. Schon in der Einladung hatte es geheißen, daß sich die Kommunisten nunmehr für den unmittelbaren Kampf gegen den Kapitalismus organisieren müßten. Der Kongreß diskutierte ausführlich unter Leitung seines Vorsitzenden, Sinowjew, und des Sekretärs des Exekutivkomitees, Radek, die Statuten und Grundsätze der KOMINTERN. Der II. Weltkongreß verabschiedete schließlich diese Bedingungen für die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien. Faktisch gaben sie damit ihre Selbständigkeit auf und unterstellten sich als »Sektionen« einer kommunistischen Weltpartei den Anweisungen der Zentrale. Unerwünschte Parteien sollten keinen Zutritt zur KOMINTERN erhalten. Die angeschlossenen Parteien verpflichteten sich, mit legalen und illegalen Mitteln den Kampf für die Weltrevolution zu führen. Mit den Worten des ersten Artikels der Statuten:

»Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel anstreben:

Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft[43].«

Durch die Beschlüsse des II. Weltkongresses der KOMINTERN hatte Lenin also sein Ziel erreicht. Sie konnten die Grundlage für eine feste Verbindung der bolschewistischen Macht und der revolutionären Parteien im Ausland bilden.

Dennoch blieb der Erfolg, den man sich versprochen hatte, aus. Schon bald nach dem Kongreß wurden die revolutionären Erwartungen der Bolschewisten durch ihren Mißerfolg im Krieg gegen Polen und durch die allmähliche Konsolidierung der europäischen Staaten merklich gedämpft.

Die internen Mißerfolge kamen hinzu. Angesichts dieser Lage trat Lenin den Rückzug an. Die bolschewistische Sowjetrepublik und ihre ausländischen Verbündeten hatten sich als zu schwach erwiesen, die Weltrevolution in einem direkten Angriff zu erreichen.

Die Bolschewisten machten aus ihrer Enttäuschung kein Hehl; Sinowjew erklärte:

»Die Entwicklung Europas ist andere Wege gegangen, als dies im Sommer 1920 erwartet werden konnte, und als dies die besten Parteien der Kommunistischen Internationale wünschten und erwarteten[44].« Und auch Lenin meinte:

»Niemand hat wahrscheinlich erwartet – und wer konnte das damals auch –, daß sich die Lage so entwickeln würde, wie sie sich entwickelt hat[45].«

Nachdem die Weltrevolution im ersten Ansturm nicht erreicht worden war, müsse man sich jetzt auf längere Fristen einstellen. In dieser Situation kann die Hilfe des europäischen Proletariats nur darin bestehen, daß es eine bewaffnete Intervention gegen die Sowjetmacht verhindert. Der neue Angriff aber ist nur möglich, wenn sich die bolschewistische Macht durch den wirtschaftlichen Aufbau Rußlands bessere Ausgangspositionen verschafft hat[46].

Lenin folgerte aus der neuen Situation, daß im Grunde weder von Sieg noch von Niederlage gesprochen werden könne. Das wichtigste Ziel, die Weltrevolution, ist nicht erreicht worden; dennoch hat sich die Sowjetmacht in einer feindlichen Umwelt behauptet:

»Wir sind in einer solchen Lage, daß wir – ohne den internationalen Sieg zu erringen – als einzigen und dauerhaften Sieg für uns buchen können, Bedingungen erkämpft zu haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Ländern existieren können, die jetzt gezwungen sind, in Handelsbeziehungen mit uns einzutreten. Im Verlaufe dieses Kampfes errangen wir uns das Recht auf eine selbständige Existenz[47].«

Trotzkij unterstrich diese Folgerung mit der Feststellung, daß »allein schon die Tatsache der Existenz der Sowjetmacht von der größten revolutionären Bedeutung ist«. Wenn es auch noch einige Jahre bis zur Weltrevolution dauern sollte, Rußland wird dann um so stärker sein[48].

Die Bolschewisten haben in den ersten Jahren nicht nur deshalb sehnsüchtig auf die Weltrevolution gewartet, weil sie als Marxisten dazu verpflichtet waren, sondern sie verbanden mit dieser Hoffnung den Gedanken, daß sie dann aus allen Schwierigkeiten, die ihnen ihre Machtergreifung in Rußland bereitet hatte, heraus sein würden. Nachträglich erklärten sie die vielen Fehler des Kriegskommunismus damit, daß ihre Rechnung nicht aufgegangen war.

Trotzkij sagte, sie hätten durchaus das Recht zu der Annahme gehabt, daß »wenn das Proletariat in Europa im Jahre 1919 die Macht ergriffen hätte, es damals unser zurückgebliebenes Land mit seinen Ersatzorganisationen und mit seinem wirtschaftlichen Ersatzapparat ins Schlepptau genommen und uns technisch und organisatorisch geholfen hätte, und daß wir schließlich dadurch, wenn auch mit vielen Korrekturen an unserem primitiven Kriegskommunismus, doch allmählich ohne große Rückzüge, immer vorwärts schreitend, die Entwicklung zum Kommunismus durchgemacht haben würden[49]«.

Auch Lenin war dieser Ansicht. Im März 1922 erklärte er:

»Wir haben von Anfang an gesagt, daß uns eine unvergleichlich neue Sache bevorsteht und daß dann, wenn uns die Arbeitergenossen der entwickelteren kapitalistischen Länder nicht schnell zu Hilfe kommen, unsere Sache unwahrscheinlich schwierig sein wird, und unzweifelhaft eine Reihe von Fehlern vorkommen wird[50].«

Ähnliche Äußerungen finden sich in den Aufsätzen von Bucharin, Sinowjew und Radek. Letzterer betonte, daß es keinen »reinen Sozialismus« geben könnte, »solange in allen wichtigsten Staaten das Proletariat nicht gesiegt hat, solange es nicht in der Lage ist, alle Produktivkräfte der Welt zum Aufbau zu gebrauchen, solange neben proletarischen kapitalistische Länder existieren[51]«.

Trotzkij hielt den Zusammenhang zwischen der Entwicklung in Sowjetrußland und der Weltrevolution ohnehin für selbst-

verständlich; denn seit 1905 hatte er beharrlich die These der »permanenten Revolution« vertreten. Erst nachdem er durch den Gegenstandpunkt aufgeschreckt worden war, befaßte er sich ausführlich damit[52]. Auch Stalin hatte noch im Mai 1924 zu den »charakteristischen Merkmalen der Leninschen Theorie« gerechnet, daß zwar der Ausbruch der sozialistischen Revolution in einem Lande möglich sei, aber nicht die Verwirklichung der neuen Gesellschaftsordnung. »Dazu ist der Sieg der Revolution wenigstens in einigen Ländern notwendig[53].«

Einheitlich vertraten die bolschewistischen Führer bis zum Jahre 1924 die Meinung, daß die sozialistische Gesellschaft erst durch die Machtergreifung des Proletariats in mehreren europäischen Ländern entstehen könne. Damit verbanden sie allerdings die Vermutung, es würde nicht mehr lange dauern, bis die europäische Revolution beginnt.

Was zu geschehen habe, wenn die Aussichten geringer werden, weil die europäischen Staaten gegen die proletarische Revolution gefeit sind, wurde nicht erwogen. Freilich gab es eine rein theoretische, negative Antwort Trotzkijs, der im November 1922 erklärte:

»Wenn die kapitalistische Welt aber noch mehrere Jahrzehnte existiert, nun ja – dann würde dies für das sozialistische Rußland das Todesurteil bedeuten[54].«

Im Grunde hatten jedoch die Bolschewisten diese Frage schon längst beantwortet. Bis 1924 waren sie sich dessen nur nicht bewußt geworden, weil sie sich in den Gedanken an die Weltrevolution, die um jeden Preis kommen müsse, verbohrt hatten.

Seit der Oktoberrevolution hatten sie unter »Sozialismus« hauptsächlich die Verstaatlichung der Produktionsmittel verstanden, wobei der Staat imstande sein müsse, die Produktion sinnvoll zu planen und zu leiten.

Die Neue Ökonomische Politik hatte den Prozeß der Verstaatlichung zwar verlangsamt, sie war ein Rückzug vom sozialistischen Aufbau zum Staatskapitalismus – wie Lenin sagte, aber damit war der Gedanke der Verstaatlichung nicht aufgegeben. Die neue Wirtschaftspolitik sollte nur die besten Methoden der Planung und Leitung ausfindig machen, damit die Staatswirtschaft später erfolgreicher sein konnte.

Die Verstaatlichung ließ sich auch ohne den Sieg der Kom-

munisten in anderen Ländern durchführen. Für eine solche Gesellschaftsform war der von Marx und Engels für selbstverständlich erachtete und für die Aufhebung der politischen Herrschaft unumgängliche Gedanke der Weltrevolution überflüssig.

Wir dürfen annehmen, daß die an Marx und Engels geschulten bolschewistischen Revolutionäre deshalb so fest an diesem Gedanken hingen, weil ihnen die Loslösung ihrer Ordnung von der Weltrevolution wie eine offene Absage an die Marx-Engelssche Idee vorkam.

Nun hatte sich aber die europäische Entwicklung in einer Richtung vollzogen, die jede Vermutung, die Weltrevolution müsse bald kommen, zur Illusion werden ließ. Die Bolschewisten mußten sich auf eine lange, vielleicht sehr lange Frist einstellen. Und sie standen unter diesen Umständen vor der Frage, unter welchen Vorzeichen und mit welchem Ziel der wirtschaftliche Aufbau und die Konsolidierung des Sowjetstaates vor sich gehen sollen.

Lenin hatte von Staatskapitalismus gesprochen. Das bedeutete, falls keine Änderung durch den Ausbruch der Weltrevolution eintritt, daß die »sozialistische Sowjetunion« bei Anlegung marxistischer Maßstäbe das Stadium eines entwickelten kapitalistischen Landes eingenommen hätte.

Bis zum Tode Lenins im Januar 1924 wurde diese Problematik nicht aufgeworfen. Auch danach blieb zunächst, soweit es aus den schriftlichen Äußerungen der bolschewistischen Führer ersichtlich ist, die alte Meinung von der Verknüpfung der Aufgabe in Rußland mit der Weltrevolution bestehen.

Die Bolschewisten waren ohnehin mit dem Streit um die Nachfolge Lenins beschäftigt, bei dem es um andere Fragen ging. Aber bald sollte die Frage der Möglichkeit des »Sozialismus in einem Lande« zur zentralen Frage dieses Streites werden.

Erstmals in der bolschewistischen Geschichte nahm dabei Josef Stalin eine Schlüsselstellung ein. Er war 1922 zum Generalsekretär der Partei ernannt worden, weil er sich stets mit organisatorischen und Verwaltungsfragen befaßt hatte. Allerdings genoß er unter den bolschewistischen Führern, die in der Regel den Wert eines Marxisten nach dem Umfang seiner Bücher einschätzten, nicht allzuviel Ansehen – abgesehen von seinem Fachgebiet, der Nationalitätenfrage, für die er zuständig war[55].

Am Anfang der Auseinandersetzung schien es nur um einen persönlichen Machtkampf zu gehen[56].

Trotzkij, dessen Rolle in diesem Streit eine seltsame Mischung von Überheblichkeit und Lethargie darstellt, pries seine Verdienste um die bolschewistische Revolution und hielt den anderen ihre früheren Abweichungen vom Leninschen Kurs vor. Er kritisierte die Haltung Stalins und Kamenews im Frühjahr 1917, ebenso das Zögern Sinowjews und Kamenews kurz vor der Machtergreifung. Da er nicht mit ironischen Bemerkungen über die Fähigkeiten der anderen sparte, brachte er alle gegen sich auf. Sie holten ebenfalls die dunklen Punkte aus Trotzkijs Vergangenheit, vor allem sein Verhalten gegen Lenin zwischen 1903 und 1916, hervor und warfen sie ihm vor. Zugleich wandten sie sich gegen seine Arroganz und prinzipielle Abneigung sowie Unterschätzung der Bauern. Bucharin stellte die »lebendige dialektische Wirklichkeit und Kriegskunst« Lenins dem Trotzkijschen »formal-logischen Schema« gegenüber[57].

Daß hinter diesem Streit mehr stand als nur persönliche Fragen im Zusammenhang mit der Nachfolge Lenins, stellte sich erst im Winter 1924/25 heraus, als Stalin die These von der Möglichkeit des Sozialismus in einem einzelnen Lande formulierte.

Im Grunde gab es nur die Alternative zwischen der von Marx abgeleiteten These, daß der Sozialismus mit der Weltrevolution verknüpft sei und der Auffassung Stalins, man sei nicht an die Weltrevolution gebunden.

Aus dieser Zuspitzung erklärt es sich, daß sich nach und nach alle Theoretiker der Partei gegen Stalin stellten. Zunächst hatten sie – mit Ausnahme von Radek – noch zusammen mit Stalin gegen Trotzkijs These der permanenten Revolution argumentiert. Aber bald fühlten sie sich als Anwalt der Marx-Engelsschen Idee und wollten sie vor der pragmatischen Verfälschung bewahren.

Auf Stalins Seite standen die Praktiker, die Funktionäre des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates. In ihren Augen war die Stalinsche These zweckmäßig und notwendig, um der Sowjetunion den Sozialismus zu »bewahren«.

Stalin entwickelte seine These erstmalig im Dezember 1924 als Antithese zu Trotzkijs permanenter Revolution, die er als

»permanente Aussichtslosigkeit« bezeichnete. Ein Jahr darauf, nachdem er sich inzwischen auf dem XIV. Parteikongreß durchgesetzt hatte, formulierte er sie endgültig in seiner Schrift »Zu den Fragen des Leninismus[58]«.

Die Änderung seines Standpunktes zwischen Mai 1924, als er die Verwirklichung der neuen Ordnung ohne Sieg der Revolution in mehreren Ländern noch für unmöglich hielt, und Dezember 1924 erläuterte er mit den Worten, daß die frühere Formulierung »zweifellos einen gewissen Dienst« geleistet hätte, aber nunmehr, nachdem eine neue Frage auf die Tagesordnung gekommen sei, nämlich »die Frage nach der Möglichkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft mit den Kräften unseres Landes, ohne Hilfe von außen, da erweist sich diese zweite Formulierung bereits als offenkundig ungenügend und deshalb unrichtig[59]«.

Sie müsse in zwei Bestandteile aufgelöst werden. Das bedeutet die Bejahung der »Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus mit den Kräften *eines* Landes« und die Verneinung der Frage, ob damit die neue Ordnung »als *völlig gesichert* gegen eine Intervention und folglich gegen die Restaurierung der alten Ordnung« betrachtet werden könne.

»Aus diesem Grunde habe ich diese Formulierung in meiner Schrift ›Die Oktober-Revolution und die Taktik der russischen Kommunisten‹ (Dezember 1924) abgeändert und richtiggestellt . . .[60]«

Während vorher bei Stalin der Sieg der Revolution in anderen Ländern die Voraussetzung der sozialistischen Gesellschaft gewesen war, begnügte er sich nun mit der »Unterstützung unserer Revolution durch das Proletariat Europas«. Er meinte damit die »Sympathie der europäischen Arbeiter für unsere Revolution, ihre Bereitschaft, die Interventionspläne der Imperialisten zu durchkreuzen«. Diese Bereitschaft habe bisher genügt, und sie wird auch in Zukunft ausreichen; denn die Bedingungen werden immer besser, die Sympathie für die bolschewistische Entwicklung »wächst unbedingt an«[61].

Die anderen bolschewistischen Führer wiesen diese These mit Entrüstung zurück. Sie beriefen sich auf Marx und Engels und führten eine Reihe von Leninzitaten an, um das Unvereinbare der Stalinschen Auffassung mit der bisherigen bolschewistischen

Überzeugung zu begründen. Trotzkij rechnete mit der Stalingruppe ab und warf ihr vor, daß unter der Losung: Von den »bolschewistischen Utopien« zu »staatsmännischem Denken« die allgemeine Lage des Arbeiterstaates im Kampf gegen das Weltkapital geschwächt werde.

Die Partei hat nichts mehr zu sagen, sondern die Zentrale bestimmt, wann der Sozialismus erreicht ist. Dabei ist die Ansicht der Zentrale (Stalin, Molotow, Kaganowitsch, Mikojan und Kirow) geradezu »lächerlich«, daß der Sozialismus »schon beinahe« erreicht ist. In Wirklichkeit »spielt die Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Lande jetzt eine tatsächlich zersetzende Rolle und verhindert offenbar den Zusammenschluß der internationalen Kräfte des Proletariats um die Sowjetunion. Sie lullt die Arbeiter der anderen Länder ein, indem sie ihr Gefühl für die augenblicklichen Gefahren abstumpft[62].«

Radek berief sich auf Trotzkij und Lenin, die beide den Sieg der Revolution in Europa als unbedingte Voraussetzung für die sozialistische Gesellschaft angesehen hätten.

»Bis zu diesem Sieg der proletarischen Revolution in den Industrieländern hat die russische Sowjetrepublik die Aufgabe, die Macht der Arbeiterklasse über das ungeheure Land zu erhalten, damit dieses Land nicht zum Reservoir der menschlichen und materiellen Kräfte der Konterrevolution wird. Würde die Sowjetrepublik nur diese negative Aufgabe erfüllen, sie würde der Weltrevolution einen unermeßlichen Dienst leisten[63].«

Anfangs hatte Sinowjew noch für Stalin gegen Trotzkij Partei genommen, weil er sich selbst angegriffen fühlte. Damals war aber von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande noch nicht die Rede gewesen. Als Stalin nun seine These formuliert hatte, ergriff Sinowjew sofort die Partei Trotzkijs. Er meinte, noch auf dem X. Parteitag, im März 1921, habe Lenin von zwei Bedingungen gesprochen, die für den Sieg des Sozialismus erfüllt sein müßten: die Unterstützung der Sowjetmacht durch die sozialistische Revolution in einem oder in mehreren fortgeschritteneren Ländern und die Verständigung der Partei mit der russischen Bauernschaft. Niemals könne eine Bedingung die andere ersetzen. Mit den Worten Sinowjews:

»Dabei kann keine dieser beiden Bedingungen die andere ersetzen. Zum völligen Sieg sind beide erforderlich. Niemals hat

Lenin die Frage so gestellt, als sei die Bauernschaft für uns ein Verbündetenersatz und wir seien sozusagen die Verbündeten der Bauernschaft ›wider Willen‹. Wir wußten immer, daß wir, um völlig und endgültig zu siegen, beide Bedingungen erfüllen müssen[64].«

Die bolschewistischen Theoretiker fühlten sich mit ihren Einwänden gegen die Möglichkeit des Sozialismus in einem einzelnen Lande in völliger Übereinstimmung mit Marx und Engels. Zudem hatte sich auch Lenin stets in ihrem Sinne geäußert. Und dennoch sprach sowohl die bolschewistische Auffassung von der Verstaatlichung der Produktionsmittel als auch die reale Entwicklung, die Aussichtslosigkeit der europäischen Revolution, für Stalins These.

Inzwischen hatte sich seit der Oktoberrevolution ein Heer von Funktionären in Partei und Verwaltung gebildet. Man hatte ihnen die bolschewistische Auffassung von Sozialismus beigebracht, und nachdem die immer wieder genährte Hoffnung auf die Weltrevolution zerstoben war, genügte es den meisten Bolschewisten nicht – wie Radek sagte –, eine negative Aufgabe zu erfüllen. Sie wollten eine positive Zielsetzung. Sie wollten nach der »sozialistischen Revolution« in Rußland nun auch den »sozialistischen Aufbau« in diesem Lande, und sie stimmten dem zu, der ihnen das versprach.

Stalin konnte ihres Beifalls gewiß sein, als er Trotzkij vorwarf:

»Da aber nun im Westen der Sieg noch nicht da ist, so bleibt der Revolution in Rußland nur die ›Wahl‹, entweder auf dem Halm zu verfaulen oder zu einem bürgerlichen Staat zu entarten.«

Ohne die Möglichkeit, den Sozialismus auch in einem einzelnen Lande verwirklichen zu können, »ist das Bauen des Sozialismus ein Bauen ohne die Überzeugung, daß man den Sozialismus aufbauen wird. Man kann den Sozialismus nicht bauen, wenn man nicht überzeugt ist, daß die technische Rückständigkeit unseres Landes kein *unüberwindliches* Hindernis für die Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft ist. Die Verneinung dieser Möglichkeit bedeutet Unglauben an die Sache des Aufbaus des Sozialismus, Abkehr vom Leninismus[65].«

Als sich Sinowjew den Beschlüssen des XIV. Parteitages nicht beugen wollte, stellte ihm Stalin die in den Augen der meisten Bolschewisten entscheidende Frage:

»Unbekannt bleibt nur, wozu wir eigentlich im Oktober 1917 die Macht ergriffen haben, wenn wir nicht darauf rechneten, den Sozialismus zu errichten?

Man hätte im Oktober 1917 nicht die Macht ergreifen sollen – das ist die Schlußfolgerung, zu der die innere Logik der Argumentation Sinowjews führt[66].«

Damit hatte Stalin die Konsequenz für die Aufrechterhaltung der bolschewistischen Macht in Rußland gezogen.

Entweder die Machteroberung war sinnlos gewesen; oder der aus der negativen Marxschen Aufgabe entwickelte »Aufbau« einer neuen Gesellschaftsordnung wurde mit dem Ziel fortgesetzt, daß diese Gesellschaft in Rußland tatsächlich aufgebaut werden kann.

Stalin konnte allerdings nicht ignorieren, daß seine Folgerung aus der gegebenen Situation kaum durch direkte Hinweise auf Leninsche Äußerungen zu stützen war.

Andererseits mußte er sich bei der allgemeinen Verehrung, die Lenin unter den Bolschewisten genoß, unbedingt auf ihn berufen. Das war schon deshalb notwendig, weil sich seine Gegner auf eine Fülle von Leninzitaten stützen konnten.

Ganz allgemein half sich Stalin dadurch aus der Verlegenheit, daß er seine These von der Möglichkeit des Sozialismus in einem einzelnen Land als die These Lenins ausgab[67]. Er bezeichnete sie als eine der »Grundlagen der Leninschen Theorie«.

Zum Beweis führte er bei seiner endgültigen Formulierung im Januar 1926 einige Leninzitate an, die – nach Stalins Meinung – nur den einen Schluß zulassen, daß auch Lenin seiner Ansicht gewesen sei.

Es handelt sich dabei zunächst um einen Ausspruch Lenins aus der Zeit vor der bolschewistischen Revolution (1915). Lenin sagt hier, daß infolge der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der Sieg des Sozialismus unter Umständen auch nur in einem Lande möglich und denkbar ist. Die Aufgabe des »siegreichen Proletariats dieses Landes« sei es dann, die Kapitalisten zu enteignen und die »sozialistische Produktion im eigenen Lande« zu organisieren. Dann müsse

es sich »der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen«[68].

Stalin folgert daraus, daß diese Meinung Lenins von der »Organisierung der sozialistischen Produktion« nur bedeuten könnte, das Proletariat des einen Landes sei auch imstande, die sozialistische Gesellschaft ohne Unterstützung von außen zu errichten.

Weitere Äußerungen Lenins, die Stalin für die Ableitung seiner These verwendbar erscheinen, stammen aus den Jahren 1921 bis 1923. Hier spricht Lenin von der Beendigung der Neuen Ökonomischen Politik und dem Übergang zum Sozialismus. Der Sozialismus sei »keine Frage der fernen Zukunft oder irgendeines abstrakten Schemas«, sondern aus »dem Rußland der NÖP« wird »das sozialistische Rußland« werden[69].

Des weiteren bezieht sich Stalin auf eine Aufzählung Lenins, was er zu den Voraussetzungen »der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft« zählt. Er nennt die bolschewistische Herrschaft, die staatliche Verfügungsgewalt über die großen Produktionsmittel und die Genossenschaften der kleinen Bauern und meint, das sei zwar noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, »aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist[70]«.

Und schließlich beruft sich Stalin auf die Leninsche Mahnung, die militärische Organisation nicht zu vernachlässigen und zum Kampf gegen das Weltkapital gerüstet zu sein[71].

Stalin glaubt, aus diesen Meinungsäußerungen Lenins folgern zu können, daß dieser sämtliche Voraussetzungen des Sozialismus in Rußland für gegeben hielt. Folglich bedeutete es Unglauben an der Fähigkeit des Proletariats, die Bauern »zum Sozialismus zu führen«, wenn man an der Möglichkeit des Sozialismus in Rußland zweifelt.

Daher, so meint Stalin, komme die Überschätzung der negativen Seiten der Neuen Ökonomischen Politik »und die Unterschätzung der Rolle, die den Hebeln unserer sozialistischen Entwicklung (sozialistische Industrie, Kreditsystem, Genossenschaften, Staatsmacht des Proletariats usw.) zukommt. Daher das Unverständnis für die sozialistische Natur unserer staatlichen Industrie und die Zweifel an der Richtigkeit des Leninschen Genossenschaftplans[72].«

Ungeachtet der Bemühungen Stalins, war die These vom Sozialismus in einem einzelnen Lande nicht Lenins Erfindung. Er hat den Zusammenhang zwischen der Entwicklung in Sowjetrußland und der europäischen Revolution nie gelöst.

So hatte Lenin die sozialistischen Maßnahmen in Rußland nicht als unbezweifelbares Vorbild angesehen. In seiner Schrift: »Der ›linke Radikalismus‹ – die Kinderkrankheit im Kommunismus« meinte er, daß einige Grundzüge der bolschewistischen Entwicklung, vor allem das Sowjetsystem, sicher allgemeine Bedeutung hätten, aber man dürfe diese Wahrheit nicht übertreiben. Das habe nur für die Grundzüge zu gelten. Im übrigen sei klar,

»daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in *einem* der fortgeschrittenen Länder, ›aller Wahrscheinlichkeit ein jäher Umschwung eintreten wird‹, nämlich: Rußland wird bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im ›sowjetischen‹ und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land werden[73]«.

Als Marxist konnte Lenin den Unterschied zwischen der Marx-Engelsschen Idee und der bolschewistischen Wirklichkeit nicht übersehen. Aus den entwickelteren Ländern erwartete er Impulse für den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft. Lenins Festhalten an der Idee einer internationalen sozialistischen Entwicklung war in Verbindung mit seinen kritischen Äußerungen eine Barriere gegen die fortschreitende Vergewaltigung der Völker in Rußland durch die bürokratische Staatsmaschinerie sowie gegen das Emporkommen des russischen Nationalchauvinismus.

Dennoch sind die Stalinschen Folgerungen in der Leninschen Praxis angelegt. Begeistert vom ersten konkreten Wirtschaftsplan des bolschewistischen Rußlands, dem Elektrifizierungsplan, betrachtete er ihn als Symbol der neuen Gesellschaftsordnung. Sowjetmacht und Industrialisierung wurden nun in den Augen Lenins zu kommunistischen Fixpunkten.

Es gehe nicht nur um die Elektrifizierung, sondern um »einen allgemeinen Aufschwung der Industrie[74]«. Für die einfältige russische Landbevölkerung ist die Elektrizität etwas »Überirdisches«. Man müsse also diesen Mythos ausnützen und jede Fabrik, jedes Kraftwerk in einen »Herd der Erleuchtung« verwan-

deln. In diesem Zusammenhang meinte Lenin, daß die Sowjetmacht und die Elektrifizierung des ganzen Landes zusammengenommen schon Kommunismus sei:

»Wenn Rußland nicht auf ein anderes – höheres technisches Niveau gehoben wird als das frühere, kann weder von einer Wiederherstellung der Volkswirtschaft noch von Kommunismus die Rede sein.

Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes, weil ohne die Elektrifizierung unmöglich die Industrie aufgebaut werden kann[75].«

Wenn Kommunismus nicht mehr sein soll als eine Kombination der bolschewistischen Herrschaft mit der Industrialisierung Rußlands, dann ist das stalinistische System durchaus die logische Folgerung daraus. Das Übermaß an Bürokratie und Terror in der Stalinära kann an diesem prinzipiellen Zusammenhang nichts ändern.

Einerseits ist Stalins Isolierung von der internationalen sozialistischen Bewegung, seine These vom Sozialismus in einem Lande also die Konsequenz aus der bolschewistischen Machteroberung. Erst dadurch konnte sich die Parteidiktatur zum totalen Staat herausbilden, der die allgemeinen wie die privaten Angelegenheiten regeln will.

Andererseits war nun der Bruch mit der Marx-Engelsschen Idee von der kommunistischen Gesellschaft jedem und vor allem den bolschewistischen Theoretikern offensichtlich. Die bolschewistische Partei hatte die kommunistische Legitimation verloren.

Das ist in der Sowjetunion offiziell nie ausgesprochen worden. Aber in Wirklichkeit zielte Stalin seit 1925 systematisch darauf ab, der bolschewistischen Herrschaft eine neue, nationale Legitimation zu verschaffen.

Sowjetpatriotismus als neue Legitimation

Die bolschewistische Einstellung zur Nation vor 1917

Bis 1917 war die bolschewistische Einstellung zur Nation von der Generallinie bestimmt, alles zu unterstützen, was der Beseitigung des zaristischen Systems dienen kann. So unterstützten die Bolschewisten also auch die Forderung der nationalen Minderheiten Rußlands auf Selbstbestimmung.

In diesem Sinne war schon im Programm der russischen Sozialdemokraten von 1903 das Recht jeder Nation innerhalb des russischen Staatsverbandes auf Selbstbestimmung proklamiert worden[1].

Lenin trat entschieden gegen jede nationale Unterdrückung auf, wobei er sich auf die Worte von Marx und Engels berief, daß ein Volk nicht frei sein könne, wenn es andere Völker unterdrückt[2].

Die Entwicklung in Rußland, aber auch die Diskussion der nationalen Frage in der österreichischen Sozialdemokratie veranlaßten Lenin, sich ab 1912 ausgiebiger mit dieser Frage zu beschäftigen als bisher. Er schrieb zahlreiche Aufsätze darüber und beauftragte den Georgier Stalin, der gerade aus der sibirischen Verbannung entkommen war, mit einer gründlichen Untersuchung der nationalen Frage.

Stalin betrachtete die Nation als eine historische, also durch bestimmte Einflüsse gewachsene und auch wieder vergängliche Gemeinschaft von Menschen. Die allgemein von den Bolschewisten anerkannte Definition Stalins in seiner Schrift: »Der Marxismus und die nationale Frage« (1913) lautet:

»Eine Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der psychischen Wesensart, die in der Gemeinsamkeit der Kultur zum Ausdruck kommt.«

In dieser Definition scheint der Wille der Menschen zu einer selbständigen Existenz als Nation zu fehlen. Aus der Erläute-

rung Stalins geht jedoch hervor, daß er dieses Gemeinschaftsbewußtsein mit dem Begriff »stabil« von zufälligen Gemeinschaften unterscheidet[3].

Die nationale Bewegung, d. h. das Streben der Nationen nach staatlichem Eigendasein, erklärt Stalin aus der Entwicklung des Kapitalismus.

Die Bourgeoisie sei der wichtigste Faktor der Nation. Sie sei am größtmöglichen Gewinn aus der Wirtschaft interessiert. Und im Kampf um die Absatzmärkte tritt der Konflikt aus dem ökonomischen in das politische Stadium. Die Bourgeoisie »appelliert an die unteren Schichten des ›Heimatlandes‹ und beginnt nach dem ›Vaterland‹ zu rufen, indem sie ihre eigene Sache für die Sache des gesamten Volkes ausgibt. Sie wirbt sich eine Armee aus ihren ›Landsleuten‹ zusammen im Interesse ... des ›Vaterlandes‹[4].«

Je mehr sich die unteren Schichten eines Volkes an der nationalen Bewegung beteiligen, desto stärker ist sie, meint Stalin. Und er fügt hinzu, daß sich das Proletariat und noch mehr die Bauernschaft häufig von dem Appell der Bourgeoisie verführen läßt, obwohl seine Interessen mit den Interessen der Bourgeoisie unvereinbar sind.

Der nationale Kampf ist somit an sich die Sache der Bourgeoisie. Nur äußerlich scheint es sich gelegentlich um den Kampf des ganzen Volkes zu handeln. Denn im Grunde wird das Proletariat durch die nationale Bewegung nur von seinen eigentlichen Interessen, dem Kampf für die sozialistische Revolution, abgelenkt.

Die Proletarier können nur an dem »vollständigen Zusammenschluß aller ihrer Genossen zu einer internationalen Armee« interessiert sein, der sie von jeglicher Ausbeutung und Intrige der Bourgeoisie befreit[5].

Deshalb müssen die Proletarier von Anfang an gegen jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen – auch gegen die Unterdrückung eines ganzen Volkes. Das bedeutet, die Sozialdemokraten müssen sie darin unterstützen, indem sie für das Recht auf Selbstbestimmung eintreten.

Das Selbstbestimmungsrecht definiert Stalin als das Recht jeder Nation, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

»Niemand hat das Recht, sich *gewaltsam* in das Leben der

Nation einzumischen, ihre Schulen und andere Einrichtungen *zu zerstören*, ihre Sitten und Gebräuche *zu vernichten*, ihre Sprache *zu bedrängen* und ihre Rechte *zu beschneiden*.«

Aus diesem Recht auf Selbstbestimmung folgert Stalin, daß es im Belieben jeder Nation steht, ob sie sich für die Autonomie in einem Staatsverband oder für die Föderation oder für die völlige Lostrennung entscheidet; denn »die Nation ist souverän, und alle Nationen sind gleichberechtigt[6]«.

Von diesem Standpunkt aus polemisiert Stalin gegen die Forderung der österreichischen Sozialdemokraten nach der »nationalen Kulturautonomie« innerhalb eines Vielvölkerstaates. Sie erscheint ihm weder sachlich gerechtfertigt noch für das Proletariat annehmbar.

Stalin wendet sich ebenfalls gegen die Absonderung nationaler Arbeiterparteien von der internationalen proletarischen Bewegung. Das Proletariat habe international zu handeln. Unter Berufung auf Marx und Engels meint Stalin, daß die nationalen Unterschiede schon im Kapitalismus immer schwächer würden und in der sozialistischen Revolution gänzlich verschwinden. Folglich wäre es absurd, die nationalen Eigenheiten in einer Kulturautonomie oder sogar in den sozialistischen Parteien zu konservieren[7].

Nach der Auffassung Stalins hat also das Proletariat und damit die in seinem Namen handelnde Partei eine zweifache Aufgabe: erstens als internationale Partei für den Sturz der Bourgeoisie in allen Ländern zu kämpfen und zweitens gegen jede nationale Unterdrückung aufzutreten.

Die letztere Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn die Partei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bejaht. Stalin fügt hinzu:

»Das Schicksal der nationalen Bewegung, die ihrem Wesen nach eine bürgerliche Bewegung ist, ist natürlich mit dem Schicksal der Bourgeoisie verknüpft. Der endgültige Zusammenbruch der nationalen Bewegung ist nur möglich mit dem Sturz der Bourgeoisie[8].«

Solange dieser Sturz der Bourgeoisie nicht erreicht sei, müsse die Partei mit dem Selbstbestimmungsrecht wie mit der Religion umgehen. Das bedeutet, sie muß prinzipiell für die freie Ausübung eintreten, aber gleichzeitig gegen einen Mißbrauch zu-

gunsten der Bourgeoisie agitieren, falls das nationale Selbstbestimmungsrecht zum Schaden des Proletariats ausgeübt wird [9].

Diese Grundsätze in der Einstellung zur nationalen Frage auf Rußland angewandt, führten Stalin zu der Überzeugung, daß »das Recht auf Selbstbestimmung der Ausgangspunkt für die Lösung der nationalen Frage« zu sein habe.

Wenn eine Nation den Austritt aus dem russischen Staatsverband wünsche, dann könne es nicht Sache der Marxisten sein, sie daran zu hindern. Im übrigen müsse für Rußland die völlige Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen und Nationalitäten garantiert werden. Größeren Nationen sei die Autonomie ihres Gebietes zu gewähren. Aber auch den nationalen Minderheiten müsse das Recht auf den freien Gebrauch ihrer Muttersprache, auf eigene Schulen und auf Gewissensfreiheit zustehen.

Andererseits hat die Partei die Aufgabe, »den Zusammenschluß der örtlichen Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands zu einem *einzigen* und *ganzen* Kollektiv, den Zusammenschluß dieses Kollektivs zu einer einzigen Partei« durchzuführen [10].

Stalin faßt demnach die Nation als eine ernstzunehmende und reale Größe auf, die nicht ignoriert werden kann. Sie gehört zum bürgerlichen Zeitalter und wird mit ihm verschwinden. Aber inzwischen soll die Partei die nationale Bewegung, die sich so energisch gegen das zaristische Regime richtet, durch die Anerkennung des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung fördern.

Dieses Recht ist inhaltslos; man weiß also nicht, wie sich die einzelnen Nationen entscheiden werden. Und es liegt an der Partei durch ihren entschlossenen Kampf gegen den Kapitalismus dem Recht auf Selbstbestimmung einen sozialistischen Inhalt zu geben. Um diesen einheitlichen Willen zu gewährleisten, muß die Partei eine einheitliche Organisation darstellen, die keine nationalen Unterschiede kennt.

Wir haben uns mit der Stalinschen Auffassung so ausführlich beschäftigt, weil kein anderer bolschewistischer Führer eine ähnlich geschlossene Definition gegeben hat. Dennoch haben sich auch die anderen seit 1913 immer wieder mit der nationalen Frage befaßt. Vor allem Lenin erkannte, daß die allgemeine Formel des Parteiprogramms von 1903 besser durchdacht und erläutert werden müsse.

Lenins Hauptgesichtspunkt, der in allen Aufsätzen immer wieder anklingt, war die praktische Notwendigkeit, die Feindschaft der unterdrückten Völker gegen das zaristische System für den Kampf um die Revolution auszunutzen [11].

Deshalb trat er von vornherein gegen nationale Privilegien auf, hauptsächlich aber wandte er sich gegen die Unterdrückung der anderen Völker durch die Großrussen sowie gegen die Erklärung der russischen Sprache zur Staatssprache [12].

Ebenso deutlich betonte er die Einheit des internationalen Proletariats und den zentralistischen Aufbau der Partei, ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit ihrer Mitglieder. Wie Stalin polemisierte er heftig gegen die österreichischen Sozialdemokraten und ihre Forderung nach der nationalen Kulturautonomie, weil diese kulturelle Eigenbrödelei der Bildung einer internationalen Kultur des sozialistischen Proletariats im Wege stehen müßte [13].

Hinsichtlich dieser Punkte gab es weder Gegensätze zwischen Lenin und Stalin noch Einwände innerhalb der bolschewistischen Partei.

Unterschiedliche Auffassungen entstanden allerdings im Hinblick auf die von Stalin vorgeschlagene Föderation. Lenin wandte sich wiederholt gegen eine föderative Struktur, weil er annahm, daß dadurch die Einheit der Wirtschaft gefährdet sei. Später milderte er dann den Gegensatz, und nach der bolschewistischen Machtergreifung hat Lenin, wie man weiß, der föderativen Struktur Sowjetrußlands zugestimmt [14]. Der frühere Streit verlor also bald an Bedeutung und war im übrigen auch gegenstandslos, da die Einheit des politischen Handelns, von Lenin als »demokratischer Zentralismus« bezeichnet, von keinem Bolschewisten in Zweifel gezogen wurde.

Waren in all jenen Fragen keine schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten vorhanden, so entzündete sich der Streit aber an der Leninschen Auffassung vom Recht auf Selbstbestimmung.

Die allgemeine Formulierung im Parteiprogramm, so meinte Lenin in seinen »Thesen zur nationalen Frage«, könne nur im Sinne einer *politischen* Selbstbestimmung ausgelegt werden, d. h. »des Rechtes auf Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates [15]«.

Die ablehnende Stellungnahme vieler Bolschewisten sowie ausländischer Sozialisten (darunter vor allem Rosa Luxemburg) veranlaßte Lenin, sich ausgiebiger mit dieser Frage zu beschäftigen. Offenbar genügte ihm auch die Schrift Stalins nicht; denn in sämtlichen Aufsätzen und Reden zur nationalen Frage kam Lenin ausführlich auf das Für und Wider des Selbstbestimmungsrechtes zu sprechen [16].

Wir beziehen uns hauptsächlich auf seinen im Frühjahr 1914 geschriebenen Artikel: »Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung«, weil hier der Standpunkt Lenins recht deutlich zum Ausdruck kommt.

Man könne nicht übersehen, schreibt Lenin, daß in einem frühen Stadium des Kapitalismus, in dem sich Rußland befinde, die Tendenz zur Bildung selbständiger Nationalstaaten vorhanden ist. Diese Tendenz war in Westeuropa beim Übergang vom Absolutismus zur konstitutionellen Monarchie oder Republik offensichtlich. Sie sei auch schon jetzt in Asien zu bemerken, wo der Kapitalismus die nationale Bewegung entfacht habe [17].

Da es in Rußland zuallererst um die Beseitigung der zaristischen Selbstherrschaft gehe, dürfe folglich diese Tendenz und damit die Bedeutung der nationalen Bewegung hier keinesfalls unterschätzt werden.

Die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts für Rußland unter den gegebenen Umständen bedeute aber nicht, daß die westlichen sozialistischen Parteien dasselbe für ihre Länder fordern sollen. Sondern diese Forderung für Rußland ergibt sich aus der konkreten Situation; denn hier gehe es zunächst um die in Westeuropa längst verwirklichte »bürgerlich-demokratische Revolution«. Also müssen die Bolschewisten für das Selbstbestimmungsrecht mit allen möglichen Konsequenzen eintreten.

Zu dieser Zeit verfügt in Rußland nur eine Nation, die großrussische, über das Recht auf einen selbständigen Staat und unterdrückt die anderen Nationen. Wenn die Bolschewisten die allgemeine Tendenz dieser anderen Nationen nach einem eigenen Staat unterstützen, schaffen sie gleichzeitig die Möglichkeit für einen »gleichberechtigten Bund aller Proletarier aller Nationen«. Freilich kann dieses Fernziel nur erreicht werden, indem die Proletarier die internationale Einheit wahren und sich nicht

unmittelbar an der nationalen Bewegung beteiligen. Andererseits ist aber ganz klar, daß die Bolschewisten im Falle der Ablehnung des nationalen Selbstbestimmungsrechts praktisch die in Rußland herrschende Nation unterstützen würden [18].

Im Frühjahr 1916 bekräftigt Lenin seine Auffassung noch einmal in seinem Aufsatz: »Die sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung«. Er meint, daß die sozialistische Revolution nicht ein einmaliger Akt sei, sondern ein langwieriger Prozeß. In Rußland müsse am Beginn die Beseitigung der zaristischen Autokratie stehen, und der Übergang zur Demokratie sei von der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts nicht zu trennen. Erst später, wenn sich das revolutionäre Prolatariat aller Länder vereinigt hat, wird auch die Demokratie sowie jegliche politische Herrschaft verschwinden. Mit ihr verschwinden die nationalen Unterschiede [19].

Wir sehen, daß Lenin stets den Übergang vom Absolutismus zur Republik in Rußland vor Augen hat, wenn er vom Selbstbestimmungsrecht spricht. Im übrigen betrachtet er die russische Entwicklung nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit der Weltrevolution.

Theoretisch war dieser Standpunkt einleuchtend: In Rußland sollten aus dem Zusammenbruch der Autokratie einzelne Nationalstaaten hervorgehen, in denen später die zentralisierte Partei die Macht erobern würde, worauf sich die auf dem Boden Rußlands entstandenen proletarischen Staaten mit den proletarischen Staaten des Westens zur Weltrepublik des Proletariats vereinigen sollten.

Wie sich aber die Lage entwickeln würde, wenn die von Lenin angenommenen Voraussetzungen und Zusammenhänge nicht vorhanden sind, das war vorläufig kein Diskussionsgegenstand und auch gar nicht abzusehen.

Die eine Voraussetzung im Hinblick auf die Erklärung der russischen Revolution zur »bürgerlich-demokratischen Revolution« annullierte Lenin selbst, als er sofort nach der Februar-Revolution des Jahres 1917 direkten Kurs auf die sozialistische Revolution nahm. Als er nach seiner Rückkehr im April 1917 versuchte, die Partei von der Richtigkeit seines neuen Kurses zu überzeugen, prallten die Meinungen hart aufeinander.

Man stritt sich auch über die nationale Frage; denn nach der

Beseitigung der Autokratie drohte das russische Reich auseinanderzufallen. Nach und nach meldeten alle Nationen Rußlands ihren Anspruch auf einen eigenen Staat an, während sich die russischen Demokraten nur einen Einheitsstaat in den bisherigen Grenzen vorstellen konnten[20].

Die Provisorische Regierung wagte nicht, diese Frage zu entscheiden. Vielleicht unterschätzte sie auch die Bedeutung der nationalen Bewegung. Jedenfalls verschob sie die Lösung der nationalen Frage bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung. Lenin hingegen scheute sich nicht, seine Forderung nach dem Recht auf nationale Selbstbestimmung auch unter den veränderten Bedingungen zu vertreten. Unterstützt von Stalin und Sinowjew, schlug er auf der April-Konferenz der Partei die Verwirklichung der früheren Thesen vor. Jede Nation sollte das Recht auf Lostrennung aus dem russischen Staatsverband haben; den verbleibenden Nationen sei Gebietsautonomie zu gewähren; allen nationalen Minderheiten sei das Recht auf eine freie Entwicklung zu garantieren; demgegenüber müsse die Partei als Regulator der gesamten Entwicklung als Einheitspartei des ganzen Staatsverbandes handeln[21].

Gegen diese Thesen wandten sich vor allem Pjatakow und Dszershinski, die schon früher gegen das Recht auf Selbstbestimmung aufgetreten waren. Sie meinten, daß Lenin und die anderen zwar nicht die großrussischen Chauvinisten unterstützten, dafür wirke sich ihre Forderung aber als Unterstützung aller Nationalisten und Chauvinisten der anderen Nationen Rußlands aus. Man könne nicht für das Recht auf Selbstbestimmung eintreten, da der Wille des Volkes letztlich doch erst nach der Beseitigung der Bourgeoisieherrschaft richtig zum Ausdruck kommen würde[22].

Die Abstimmung über die vorgeschlagenen Resolutionen zur nationalen Frage brachte die Bekräftigung der Auffassung Lenins und Stalins[23]. Wie die Diskussion zeigt, spielte dabei eine erhebliche Rolle, daß die meisten Bolschewisten des Streits überdrüssig waren. Im Grunde handelte es sich tatsächlich auch nur um eine taktische Frage. Von allen Bolschewisten wurde nie bezweifelt, daß die Partei in jedem Falle die entscheidende Bedeutung haben sollte. Von ihren Entscheidungen müßte also die zukünftige Entwicklung Rußlands abhängen.

Die nationale Bewegung in Rußland hatte sich jedoch ohne bolschewistisches Zutun bereits so kräftig entwickelt, daß ein bolschewistisches Veto ohnehin den Zerfall Rußlands nicht mehr aufhalten konnte, wohl aber – wie Lenin zu Recht feststellte – den Bolschewisten die Feindschaft der antizentralen Kräfte in den unterdrückten Völkern eingebracht hätte.

Wenn man diese Situation und die offenkundige Ohnmacht der Bolschewisten im Sommer 1917 berücksichtigt, dann kann auch die Kritik Rosa Luxemburgs an der Haltung Lenins nicht überzeugen. Rosa Luxemburg bestritt, daß es in Rußland außer Russen und Polen weitere Nationen gebe. Die Eigenart der Ukraine verglich sie mit der plattdeutschen Mundart. Daß sich überall ein nationales Bewußtsein rege, sei hauptsächlich die Schuld der Bolschewisten:

»Sie haben durch die Forderung des Nationalismus den Zerfall Rußlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten[24].«

In Wirklichkeit haben die Bolschewisten gerade das verzweifelt versucht, was Rosa Luxemburg an ihnen vermißte, nämlich die »Zusammenfassung der revolutionären Kräfte auf dem ganzen Gebiete des Reiches«. Nur konnten sie dieses Ziel angesichts der Machtverhältnisse nicht anders erreichen, als durch die formelle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, um desto ungestörter die Machtstellung des neuen Souveräns, der Partei, aufbauen zu können.

Lenin erfaßte diese Bestrebungen unter dem Stichwort: »Organisierung der Einheit der Nation«. Nach der Machtergreifung sollte sofort die Einheit der Nation organisiert werden, um »den demokratischen, proletarischen Zentralismus dem alten bürgerlichen, militärischen, bürokratischen entgegenzustellen[25]«.

Sieg der Staatsräson

Unmittelbar nach der Machteroberung standen die Bolschewisten vor der Entscheidung, ob sie ihre Macht rücksichtslos für die europäische Revolution einsetzen sollten.

Während des Weltkrieges hatte Lenin stets erklärt, daß die Beendigung des Krieges nur durch den Bürgerkrieg des internationalen Proletariats gegen die Bourgeoisie möglich sei. Vor der Oktober-Revolution begründete Lenin seine Aktion mit dem Hauptargument, daß der Ausbruch der europäischen Revolution unmittelbar bevorstehe[26].

Um diesen Prozeß zu beschleunigen, verabschiedete der II. Allrussische Sowjetkongreß als erstes bolschewistisches Dekret einen allgemeinen Friedensvorschlag[27]. Mit seinem Leitsatz: »Sofortiger Frieden ohne Annektionen und ohne Kontributionen!« sollten die Arbeiter in ganz Europa zum Aufstand ermuntert werden.

Rußlands Alliierte betrachteten diesen Friedensvorschlag als Verrat an den Verträgen und gingen nicht darauf ein. Die Mittelmächte ergriffen allerdings die Gelegenheit zur Beendigung des Krieges an ihrer Ostfront. Nach kurzen Waffenstillstandsverhandlungen im Dezember 1917 wurde zwischen Rußland und Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei ein Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen[28].

Das wurde von allen Bolschewisten akzeptiert, weil sie sich über die Unmöglichkeit der weiteren Kriegführung im klaren waren. Im übrigen vertrauten sie auf die revolutionäre Wirkung der Veröffentlichung der Geheimverträge des Zaren.

Am 22. Dezember 1917 begannen in Brest-Litowsk die Verhandlungen über den Friedensvertrag. Sie wurden jedoch schon nach einer Woche für 10 Tage unterbrochen. Die bolschewistische Delegation reiste nach Abgabe einer phantastischen Erklärung Trotzkijs, in der die Aufforderung zur revolutionären Erhebung aller Völker nicht fehlte[29], wieder zurück nach Petrograd.

Als die Verhandlungen erneut aufgenommen wurden und die harten Friedensbedingungen der Mittelmächte an die Öffentlichkeit gelangten, erhob sich unter den Bolschewisten ein heftiger Streit, der über zwei Monate währen sollte.

Die Ausgangslage war durch eine Petrograder Konferenz der führenden Parteifunktionäre am 21. Januar 1918 gekennzeichnet worden. Es ergaben sich drei Standpunkte:

Lenin trat, unterstützt von Swerdlow, Sinowjew und Stalin, für die Annahme der deutschen Bedingungen ein.

Der größte Teil der bolschewistischen Führer wollte davon nichts wissen. Im Interesse der internationalen Solidarität sollte ohne Rücksicht auf die eigene schwache Position unverzüglich ein revolutionärer Krieg gegen die internationale Bourgeoisie begonnen werden.

Trotzkij und sein Anhang sprach sich dafür aus, den aussichtslosen Krieg einzustellen, die Armee zu demobilisieren; den Friedensvertrag jedoch nicht zu unterschreiben. So hoffte er, Zeit zu gewinnen und die revolutionäre Bewegung in Europa zu entfachen.

Die Abstimmung über die drei Positionen ergab am 21. Januar 1918 15 Stimmen für Lenin, 32 Stimmen für die Eröffnung des revolutionären Krieges und 16 Stimmen für den Vorschlag Trotzkijs[30]. Diese drei Standpunkte reduzierten sich im Führungsorgan der Partei, dem Zentralkomitee, bald auf die beiden Gegenpositionen Lenins und Trotzkijs. Als Trotzkij am 24. Januar eine Abstimmung im ZK forderte, stimmten nur noch zwei für den revolutionären Krieg bei 11 Gegenstimmen und einer Enthaltung[31]. Ungeachtet dessen behielt die Mehrheit der Parteimitglieder diesen Standpunkt noch lange bei.

Das Resultat der heftigen Diskussionen innerhalb der bolschewistischen Führung ist bekannt: Die Bolschewisten erklärten sich letzten Endes, beeindruckt von dem neuen deutschen Vormarsch, zur Unterschrift bereit. Der Friedensvertrag wurde am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnet und kurz darauf vom VII. Parteikongreß und vom IV. Allrussischen Sowjetkongreß bestätigt[32].

Dieser Entscheidung ging eine dramatische Diskussion in der bolschewistischen Partei voraus. Lenin stand zunächst allein. Am 24. Januar 1918 stimmte er gegen alle übrigen Mitglieder im Zentralkomitee für die sofortige Unterschrift. Die Entscheidung für die Annahme der harten Friedensbedingungen erzwang Lenin durch die Drohung, aus dem ZK und der Regierung auszutreten. Die Trotzkij-Gruppe enthielt sich der Stimme[33].

Uns interessiert an dieser Diskussion besonders, daß Lenin nun als Regierungschef in Konflikt geriet mit seiner eigenen revolutionären Theorie.

In der Theorie war alles wesentlich einfacher gewesen. Da

sollte der Weltkrieg in den internationalen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie einmünden. Die bolschewistische Machtergreifung in Rußland sollte das Signal dieses Kampfes sein; denn das Proletariat müßte sich daraufhin überall in Europa erheben.

In der Praxis war eine solche revolutionäre Erhebung aber bisher nicht erfolgt. Zwar rechneten alle Bolschewisten – mit Ausnahme Stalins – auch weiterhin mit dem baldigen Ausbruch der Revolution in den westeuropäischen Ländern; Lenin unterschied sich von ihnen dadurch, daß er die bolschewistische Herrschaft nicht von dieser Hoffnung abhängig machen wollte.

Obwohl Lenin den Pessimismus Stalins hinsichtlich der europäischen Revolution nicht teilte, muß man doch feststellen, daß Stalin recht hatte, als er in einer Sitzung des ZK am 23. Februar 1918 die Alternativen der boschewistischen Entscheidung bloßlegte:

»Entweder die Niederlage unserer Revolution durch die Verknüpfung mit der Revolution in Europa, oder wir bekommen eine Atempause und können dadurch stärker werden[34].«

Praktisch rückte Lenin von seiner Revolutionstheorie ab und handelte in dem bolschewistischen Streit als Staatsmann – nicht als Revolutionär. Sein Standpunkt war realistisch und der tatsächlichen Lage angepaßt:

Die Bolschewisten haben keine schlagkräftige Armee, folglich können sie keinen revolutionären Krieg führen und müssen Frieden schließen. Jede Verzögerung bringt härtere Bedingungen, vielleicht sogar die völlige Vernichtung durch weitere deutsche Angriffe, folglich muß der Friedensvertrag sofort unterschrieben werden. So bleibt nichts anderes übrig, als die harten deutschen Bedingungen hinzunehmen. Man brauche sie im übrigen nicht so tragisch zu nehmen, da sich die Lage ändern wird. Dieser Friedensvertrag, so meinte Lenin, wird dieselbe heilsame Wirkung haben wie der von Napoleon den Preußen aufgezwungene Vertrag von Tilsit.

Lenin war zu allen Zugeständnissen bereit, wenn nur die bolschewistische Herrschaft in Rußland nicht angetastet wurde. Die Erhaltung der Macht war sein höchstes Kriterium. Würde man sie in Frage stellen, dann wäre auch der Moment des Kampfes gekommen, vorher nicht.

Nach diesem Prinzip hat Lenin konsequent gehandelt. Daß es sich hierbei in der Tat um einen Sieg der Staatsräson handelt, kommt nirgends besser zum Ausdruck als durch die erstmalige Verwendung des Begriffes »Vaterland«.

Vor der Oktoberrevolution hatten die Bolschewisten, allen voran Lenin, alle »Vaterlandsverteidiger« mit bissigem Hohn überschüttet – ganz gleich ob es sich dabei um bürgerliche oder sozialistische Parteien handelte, um die Verteidigung einer Monarchie oder Republik.

Jetzt aber, als die Gefährdung der bolschewistischen Herrschaft durch weitere deutsche Vormärsche offenkundig war, erließ der Rat der Volkskommissare auf Vorschlag Lenins ein Dekret mit der Überschrift: »Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr[35]!« Alle »russischen und ukrainischen Arbeiter und Bauern« wurden beschworen, Rußland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Der Schluß lautet: »Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr! Es lebe das sozialistische Vaterland!« Und dann erst: »Es lebe die internationale sozialistische Revolution!«

Der Begriff des sozialistischen Vaterlands tauchte in der nächsten Zeit immer wieder auf. In einer geheim gehaltenen Resolution des VII. Parteitages vom 8. März 1918 wird gesagt, daß die Bevölkerung Rußlands über die unvermeidbare Entwicklung »zu einem vaterländischen, sozialistischen Befreiungskrieg« aufgeklärt werden solle[36].

In der »Iswestija« vom 12. März 1918 versuchte Lenin, historische Parallelen zu der jetzigen Situation Rußlands zu finden. Es ist bezeichnend, daß er seinem Aufsatz vaterländische Verse des russischen Dichters Nekrassow vorausschickt:

»Du bist arm, und du bist reich,
du bist mächtig, und du bist schwach
– Mütterchen Rußland[37]!«

Immer wieder kommt er auf den Vergleich mit dem Tilsiter Frieden zurück und meint, daß Rußland zweifellos auch jetzt »von dem ›Tilsiter Frieden‹ zu einem nationalen Aufstieg, zum großen vaterländischen Krieg« finden wird.

Er fügt hinzu, daß die europäische Revolution dann unausbleiblich sei und daß die Bolschewisten nun, nach ihrer Machteroberung, tatsächlich etwas zu verteidigen haben:

»Wir sind für die ›Verteidigung des Vaterlandes‹, aber jener vaterländische Krieg, dem wir entgegengehen, ist ein Krieg für die sozialistische Gesellschaft, für den Sozialismus, für ein Vaterland wie die Sowjetrepublik, als Teil der Weltarmee des Sozialismus[38].«

Lenin war sich mit allen anderen Bolschewisten darin einig, daß unverzüglich die Voraussetzungen für einen erfolgreicheren Kampf um die Weltrevolution geschaffen werden müssen.

Ungeachtet aller dieser Bekenntnisse zum Internationalismus, ja sogar ungeachtet der sachlichen Berechtigung des Leninschen Standpunktes, betrachteten die meisten Bolschewisten diese Handlungsweise als Verrat an der europäischen Revolution. Sie waren bereit, auch unter schier aussichtslosen Bedingungen die bolschewistische Macht für die europäische Revolution einzusetzen.

Der Leitsatz der Gegner Lenins in diesem Streit war die Bemerkung Bucharins in der ZK-Sitzung vom 24. Januar 1918:

»Indem wir unsere sozialistische Republik erhalten, verspielen wir die Chancen der internationalen Bewegung[39].«

Alle wichtigen Parteiversammlungen wandten sich im Januar/Februar 1918 entschieden gegen den Friedensschluß mit Deutschland. Das Petrograder Komitee erinnerte in seinen Thesen vom 31. Januar 1918 daran, daß »Europa als ein einheitliches Gebiet des Klassenkampfes des internationalen Proletariats angesehen werden muß«. Daher seien die Gesamtinteressen des Proletariats entscheidend, nicht allein die bolschewistischen Interessen. Da aber die Revolution herangereift sei, könne kein Frieden geschlossen werden[40].

Uritzkij, ein langjähriger Gefährte Trotzkijs, meinte im Zentralkomitee, daß Lenin wie schon früher die Interessen Rußlands mehr im Auge habe als die des internationalen Proletariats.

Dszershinski, der Chef der Tscheka, warf Lenin gar vor, er handele jetzt im Prinzip genauso wie Kamenew und Sinowjew im Oktober 1917, als sie gegen eine bolschewistische Revolution zu diesem Zeitpunkt in Rußland auftraten. »Die Unterzeichnung des Friedens«, erklärte er, »ist die Kapitulation unseres ganzen Programms[41]«.

Trotzkij faßte seine These: Demobilisierung ohne Friedensschluß, als »politische Demonstration« auf, die dem europä-

ischen Proletariat beweise, daß die Bolschewisten keine Geschäfte mit den Imperialisten zu machen gedenken. Folglich müßte eine solche Demonstration die revolutionäre Stimmung in Europa stark beeinflussen[42].

Wenn man die zahlreichen Meinungsäußerungen der Gegner Lenins in der bolschewistischen Partei zusammenfaßt, dann wird der rein theoretische Charakter dieses Standpunktes deutlich. Er war die Konsequenz aus der Leninschen Revolutionstheorie und beruhte auf der Hypothese, daß die europäische Revolution bald ausbrechen muß. Dieser Standpunkt war also unwirklich. Und Lenin ließ keine Gelegenheit vorübergehen, darauf hinzuweisen. Er nannte seine Gegner »Abenteurer«, die alles auf eine Karte setzen wollen und alles verlieren würden, falls ihre Voraussetzung, der bevorstehende Ausbruch der europäischen Revolution, falsch sei. Lenins beliebtester Ausdruck wurde bald: »Die Politik der revolutionären Phrasen ist vorbei[43].«

Die Gegenüberstellung des realistischen Standpunktes Lenins und des rein theoretischen seiner Gegner nimmt der Auseinandersetzung nichts von ihrer Spannung. Es war eine der dramatischsten in der bolschewistischen Geschichte. Mit Rücktrittsdrohungen und entsprechenden Gesuchen wurde nicht gespart. Eine Abstimmung folgte der anderen, und die Frage der Taktik war dabei nicht unwichtig.

Die prinzipielle Bedeutung der bolschewistischen Entscheidung kann auch daran ermessen werden, daß über einige grundsätzliche Fragen der künftigen Außenpolitik entschieden wurde.

»Ist im allgemeinen ein Frieden zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten zulässig?« Oder: »Sind Wirtschaftsverträge eines sozialistischen Staates mit imperialistischen zulässig?«

So lauteten einige dieser Fragen, die das Zentralkomitee übrigens mit 5 gegen 2 Stimmen bejahte[44].

Die Entscheidung für die Staatsräson wurde von allen Bolschewisten als Änderung ihrer ganzen Politik empfunden.

Lenin war sich dessen deutlich bewußt. Er meinte: »Natürlich machen wir eine Wendung nach rechts, ... aber wir müssen das tun.«

Trotzkij und einige seiner Anhänger gaben zwar zu, daß es

wahrscheinlich keinen anderen Ausweg gebe und sie enthielten sich daher der Stimme; aber sie lehnten jede persönliche Verantwortung für die neue Politik ab[45].

Unwidersprochen stellte Sinowjew am Ende der Debatte fest, »daß tatsächlich in unserer Politik ein Umschwung vor sich gegangen ist[46]«.

Lediglich für Stalin mag die Änderung der bolschewistischen Haltung weniger sensationell gewesen sein. Unbeeindruckt von dem revolutionären Pathos wies er darauf hin, daß der Krieg gegen Deutschland kein Bürgerkrieg, sondern ein »nationaler Krieg[47]« sei.

Die Wirren des nächsten Jahres in Sowjetrußland, Bürgerkrieg und Intervention zwangen die Bolschewisten zur Konzentration auf die eigenen Probleme.

Aber die Gründung der Kommunistischen Internationale, die kurzlebigen Sowjetrepubliken in Ungarn und Bayern sowie der sowjetische Vorstoß vor Warschau bewirkten 1919/20 noch einmal eine revolutionäre Euphorie. Als sie infolge der Rückschläge verrauscht war, hatte Lenin keinen Widerstand in den eigenen Reihen mehr zu befürchten. Unwidersprochen hatte die politische und wirtschaftliche Konsolidierung der Sowjetunion ab Frühjahr 1921 Vorrang vor der europäischen Revolution.

Schon auf dem IV. Weltkongreß der Internationale im November/Dezember 1922 war es weniger um internationale als um sowjetische Probleme gegangen. Lenin und Trotzkij referierten über die Neue Ökonomische Politik. Bucharin stellte den Gedanken, daß die anderen kommunistischen Parteien den Sowjetstaat verteidigen müßten, in den Mittelpunkt seines Referates[48].

Aber es gab noch immer eine Minderheit in den kommunistischen Parteien, die ihren Standpunkt direkter militärischer Aktionen durchzusetzen versuchte.

Und es ist bezeichnend, daß der erste Eingriff Stalins in internationale Fragen eine Warnung vor revolutionären Aktionen war. In einem Brief (vom 7. August 1923) bemühte er sich, seinen Standpunkt durch den Vergleich der günstigen Lage in Rußland zum Zeitpunkt der bolschewistischen Machtergreifung mit der schlechten Situation der Gegenwart in Europa zu begründen[49].

Zwar folgten im Herbst 1923 noch weitere kommunistische Aufstandsversuche in Bulgarien und Deutschland, aber nach deren Mißerfolg war die Zeit der radikalen Revolutionäre endgültig vorbei.

Der V. Weltkongreß der KOMINTERN im Frühjahr 1924 stand schon im Zeichen der Machtkämpfe unter den bolschewistischen Führern. Erstmalig trat Stalin persönlich in Erscheinung. Er hatte nie sehr viel von der Internationale gehalten[50], andererseits konnte er die Zentrale der kommunistischen Parteien auch nicht ignorieren. Deshalb versuchte er nun, sie fest in den Griff zu bekommen, indem er seine Vertrauensleute in das Exekutivkomitee einschleuste. Die wichtigste Rolle spielte dabei Manuilski, der bis zur Auflösung der KOMINTERN eine Schlüsselstellung einnahm.

Nach der Verkündung der Lehre vom Sozialismus in einem Lande verlor die Kommunistische Internationale zunehmend ihre ursprüngliche Bedeutung. Schon vorher war es Stalin gelungen, einzelne Sektionen, vor allem die KPD, von den »Linken« zu säubern. Nun wurde dieser Prozeß beschleunigt. Nicht Revolutionäre waren gefragt, sondern Funktionäre, die Befehle aus Moskau bedingungslos befolgten.

Inzwischen war in der Internationale – analog der Praxis in der russischen kommunistischen Partei – die freimütige Diskussion unmöglich geworden. Die Weltkongresse, die nach dem Statut jährlich zusammentreten sollten, wurden seltener. Der VI. Weltkongreß trat erst vier Jahre nach seinem Vorläufer zusammen und hatte nur noch die Beschlüsse Stalins zu bestätigen. Bis zum letzten großen öffentlichen Auftreten der Internationale, dem VII. Kongreß im Jahre 1935, vergingen sogar 7 Jahre.

Der Wert der KOMINTERN bestand für Stalin ausschließlich darin, die kommunistischen Parteien zum Instrument der Sowjetpolitik zu machen. Im Grunde war diese Organisation überflüssig geworden. Mehr und mehr hatte sich die Leitung der ausländischen kommunistischen Parteien vom Exekutivkomitee der Internationale in das Zentralkomitee der KPdSU verlagert. Unter diesen Umständen bedeutete die offizielle Auflösung der KOMINTERN im Mai 1943 nicht mehr viel. Damit wurde nur der Schlußstrich unter eine Organisation gezogen, die schon lange vorher bedeutungslos geworden war.

Solange die bolschewistischen Führer ihre »Diktatur des Proletariats« als Übergangsperiode zur herrschaftslosen, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft legitimierten, bedurften sie keiner nationalen Rechtfertigung.

Nicht das Bewußtsein der nationalen Einheit im russischen Reich war der Integrationsfaktor des Sowjetstaates, sondern die Einheit der Partei.

Durch die Verfassung der Russischen Sowjetrepublik im Juli 1918 wurde erstmalig die politische Struktur eines proletarischen Staates schriftlich fixiert. Diese Verfassung war angelegt auf die allgemeine Diktatur des Proletariats ohne Rücksicht auf nationale Zugehörigkeit und nationale Grenzen. Im Zuge der Weltrevolution sollten und konnten andere Staaten nach dem Sieg ihres Proletariats die Sowjetverfassung übernehmen.

Die Verfassung von 1918 war also etwas völlig Neues. Von der Demokratie unterscheidet sie sich durch die Ablehnung der Volkssouveränität, von der parlamentarischen Republik sowie von der konstitutionellen Monarchie durch die Aufhebung der Gewaltenteilung. Die Sowjetverfassung begründete erstmalig eine Staatsgewalt zur Verwirklichung der kommunistischen Idee.

Dennoch waren die Grenzen des Geltungsbereiches durch die damaligen russischen Grenzen bestimmt. Rußland war also der Verfassung vorausgesetzt. Die Bolschewisten wollten die Einheit Rußlands durch die Zentralisation der Partei bewahren. Wo die Partei zu schwach war, gestanden sie die nationale Unabhängigkeit zu, so in Finnland, Polen und den baltischen Ländern. Wo sich der Kampf lohnte – wie z. B. in der Ukraine, wirkte die Partei entschlossen für die Reichseinheit.

Bei den Vorbereitungen der ersten Verfassung der UdSSR im Jahre 1922 trat Lenin für größere Kompetenzen der Republiken ein. Nur die Außenpolitik und das Militärwesen sollten zentral im Unionsrahmen geleitet werden. Durch Krankheit behindert, mußte er jedoch ohnmächtig zusehen, wie Stalin seine Ratschläge mißachtete. Die am 30. 12. 1922 angenommene Verfassung der UdSSR vereinigte alle Kompetenzen, ungeachtet der nominell föderativen Struktur, bei der Zentrale[51].

Vierzehn Jahre später versuchte Stalin bei der Begründung der neuen Verfassung sein damaliges Verhalten zu rechtfertigen. Mit Rücksicht auf die 60 Nationen in der UdSSR und des allgemeinen »Mißtrauens gegen die Großrussen« habe man einen »Nationalitäten-Bundesstaat« bilden müssen. Im ständigen Kampf gegen die zentrifugalen nationalistischen Kräfte sei die Sowjetunion aber zu einem »völlig ausgebildeten sozialistischen Nationalitätenstaat« geworden, »den jeder Nationalstaat in jedem Erdteil um seine Festigkeit beneiden könnte[52]«.

Auch wenn Stalin sich zunächst in seinen Äußerungen zurückhielt, so hat er sich schon in den ersten Jahren der Sowjetmacht im Grunde nicht an der kommunistischen, sondern an der nationalen Idee orientiert.

Die anderen bolschewistischen Führer hielten den Sowjetstaat noch 1924 für ein Provisorium auf dem Wege zum Kommunismus, ohne zu wissen, wie lange dieses Durchgangsstadium dauern würde. Stalin dagegen hatte das irrationale kommunistische Fernziel längst durch reale Zwischenziele verdrängt[53]. Den Weg dazu hatte Lenin mit seiner Formel gewiesen: Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.

Stalins Schlußfolgerung, der Sozialismus sei in einem einzelnen Lande möglich, bedeutet faktisch, daß die Industrialisierung Rußlands unter staatlicher Leitung und Planung möglich ist. Das ist im Unterschied zur abstrakten kommunistischen Gesellschaft ein reales Ziel, das mit der Bezeichnung »Sozialismus« die ideologische Weihe erhielt.

Damit wurde das Provisorium in Sowjetrußland beendet. Stalins These stärkte das bolschewistische Selbstbewußtsein. Handelte es sich doch nicht nur um die Industrialisierung schlechthin, sondern um einen Entwicklungsprozeß zum »Sozialismus«. Der Sowjetstaat behielt also eine eigene ideologische Mission, konnte weiter Vorbild der kommunistischen Bewegung sein. Allerdings durfte Stalin keine Abweichung von seinem Sozialismus-Modell dulden, wenn seine theoretisch schwache Position nicht offensichtlich werden sollte. Das konnte nur mit Zwang und Terror gelingen. Die Gegner Stalins in der bolschewistischen Führung erkannten damals klar, was auch Stalin wußte, aber noch nicht aussprach: Mit der Beendigung des Pro-

visoriums verlor die bolschewistische Herrschaft die kommunistische Legitimation. Die bloße Hoffnung auf die kommunistische Gesellschaft konnte keine dauernde Herrschaft begründen.

Stalin hat folgerichtig den nächsten Schritt zu einer neuen Legitimation durch die Entdeckung der »sozialistischen Nation« getan.

Im Jahre 1913 wandte er sich noch gegen das nationalstaatliche Prinzip als Integrationsfaktor des proletarischen Staates. Der Ausgangspunkt für alle Entscheidungen in der nationalen Frage sei »das Prinzip des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiter[54]«.

Nun führte Stalin das nationalstaatliche Prinzip in die sowjetische Ideologie mit der Behauptung ein, daß inzwischen sozialistische Nationen entstanden seien. Die Rechtfertigung gab er in der 1929 veröffentlichten Antwort an einige Genossen: »Die nationale Frage und der Leninismus«.

Alles, was von den kommunistischen Klassikern zur Überwindung der Nationen durch die Universalität des Kapitalismus gesagt worden ist, beziehe sich ausschließlich auf die »bürgerliche Nation«. Stalin befand: »Doch gibt es auch andere Nationen auf der Welt. Das sind die neuen, sowjetischen Nationen . . .[55].«

Hier handelt es sich um »sozialistische Nationen«. Sie seien zwar aus den bürgerlichen Nationen entstanden, aber sie unterscheiden sich von diesen durch ihre sozialistische Führung und durch ihr sozialistisches Bewußtsein.

Diese sozialistischen Nationen könnten nicht verschmolzen werden, solange der Sozialismus nicht im Weltmaßstab gesiegt habe, sondern sie würden noch lange bestehen bleiben.

Stalin geht in seinem Aufsatz so weit, die (marxistische) These von der Überwindung der Nationen »als volksfeindliche, konterrevolutionäre Politik« zu bezeichnen[56].

Zur Begründung führt Stalin Beispiele aus der Geschichte an. Vergeblich hätten sich Türken, »zaristisch-russische Russifikatoren« und »preußisch-deutsche Germanisatoren« bemüht, die von ihnen unterdrückten Nationen zu verschmelzen.

Demzufolge würden die Bolschewisten einen solchen Versuch gar nicht erst beginnen. Im Sozialismus werden die Nationen aufblühen, ihre Kultur entwickeln.

Stalins Argumentation richtete sich, wie er sagt, gegen »Befürchtungen«, daß der Sozialismus zur »Liquidierung jedweder Nation« führen könne. Allein schon an dieser eigenwilligen Interpretation der Marxschen Idee wird deutlich, wie weit sich Stalin inzwischen von Marx entfernt hatte.

Wie 1924 denkt Stalin auch 1929 vor allem an die realen Aufgaben der Sowjetmacht, die in erster Linie nationale Bedeutung haben und folglich die Nation zur Voraussetzung haben müssen. Nach Stalin: »Ohnedem werden wir weder einen wirklichen Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft noch eine sichere Wehrfähigkeit unseres Landes haben[57].«

In der Folgezeit hat Stalin die Bedeutung des nationalen Faktors für die Entwicklung des Landes systematisch vergrößert. Vor Wirtschaftsfunktionären erklärt er am 4. Februar 1931[58]:

»In der Vergangenheit hatten wir kein Vaterland und konnten keins haben. Jetzt aber, da wir den Kapitalismus gestürzt haben und die Macht uns, dem Volke, gehört, haben wir ein Vaterland und werden seine Unabhängigkeit verteidigen.«

Stets sei Rußland geschlagen worden, weil es wirtschaftlich schwach war. »Wollen Sie, daß unser sozialistisches Vaterland geschlagen wird und seine Unabhängigkeit verliert? Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie in kürzester Frist seine Rückständigkeit beseitigen ...«

Der Appell an das Nationalgefühl gipfelt in der Forderung, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen. Das sei auch die Verpflichtung der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion gegenüber der internationalen Arbeiterklasse.

Weder diese Forderung noch die zahlreichen Beispiele aus der russischen Geschichte sind revolutionären oder etwa marxistischen Ursprungs. Das Einholen und Überholen der »zeitweilig vorausgeeilten Nationen« war schon bestimmend für die Westler im Rußland des 19. Jahrhunderts[59].

Die Konzentration auf die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands, von Stalin als »Revolution von oben« bezeichnet[60], brachte die sowjetische Politik in einen Zwiespalt: Nach außen gab sie sich revolutionär, gerichtet auf die Umgestaltung der »kapitalistischen« Länder.

Nach innen war die Sowjetpolitik konservativ. Die Entwick-

lung der eigenen Wirtschaft und Gesellschaft sollte auf evolutionärem Wege vonstatten gehen.

Ganz besonders bekamen die ausländischen Kommunisten diesen Zwiespalt zu spüren. Prüfstein für ihre »revolutionäre« Gesinnung war nun die Treue zum Vaterland aller Werktätigen. Praktisch wurden sie zu Hilfstruppen der sowjetischen Außenpolitik degradiert.

Diese zentrale Bedeutung der Sowjetunion drückte Stalin in seinem Rechenschaftsbericht vor dem XVII. Parteikongreß im Januar 1934 unter stürmischem Beifall deutlich aus:

»Wir orientierten uns in der Vergangenheit und orientieren uns in der Gegenwart auf die UdSSR und nur auf die UdSSR [61].«

Im November 1936 in seiner Rechtfertigung des Entwurfs der neuen Verfassung rückt er vom Begriff des Proletariats ab. In der Sowjetunion gebe es heute kein Proletariat mehr. Nachdem sein Gegenpol, die Kapitalisten, verschwunden sei, dürfe man nicht mehr von »Proletariat« sprechen, sondern nur noch von der »Arbeiterklasse [62]«.

Die Einigungsformel für Sozialismus und Nationalismus wurde Anfang der dreißiger Jahre der Begriff »Sowjetpatriotismus«.

Er findet immer häufiger Verwendung. Im April 1936 verankert der kommunistische Jugendverband in seinem Programm die Forderung nach Erziehung »der gesamten jungen Generation im Geist des Sowjetpatriotismus [63]«.

In seinem Bericht vor dem XVIII. Parteikongreß im März 1939 rechnet Stalin zu den wichtigsten Triebkräften der Gesellschaft: »die moralisch-politische Einheit der Sowjetgesellschaft, die Freundschaft der Völker der UdSSR, den Sowjetpatriotismus«. »Den Sowjetpatriotismus zu entwickeln und zu pflegen«, gehört nun zu den Aufgaben der Partei in der Innenpolitik [64].

Sowjetpatriotismus wird in der »Großen Sowjet-Enzyklopädie« definiert als »grenzenlose Hingabe der Sowjetmenschen an den sowjetischen gesellschaftlichen und staatlichen Aufbau, an das sozialistische Vaterland, an die Sache des Kommunismus; ein Patriotismus neuen, höheren Typs, eine der Bewegungskräfte für die Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft [65].«

Zwar sei er nach 1917 entstanden, aber er habe »tiefe historische Wurzeln« in den »großen patriotischen Traditionen des russischen Volkes und aller anderen Völker des Sowjetlandes«. Er umfasse »wirklich das ganze Volk« oder an anderer Stelle: »das vielnationale sowjetische Volk«. Er vereinige als »bewußter Patriotismus« kommunistisches Bewußtsein und Stolz auf das Vaterland. Sowjetpatriotismus »besteht darin, daß die Sowjetmenschen die Interessen des Staates über alles stellen«.

Vom bürgerlichen Nationalismus unterscheidet sich der Sowjetpatriotismus nach Meinung eines sowjetischen Autors dadurch, daß er keinen Haß gegen andere Rassen und Völker kenne. Zudem täusche der bürgerliche Nationalismus nur vor, das Wohl des Volkes zum Ziel zu haben[66].

Derselbe Verfasser schreibt: »Die beiden großen Kräfte des Landes – das Volk und der Kommunismus sind zu einer Einheit verschmolzen, und auf dieser Grundlage wurde die gewaltige Macht der UdSSR errichtet.« Im Sowjetpatriotismus vereinigen sich Traditionen der vorrevolutionären Geschichte. Matjuschkin folgert: »Die Bolschewisten, die Sowjetmenschen sind die legitimen Erben und Fortsetzer der patriotischen Traditionen der Vergangenheit[67].«

Fedosejew bezieht in diese Traditionen sogar ausdrücklich die nationale Unterdrückung im zaristischen Rußland ein: Der Zusammenschluß der Völker Rußlands sei trotz des grausamen Verhaltens des zaristischen Absolutismus' eine »große und fortschrittliche Sache« gewesen[68].

Tatsächlich war mit der Entdeckung der sozialistischen Nation die Umwertung der russischen Geschichte verbunden. Geschichtliche Ereignisse und Persönlichkeiten, selbst einige Zaren erschienen nun in einem positiven Licht. Zu den alten Traditionen traten neue sozialistische. Solche sind:

»Der Stolz, daß Rußland das Vaterland des Leninismus ist«;

der Führerkult um die »größten Genien der Menschheit«, Lenin und Stalin;

die Begeisterung für die Produktion, die »aufopferungsvolle Arbeit zum Nutzen des Vaterlandes«, denn der sowjetische Arbeiter ist »nicht nur ein einfacher Arbeiter, sondern ein Held«;

der Stolz über die wirtschaftlichen Fortschritte der Sowjetunion[69].

Sowjetpatriotismus geht also über den Patriotismus als unpolitisches Heimatgefühl, als Liebe zur Heimat hinaus. Er will politisch verstanden sein als Integrationsfaktor des sowjetischen Staates.

Einerseits drückt der Sowjetpatriotismus Nationalgefühl und Nationalstolz der Sowjetmenschen aller sowjetischen Nationen und Nationalitäten aus. Die Zugehörigkeit zur Sowjetunion stempelt sie zu etwas Besonderem, unterscheidet sie von anderen Staatsvölkern. Er fungiert also wie ehedem der Reichspatriotismus der zaristischen Epoche als »Ideologie aller sowjetischen Nationen[70]«.

Im Sinne dieses Reichspatriotismus muß die Fülle der neuen Wortschöpfungen wie Sowjetmensch, Sowjetland, Sowjetbürger, Sowjetkultur, Sowjetwissenschaft usw. verstanden werden.

Andererseits gehört zum sowjetischen Verständnis des Begriffs Sowjetpatriotismus auch der Haß gegen die Feinde oder auch angeblichen Feinde: Imperialisten, Kapitalisten, Reformisten, Kosmopolisten, neuerdings auch kommunistische Revisionisten und Dogmatiker.

Den ganzen Unterschied zwischen der revolutionären Aufgabe der kommunistischen Partei im Jahre 1917 und der späteren konsolidierenden Funktion faßt Matjuschkin in dem Satz zusammen, daß aus der »Partei des sozialistischen Umsturzes, der sozialistischen Revolution« nun eine »Partei des sozialistischen Aufbaus« geworden sei[71].

Unzweifelhaft hat die Besinnung auf die nationalen Werte und Traditionen seit 1929 den Anpassungsprozeß der Gesellschaft an die Notwendigkeiten der industriellen Entwicklung erleichtert[72].

Der Zweite Weltkrieg bewies dann schlagartig, daß die Sowjetmacht nur dank der Appelle an das Nationalgefühl überleben konnte. Zunächst, nach dem deutschen Angriff im Juni 1941, konnte man allerdings einen gegenteiligen Eindruck gewinnen. Vielerorts wurden die deutschen Eindringlinge als Befreier begrüßt. Es bedurfte erst der Auswüchse der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, um den Widerstandswillen der sowjetischen Bevölkerung zu wecken.

Stalin hat von Anfang an den Willen zum nationalen Wi-

derstand über den (weniger wirksamen) Willen zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften gestellt. Schon in seiner ersten Kriegsrede am 3. Juli 1941 knüpft er seinen Appell an den Vaterländischen Krieg gegen Napoleon und den letztlich errungenen russischen Sieg. Dem Feind wird nicht das Ziel der Vernichtung des Kommunismus, sondern der Wille zur Vernichtung der »nationalen Kultur« und »nationalen Eigenständigkeit« der Völker in der Sowjetunion unterstellt. Am Schluß der Rede fehlt – wie übrigens in sämtlichen Stalinreden der Kriegszeit – das obligatorische Hoch auf die Partei [73].

Im Krieg siegte die vaterländische Gesinnung über die Aggressoren und gleichzeitig der Nationalismus über den Sozialismus. Das zeigte sich auf allen Gebieten, vor allem im militärischen Bereich.

Aus kommunistischen Titeln von Militärzeitungen wurden nationale: »Für den Ruhm des Vaterlandes«, »Fürs Vaterland«, »Die Flagge des Vaterlandes«, »Patriot des Vaterlandes« usw.

Ansätze in den dreißiger Jahren zur Einführung von Diensträngen und Rangabzeichen wurden nun systematisch ausgedehnt:

1942 erhielten die Gardetruppen Rangabzeichen, ein Jahr darauf der Reihe nach alle Truppenteile, später das technische Personal, die Eisenbahner bis zu den Putzfrauen. Den militärischen Rängen dienten die Rangstufen Peter des Großen als Vorbild.

Die Sowjetregierung stiftete ab 1942 eine wahre Flut von Orden. Viele traditionelle russische Orden wurden übernommen und erneuert: die Orden »Suworow«, »Kutusow«, »Newskij« (am 29. Juli 1942) für Offiziere; der Orden »Slava« (1943) in den traditionellen Stufen für Unteroffiziere und Mannschaften [74].

Die Auflösung der KOMINTERN als der revolutionären Weltpartei markiert den Übergang der Sowjetunion zur imperialistischen Politik. Im Verlaufe des sowjetischen Vormarsches hätte Stalin durchaus die Möglichkeit gehabt, das ursprüngliche bolschewistische Ziel einer Weltsowjetrepublik zu verwirklichen. Freilich wäre er nicht umhin gekommen, den »befreiten« Ländern in dieser Weltsowjetrepublik das politische Mitspracherecht zuzugestehen.

Statt dessen führte Stalin ein traditionelles Motiv der zaristischen Politik, »eines der großen Leitmotive der russischen Geschichte« (von Rauch) zum Abschluß: die Sammlung russischer Erde.

Jene Gebiete, die einst zum zaristischen Rußland gehört hatten (mit Ausnahme Finnlands und Westpolens), wurden in die UdSSR eingegliedert. Die übrigen besetzten Länder schloß die Sowjetunion zu einem Satellitensystem zusammen und beutete sie in imperialistischer Manier wirtschaftlich aus[75].

Die Wiederbelebung der alten Traditionen festigte schließlich auch die dominierende Stellung des russischen Volkes. Die KPR war stets vorwiegend eine russische Partei gewesen. Im Jahre 1922 betrug der Anteil der Russen an der Gesamtzahl der Parteimitglieder 72 v. H. bei nur 53 v. H. Anteil an der Gesamtbevölkerung. Offiziell wurde aber auch in der Folgezeit an der Gleichberechtigung aller Völker Rußlands festgehalten.

Kurz nach Kriegsbeginn hob Stalin (am 6. November 1941) die »große russische Nation« besonders hervor[76]. Nach Kriegsschluß feierte er eine Orgie auf das russische Volk. In einem Trinkspruch bei einem Kommandeursempfang am 24. Mai 1945 bezeichnete er das Vertrauen der Russen zur Sowjetregierung als »den entscheidenden Faktor« für den Sieg:

»Ich trinke vor allem auf das Wohl des russischen Volkes, weil es die hervorragendste Nation unter allen zur Sowjetunion gehörenden Nationen ist.

Ich bringe einen Toast auf das Wohl des russischen Volkes aus, weil es sich in diesem Kriege die allgemeine Anerkennung als die führende Kraft der Sowjetunion unter allen Völkern unseres Landes verdient hat.

Ich bringe einen Toast auf das Wohl des russischen Volkes aus, nicht nur weil es das führende Volk ist, sondern auch, weil es einen klaren Verstand, einen standhaften Charakter und Geduld besitzt[77].«

Nach dem Krieg ist der von Stalin postulierte Führungsanspruch des russischen Volkes in zahlreichen sowjetischen Publikationen bekräftigt worden. Matjuschkin verfolgt diesen Anspruch in der russischen Geschichte und stellt fest, daß das russische Volk »sogar im Kapitalismus Großes vollbracht hat«. Es sei von alters her ein Beispiel für alle Nationen. Vor allem be-

sitze es im hohen Grade die Fähigkeit, andere um sich zu scharen. Der klarste Beweis für die Überlegenheit des russischen Volkes ist für Matjuschkin, daß es relativ mehr »Helden der Sowjetunion« im Krieg gestellt hat als die anderen Völker. Nach dem Stand von 1947 seien von 10 940 Helden der Sowjetunion 7627 Russen. Das ist ein Anteil von 70 v. H., während der Anteil des russischen Volkes an der Gesamtbevölkerung nur 54 v. H. ausmache[78].

Der zahlenmäßig bewiesene Heldenmut des russischen Volkes wird von Matjuschkin dem zu geringen Haß des ukrainischen Volkes auf die deutschen Okkupanten gegenübergestellt.

Nachdem das russische Volk seine dominierende Stellung der Zarenzeit wieder erlangt hatte, war praktisch Sowjetpatriotismus mit russischem Nationalismus identisch.

Nach 1945 hat sich der nationalistische Geist auf alle sowjetischen Lebensbereiche ausgedehnt. Der Appell an den Nationalstolz der Sowjetmenschen, die entwickelteren Länder ökonomisch einzuholen, wurde zum Leitmotiv für die Wirtschaft. Nationale Losungen, dem Vaterland Ehre zu machen, dienten als Antrieb im Sport, in der Literatur, in der Presse, in der Wissenschaft. Technische und wissenschaftliche Erfolge, vor allem in der Weltraumfahrt, wurden zum Zeugnis für die besondere Leistungsfähigkeit der Sowjetmenschen und ihres sozialistischen Vaterlandes.

Fedosejew erklärte die sowjetische Kultur zum »Vorbild der Weltkultur«. Der sowjetische Nationalstolz verlange, daß »die sowjetische Wissenschaft den ersten Platz in der Weltwissenschaft einnimmt[79]«.

Bis zum Tode Stalins schien die Zwangsehe zwischen Partei und Nationalismus unauflöslich. Die Sowjetmenschen hatten sich an die Identifizierung gewöhnt. Nachdem im Zuge der »Entstalinisierung« die Partei aber eine Reihe von Fehltritten der Vergangenheit öffentlich eingestand, gewann der andere, unbefleckte Partner, das Volk, an Bedeutung.

Tatsächlich führte der offiziell genährte Zweifel an der Weisheit Stalins zum Autoritätsverlust der Partei und zur Stärkung des nationalen Faktors. Seit dem XX. Parteitag (1956) und vor allem seit dem XXII. Parteikongreß der KPdSU (1961) ist die Existenz Sowjetrußlands für eine wachsende Zahl seiner im

nationalen Geist erzogenen Bürger auch ohne Kommunismus denkbar.

Zum Sowjetpatriotismus gehörte in der Stalin-Ära die ebenso unermeßliche wie penetrante Verehrung seines Schöpfers. Matjuschkin sieht in Stalin die Verkörperung der Einheit Rußlands:

»Der große Führer der Völker unseres Landes und der ganzen Welt, Genosse Stalin, ist die Verkörperung und das Banner des unaufhaltsam wachsenden Sowjetpatriotismus und der unerschütterlichen Einheit der Werktätigen[80].«

Wenn man diese jahrelange Identifizierung Stalins mit dem Sowjetstaat vor Augen hat, wird verständlich, daß die Abwertung Stalins in der Chruschtschow-Ära tiefgreifende Wirkung im Bewußtsein der Sowjetmenschen haben mußte.

Die Nachfolger Chruschtschows haben dessen negatives Stalinbild korrigiert. Andererseits werden seit Jahren in der sowjetischen Presse und Literatur die nichtrussischen Sowjetrepubliken aufgewertet. In demonstrativem Unterschied zu dem Trinkspruch Stalins im Mai 1945 wird ihr Anteil am Sieg über Deutschland besonders gewürdigt. Das gilt ebenso für ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung.

Der Fortschritt sei jedoch nur unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen möglich. Die »Grundinteressen des Staates müssen höher stehen als Teilinteressen«; denn »nur auf der Grundlage der Blüte des ganzen Vaterlandes ist die wirkliche Blüte dieser oder jener Republik möglich[81]«.

Die Appelle an das Nationalgefühl im Sinne eines sowjetischen Reichspatriotismus haben in der Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China einen neuen Höhepunkt erreicht. Der nationale Pathos um das »geliebte sowjetische Vaterland«, »die heilige Muttererde« ist nicht mehr zu überbieten.

Die Herausbildung des sowjetischen Nationalgefühls steht im strikten Gegensatz zur internationalen kommunistischen Idee und auch zur ursprünglichen bolschewistischen Einstellung zur Nation. Und doch ist diese paradoxe Entwicklung ebenso eine Folge der von Marx und Engels geforderten Machteroberung wie die Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Gesellschaft.

Indem sich Lenin die unlösbare Aufgabe des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft stellte, mußte notwendig die kommunistische Legitimation der bolschewistischen Herrschaft

verloren gehen. Nach dem Scheitern der Kommunistischen Internationale und der Aussichtslosigkeit einer internationalen Diktatur des Proletariats in den zwanziger Jahren blieb keine andere Möglichkeit als die nationale Legitimation, wenn die Bolschewisten in Rußland erfolgreich sein wollten.

Der wichtigste Schritt ist der erste, die Machteroberung. Die nächsten Schritte folgen der inneren Logik. Staat oder Kommunismus – das war die Alternative. Die Entscheidung wurde 1917 von Lenin für die Begründung des Sowjetstaates getroffen. Damit war der Übergang zum Kommunismus unmöglich gemacht.

Das Sowjetsystem wurde zum Dauerzustand, zum Ideal, an dem gelegentlich etwas geändert wird, das aber im Kern erhalten bleiben soll. Ob man dieses System »Sozialismus« nennt oder seine geplante Weiterentwicklung »Aufbau des Kommunismus«, das kann am Wesen der Sache nichts ändern[82].

Alle Beschreibungen der »kommunistischen« Zielvorstellungen in der Sowjetunion laufen darauf hinaus, den Sowjetstaat zum wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staat der Welt zu machen. Schon wurde in einer längeren Diskussion um den Nationsbegriff im Jahre 1966 die Behauptung »sozialistischer Nationen« gedanklich weiterentwickelt zur Voraussage, daß es auch eine »kommunistische Nation« geben wird[83].

Die bisherige sowjetische Entwicklung und die heutigen Pläne zeigen, daß die Entscheidung für den Sowjetstaat unwiderruflich ist. Der Weg zur herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft bleibt also versperrt.

Wollten die Sowjetführer zur Marxschen Idee zurückkehren und den Übergang zum Kommunismus bewirken, dann müßten sie das politische und wirtschaftliche System der Sowjetunion vollständig beseitigen. Seine Negation – das ist die kommunistische Gesellschaft.

Epilog

Aus dem bolschewistischen Beispiel könnte der Schluß gezogen werden, daß die geschichtliche Bedeutung von Karl Marx allein darin bestehe, seine Anhänger durch das Postulat einer unlösbaren Aufgabe genarrt zu haben.

Das ist richtig im Hinblick auf die regierenden kommunistischen Führer in Moskau, die seit Jahrzehnten jede schöpferische Weiterentwicklung der Marxschen Idee verhindert haben und an ihrem System um jeden Preis festhalten wollen.

Diese Schlußfolgerung gilt nicht für jene kommunistischen Wissenschaftler und Politiker, die aus dem Marxschen Denkansatz der Selbstverwirklichung des Menschen zur kritischen Einstellung gegenüber der in der Sowjetunion bestehenden Gesellschaftsordnung gekommen sind. Damit sind der tschechoslowakische Frühling 1968 ebenso gemeint wie die polnischen Reformversuche und die zahlreichen Denkansätze in allen Ländern des Sowjetblocks. Die theoretische Weiterentwicklung des Marxismus findet heute allerdings vorwiegend außerhalb des sowjetischen Machtbereichs statt; denn die Sowjetführer haben die marxistisch-leninistische Ideologie zur blossen Rechtfertigung ihrer Macht degradiert. Sie wollen keine schöpferische Weiterentwicklung, weil sich der Fortschritt zu einer menschlicheren Gesellschaft unter Berufung auf Karl Marx nur durch die Änderung des Sowjetsystems verwirklichen läßt.

Naturgemäß wenden sich die Reformversuche innerhalb des Sowjetblocks gegen das Sowjetsystem – und werden von den Sowjetführern gewaltsam unterdrückt. Ebenso natürlich unterscheiden sich die Sozialismus-Modelle in der VR China, in Jugoslawien und im Eurokommunismus mehr oder minder stark vom Sowjetsystem.

Am sechzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution zog Generalsekretär Breshnew das Fazit aus der sowjetischen Erfahrung: »Die wichtigste Frage der Revolution bleibt wie bisher die Frage der Macht« (PRAWDA, 3. 11. 77). Breshnew sprach nur über den Staat und seine Aufgaben, das einzige Wort zum Kommunismus lautete: »Vorwärts zum Sieg des Kommunimus!«

Das ist nach 60 Jahren entschieden zu wenig, wenn man be-

denkt, daß die kommunistische Gesellschaft der einzige Sinn und Zweck der Oktoberrevolution gewesen ist. So konterten die Chinesen in ihrem Festartikel am 7. November 1977 mit einem Lenin-Zitat: »Die beste Art, den Jahrestag der großen Revolution zu feiern, ist, die Aufmerksamkeit auf ihre ungelösten Aufgaben zu konzentrieren.« Nach der Meinung in Peking könnte der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft hunderte von Jahren dauern, vielleicht fünfhundert Jahre.

Die geschichtliche Bedeutung von Karl Marx erschöpft sich jedoch nicht in der Wirkung auf seine Anhänger. Sie war von Anfang an weitaus größer in ihren Impulsen auf seine Gegner.

Kein Soziologe von Rang hat darauf verzichtet, sich mit Marx auseinanderzusetzen. Insofern hat Marx die modernen Sozialwissenschaften mehr beeinflußt als jeder andere. Sein Werk ist ein Teil der europäischen Geistesgeschichte, weil seine Erkenntnisse das zwar radikale, aber eben doch ein Produkt des langwierigen geistesgeschichtlichen Prozesses in Europa sind.

Dieser Prozeß begann im 17. Jahrhundert mit dem Zweifel an der allgemeinen Verbindlichkeit von Religion, staatlicher Autorität und sozialer Rangfolge.

Rousseau stellte dann mit seinem »Contrat Social« erstmalig die Legitimation des absoluten Souveräns in Frage. Die Französische Revolution ging darüber hinaus; denn sie weckte in den sozial niedrigen Schichten das bis dahin unbekannte Gefühl, zu einem Unrechtsstand zu gehören.

Zwar gab es auch früher – nach heutigen Wertmaßstäben – Unrecht und Unterdrückung; aber den Menschen fehlte das Bewußtsein, rechtlos und unterdrückt zu sein. Sie nahmen die bestehende Ordnung als natürlich hin.

Ausgelöst von der Französischen Revolution, entstand im 19. Jahrhundert ein neues Phänomen – die »soziale Frage«, der Zweifel an der Berechtigung der gegebenen Gesellschaftsordnung. Karl Marx hat diesen Zweifel zum Programm für die Zerstörung der bestehenden Ordnung gemacht und damit die soziale Frage in einen politischen Faktor verwandelt.

Aber gerade diese Radikalität bewirkte in den Industriestaaten einen evolutionären Prozeß. Aus Angst vor der gewaltsamen Revolution ist die bürgerlich-kapitalistische Ordnung in den letzten 100 Jahren im ständigen Kampf gegen die marxi-

stischen Parteien menschenwürdiger geworden. Den rechtlosen und eigentumslosen Proletarier, der nichts zu verlieren hätte als seine Ketten, gibt es heute in den westlichen Industriestaaten ebensowenig wie den allmächtigen Kapitalisten.

Als Folge dieses evolutionären Prozesses ist der von Marx geforderte gewaltsame Umsturz der bestehenden Ordnung zur Diktatur des Proletariats sinnlos geworden.

Dennoch, auch wenn sich die heutige moderne Industriegesellschaft in der freiheitlich-demokratischen Ordnung radikal von der von Marx analysierten bürgerlich-kapitalistischen Ordnung unterscheidet, ist das Verhältnis des einzelnen Menschen zu Staat und Gesellschaft problematisch.

Die technische Vervollkommnung und die Herausbildung einer immer komplizierteren Arbeitsteilung verursachten eine wachsende Abhängigkeit der Menschen, die für den einzelnen unübersehbar wurde. Er fühlt sich hilflos und außerstande, auf den wirtschaftlichen und politischen Ablauf bestimmenden Einfluß zu nehmen. Mit der Vermassung wuchsen Einsamkeit und Ohnmacht des einzelnen.

Die westliche Industriegesellschaft hat den Proletarier zwar integriert und damit ihren Untergang vermieden, aber sie hat es bisher nicht vermocht, Industrie und Menschen zu vereinen.

Nun wissen wir freilich, daß keine Gesellschaftsordnung vollkommen sein kann, solange sie von Menschen mit ihren Unzulänglichkeiten gebildet wird. Offensichtlich wissen wir aber nicht, wie unsere moderne Industriegesellschaft beschaffen sein müßte, um einerseits leistungsfähig zu bleiben und andererseits dem Menschen ein bewußtes und freies Leben zu gewährleisten.

Diese Unsicherheit zeigt sich sehr deutlich in der Protestbewegung extremer Gruppen gegen die Zwänge der Industriegesellschaft. Beide Extreme – rechtsradikale wie linksradikale – sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie argumentieren beide von verschiedenen Ausgangspunkten mit romantischem Pathos und voller Unverständnis gegenüber wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die Verwirklichung dieser extremen Vorstellungen würde die Leistungsfähigkeit und damit den erzielten Wohlstand vernichten und am Ende, ob gewollt oder nicht, die Menschen zu ihrem »Glück« zwingen.

Die gleiche Unsicherheit zeigt sich aber auch bei der Auseinandersetzung des angegriffenen Establishments mit den extremen Tendenzen. Dieses sogenannte Establishment bewirkte zwar die industrielle Leistungsfähigkeit sowie maximale politische Freiheiten für jeden Staatsbürger; hat aber keine konkreten Vorstellungen, wie das Spannungsverhältnis zwischen Mensch und Industrie gelöst werden könnte.

Insofern bleibt der Marxsche Denkensatz für eine menschliche Gesellschaft voller Harmonie auch in den fortgeschrittenen Industriestaaten eine unerfüllte Forderung. Für den Gegensatz zwischen armen und reichen Nationen in der Welt ist dieser Denkansatz sogar eine offene Herausforderung an die Industrieländer einschließlich der von Kommunisten regierten.

Zur Lösung des Problems kann Marx allerdings nicht beitragen. Die von ihm geforderte kommunistische Revolution führt, wie das sowjetische Beispiel beweist, nicht zur Selbstverwirklichung des Menschen, sondern zur totalen Zwangsgesellschaft.

Die politische Revolution ist also keine Lösung. Denn, wenn die individuelle Freiheit die Bedingung für die Freiheit aller sein soll, dann darf die bewußte Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben sowie an der Gestaltung des Gemeinwesens nicht erzwungen werden.

Unsere heutige Leistungsgesellschaft kann sich zu einer solchen Gesellschaft bewußter Teilnahme aller nur entwickeln, wenn das die Menschen selbst wollen und entsprechend handeln. Gegenseitige Toleranz wäre mit Sicherheit ihre wichtigste Voraussetzung, das Postulat dieser Ideale im Erziehungs- und Bildungswesen der einzig erfolgversprechende Weg. Wer schneller zum Ziel kommen will, wird es nicht erreichen.

Eines ist sicher: Der Dialektiker Marx hätte seine Freude daran, wenn er die paradoxe Wirkung seiner Idee auf Anhänger und Gegner beobachten könnte. Die zur Verwirklichung dieser Idee entschlossenen Anhänger wurden durch sie vor unlösbare Aufgaben gestellt und schließlich zur Diktatur gezwungen. Den von der marxistischen Idee zum Tode verurteilten kapitalistischen Gegnern ermöglichte sie das Weiterleben, so daß die westliche Industriegesellschaft den Menschen ein reicheres und freieres Leben gewährt als der sozialistische Staat seiner Bevölkerung.

Anmerkungen

Karl Marx und die kommunistische Gesellschaft

1 Vgl. die Diskussionen der Parteitage, vor allem die Reden N. S. Chruschtschows und das Programm der KPdSU in »Materialien des XXII. Parteikongresses der KPdSU«, russ., Moskau 1961; weiterhin »Grundlagen der marxistischen Philosophie«, russ., Moskau 1959; M. M. Filippow u. A. M. Kowalew, »Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus«, russ., Moskau 1964; A. R. Joannisjan, »Die kommunistische Idee in den Jahren der Großen Französischen Revolution«, russ., Moskau 1966; ferner zahlreiche Aufsätze in der sowjetischen Presse, insbesondere in der Zeitschrift »Kommunist«.

2 Vgl. u. a. B. Meissner, »Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961«, Köln 1962; G. A. Wetter / W. Leonhard, »Sowjetideologie heute«, Bd. 1 und 2 Frankfurt a. M. 1962; H.-J. Lieber / K.-H. Ruffmann, »Der Sowjetkommunismus. Dokumente«, Bd. 1 (1963) und Bd. 2 (1964) Köln-Berlin; H. F. Achminow, »Die Totengräber des Kommunismus«, Stuttgart 1964; H. Schack, »Die Revision des Marxismus-Leninismus«, Berlin 1965 und »Marx, Mao, Neomarxismus«, Frankfurt a. M. 1969; G. Bartsch, »Totalitärer, marxistischer oder demokratischer Sozialismus?«, Bonn 1966; K. Marko, »Evolution wider Willen«, Graz-Wien-Köln 1968; H. Skrzypczak, »Marx Engels Revolution«, Berlin 1968; H. Simon, »Kommunismus heute«, Mainz 1968; H. Dahm, »Meuterei auf den Knien. Die Krise des marxistischen Welt- und Menschenbildes«, Freiburg i. Br. 1969; E. Boettcher, »Der Übergang zum Kommunismus« in »Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik« 1962; OSTEUROPA-Serie »Übergang zum Kommunismus« in Heft 4/5 1961 bis 4/5 1962; G. Wagenlehner, »Kommunismus ohne Zukunft«, Stuttgart 1962.

3 »Karl Marx. Die Frühschriften«, hrsg. von Siegfried Landshut, Stuttgart 1953, S. XX.

4 »Frühschriften«, S. 7.

5 Ebenda, S. 238.

6 Ebenda, S. 239.

7 Ebenda, S. 239.

8 Vgl. die Schriften »Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie« und »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« in den »Frühschriften«, S. 20 bis 224.

9 »Frühschriften«, S. 181.

10 Ebenda, S. 193.

11 Vgl. vor allem die Ausführungen in der »Deutschen Ideologie«, »Frühschriften«, hier besonders S. 410.
12 »Frühschriften«, S. 248.
13 Ebenda, S. 235.
14 »Manifest der Kommunistischen Partei«, hier Ost-Berlin 1958, S. 35.
15 »Frühschriften«, S. 334.
16 Ebenda, S. 168.
17 Ebenda, S. 361.
18 Vgl. das Manuskript »Nationalökonomie und Philosophie«, »Frühschriften«, S. 225–316.
Daß der Grundzug der Marxschen Idee schon 1844 herausgebildet war und später unverändert blieb, betonen u. a. D. Krause, »Die geschichtssoziologische Theorie von Karl Marx und die Lehre von der Entstehung der Klassengesellschaft im Vergleich mit den Ergebnissen der neueren soziologisch-ethnologischen Forschung«, Diss. Tübingen 1959; E. Oberländer, »Zur Geschichte des Wortes Kommunismus«, Bericht 3/1969 des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln. In den sowjetischen Publikationen wird der gemeinsame Grundzug ebenfalls betont. Der Marxsche Kerngedanke ist hier aber nicht die Selbstverwirklichung des Menschen, sondern die Revolution, obwohl man in der Sowjetunion in letzter Zeit dem Problem der Selbstverwirklichung bei Marx größere Aufmerksamkeit schenkt (vgl. N. I. Lapin, »Der junge Marx«, russ., Moskau 1968; »W. I. Lenin und die Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus«, russ., Moskau 1969).
19 Die Abstraktion der kommunistischen Gesellschaft wird an dieser Identifizierung vollends deutlich, wenn man die Frage nach dem neuen Eigentümer der Produktionsmittel stellt.
20 Vgl. »Frühschriften«, S. 289, 360–378; auch Friedrich Engels, »Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)«, Ost-Berlin 1955, ab S. 365.
21 Vgl. »Frühschriften«, S. 297–378; auch Engels, »Anti-Dühring«, S. 365 bis 387.
22 Landshut in der Einleitung zu den »Frühschriften«, S. XXVIII; ähnlich auch Gustav Wetter, »Der dialektische Materialismus«, 4. Aufl., Wien 1958, S. 45.
23 Vgl. »Frühschriften«, ab S. 366, und »Manifest der Kommunistischen Partei«, S. 30.
24 »Manifest«, S. 32.
25 Ebenda, S. 50, und »Frühschriften«, S. 399.
26 »Frühschriften«, S. 265.
27 Ebenda, S. 361.
28 Ebenda, S. 246.
29 »Manifest«, S. 20.
30 »Frühschriften«, S. 223.
31 »Manifest«, S. 16, 50.
32 Vgl. u. a. die »Deutsche Ideologie« in: »Frühschriften«, S. 339–485 und die entsprechenden Stellen im »Kapital«, sowie Engels »Anti-Düh-

ring« und »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates«.

33 »Manifest«, S. 10/11.
34 »Frühschriften«, S. 363.
35 »Frühschriften«, S. 317/318.
36 »Manifest«, S. 29.
37 »Frühschriften«, S. 362.
38 Ebenda, S. 362/363.
39 Vgl. dazu meinen Aufsatz »Von der proletarischen Solidarität zum Polyzentrismus im Weltkommunismus«, »Osteuropa«, Heft 4/5, 1962, S. 262–276.
40 »Frühschriften«, S. 363.
41 Im Wortlaut: »Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung«, »Manifest«, S. 30.
42 »Manifest«, S. 23.
43 Vgl. u. a. »Frühschriften«, S. 168.
44 »Manifest«, S. 34.
45 Vgl. dazu auch W. Mautner, »Der Bolschewismus«, 2. Aufl., Stuttgart 1925, S. 189–191.
46 Lenin zitiert diese Stelle in »Staat und Revolution«. »W. I. Lenin über Staat und Recht«, russ., Moskau 1958, Bd. 1, S. 497.
47 Brief an Bracke vom 5. 5. 1875 in »Kritik des Gothaer Programms«, Ost-Berlin 1955, S. 33.
48 Vgl. »Manifest«, S. 32.
49 »Kritik des Gothaer Programms«, S. 83.
50 Marx und Engels haben diese prinzipielle Frage, daß jede Herrschaft letzten Endes Herrschaft über Menschen bedeutet und einer Machtorganisation bedarf, völlig übersehen.
51 »Manifest«, S. 30.
52 »Manifest«, S. 30.
53 Ebenda, S. 32/33.
54 Vgl. dazu meinen Aufsatz »Karl Marx und der ›Aufbau‹ des Kommunismus« in »Osteuropa«, Heft 4/5, 1961, S. 254.

Lenins Verhältnis zu Marx

1 Der sowjetischen Lenin-Biographie (1960) wurde ein Gedicht Majakowskijs vorausgestellt, dessen Übersetzung lautet:

»Die Partei und Lenin sind Zwillingsbrüder –
doch welcher ist der Mutter Geschichte lieber?
Wir sagen – Lenin und meinen die Partei,
wir sagen – die Partei und meinen Lenin.«

Vgl. »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ. Moskau 1960, S. V. Der folgenden Darstellung liegen ältere Lenin-Biographien zugrunde, auf denen auch die neuen basieren. Vgl. u. a. St. T. Possony, »Lenin – Eine Biographie«, Köln 1965; L. Fischer, »Das Leben Lenins«, Köln 1965.

2 J. Stalin in der »Prawda« vom 12. 2. 1924, zitiert nach »Die Große Sozialistische Oktoberrevolution«, russ., Moskau 1957, S. 296.
3 In den meisten Biographien über Lenin werden diese Einflüsse entsprechend hervorgehoben, insbesondere: D. Shub, »Lenin«, Wiesbaden 1957, S. 7–33, und »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ., S. 1–12.
4 Ilinski, »Die Familie Uljanow« in dem Sammelband über Lenin »Zum Todestag Lenins«, russ., Leningrad 1925, S. 82.
5 Nach »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ., S. 9.
6 N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, Wien-Berlin 1929, S. 8.
7 Ebenda, S. 10 und M. S. Uljanowa, »Autobiographie«, russ., Moskau 1935. – Das wird ebenfalls in der offiziellen Lenin-Biographie betont. Vgl. »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ., S. 9.
Wie nachhaltig dieser Eindruck von dem Benehmen der »feigen Liberalen« auf Lenin war, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß er den Ausdruck »Kleinbürger« als stärkstes Schimpfwort gebrauchte.
8 »Große Sowjet-Enzyklopädie«, russ., 2. Aufl., Moskau 1953, Bd. 24, S. 493.
9 »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ., S. 6.
10 D. Shub, »Lenin«, S. 28.
11 A. Herzen, »Gesammelte Werke«, russ., Petrograd 1919 bis 1923, Bd. 20, S. 132.
12 P. Lawrow, »An die russische Jugend von dem Chefredakteur des ›Vorwärts‹!«, russ., London 1874, S. 42.
13 Burtzew, »Hundert Jahre lang«, London 1897, S. 45/46.
14 Nach W. Bonch-Brujewitsch, der diese Äußerung in der bolschewistischen Monatsschrift »Dreißig Tage«, Moskau 1934, Nr. 1, zitiert.
15 A. Thun, »Die Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland«, Genf 1903, S. 30.
16 Nach N. Sordanija, »Bolschewismus«, Berlin 1922, S. 9. Sordanija beruft sich auf einen Artikel aus Tkatschews Zeitschrift »Nabat«, Genf 1875 bis 1879.
17 W. Bonch-Brujewitsch, »Dreißig Tage«, Jahrgang 1934, Nr. 1.
18 Die Darstellung, die D. Shub in seinem Buch »Lenin«, S. 28–37, von Lenins erster Bekanntschaft mit Marx gibt, wird von der offiziellen Lenin-Biographie (1960) im allgemeinen bestätigt. Vgl. »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ., S. 13–22. Offenbar um den Einfluß der russischen Revolutionäre auf Lenin zu relativieren, wird allerdings hier (auf S. 6) behauptet, er habe das »Kapital« schon bei seinem Bruder »gesehen«. Dennoch wird auf S. 13 festgestellt, daß Lenin in Kasan, also mindestens 1½ bis 2 Jahre, nachdem er es »gesehen« hat, erstmalig die Marxschen Schriften las.
19 Zitiert nach »W. I. Lenin. Eine Biographie«, S. 16.
20 In der offiziellen Lenin-Biographie, »W. I. Lenin. Eine Biographie«, S. 15, heißt es: »In der marxistischen Lehre erkannte Lenin die mächtigste ideelle Waffe für den politischen Kampf . . .«
21 Vgl. Marx und Engels, »Manifest der Kommunistischen Partei«, S. 25, 50.

22 Nach »W. I. Lenin über Krieg, Armee und Kriegswissenschaft«, russ., Bd. 1, Moskau 1957, S. 262. Zu den Werken Lenins sei folgendes bemerkt:
Die erste Ausgabe seiner »Gesammelten Werke« erschien in Moskau in 20 Bänden 1922 bis 1924. In den Jahren 1926 bis 1929 wurde die 2. Auflage in 32 Bänden herausgegeben, die im Jahre 1932 unverändert als 3. Auflage neu erschien. Nachdem die meisten Mitarbeiter Lenins den Stalinschen Säuberungen zum Opfer gefallen waren, beschloß das Zentralkomitee der Partei im Jahre 1938, eine neue, revidierte Auflage der Leninschen Werke herauszugeben. Von dieser 4. Auflage erschienen zwischen 1941 und 1953 35 Bände, unter Auslassung etlicher Briefe und Artikel Lenins und mit unvollständigen, im Sinne Stalins gefärbten Anmerkungen versehen. Nach dem XX. Parteikongreß (im Februar 1956) folgten die Bände 36 bis 38, die unter anderem die Stalin kompromittierenden Äußerungen Lenins enthielten. Gleichzeitig wurde eine noch umfangreichere Ausgabe (die 5. Auflage) der Gesammelten Werke Lenins vorbereitet. Sie erschien in 55 Bänden zwischen 1958 und 1965.
Die in dieser Untersuchung angeführten Leninzitate sind in der Regel der 4. Auflage entnommen oder einzelnen in den Jahren 1957 bis 1960 in Moskau veröffentlichten Sammelbänden, die Lenins Aufsätze zu bestimmten Fragen (Wirtschaft, Militärwesen und Justiz) zusammenfassen und ebenfalls auf der 4. Auflage basieren.

23 Dieser Aufsatz wurde zunächst im Jahre 1945 allein und später zusammen mit einem Artikel über Friedrich Engels als Sonderdruck in deutscher Sprache veröffentlicht. Vgl. W. I. Lenin, »Karl Marx, Friedrich Engels. Eine Einführung in den Marxismus«, Berlin 1958, nach der 4. Aufl. der »Gesammelten Werke«, Bd. 21, besorgt.

24 Ebenda, S. 36.
Es ist typisch, daß sich Lenin – außer auf die Engelsschen Schriften – in seiner Darstellung des Marxismus ausschließlich auf das »Kapital« und auf das Kommunistische Manifest stützt. Die anderen Marxschen Schriften finden keine Erwähnung.

25 »W. I. Lenin über Krieg, Armee und Kriegswissenschaft«, Bd. 1, S. 391.

26 Solche Vorwürfe wurden nicht nur wiederholt von Plechanow, Martow, Potressow und den übrigen Menschewisten erhoben, sondern auch spätere Parteigänger Lenins sprachen sich in diesem Sinne aus.
W. Menshinskij, später einer der gefürchtetsten Chefs der bolschewistischen Geheimpolizei, äußerte zum Beispiel: »Lenin ist ein politischer Jesuit, der seit vielen Jahren den Marxismus dem Zweck des Augenblicks angepaßt hat.« Zitiert nach D. Shub, »Lenin«, S. 180.

27 »Frühschriften«, S. 361.

28 Vgl. G. Solomon, »Lenin und seine Familie«, Paris 1931, S. 13.

29 »Die Siebte Allrussische (April-)Konferenz der RSDAP (Bolschewiki). Protokolle«, russ., Moskau 1958, S. 106.

30 Ebenda, S. 112.

31 Auf diesen Widerspruch in der marxistischen Theorie haben seine Kritiker schon frühzeitig hingewiesen. Ausführlich befaßt sich Mautner in

seinem Buch »Der Bolschewismus«, ab S. 214, mit diesem Thema. Er nennt u. a.:
W. Sombart, »Sozialismus und Soziale Bewegung«, 7. Aufl., Jena 1919; R. Wilbrandt, »Sozialismus«, Jena 1921; F. Mehring, »Karl Marx, Geschichte seines Lebens«, Leipzig 1918; ferner Fabbri und Nieuwenhus.

32 Ausführlich befaßte sich Lenin mit der Rechtfertigung der von ihm als notwendig erachteten »sozialistischen Revolution« in dem Agrarstaat Rußland in seiner Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« in Bd. 22 der 4. Aufl. seiner »Gessammelten Werke«.
In »W. I. Lenin. Eine Biographie«, russ., S. 580, wird zusammenfassend festgestellt, daß nur »Pedanten und Dogmatiker«, die »einige Stellen des Marxismus auswendig gelernt, jedoch seinen revolutionären Kern und seine revolutionäre Methode nicht begriffen« hätten, gegen Lenin das Argument der Rückständigkeit Rußlands gebrauchen. Denn Lenin habe den Marxismus in der einzig möglichen Konsequenz weiterentwickelt.

33 Nach H. Guilbeaux, »Wladimir Iljitsch Lenin. Ein treues Bild seines Wesens«, Berlin 1923, S. 75.

34 Vgl. »W. I. Lenin über Krieg, Armee und Kriegswissenschaft«, Bd. 1, S. 102—106, 262.
In seinem Aufsatz »Erkenntnistheoretischer und politischer Pragmatismus in der Philosophie Lenins« in der Beilage zu der Wochenzeitschrift »Das Parlament« vom 30. April 1958 schreibt Hans-Joachim Lieber, daß Lenin die Einheit zwischen Theorie und Praxis nicht wie Marx als »etwas sich spontan im Geschichtsprozeß Durchsetzendes« auffaßt, sondern als eine »Norm, die durch einen bewußten Willenseinsatz allererst zu aktualisieren, und d. h. herzustellen ist«. Lenin setzt das Postulat der Einheit zwischen Theorie und Praxis, weil er sein Ziel legitimieren will:
». . . weil man die Revolution als politisches Ziel will, unterzieht man sich dem Zwang, sie durch eine entsprechende Philosophie zu legitimieren. Das revolutionäre Wollen begründet den Dialektischen Materialismus, nicht umgekehrt, dieser das revolutionäre Wollen.«

35 Vgl. »Geschichte der KPdSU«, Ost-Berlin 1952, S. 443/444; das Trotzkij-Zitat in L. Trotzkij, »Über Lenin«, Berlin 1924, S. 156.

36 »W. I. Lenin über Krieg, Armee und Kriegswissenschaft«, Bd. 1, S. 384/385.

37 Ebenda.
Vgl. auch »W. I. Lenin. Eine Biographie«, S. 20/21.

38 Vgl. »Gesammelte Werke«, Bd. 1 und 2. Später vertiefte Lenin seine Erkenntnisse und legte sie vor allem in zwei Broschüren fest: »Die Agrarfrage und die ›Marxkritiker‹« (1901 und die letzten beiden Kapitel 1907 geschrieben), hier Ost-Berlin 1954; sowie »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907« (Ende 1907 geschrieben), hier Ost-Berlin 1952.

39 »W. I. Lenin über Krieg . . .«, Bd. 1, S. 106.

40 Vgl. »Gesammelte Werke«, Bd. 5, S. 435.

41 Vgl. H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«, S. 13.

42 Zu dieser Gruppe hatte auch Lenins Bruder gehört. Er bekannte sich wie auch die anderen Mitglieder zum terroristischen Kampf in Form von Attentaten auf hervorragende Vertreter der bestehenden Ordnung. Aber der Terror sollte in dem Moment aufhören, wenn die politische Freiheit erkämpft worden sei.

43 Die geschichtliche Darstellung basiert, abgesehen von den zitierten Werken, auf der vergleichenden Analyse folgender Schriften: N. Suchanow, »Notizen über die Revolution«, russ., Moskau 1922 (in deutscher Sprache: »1917 Tagebuch der russischen Revolution«, ausgewählt, übertragen und herausgegeben von N. Ehlert, München 1967); L. Martow, »Die Geschichte der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei«, russ., Moskau-Petrograd 1923; W. H. Chamberlin, »Die Russische Revolution 1917 bis 1923«, Frankfurt 1958; E. H. Carr, »The Bolshevik Revolution 1917–1923«, 2. Aufl., New York 1951; F. Borkenau, »Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart«, München 1952; G. v. Rauch, »Geschichte des bolschewistischen Rußlands«, Wiesbaden 1955; L. Shapiro, »Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion«, Berlin 1961; A. B. Ulam, »Die Bolschewiki«, Köln-Berlin 1965; C.-H. Boettcher / H. Scheffler, »Ein Gespenst tritt ab in Europa«, Köln 1967; L. Trotzki, »Geschichte der russischen Revolution«, Berlin 1960; »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang«. 14. deutsche Aufl., Ost-Berlin 1952; »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion«, russ., Moskau 1959; »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion«, 6 Bände, russ., Moskau; Bd. 1: 1964, Bd. 2: 1966, Bd. 3: Teil 1 1967 und Teil 2 1968.

44 Nach N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 7.

45 Vgl. außer den schon genannten geschichtlichen Darstellungen auch »W. I. Lenin. Eine Biographie«, S. 42.

46 Der I. Parteikongreß der RSDAP wird im allgemeinen in der gleichen Weise beschrieben. Nur die Zahl der Delegierten ist bei H. Guilbeaux (»W. I. Lenin«, S. 16) abweichend von den übrigen Darstellungen mit 12 angegeben. Aber auch in der »Geschichte der KPdSU« (S. 30) wird von 9 Delegierten gesprochen. D. Shub erwähnt, daß 3 Angehörige des jüdischen Bundes und 6 Vertreter anderer sozialistischer Gruppen in Minsk zusammenkamen (»Lenin«, S. 53). Das Manifest wurde von G. Struwe verfaßt, weshalb Lenin auch einige Vorbehalte machte; denn Struwe gehörte nicht zu den radikalen Revolutionären.

47 Die Einzelheiten werden u. a. auch von N. K. Krupskaja geschildert. Vgl. »Erinnerungen an Lenin«, S. 52.

48 Der Artikel hatte die Überschrift: »Die Tagesaufgaben unserer Bewegung«. Zitiert nach »W. I. Lenin über Krieg . . .«, Bd. 1, S. 10/11.
Es erscheint berechtigt, danach zu fragen, warum Lenin für seine Organisation der Berufsrevolutionäre den Namen »Partei« beibehielt, obwohl sie eigentlich kein Teil des Ganzen, keine Partei im Sinne dieses Wortes, sondern selbst das Ganze sein will.

Jules Monnerot gibt auf diese Frage in seinem Buch »Soziologie des Kommunismus«, Köln 1952, S. 33, folgende Antwort: »... da man kein neues Wort benötigt, wenn man neuen Wein in einen alten Schlauch füllt, nennt Lenin sie ›Partei‹. Der alte Schlauch läßt den neuen Wein passieren; von nun an gibt es eine absolut zweideutige Verwendbarkeit des Wortes ›Partei‹, die es unmöglich macht, den Gegner oder den fernen Freund unnötig zu erschrecken ...«

49 A. Thun, »Die Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland«, S. 30.

50 Vgl. N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 84.

51 Ebenda, S. 154.

52 L. Trotzkij, »Über Lenin«, S. 39, 54.

53 N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 152.

54 Vgl. »Gesammelte Werke«, Bd. 5, S. 380.

55 »Gesammelte Werke«, Bd. 5, S. 393.

56 W. I. Lenin, »Gesammelte Werke«, 1. Aufl., Bd. 17, S. 89.

57 Der II. Kongreß der RSDAP fand vom 30. 7. bis 23. 8. 1903 in Brüssel und London statt. 43 Delegierte waren anwesend, die über 51 gültige Stimmen verfügten, da verschiedene Komitees keinen oder nur einen Delegierten schickten. Einzelheiten auch bei N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 107 ff. und »Geschichte der KPdSU« S. 51.

58 N. K. Krupskaja erzählt in »Einnerungen an Lenin«, S. 114, von dem Verlauf des Kongresses, daß die Delegierten aus Rußland dem Streit verständnislos gegenüberstanden. Einzelne nahmen die Marxsche Lehre von Überbau und Basis so wörtlich, daß sie entsetzt fragten, welche Veränderung der Technik (also der Basis) denn eigentlich stattgefunden habe, weil sich der Überbau durch die Spaltung der Partei nun veränderte.

59 Nach H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«, S. 133.

60 Potressow und Nikolajewski, »Die sozialdemokratische Bewegung in Rußland«, russ., Moskau-Leningrad 1928, S. 302.

61 Vgl. dazu das Urteil in »W. I. Lenin. Eine Biographie«, S. 72, das in dem Satz gipfelt: »Lenin betrachtete die marxistische Partei als den legitimen Bewahrer alles Guten, das sich bei der vorausgegangenen Entwicklung des revolutionär-demokratischen Gedankens herausgebildet hatte.«

62 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 250.

63 Ebenda, S. 256.

64 Nach Solomon, »Lenin und seine Familie«, S. 62.

65 N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 16.

66 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 54.

67 Ebenda, S. 95.

68 G. Sinowjew, »Über Lenin«, Wien-Berlin 1924, S. 16 und N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 136.

69 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 22.

70 Abgesehen von den geschichtlichen Darstellungen wird dieser Eifer Lenins von N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin« gut beschrieben.

71 »W. I. Lenin über Krieg ..«, Bd. 1, S. 130/131.

72 Kennzeichnend für diese Misere war eine Offerte in einem Pariser Witzblatt, daß jeder ein halbes Königreich erhalten soll, der einen vierten Bolschewisten außer Lenin, Sinowjew und Kamenew ausfindig macht. Vgl. H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«, S. 31.

73 »Sammelband über Lenin«, russ., Moskau 1924, Nr. 1, S. 131.

74 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 460.

75 Ausführlich schildert D. Shub in seinem Buch »Lenin« das Spitzelunwesen in der bolschewistischen Partei. Hinweise finden sich auch bei N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, G. Sinowjew, »Über Lenin« und bei A. T. Wassiljew, »Ochrana. Aus den Papieren des letzten russischen Polizeidirektors«, Zürich-Leipzig-Wien 1930.

76 Über die Vorbereitung und Durchführung der Fahrt Lenins durch Deutschland vgl. F. Platten, »Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen«, 1924; W. Hahlweg, »Lenins Rückkehr nach Rußland 1917. Die deutschen Akten«, Leiden 1957 sowie N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin« und H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«.
Es mag sein, daß sich die Deutschen von Lenin ein Entgegenkommen versprochen haben. Die von Hahlweg veröffentlichten Akten deuten darauf hin. Aber damit bewiesen sie nur ihre Unkenntnis der bolschewistischen Ziele und der Person Lenins, der jede Unterstützung akzeptiert hätte, ohne die geringste Verpflichtung darin zu erblicken.

77 Nach L. Trotzkij, »Über Lenin«, S. 61.

78 Zitiert nach »Iswestija« vom 19. 6. 1917, der offiziellen Zeitung des Zentralen Exekutivkomitees des Sowjetkongresses.
Die Zahl der Delegierten dieses Kongresses kann nicht genau ermittelt werden, da sie täglich schwankte. Daher differieren auch die Angaben der verschiedenen Autoren. Nach der heutigen sowjetischen Version hatten die Bolschewisten 105 Delegierte von insgesamt 1000. Vgl. »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 673. Guilbeaux nennt 103 Bolschewisten von 790 (»W. I. Lenin«, S. 86), G. v. Rauch 105 von 822 (»Geschichte des bolschewistischen Rußlands«, S. 74). Dieselbe Zahl wird von O. Anweiler angegeben. Vgl. »Die Rätebewegung in Rußland 1905 bis 1921«, Leiden 1958, S. 150.

79 Vgl. »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 167 ff.
Es ist offenbar ein Übersetzungsfehler, wenn v. Rauch in seiner »Geschichte des bolschewistischen Rußlands«, S. 86, behauptet, daß es richtiger: Werden die Bolschewisten die Macht erringen? heißen müsse. Das russische Wort »uderschatj« kann nur mit »behaupten« im Sinne von bewahren übersetzt werden.

80 L. Trotzkij, »Über Lenin«, S. 29.

81 Nach Z. Krischischanowskaja, »Über Lenin«, russ., Moskau 1925, Bd. 2, S. 49.

82 Vgl. O. Blum, »Russische Köpfe«, Berlin-Leipzig 1923, S. 77. Blum gibt in diesem Buch eine sehr ironische Darstellung der bolschewistischen Führer und der Ereignisse. Er war deshalb nicht sonderlich bei ihnen beliebt. Als er im Frühjahr 1917 unbedingt mit Lenin nach Rußland

fahren wollte, warf ihn dieser eigenhändig aus dem Zug, was ihn nicht hinderte, daß er später in Petrograd auftauchte und seine Beziehungen mit den bolschewistischen Führern aufrechterhielt.

83 Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie gering Lenin persönliche Freundschaften einschätzte, wenn es um die Sache ging.
Plechanow, Axelrod und Vera Sassulitsch bekamen diese Eigenschaft Lenins als erste zu spüren. Bei seiner ersten Auslandsreise im Jahre 1895 begegnete er ihnen wie ein Schüler seinen Lehrern. Einige Jahre später, als er sich seine eigene Meinung über den revolutionären Kampf gebildet hatte, scheute er sich nicht, sie in heftiger Form anzugreifen.
Auch Martow und Potressow, mit denen er seine Pläne in der Verbannung ausgearbeitet hatte, wurden nach 1903 erbittert von ihm bekämpft, obwohl er mehrfach in seiner Umgebung andeutete, daß er Martow sehr gern auf seiner Seite gesehen hätte.
Geradezu grotesk war Lenins Verhältnis zu Lunatscharskij. 1904 arbeitete er – zusammen mit Bogdanow – in Lenins Redaktion des »Vorwärts«. Kurz darauf bezichtigte Lenin beide idealistischer Abweichungen und attackierte sie u. a. in seiner Schrift »Materialismus und Empiriokritizismus«. Das Urteil, das er über Lunatscharskij persönlich fällte, bestand aus Formulierungen wie »ekelhafter Kerl, ein Säufer und voller Laster«, »ein moralischer Gigolo« usw. Vgl. D. Shub, »Lenin«, S. 126/127. Und ausgerechnet Lunatscharskij wurde der erste Erziehungsminister der Sowjetrepublik.
Mit Trotzkij hatte sich Lenin 1903 völlig überworfen. Beide bekämpften sich bis 1916 mit spitzer Feder. Aber als Trotzkij im Mai 1917 aus dem Exil zurückkam, war der Streit vergessen. Er und viele andere nahmen bedeutende Posten in der Partei ein.
Lenin hatte auch Radek noch im Winter 1916/17 heftig attackiert, er nannte ihn »frech, unverschämt und dumm«. Vgl. »W. I. Lenin über Krieg . . «, Bd. 1, S. 544/545, ohne daß er kurz darauf auf seine Mitarbeit verzichtet hätte.

84 Bucharin in »Um den Oktober«, Hamburg 1925, S. 206.

85 Solomon: »Lenin und seine Familie«, S. 13.

86 K. Radek, »W. I. Lenin« in »25 Jahre Kommunistische Partei«, russ., Twer 1923, S. 234.

87 Solomon, »Lenin und seine Familie«, S. 13.

88 Rückblickend sagte Lenin im Dezember 1921: »Uns schien es damals – und es konnte auch gar nicht anders erscheinen, daß dieser Weg klar, gerade und sehr leicht sein würde.« Vgl. »W. I. Lenin über die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates«, russ., Moskau 1957, S. 411.

89 Vgl. L. Trotzkij, »Über Lenin«, S. 120
Als Lenin von anderer Seite entgegengehalten wurde, daß es doch eine Utopie sei, in dem rückständigen Rußland den Sozialismus einführen zu wollen, antwortete er: »Es ist keine Utopie. Es handelt sich um den Versuch, einen sozialistischen Staat zu gründen. Von jetzt an wird Rußland der erste Staat sein, in dem ein sozialistisches Regime errichtet worden ist.« Vgl. Solomon, »Lenin und seine Familie«, S. 12.

1 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 120.

2 Zu dem Namen der russischen Hauptstadt und den Zeitangaben sei folgendes bemerkt: Die Hauptstadt Rußlands war Anfang des Krieges von Petersburg in Petrograd umbenannt worden. Entsprechend wird sie in dieser Arbeit nach dem jeweiligen Zeitpunkt genannt.
Hinsichtlich der Daten, soweit sie Rußland betreffen, richte ich mich nach dem jeweils gültigen Kalender. Bis zum 31. Januar 1918 galt in Rußland der Julianische Kalender, d. h. die russische Zeitrechnung war bis dahin gegenüber unserer (nach dem Gregorianischen Kalender) um 13 Tage zurück. Die Angleichung erfolgte durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare vom 24. 1. 1918. Vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 404, wonach auf den 31. 1. 1918 nicht der 1. Februar, sondern der 14. 2. folgen sollte. Daten der bolschewistischen Entwicklung, die nach dem 31. Januar 1918 liegen, stimmen also wieder mit unserer Zeitrechnung überein.

3 Die Petrograder Parteikonferenz vom 29. 3. 1917 wird in der offiziellen Geschichtsschreibung kaum erwähnt. Einzelheiten des Konferenzverlaufs teilte Trotzkij in »School of Falsification«, S. 231–301 mit. Auf ihn bezieht sich D. Shub (»Lenin«, S. 208 ff.). Er gibt auch Hinweise auf die Haltung Stalins und Kamenews, die ebenso von Trotzkij in seinem Beitrag zu »Um den Oktober«, S. 16–20, erwähnt wird.
Auch auf die Moskauer Parteikonferenz vom 3./4. April 1917 wird offiziell kaum hingewiesen. Wenn es nicht zu umgehen ist, begnügt man sich mit kurzen Anmerkungen. So heißt es z. B. in einer Anmerkung zu der Protokollsammlung der VII. Allrussischen Parteikonferenz, daß an der Moskauer Tagung am 3./4. April insgesamt 400 Delegierte, davon 258 stimmberechtigte, teilgenommen haben, die mit Mehrheit beschlossen, daß die Partei mit der Provisorischen Regierung zusammenarbeiten sollte, um sie auf diese Weise beeinflussen zu können. Vgl. »Die Siebte Allrussische (April-)Konferenz der RSDAP«, S. 359.

4 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 3–8.
Abgesehen von den Darstellungen der bolschewistischen Geschichte sind die Begleitumstände der Ankunft Lenins in Petrograd u. a. auch von D. Shub, »Lenin«, S. 218–220, Georg von Rauch, »Lenin«, Göttingen 1957, S. 51–54, und am besten von Suchanow geschildert worden.

5 Vgl. L. Trotzkij, »Um den Oktober«, S. 19.

6 Zitiert nach H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«, S. 46.

7 Vgl. dazu D. Shub, »Lenin«, S. 221/222. Charakteristisch für die damalige Stimmung in der bolschewistischen Partei ist, daß Lenins Thesen vom Petrograder Ortskomitee (immerhin der bedeutendsten bolschewistischen Organisation) mit 13 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt wurden. Vgl. O. Anweiler, »Rätebewegung in Rußland«, S. 193.

8 Vgl. »Gesammelte Werke«, Bd. 24, S. 3–7.

9 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 26/27.

10 Die Protokolle dieser Konferenzen wurden 1958 in Moskau in russischer Sprache neu herausgegeben. Vgl. »Die Siebte Allrussische April-Konferenz der RSDAP (Bolschewiki). Protokolle« – künftig als »Protokolle der VII. Parteikonferenz« zitiert. Über den Quellenwert läßt sich streiten, da die Erklärungen in den Sitzungen nicht mitstenographiert wurden. Die Sekretäre machten lediglich Bleistiftnotizen, die anschließend verglichen und als offizielle »Protokolle« bezeichnet wurden.

11 Die Teilnehmerzahl der Petrograder Konferenz sank von Sitzung zu Sitzung. An den vier Sitzungen am 14., 15., 19. und 22. 4. 1917 beteiligten sich jeweils 57, 36, 24 und 23 Delegierte. Für die VII. Allrussische Parteikonferenz ist nur eine Zahl angegeben. Es nahmen 152 Delegierte teil, davon 133 mit Stimmrecht, die 76 577 Mitglieder vertraten.
Vgl. »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 7, 27, 44 f., 149.

12 Im März 1905 hielt Lenin vor politischen Emigranten in Genf einen Vortrag über die Pariser Kommune. Später kam er noch einige Male auf sie zu sprechen und betonte, daß man ihre Erfahrungen unbedingt verwerten müsse, besonders in seinem Vorwort zur ersten russischen Ausgabe der Briefe von Marx an Kugelmann im Jahre 1907 sowie in einzelnen Artikeln aus den Jahren 1908 und 1911.
Vgl. »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 75–77, 279–281, 308 bis 312; sowie in der Zusammenfassung »W. I. Lenin über die Pariser Kommune«, Ost-Berlin 1958, S. 7–23.

13 Der Eindruck der Rede Plechanows und die Reaktion Lenins werden u. a. von D. Shub, »Lenin«, S. 77/78, und N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 110, beschrieben.

14 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 1, S. 102/103.

15 Vgl. »W. I. Lenin über die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates«, S. 2, künftig unter der Abkürzung »Lenin über ökonomische Fragen« zitiert.
Die Sammelbände der Aufsätze über das Militärwesen beginnen 1897, über Staat und Recht im Jahre 1894. Vgl. »W. I. Lenin über Krieg, Armee und Kriegswissenschaft«, russ., 2 Bände, Moskau 1957; »W. I. Lenin über Staat und Recht«, russ., 2 Bände, Moskau 1958.

16 Lenin hat seinen Ärger über das Fehlen klarer Vorstellungen bei Marx und Engels nicht verhehlt. In seiner »Einführung in den Marxismus« hilft er sich damit, daß er die Marxsche Theorie der Grundrente als »wichtigsten Bestandteil der ökonomischen Lehre von Marx und Engels« bezeichnet. Vgl. Lenin, »Karl Marx. Friedrich Engels«, S. 30 bis 35.
Man kann sagen, daß Lenin durch die Einbeziehung der Bauern in den revolutionären Kampf tatsächlich der Marxschen Lehre etwas spezifisch Neues hinzufügte. Inwieweit er sie dadurch entstellte, ist eine andere Frage. Aber immerhin spielten die Bauern auch in anderen Ländern keine unwichtige Rolle, ohne daß Marx ihnen seine Aufmerksamkeit geschenkt hätte.
Für Rußland und vor allem für den Erfolg der Bolschewisten war das

Verhältnis zu den Bauern die entscheidende Frage, zumal innerhalb der Partei ihr Anteil bis 1917 nicht mehr als 2 v. H. betrug. Vgl. Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, 2. Aufl., Berlin 1925, S. 35.
Rückblickend haben sämtliche bolschewistischen Führer den Erfolg der bolschewistischen Revolution mit dem Verhalten der Bauern, die nicht gegen sie auftraten, erklärt.
So urteilte Kamenew, der diese Frage als »Schlüsselfrage« bezeichnete. In gleicher Weise sprachen sich Sinowjew, Stalin, Bucharin und sogar Trotzkij aus, obwohl gerade Trotzkij die Bedeutung der Agrarfrage unterschätzt hat.
Vgl. »Um den Oktober«, S. 40, 58, 112–114, 185, 203.

17 Nach Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland«, Berlin 1921, S. 18.

18 Vgl. »Gesammelte Werke«, Bd. 6, S. 364.
Über die Frage, welche Bauern zur »Dorfarmut« gerechnet werden sollen, hat unter den bolschewistischen Führern nie Klarheit geherrscht.
Nach Meinung Sinowjews hat Lenin die Einteilung der Bauern in verschiedene Klassen nach ihrem Pferdebesitz vorgenommen. Wer weniger als ein Paar Pferde besitzt, gehört zum ländlichen Proletariat. Mit einem Paar Arbeitstiere rechnet er zum Mittelbauer, und wer über mehr verfügt, ist »Kulak«, also Großbauer. Vgl. G. Sinowjew, »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, Hamburg 1925, S. 43–45. Miljutin, der erste bolschewistische Landwirtschaftsminister, nennt als Kriterien für die Klassenteilung auf dem Lande die Größe der bebauten Fläche, das Verhältnis zum Markt und die Verwendung von Lohnarbeitern. Erst das Zusammentreffen dieser drei Maßstäbe macht die Einteilung möglich. Für das Jahr 1917 gibt Miljutin die Relationen wie folgt an:
50 v. H. »Landproletarier«, 40 v. H. Mittelbauern und 10 v. H. bürgerliche, wohlhabende Bauern, unter ihnen 2–3 v. H. Kulaken. Vgl. W. Miljutin, »Sozialismus und Landwirtschaft«, Hamburg 1920, S. 67–69.
Für Lenins Einteilung dürfte eine Kombination der Maßstäbe Sinowjews und Miljutins bestimmend gewesen sein. 1907 stellte Lenin fest, daß über die Hälfte der Bauern zur »Dorfarmut« gerechnet werden müßte, etwa ein Drittel bestehe aus Mittelbauern und über 10 v. H. seien wohlhabende Bauern. Vgl. »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution 1905–1907«, S. 67–69.

19 U. a. scheibt Marx in seinem später als »Kritik am Gothaer Programm« berühmt gewordenen Brief an Bracke: »Erstens besteht ›das arbeitende Volk‹ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern «
Nach Karl Marx: »Kritik des Gothaer Programms«, Berlin 1953, S. 31.

20 Vgl. Lenin, »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution 1905 bis 1907«, S. 53, 126, 196–216; auch N. K. Krupskaja, »Erinnerungen an Lenin«, S. 143–147.

21 Vgl. dazu »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 149 und »Schrift-

wechsel des Sekretariats des ZK der RSDAP (B) mit den örtlichen Parteiorganisationen«, russ., Moskau 1957, Bd. 1, S. 481–506.

22 Die Zahlenangaben basieren auf dem von der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland und Österreich herausgegebenen »Handbuch für Handel und Industrie der UdSSR«, Berlin 1924, S. 1. Daneben: Spectator: »Sowjetrußland in Zahlen«, Berlin 1921, S. 11–34.

23 »Staat und Revolution« wurde von Lenin im August/September 1917 geschrieben, als er sich vor der Polizei verstecken mußte. Diese Arbeit sollte eigentlich nur der erste Teil sein. Hier beschäftigt sich Lenin mit der allgemeinen Problematik des Übergangs zum Kommunismus. Im zweiten Teil sollten die Erfahrungen der russischen Revolution behandelt werden, aber Lenin kam infolge der revolutionären Ereignisse nur noch dazu, diesen Teil zu beginnen. Er wurde nie fertiggestellt. Zur Erleichterung beziehe ich mich auf die deutsche Ausgabe von »Staat und Revolution«, Leipzig o. J.

24 »Staat und Revolution«, S. 6.

25 Ebenda, S. 7.

26 Ebenda, S. 29.

27 Ebenda, S. 18/19.

28 Ebenda, S. 21.

29 Ebenda, S. 19, 25.

30 Lenin vergleicht hier »Das Elend der Philosophie« und das Kommunistische Manifest (»Staat und Revolution«, S. 26/27).

31 Ebenda, S. 97–99.

32 Ebenda, S. 112.

33 Ebenda, S. 30.

34 »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 13.

35 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 6.

36 »Staat und Revolution«, S. 42/43.

37 Ebenda, S. 32, 65/66.

38 Lenin führt dieses Urteil von Marx, mit dem er sich identifiziert, im Wortlaut an. Vgl. »Staat und Revolution«, S. 48/49.

39 Ebenda, S. 46.

40 Ebenda, S. 49 ff., und »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 39 ff.

41 Vor allem in der Angleichung der Bezahlung an den Arbeiterlohn soll der proletarische Charakter des neuen Staates deutlich zum Ausdruck kommen. Lenin meint, daß die meisten Funktionen der Verwaltung auf einfache Operationen der Registrierung, der Buchung und Kontrolle reduziert worden seien. Das bedeutet, daß sie »jedem Nichtanalphabeten zugänglich sind«, also ist eine höhere Bezahlung überflüssig, weil diese Arbeit jeder machen kann. Vgl. »Staat und Revolution«, S. 50/51.

42 Schon im März 1917 hatte Lenin seinen Vorschlag an dem Beispiel der Stadt Petrograd demonstriert. Er sagte, hier gibt es etwa 2 Millionen Einwohner, davon mehr als die Hälfte im Alter von 15 bis 65 Jahren. Wenn man von dieser Million ca. 250 000 Kranke und Invaliden abzieht, dann stehen 750 000 für den Dienst in der Miliz zur Verfügung. Sie

könnten im Wechsel jeden 15. Tag ihren Dienst versehen, und dann hätte man eine Miliz von ständig 50 000 Personen. Für die Bezahlung des einen Tages könnte man zunächst die Arbeitgeber heranziehen. Vgl. »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 15/16.

43 »Staat und Revolution«, S. 52/53.
Diese Ablehnung bedeute aber nicht, daß man im Verlaufe des revolutionären Kampfes darauf verzichten könne, in das Parlament zu gehen.
Im Jahre 1920 gab er den deutschen Kommunisten den Rat:
»Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr *verpflichtet*, innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten, *gerade* weil sich dort noch Arbeiter befinden, die durch die Pfaffen und in den Krähwinkeln des flachen Landes verdummt worden sind.«
Vgl. W. I. Lenin, »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, Ost-Berlin 1953, S. 52, auch S. 59/60.

44 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 122.

45 »Staat und Revolution«, S. 57.

46 Ebenda, S. 55/56.

47 Ebenda, S. 129.

48 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 155.

49 In »Staat und Revolution«, S. 104/105, unterscheidet Lenin drei Arten von »Demokratie«:
1. Eine »gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit« in der kapitalistischen Gesellschaft;
2. eine »Demokratie für das Volk, für die Mehrheit« in der Diktatur des Proletariats; und
3. eine »wahrhaft vollständige Demokratie« in der herrschaftslosen, kommunistischen Gesellschaft.

Hier identifiziert Lenin das Wort »Demokratie« mit der Staatsgewalt und faßt sie »als eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen« auf. Vgl. »Staat und Revolution«, S. 117.
Andererseits meint Lenin aber auch, daß »Demokratie« *nicht* identisch sei mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sondern die Demokratie sei, so kann man es jedenfalls interpretieren, der Staat als Idee. Vgl. »Staat und Revolution«, S. 95. Dennoch fährt er fort, den demokratischen Staat als »Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere« zu erläutern (ebenda, S. 95).
An einer anderen Stelle in »Staat und Revolution« (auf S. 116) stellt er zunächst fest, »Demokratie bedeutet Gleichheit«, fügt aber einschränkend hinzu, daß es sich nur um eine »formale Gleichheit« handelt, die zur »tatsächlichen Gleichheit«, d. h. der Gleichheit der Arbeit und des Arbeitslohnes, weiter entwickelt werden müsse.

50 »Staat und Revolution«, S. 91; sowie »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 163, wo er von der »grenzenlosen Dummheit« spricht, daß

der Übergang zum Sozialismus durch die Demokratie erfolgen könne. Ferner L. Trotzkij, »Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag«, Bern 1918, S. 93.

51 »Staat und Revolution«, S. 47.

52 Ebenda, S. 27, 39. Zitat auf S. 27.

53 Ebenda, S. 102/103.

54 In »Kritik des Gothaer Programms«, Berlin 1955, S. 83.

55 Vgl. dazu W. Mautner, »Der Bolschewismus«, S. 189–192.

56 »W. I. Lenin über Krieg . . .«, Bd. 1, S. 565.

57 Ebenda, Bd. 2, S. 139.

58 Lenin leitet seine Ansicht, die er in »Staat und Revolution« auf S. 111/112 entwickelt, aus der Marx-Engelsschen Konstruktion ab.

59 »Staat und Revolution«, S. 103/104.

60 Ebenda, S. 114.
Das Fragezeichen wurde deshalb angebracht, weil hier der deutsche Text offensichtlich einen Übersetzungsfehler aufweist. Anstelle von »mit der Zeit« muß es richtig »gegenwärtig« heißen. Und zwar handelt es sich hier um eine falsche Übersetzung des russischen Wortes »sowremenjem«.

Der Weg zur Parteidiktatur

1 Auf den Vorwurf, die Bolschewisten regierten mit der Minderheit, antwortete Trotzkij, daß die Bedeutung der Sowjets nicht darin liege, »die Mehrheit statisch widerzuspiegeln, sondern sie dynamisch zu bilden«. Vgl. »Grundfragen der Revolution«, Hamburg 1923, S. 49.

2 Trotzkij, der 1905 an der Spitze des Petersburger Arbeiterrates stand, meinte, die Sowjets seien aus der Bewegung selbst entstanden (»Um den Oktober«, S. 42). Radek bestätigte nachträglich, daß die Bolschewisten die Bedeutung der Sowjets als »Keime der zukünftigen Organisation der proletarischen Gewalt« damals nicht erkannt haben (»Wege der russischen Revolution«, Hamburg 1922, S. 18). Guilbeaux stellte fest, daß Lenin den Sowjets 1905/06 zwar »nicht grundsätzlich feindlich« gegenüberstand, aber er habe schon damals die Auffassung vertreten, daß sie nicht frei sein könnten, sondern »die Partei muß ihnen Direktiven geben« (»W. I. Lenin«, S. 100). Mit Recht urteilt A. Rosenberg in seinem Buch über den Bolschewismus, die Räte seien an sich ein »Fremdkörper« in der Lehre der bolschewistischen Partei gewesen; vgl. »Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart«, S. 123. O. Anweiler kommt zu der gleichen Schlußfolgerung und meint, daß Lenin die Räte erst dann für geeignet befand, als die Partei sie leiten konnte. Vgl. »Die Rätebewegung . . .«, S. 93–105.

3 Vgl. »Über die Pariser Kommune«, S. 28; auch O. Anweiler, S. 127 bis 155.

4 »W. I. Lenin über Krieg . . .«, Bd. 2, S. 12–30.

5 In »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 76.

6 »Um den Oktober«, S. 43.

7 O. Anweiler nennt für den Petrograder Sowjet, der sich als erster gebildet hatte, eine Zahl von 2000–3000 Delegierten (ab März 1917), für den Moskauer Sowjet 700 (»Rätebewegung«, S. 131–141).

8 Die Bolschewisten hatten zunächst nur wenig Delegierte auf ihrer Seite (im März 1917 in Petrograd 40 von 2000 bis 3000, in Moskau 51 von 700 Delegierten). Aber schon im Sommer stellten sie in Petrograd nach eigenen Angaben die Hälfte der Arbeiter- und 25 v. H. der Soldaten-Abgeordneten und in Moskau über 200 von ca. 700 Sowjetdelegierten. Trotzdem war ihr Einfluß auf das ganze Land bei weitem nicht so groß. Im Juni 1917 stellten sie 105 von 822 Delegierten des I. Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, zum I. Kongreß der Bauernräte (im Mai 1917) sogar nur 14 von 1115 Mitgliedern.
Vgl. dazu O. Anweiler, »Rätebewegung«, S. 136–141, 150–153, 223.

9 Ebenda, S. 134 und 141–143. Man versuchte, die Vertretungsnorm in einzelnen Städten zu vereinheitlichen; aber die Arbeiter und Soldaten fühlten sich nicht an solche Regelungen gebunden. Wer sich revolutionär gebärdete, wurde in die Sowjets gewählt.

10 Vgl. dazu den Text und die näheren Umstände der ersten fünf Dekrete der bolschewistischen Macht in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 1 bis 9.

11 Vgl. dazu O. Anweiler, »Die Rätebewegung«, S. 242 sowie eine anschauliche Tabelle über die Zusammensetzung des Kongresses auf S. 323.

12 Ebenda, S. 249 und Lenin, »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, S. 17.

13 Dekret Nr. 228 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 341–343 sowie Verfassung der RSFSR in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 561/62.

14 Vgl. S. O. Izyna, »Wie wählt man die Räte?«, Moskau 1925, S. 16.

15 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 562.

16 S. O. Izyna beschreibt in ihrem Buch »Wie wählt man die Räte?«, S. 16–27, welche Methoden angewandt worden sind. Z. B.: Die Wahlkommission lädt nur regierungstreue Einwohner zur Wahlversammlung ein, die anderen erfahren nichts davon. Oder die Säle sind zu klein, so daß nur »bestimmte« Wahlberechtigte Einlaß finden. Die Wahlversammlung wird in einen zentralen Ort verlegt, ohne daß die zugehörigen Dörfer benachrichtigt werden. Allerorts war es üblich, daß sich die Leitung der Versammlung massiv für bolschewistische Kandidaten einsetzte; häufig wurden andere abgelehnt, bedroht oder sogar verhaftet. Auch O. Anweiler, »Die Rätebewegung«, S. 281/83.

17 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 553–555.

18 Vgl. G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht«, Hamburg 1921, S. 33. U. a. erzählt G. Russel in einem Artikel der Münchener Zeitschrift »Der neue Merkur«, Sept. 1920, S. 351, daß sich die bolschewistischen Führer ihm gegenüber offen in diesem Sinne geäußert haben.

19 Nach »W. I. Lenin über Krieg...«, Bd. 2, S. 690 und »Zusammensetzung der I., II. und III. Sowjetkongresse der UdSSR«, russ., Moskau 1925, S. 5, waren auf dem III. Sowjetkongreß (Januar 1918) 61 v. H. der Delegierten Mitglied der bolschewistischen Partei, auf dem IV. (März 1918) 64 v. H. und auf dem V. Kongreß (Juli 1918) 66 v. H. Am VII. Kongreß (Dezember 1919) nahmen 1278 Bolschewisten von 1366 Delegierten teil. Das sind 93,6 v. H. Auch im Dezember 1922 betrug der bolschewistische Anteil 94,1 v. H. Vgl. auch H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«, S 86.

20 Die Übersichten wurden zusammengestellt nach den Angaben O. Anweilers. Vgl. »Die Rätebewegung«, S. 324/325.

21 O. Blum berichtet (»Russische Köpfe«, S. 90), daß N. Bucharin im November 1917 erklärte, die Pariser Kommune habe sich 3 Monate gehalten. Wenn sich die Bolschewisten nur 3 Wochen hielten, hätten sie schon eine gewaltige Leistung vollbracht. Zwei Jahre später meinte er: »Die Bolschewisten haben viele Fehler gemacht, aber ihr größter Fehler war, daß sie nicht mit der Möglichkeit des dauernden Bestehens rechneten.« Lenin eröffnete den III. Sowjetkongreß mit der Feststellung, daß sich die bolschewistische Macht nun schon 2 Monate und 15 Tage gehalten hat, d. h. 5 Tage länger als die Pariser Kommune. Vgl. »Über die Pariser Kommune«, S. 126.

22 Darüber berichten übereinstimmend H. Guilbeaux, »W. I. Lenin«, S. 91, Radek, »Wege der russischen Revolution«, S. 35 und Trotzkij, »Über Lenin«, S. 98.

23 Vgl. Dekrete Nr. 14, 19, 42, 56, 57 und 64. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 20, 25, 59, 76–77, 90.

24 Diese Ansicht hatte Lenin schon im März 1917 intern geäußert. Vgl. Radek, »Wege der russischen Revolution«, S. 22. Nach Trotzkij hat er sie später ebenfalls vertreten. Vgl. »Grundfragen der Revolution«, S. 47/48. Trotzkij fügte hinzu: »Dabei hatten wir schon im voraus beschlossen, daß, wenn in der Konstituierenden Versammlung die Mehrheit auf unserer Seite sein würde, die Konstituierende Versammlung sich von selbst aufzulösen und die Macht den Sowjets zu übergeben habe.«

25 H. Guilbeaux in »W. I. Lenin«, S. 88, schlüsselt das Wahlergebnis folgendermaßen auf:

Sozialrevolutionäre und Menschewisten	:	22,69 Millionen	(62 v. H.)
Bolschewisten	:	9,02 Millionen	(25 v. H.)
die übrigen Parteien	:	4,62 Millionen	(13 v. H.)

O. Anweiler beruft sich auf Berechnungen von O. H. Radkey in »The Election to the Russian Constituent Assembly of 1917«, Cambridge/Mass. 1950, und macht folgende Angaben:

Sozialrevolutionäre (insgesamt)	:	20 690 742 Stimmen
Bolschewisten	:	9 844 637 Stimmen
Menschewisten	:	1 364 820 Stimmen
andere soz. Gruppen	:	601 707 Stimmen
Konstit. Demokraten (»Kadetten«)	:	1 986 601 Stimmen

konservative Splittergruppen : 1 262 418 Stimmen
Nationalitätengruppen : 2 620 967 Stimmen

Wenn man ein klareres Bild erhalten will, so müssen die einzelnen Gruppen nach ihrer Zugehörigkeit getrennt werden. Die Sitzverteilung wäre dann in der Konstituante folgendermaßen gewesen: Konservative Gruppen: 94 Sitze (13,4 v. H.), die gemäßigten Sozialisten: 402 Sitze (57,6 v. H.) und die Radikalen (Bolschewisten und linke Sozialrevolutionäre): 207 Sitze (29 v. H.).

Vgl. O. Anweiler: »Die Rätebewegung«, S. 262–263.

26 Nach L. Trotzkij, »Über Lenin«, S. 99/100.

27 Zum Aufschub der Konstituante vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 159, 184, 266; zur Verhaftung der Abgeordneten ebenda, S. 161 bis 166. Die Resolution des Exekutivkomitees ist als Dekret Nr. 215 ebenda zu finden (S. 324/325).

28 Die Ereignisse lassen sich an Hand der Dekrete genau verfolgen: Dekret Nr. 214 bestimmt die Machtübergabe an den Sowjetkongreß, Nr. 183 und 188 regeln den Zusammentritt der Versammlung und des Kongresses, Dekret Nr. 221 verfügt die Auflösung, einen Tag nach der faktischen Auflösung. Vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 276 bis 278, 284, 314–324.

Gute Schilderungen finden sich bei O. Anweiler »Die Rätebewegung«, S. 260-273, D. Shub, »Lenin«, S. 322–339 und in den russischen Darstellungen.

29 14 Tage nach der Auflösung der Konstituante wurden ihre Büros beseitigt. Später verbot ein Dekret ausdrücklich, daß offiziell an diese Versammlung erinnert werden soll. Vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 382–383, 557.

30 Zur Auflösung aller demokratischen Einrichtungen vgl. die Dekrete Nr. 1, 3, 10, 65, 79, 92, 93, 128, 159, 174 und 180. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1.

31 Dekrete Nr. 6, 14, 28 und 70. Ebenda, S. 8, 20, 36–39, 102.

32 Nach L. Trotzkij, »Mein Leben«, Berlin 1930, Bd. 2, S. 58/59.

33 Vgl. dazu die Dekrete Nr. 28, 69, 228 und 235 sowie die Verfassung der RSFSR in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 36–40, 101 f., 341–351 und Bd. 2, S. 545–566.

34 Vgl. dazu die Darstellung Anweilers »Die Rätebewegung«, S. 274–285. W. Pietsch, »Revolution und Staat. Institution als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917 bis 1922«, Köln 1969, weist in seiner gründlichen Untersuchung nach, daß für den Aufbau der sowjetischen Staatsgewalt kein genauer Plan Lenins existiert hat.

35 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 341.

36 Diese Erklärung wurde im Wortlaut übernommen, wie sie der III. Sowjetkongreß im Januar 1918 proklamiert hatte.

Wir legen im folgenden die russische, nach den sowjetischen Archiven angefertigte Fassung der Verfassung der RSFSR zugrunde. Vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 545–566.

37 Dekrete Nr. 28 und 76 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 38, 108.

38 Dekrete Nr. 81 und 206 sowie die Verfassungsbestimmung in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 115–120, 302/303 und Bd. 2, S. 562.
39 Vgl. Dekret Nr. 168. Ebenda, S. 244/245 und Dekrete Nr. 5, 15, 27, 50, 138 und 214 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1.
40 Dekrete Nr. 21, 72 und 290 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 19 bis 30, 103, 290/291.
41 Dekrete Nr. 85, 303 und 305. Ebenda, S. 124–126, 463–478.
Zur Schlichtung von zivilen Streitigkeiten sollten später besondere Gerichtsinstanzen gebildet werden. Die Prozeßkosten wurden von ihnen anteilmäßig unter den Klägern und Beklagten verteilt.
42 Vgl. Dekrete Nr. 52, 171 und 248 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 71–73, 247–250, 371–374.
43 Dekrete Nr. 43, 79 und 143 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 59 bis 62, 111/112, 210/211.
44 Dekret Nr. 29. Ebenda, S. 39-41.
Zu den Verfassungsbestimmungen vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 550; zur Entscheidung über die Unabhängigkeit Finnlands vgl. in dem Dekret Nr. 172. Ebenda, Bd. 1, S. 250.
45 Vgl. »Dekrete« Nr. 243, 247 und 300. Ebenda, Bd. 1, S. 367, 370, 460.
46 § 50 der Verfassung der RSFSR in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 558; ebenda, Bd. 1, die Dekrete Nr. 20, 36, 110, 173, 235, 246 und 321.
47 Vgl. dazu »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 101 ff.
48 Ebenda, S. 189–191.
49 Ebenda, S. 507.
50 Nach D. Gavronski, »Die Bilanz des russischen Bolschewismus«, Berlin 1919, S. 57; B. Nolde, »Lenins Räterepublik«, Berlin 1920, S. 31 und offiziellen bolschewistischen Quellen.
51 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 222.
52 Ebenda, S. 130, 152, 188.
53 Trotzkijs Rede vom 28. 3. 1918 wurde unter dem gleichen Titel 1918 in Basel in deutscher Sprache veröffentlicht.
54 Ebenda, S. 28.
55 L. Trotzkij, »Die Geburt der Roten Armee«, Wien 1924, S. 10.
56 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 132, 167/168.
57 Ebenda, S. 75. Vgl. auch B. Russels aufschlußreichen Bericht in »Der neue Merkur«, 1920, S. 347 und B. Nolde: »Lenins Räterepublik«, S. 22.
58 Vgl. zur Bildung einer regulären Armee »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 352–361, 434–441, 577; zu den Maßnahmen Trotzkijs »Die Geburt der Roten Armee«, S. 8–16.
59 »Arbeit, Disziplin und Ordnung . . .«, S. 28.
60 Die neue Armee wurde aus Freiwilligen des alten Heeres, aus der Roten Garde und durch Dienstverpflichtungen gebildet. Im Frühjahr 1918 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt (Dekret vom 22. 4. 1918) und die obligatorische militärische Ausbildung in Fabriken und Schulen verfügt. Zum Aufbau der Roten Armee vgl. die Schriften

Trotzkijs, insbesondere »Die Geburt der Roten Armee« sowie B. Nolde, »Lenins Räterepublik«, S. 36–38 und Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 92–106.

61 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 230, 382.

62 Die Gründung der Tscheka wurde in einem Dekret vom 24. 11. 1917 (»Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 546) verfügt. Unter den vielen Berichten über ihre Tätigkeit ist besonders instruktiv die Untersuchung Gavronskis, »Die Bilanz des russischen Bolschewismus«, S. 58–63, weil sich der Verfasser auf die sowjetischen Zeitungsberichte aus jener Zeit, vor allem auf die von der Tscheka herausgegebene Wochenschrift, beruft.

63 Vgl. A. Kollontaj, »Die neue Moral und die Arbeiterklasse«, Berlin 1920; auch C. Zetkin, »Erinnerungen an Lenin«, Wien-Berlin 1929.

64 »Die neue Moral und die Arbeiterklasse«, S. 70. Einen guten Einblick in die damalige Situation gibt auch Jan Valtin, »Tagebuch der Hölle«, Köln 1957.

65 L. Trotzkij, »Fragen des Alltagslebens«, Hamburg 1923, S. 54/55 und 60.

66 Vgl. dazu Dekrete Nr. 121, 129, 132, 169, 170, 179, 205 und 207 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1.

67 Vgl. L. Trotzkij, »Unsere politischen Ziele«, Genf 1904, S. 102.

68 A. Berkman, »Die Kronstadt-Rebellion«, Berlin 1923, S. 4.

69 Über den Kronstädter Aufstand vgl. die probolschewistischen Darstellungen: K. Radek, »Neue Enthüllungen über die Partei der Sozialrevolutionäre (Das Pariser Geheimarchiv)«, Hamburg 1922; K. Kersten, »Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre 1922. Revolution und Konterrevolution«, Berlin 1925 und G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht« und die Gegendarstellungen (meist von Teilnehmern): »Der Kronstädter Aufstand«, russ., Berlin 1958; »Wir klagen an! Verbrechen der Sowjetmacht 1917 bis 1954«, russ., herausgegeben von der zentralen Vereinigung der Nachkriegsemigranten aus der UdSSR, Berlin 1954; »Wir hoffen sehr auf Kronstadt!«, Köln 1954; A. Berkman, »Die Kronstadt-Rebellion«. Wir stützen uns vor allem auf A. Berkman, der als Anarchist Kontakt zu den Bolschewisten hatte und die Ereignisse aus unmittelbarer Nähe miterlebte.

70 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 257.

71 Ebenda, S. 250–257.

72 Den Oberbefehl führte General Tuchatschewski, so wie es damals durchaus die Regel war, daß ehemalige zaristische Offiziere als Kommandeure der bolschewistischen Truppen fungierten.
Einzelheiten der Kampfhandlungen bei A. Berkman, »Die Kronstadt-Rebellion«, S. 20–28.

73 Zitiert nach A. Berkman, »Die Kronstadt-Rebellion«, S. 20.

74 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 243–289, insbesondere S. 264; G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und der Sowjetmacht«, S. 39–43.

75 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 258, 264.

76 Ebenda, S. 257.
77 G. Sinowjew, »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, Hamburg 1925, S. 62 und L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 22.
78 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 250, 273.
79 L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 121–123.
80 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 126.
81 »W. I. Lenin, »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, S. 37–40.
82 Ebenda, S. 38.
83 G. Sinowjew, »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, S. 43.
84 Die Forderungen der Arbeiteropposition wurden in einer Broschüre der A. Kollontaj zusammengefaßt. Als sie sich von ihnen distanzierte, und die entsprechenden Artikel nicht mehr verbreitet wurden, gab die »Revolutionäre Arbeiteropposition Rußlands«, eine radikalere Gruppe im Ausland die Broschüre der Kollontaj (A. Kollontaj, »Die Arbeiter-Opposition in Rußland«) 1924 in deutscher Sprache heraus und versah sie mit eigenen Anmerkungen, ohne den Text zu verändern.
85 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 251, 280, 285, 289.
86 Ebenda, S. 274, 298.
87 Ebenda, S. 275, 282.
Er konnte damals noch nicht wissen, wie verhängnisvoll sich diese Entscheidung später für seine Mitarbeiter auswirken sollte; denn Stalin benutzte sie als Begründung für die Beseitigung seiner Konkurrenten.
88 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 102.
89 Ebenda, S. 441.

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel

1 Vgl. »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907«.
Diese Broschüre wurde Ende 1907 von Lenin verfaßt und 1908 gedruckt. Allerdings fiel sie der zaristischen Zensur zum Opfer und wurde eingestampft. Ein einziges Exemplar blieb erhalten. Nach ihm richtete sich die Neuauflage im Verlag »Shis'n i Snanije« (Leben und Wissen), die 1917 als Sonderdruck erschien.
Unserer Untersuchung liegt die deutsche Ausgabe (Berlin 1952) zu Grunde – eine Übersetzung der Auflage aus dem Jahre 1917.
2 »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie ...«, S. 174.
3 Ebenda, S. 171. Im vollen Wortlaut heißt es hier:
»Der Marxismus läßt es zu, daß die Nationalisierung in das Programm der bürgerlichen Revolution aufgenommen wird, weil die Nationalisierung eine bürgerliche Maßnahme ist, weil die absolute Rente die Entwicklung des Kapitalismus hemmt, weil das Privateigentum an Grund und Boden ein Hindernis für den Kapitalismus ist.«

4 »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie«, S. 246/247.

5 Es ist also durchaus verständlich, daß Lenin bei seiner Meinungsänderung im April 1917 von seinen Genossen unter Hinweis auf seinen früheren Standpunkt heftig attackiert wurde.
Bagdatjew sagte z. B. auf einer Sitzung der Aprilkonferenz (1917): »Ich denke, daß Genosse Lenin zu früh den alten bolschewistischen Standpunkt verlassen hat. Wir haben immer gedacht, daß die Nationalisierung des Bodens, der Banken und Eisenbahnen nicht über die Grenzen des Kapitalismus hinausgeht, daß sie nicht zur sozialistischen Ordnung führt.«
Vgl. »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 91.

6 »Staat und Revolution«, S. 115.

7 Ebenda, S. 96. Lenin entwickelt seine Vorstellungen dazu auf S. 96 bis 120 und beruft sich fast ausschließlich auf diesen Brief.

8 Ebenda, S. 21.

9 Vgl. »Die Frühschriften«, S. 235.
Marx sagt von dem rohen Kommunismus: Er »ist also nur eine *Erscheinungsform* von der Niedertracht des Privateigentums, das sich als das *positive Gemeinwesen* setzen will.«

10 Vgl. Karl Marx, »Kritik des Gothaer Programms«, S. 20, 25.

11 Vgl. »Staat und Revolution«, S. 107–111.

12 Ebenda, S. 18–21.

13 W. I. Lenin, »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie . . .«, S. 251.

14 Vgl. dazu sowie zum folgenden »Staat und Revolution«, S. 106–110.

15 Ebenda, S. 118.

16 Ebenda, S. 119.

17 Ebenda, S. 59.

18 »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 235.

19 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 42, 44.

20 Ebenda, S. 43/44.

21 Ebenda, S. 42/43.

22 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 5 sowie »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 77, 190, 234/235, 257, 272. Im September 1917 meinte Lenin sogar, es sei eine Lüge, den Bolschewisten zu unterstellen, sie wollten jeden kleinen Betrieb enteignen. Jeder könnte seinen Privatbesitz behalten.

23 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 5.

24 »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 77.

25 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 9–50.

26 Ebenda, S. 15, 45.

27 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 15–20.
Hier verweist Lenin auch darauf, daß faktisch in Deutschland nur 4 große Privatbanken und in den USA 2 von Bedeutung sind.

28 Ebenda, S. 21–24.

29 Ebenda, S. 24–31. Lenin meinte, daß man weiter nichts zu tun habe, als einer Gruppe von »sagen wir 1000 oder 10 000 Wählern« das Recht zur Einsicht aller Geschäftspapiere zu gewähren.

30 Ebenda, S. 31–34.
31 Ebenda, S. 45.
32 Die Lage in der russischen Wirtschaft nach der Februarrevolution wird – außer in den allgemeinen geschichtlichen Darstellungen – auch in einzelnen Berichten aus bolschewistischer und nichtbolschewistischer Sicht gleichermaßen beschrieben.
Vgl. »Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiterverbandes in den Jahren 1917 bis 1920«, Berlin 1920, S. 19; Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917 bis 1920«, S. 132–136; D. Gavronski, »Die Bilanz des russischen Bolschewismus«, S. 20–28. Gavronski berichtet, daß die Transportarbeiter an der Wolga ihren Lohn so festsetzten, daß sie in 2 bis 3 Stunden genügend verdient hatten. Wenn andere an ihrer Stelle die Verladearbeiten durchführen wollten, wurden sie verjagt; A. Rosenberg, »Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart«, S. 125.
33 K. Radek, vgl. »Wege der russischen Revolution«, S. 55, erklärte nachträglich, daß im Herbst 1917 der größte Teil der bolschewistischen Führer auf keinen Fall die Leninsche Konzeption akzeptiert hätte, weil sie mehr forderten. Bei Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 136, heißt es wörtlich: »Der Unternehmer war damit nicht einverstanden, den Betrieb ausschließlich dazu zu leiten, damit die Arbeiter die Betriebsleitung erlernen sollten, denn das war das geheime Ziel der Arbeiterkontrolle nach der Novemberumwälzung. Umgekehrt waren die Arbeiter, voll des Hasses gegenüber dem Kapital, nicht einverstanden, freiwillig ein Objekt der Ausbeutung zu bleiben.«
34 Ein typisches Beispiel dafür ist Larin, der auf Anregung Trotzkijs im September 1917 in die Partei aufgenommen wurde. Vgl. »Protokolle des ZK der RSDAP (B)«, russ., Moskau 1958, S. 47, 63. Nach der Revolution leitete er die »gesetzgebende Abteilung« im Volkskommissariat für Arbeit und war am Entwurf der wichtigsten Dekrete beteiligt. Vgl. ebenda, S. 136; Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 27, 53, 87; D. Shub, »Lenin«, S. 385/386.
35 Vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 30, 57, 69–71, 103, 110, 126–129, 148–151, 189, 225–239, 285, 359, 386–390.
Im Jahre 1918 glaubte Lenin noch, daß die Bank ihre Funktionen auch unter den neuen Bedingungen erfüllen könnte. Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 78/79.
36 Vgl. Bucharin, »Das Programm der Kommunisten«, S. 72–76 und Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 61, 157.
37 Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 57/58.
38 Vgl. »Direktiven der KPdSU und der Sowjetregierung in Wirtschaftsfragen«, russ., Moskau 1957, Bd. 1, S. 126.
39 Da in der Zusammenfassung »Dekrete der Sowjetmacht« auch die in Moskauer Archiven befindlichen Projekte angeführt wurden, läßt sich die endgültige Fassung der Dekrete mit den ursprünglichen Projekten vergleichen (hier Bd. 1, S. 77–85).
40 Vgl. die einzelnen Dekrete der Sowjetregierung in »Dekrete der So-

wjetmacht«, Bd. 1, und zwar: Nr. 74, 130, 135, 158, 165, 195, 196, 197, 198, 204, 217, 218, 219, 230, 231, 250, 251, 252, 253, 278, 279, 280, 281, 282, 294 und 295.

41 Vgl. die entsprechenden Dekrete, ebenda, S. 132–137, 147, 240, 371 bis 374, 380–400.

42 Ebenda, S. 122–124, 546 sowie »Direktionen ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 62–66, 77–80.

43 Vgl. Dekrete vom September 1920 in »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 121, 134, 175, 180.

44 M. P. Miljutin, »Zwei Jahre ökonomischer Diktatur des Proletariats in Rußland«, Hamburg 1920, S. 8.

45 Vgl. zu der Bildung des Obersten Volkswirtschaftsrates: Dekrete Nr. 53, 58 und 120 in: »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 73–85, 172–174 und zu seinem Aufbau: »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 84 sowie Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 138–142.

46 »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 84, 114. Wichtige Betriebe unterstanden direkt der Zentrale, die übrigen örtlichen Räten.

47 N. Bucharin, »Das Programm der Kommunisten«, S. 16 und »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 224.

48 Ebenda, S. 89–92, 101–102, 113.

49 N. Bucharin, »Das Programm der Kommunisten«, S. 68.

50 Vgl. Dekrete Nr. 120 und 157 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 172–174, 232/233.

51 Vgl. »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 54, 91, 200, 203–217; »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 515–519.

52 »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 158, 200, 203/204; ebenfalls Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 87/88.

53 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 282–284, 459/460; vgl. Lenins Entwurf der »Ernährungsdiktatur« in »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 139/140. Die Dekrete in »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 52, 88–91.

54 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 300/301 und »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 91, 117, 144, 178.

55 N. Bucharin, »Das Programm der Kommunisten«, S. 16, 59, 63 bis 67; Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 157.

56 L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 152/153, 158, 162/163.

57 Ebenda, S. 173 und »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 170. Trotzkij verwies auf das Beispiel der III. Armee, die zur Arbeitsarmee mit einer Stärke von 110 000 Mann umgebildet worden war.

58 Vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 225–230. In einer Anmerkung wird hier darauf verwiesen, daß das Projekt Lenins erstmalig veröffentlicht worden ist. In einem Zusatz zu dem Dekret vom 21. Februar 1918 wurde Lenin noch deutlicher und forderte, daß jedermann auch außerhalb der Arbeitszeit für militärische oder Verwaltungsarbeiten zur Verfügung stehen müsse. Vgl. »W. I. Lenin über Krieg ...«, Bd. 2, S. 235/236.

59 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 280, 486, 495 sowie »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 142, 150, 196.

60 Vgl. die Resolutionen der Sozialrevolutionäre zur Landfrage vom 12. 4. und 3. 6. 1917. Nach S. Dubrowski, »Die Bauernbewegung in der russischen Revolution 1917«, Berlin 1929.

61 Vgl. »Die Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 246/247 und das »Landdekret« vom 26. 10. 1917 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2, S. 17–20. Einzelheiten auch bei Miljutin, »Die Agrarpolitik in der UdSSR«, russ., Moskau 1927, S. 58.
Vor dem II. Sowjetkongreß sagte Lenin u. a.: »Hier werden Stimmen laut, daß das Dekret und die Vorschriften von den Sozialrevolutionären entworfen worden sind. Nun, wenn schon! Ist es nicht gleichgültig, von wem es entworfen wurde!« Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 73/74.

62 Dubrowski führt zahlreiche Beispiele und Tabellen (vgl. S. 62–102) über die eigenmächtige Landnahme der russischen Bauern im Jahre 1917 an. Darstellungen finden sich auch bei Miljutin, »Die Agrarpolitik der UdSSR«, S. 59–60, »Sozialismus und Landwirtschaft«, S. 28.
Die Zahlenangaben der Enteignung: 90 v. H. des Bodens und auch des Viehbestandes, sowie Inventar im Werte von 310 Millionen Goldrubel, sind von S. Dubrowski (S. 191/192) und Miljutin, »Sozialismus und Landwirtschaft«, S. 35/36, angeführt worden.

63 Die Tatsache, daß vor allem die reichen Bauern Land erhielten, wird von S. Dubrowski (»Die Bauernbewegung ...«, S. 105) und auch von W. Mautner (»Der Bolschewismus«, S. 36) mit Zahlen und Beispielen belegt.
Zur Entwicklung der russischen Landwirtschaft hinsichtlich der Stolypinschen Reformen und ihrer Folgen vgl. neben Dubrowski und Mautner auch B. Nolde, »Lenins Räterepublik«, S. 8–11, Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 146–153 und Miljutin, »Sozialismus und Landwirtschaft«, S. 23 ff.

64 Bis zum Herbst 1917 äußerte Lenin mehrfach, »daß es die Bauernschaft besser als wir versteht«, das Problem zu lösen; vgl. »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 22 und 190 sowie »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 74. Als nach der Revolution Bauern zu ihm kamen und sich Rat holen wollten, sagte er: »Ihr seid die Regierung, tut, was ihr wollt, nehmt alles, was ihr wollt, wir werden euch unterstützen; aber wacht über die Produktion, seht zu, daß die Produktion nicht zurückgeht.« Nach D. Shub, »Lenin«, S. 317.

65 Zitiert nach P. Knirsch, »Die ökonomischen Anschauungen Nikolai I. Bucharins«, Berlin 1959, S. 180.

66 Zu der Vielzahl von Gesetzen vgl. »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 52, 80–91, 93–115 und Miljutin, »Sozialismus und Landwirtschaft«, S. 73–93. Auf S. 84 entrüstet sich Miljutin über die ungenügenden Dekrete im Jahre 1918: »Kein Wort wird über die Gründung landwirtschaftlicher Kommunen durch Zusammenlegung

von Kleinwirtschaften verloren ...« Die Sowjetwirtschaften »werden als Wirtschaften bezeichnet, die bloß auf den ›leerstehenden‹ Grundstücken entstehen«.

67 Über den Rückgang der Erzeugung vgl. »Handbuch für Handel und Industrie der UdSSR« (1924), S. 2–10.

68 Zitiert nach »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 306; ebenfalls bei Radek, »Wege der russischen Revolution«, S. 53; Miljutin, »Sozialismus und Landwirtschaft«, S. 38/39 und Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 29–31.

69 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 76, 110.

70 Vgl. dazu Larin und Kritzmann: »Wirtschaftsleben ...«, S. 61, 157.

71 Sogar der »Chefplaner« Larin mußte zugeben, daß in den Städten höchstens 25 v. H. der zugestandenen Normen geliefert werden konnten. Wenn man berücksichtigt, daß nach Angaben Sinowjews die tägliche Zuteilungsnorm für Brot zwischen 30 und 225 Gramm schwankte, kann man sich vorstellen, daß diese Zuteilung keineswegs ausreichte. Vgl. Larin und Kritzmann, S. 51–62; G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht«, S. 45–47 sowie Dekret Nr. 245 in: »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 369; Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 110 und Nolde, »Lenins Räterepublik«, S. 25.

72 Die Gewerkschaft der Metallarbeiter verlor im Moskauer Rayon von Januar bis Mai 1918 123 000 Mitglieder von insgesamt 183 000; der Verband der Chemiearbeiter büßte von 40 000 Mitgliedern 30 000 ein. Vgl. dazu D. Gavronski, »Bilanz des russischen Bolschewismus«, S. 63/64. Gavronski zitiert offizielle bolschewistische Angaben.

73 Ebenda, S. 64.

74 Vgl. Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 65.

75 Ebenda, S. 46–50; »Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiterverbandes in den Jahren 1917 bis 1920«, S. 9; »Handbuch für Handel und Industrie der UdSSR«, 1924, S. 17 und »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Monatsschrift, No. 11, November 1924, S. 21–28. Auch bei Gavronski, S. 53–56.

76 Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben ...«, S. 176, führen eine genaue Aufstellung an, in welchem Verhältnis die Produktion der russischen Industrie zurückgegangen ist. Zweifellos ist auch dieser Bericht noch übertrieben.

Danach betrug die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1920 im Verhältnis zur Halbjahrproduktion 1913 in den folgenden Herstellungszweigen (in Prozenten):

Töpfe	75	Glas	13
Kupfer	50	Gold und Silber	12
Schwefelkies	40	Eisenerz	12
Erdöl	33	Schwefelsäure	11,4
Platin	33	Stärke	7,8

Flachsfabrikate	33	Spiritus	5
Holzverarbeitung	30	Zucker	4,5
Chromhaltige Eisenstangen	30	Pflanzenöl.	4,3
Magnesit	25	Eisen und Stahl	4
Kohle	25	Baumwollfabrikate	3,3
Baumwolle	20	Seife	2,8
Mehl	18	Roheisen	2,4
Tabak	17,7	Farben, Lack	2,2
Zündhölzer	16	Gummiwaren	1,7
Papier und Pappe	15,2	Bleistifte	1,2

Mineraldünger, Zement, Salpetersäure, Kalisalze, Soda, Manganerz, Blei und Zink wurden überhaupt nicht mehr produziert.

77 G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht«, S. 45–47; nach der offiziellen Wirtschaftszeitung, »Wirtschaftsleben«, Nr. 12. Angeführt von Gavronski. »Die Bilanz des russischen Bolschewismus«, S. 54 und Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben...«, S. 163.

78 Vgl. A. Kollontaj, »Die Arbeiter-Opposition in Rußland«, S. 5–8.

79 Ebenda, S. 5–23.

80 Ebenda. Auf Seite 14/15 führt A. Kollontaj als Beispiel an, daß im Volkskommissariat für Ernährung nur 17 v. H. der Angestellten Arbeiter seien. »Gerissene Fanatiker« hätten einen völlig fremden Geist in die Sowjets getragen.
Lenin war über diese Broschüre sehr erbost und veranlaßte A. Kollontaj später, nachdem sie sich wieder mit ihm versöhnt hatte, sich von ihren Darstellungen zu distanzieren. Die Ausgabe der ausländischen Opposition, die mir vorlag, war nach dem Text in der Zeitung der KPD gedruckt worden.

81 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 250.

82 G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht«, S. 90.

83 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 273, 277.

84 A. Kollontaj, »Die Arbeiter-Opposition in Rußland«, S. 43–45.

85 Ebenda, S. 38–41, 54.

86 Vgl. dazu »Die Arbeiter-Opposition in Rußland«, S. 7, 29–38.
Ironisch bemerkt die Kollontaj, daß man es kaum als eine wichtige Aufgabe betrachten könne, wenn Sinowjew der Gewerkschaft die Verteilung der Berufskleidung übertragen möchte oder Trotzkij davon spricht, daß sie für das Einsetzen von Fensterglas und für die Ordnung auf dem Fabrikhof verantwortlich gemacht werden solle.

87 Ebenda, S. 41–43.

88 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 271, 273, 278.

89 Ebenda, S. 269–272.

90 Ebenda, S. 283.

91 Ebenda, S. 217.

92 Ebenda, S. 234.
Shub erzählt in: »Lenin«, S. 438/39, unter Berufung auf »Leninski

Sbornik«, daß Lenin nach dem Scheitern des Kriegskommunismus Larin schleunigst nach London als Angestellten der sowjetischen Botschaft schickte und dem Botschafter, Krassin, den dringenden Rat gab: »Wenn Sie auch nur eine einzige von seinen Statistiken glauben, fliegen Sie aus dem Dienst.« Krassin sollte Larin solange wie möglich in London behalten und ihn mit allem Möglichen beschäftigen – nur nicht mit Wirtschaftsfragen.

93 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 293.

94 Ebenda, S. 498.

95 Ebenda, S. 143, 145.
Die Heraushebungen wurden vorgenommen, um den wesentlichen Gedanken dieser Rede zu unterstreichen.
Vgl. zu VII. Parteitag: »Der VII. Außerordentliche Parteikongreß der RKP (B) im März 1918«, russ., Moskau 1962, S. 160.

96 »Staat und Revolution«, S. 116/117.

97 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 143–145.

98 Vgl. »Grundfragen der Revolution«, S. 150.

99 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 301. Lenin meinte die angebliche Änderung der Marxschen Ansicht im Hinblick auf einen friedlichen Übergang.

100 Sombart behauptet beispielsweise, daß der wirtschaftliche Umschwung in der Sowjetunion nicht erst 1921, sondern schon im April 1918 eingesetzt hätte. Vgl. »Der proletarische Sozialismus«, Bd. 2, S. 477. M. E. ist das eine Unterschätzung der Bedeutung des Kriegskommunismus; denn es wird nicht behauptet werden können, daß sich die Gesichtspunkte der Naturalwirtschaft mit der früheren oder späteren Konzeption Lenins vereinbaren lassen. Sombart läßt sich hier offensichtlich zu sehr von einigen Vorläufern der Neuen Ökonomischen Politik (Verwendung bürgerlicher Spezialisten, bessere Bezahlung für gute Arbeiter usw.) beeinflussen.
P. Knirsch, »Die ökonomischen Anschauungen Nikolai I. Bucharins«, S. 200, meint, daß die Behauptung Bucharins, die Neue Ökonomische Politik sei eigentlich »die ursprüngliche Idee der Oktoberrevolution gewesen« »absurd« wäre, bzw. »eindeutig falsch ist«. Natürlich war die NEP nicht Bucharins Idee; aber der Vorstellung Lenins entsprach sie eher als der Kriegskommunismus.

101 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 239/240.

102 Ebenda, S. 244–248.

103 Ebenda, S. 223.

104 Ebenda, S. 109 und S. 240–242.

105 Larin und Kritzmann, »Wirtschaftsleben . . .«, S. 133.

106 G. Sinowjew, »Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht«, S. 87.

107 Alle genannten Bolschewisten – außer Larin, der von Lenin keine Gelegenheit dazu erhielt – äußerten sich in vielen Artikeln und Reden nur noch positiv zur Neuen Ökonomischen Politik. Das Lob Miljutins findet sich in seinem Buch »Die Agrarpolitik der UdSSR«, S. 165:

108 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 409.
109 Ebenda, S. 463/464.
Die Heraushebungen wurden von mir vorgenommen.
110 Ebenda, S. 385, 458/459.
111 Ebenda, S. 376, 489.
112 Ebenda, S. 459/460.
113 Ebenda, S. 247.
114 L. Trotzkij, »Die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands und die Weltrevolution«, Hamburg 1923, S. 12/13. (Künftig unter dem Titel »Die neue ökonomische Politik« zitiert.)
115 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 405.
116 Vgl. »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 225–239; Dekret vom 9. 8. 1921, ebenda, S. 254–257.
117 Vgl. dazu »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Nr. 1 – Januar 1925, S. 30, 102 sowie zu den Dekreten: »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 271, 324, 343, 368, 498. Außerdem Hinweise auch bei Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 111 bis 128 sowie »Handbuch für Handel und Industrie der UdSSR«, 1924, S. 133/134.
118 Vgl. dazu »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 257; »Handbuch ... der UdSSR« (1924), S. 135–152; »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Nr. 1, Januar 1925, S. 98–101.
119 »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 257; »Handbuch ... der UdSSR«, S. 158–163; »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Januar 1925, S. 30–32.
Nach der Steuerordnung vom Januar 1923 gab es 12 Steuerklassen. Die privaten und genossenschaftlichen Betriebe mußten Gewerbesteuer, eine bestimmte Kategorie »Luxussteuer« bezahlen. Für Konsumgüter wurde eine zusätzliche Abführung (»Akzise« genannt) an den Staatshaushalt festgesetzt. Ab Dezember 1923 mußten alle Bürger progressiv gestaffelte Einkommens- und Vermögenssteuern entrichten.
120 »Aus der Volkswirtschaft«, ebenda, S. 31-52; auch Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 115–119.
121 Vgl. dazu »Handbuch für Handel und Industrie der UdSSR«, S. 91 bis 95 und 135–152; »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 257; »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Januar 1925, S. 98–101 und Dezember 1924, S. 109–111 sowie Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 143.
Der staatliche Handel beschränkte sich auf die Transaktionen der Staatsbetriebe und verfügte über 70 lokale Handelsunternehmen. Daneben gab es ca. 25 000 Genossenschaften mit 35 000 Geschäften und eine weit größere Zahl von Einzelhandelsgeschäften.
122 Vgl. dazu »Handbuch ... der UdSSR«, S. 95–112 und »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Dezember 1924, S. 105–118 und Januar 1925, S. 17–39.
Allein 70 Warenbörsen in den wichtigsten Städten hatten im Jahre

1923/24 einen Umsatz von über 3 Milliarden Rubel; dieser Wert war größer als der der gesamten Industrieproduktion.

123 Vgl. Dekret vom 21. 3. 1921 und vom 24. 5. 1921 (»Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 225–239).

124 Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 526–529.
Nach der Zeitschrift »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, November 1924, S. 107–117, gab es 1924 mehr oder minder feste Formen der Genossenschaften, in denen 2,2 Millionen Bauernwirtschaften von insgesamt 19 Millionen vereinigt waren.

125 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 261/262.
Lenin sprach davon, daß der Bauer »unter den jetzigen Bedingungen der Krise, der mangelhaften Ernährung und des Viehsterbens« der Sowjetmacht Kredit einräumen muß. Man läßt ihn frei wirtschaften, aber erwartet auch Loyalität gegenüber der Sowjetmacht.

126 In offiziellen Angaben der Sowjetunion werden diese Jahre hinsichtlich der Zahlen für die Sowjetwirtschaften und Agrarkommunen meist übergangen. Vgl. dazu Axel de Vries, »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 157.

127 G. Sinowjew, »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, S. 40. Trotzkij verfolgte dieses Werben um den Mittelbauern allerdings mit großem Mißtrauen. Vor allem machte er Stalin und Bucharin dafür verantwortlich und meinte, sie hätten die Mittelbauern durch die Parole: Bereichert euch! ködern wollen und dadurch völlig vergessen, daß sie in einem sozialistischen Land leben. Vgl. L. Trotzkij, »Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution«, 1928, S. 32.

128 »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 126/127, 237, 254 bis 257 und »Handbuch für Handel und Industrie der UdSSR«, S. 126 bis 132.

129 Vgl. §§ 6 und 55 des Dekrets vom 9. 8. 1921 in »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 254–257 und »Handbuch ... der UdSSR«, S. 16–17, 115–132, 312–318. Auf S. 17 werden die Besitzverhältnisse in der russischen Industrie für März 1923 wie folgt angegeben: Von der Gesamtzahl der Betriebe waren 88,5 v. H. in privatem, 3,0 v. H. in genossenschaftlichem und 8,5 v. H. in Staatsbesitz. Privat waren allerdings hauptsächlich die kleineren Betriebe, die nur einen Anteil von 4,9 v. H. an der Gesamtproduktion hatten (die genossenschaftlichen: 2,8 v. H., die staatlichen: 92,3).

130 Noch im Dezember 1922, als Lenin schon ernsthaft erkrankt war, richtete er einen sorgenvollen Brief an Stalin, daß er und Bucharin keinesfalls – wie Lenin vermutete – gegen das Außenhandelsmonopol agieren sollen. Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 511–515.

131 Nach »Handbuch ... der UdSSR«, S. 25–77, 192–273. Hier sind auch die Vertragsbedingungen und rechtlichen Grundlagen des sowjetischen Außenhandels ausführlich dargestellt. Zahlenangaben für den Sowjethandel, der im Jahre 1920/21: 8 v. H., 1922/23: 11 v. H. und 1923/24: 21 v. H. des Umsatzes im Jahre 1913 ausmachte, in »Aus der Volks-

wirtschaft der UdSSR«, November 1924 S. 103 und Dezember 1924, S. 14–18, 55, 99.

132 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 220.

133 Ebenda, S. 195, 262.

134 Vgl. »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 207 und »Handbuch ... der UdSSR«, S. 80–82.

135 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 416, ähnliche Äußerungen auch S. 377, 444.
Im Jahre 1922/23 gab der Sowjetstaat 152 Millionen Rubel für die staatlichen Betriebe aus, erhielt aber nur 4,4 Millionen Rubel durch ihre Abgaben an den Staatshaushalt zurück. Im nächsten Jahre (1923/24) betrugen die Staatsausgaben 132 Millionen Rubel, die Einnahmen aus den Staatsbetrieben nur 45 Millionen Rubel. Vgl. »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Januar 1925, S. 26.

136 Zitiert nach »Frühschriften«, S. 235.
Mit den theoretischen und praktischen Problemen der sowjetischen Orientierung am Kapitalismus in der Planungsepoche ab 1928 habe ich mich ausführlich in meinem Buch »Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx«, Köln 1960, auseinandergesetzt.

137 »Gesammelte Werke«, Bd. 27, S. 68.

138 Auf der Suche nach einem »wirklichen Plan« war Lenin auf einen Artikel der Krschischanowskaja über »Die Aufgaben der Elektrifizierung der Industrie« gestoßen. Sofort schrieb er ihr einen begeisterten Brief und verlangte die Sonderausgabe einer Broschüre. Lenin stellte viele Fragen: Kann man nicht einen staatlichen Plan daraus machen, der populär und gleichzeitig durchführbar ist? »Krassin sagt, daß die Elektrifizierung der Eisenbahnen für uns unmöglich ist. Ist das wirklich so? Und wenn, kann das nicht in 5 bis 10 Jahren möglich sein? Vielleicht ist es im Ural möglich? ...«
Eine Kommission unter Leitung des Ingenieurs Kogan wurde mit der Ausarbeitung des Plans betraut. Bis Ende 1920 hatte sie den Plan zur Erstellung der 30 Kraftwerke ausgearbeitet. Mit einem Kostenaufwand von etwa einer Milliarde Rubel sollten sie in 10 Jahren gebaut sein. Vgl. »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 165/166 und »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, November 1924, S. 55–66.

139 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 107.

140 Ebenda, S. 107–144. Zitat auf S. 109.

141 Nach K. Radek, »Wege der russischen Revolution«, S. 46.

142 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 476, 238–241. Lenin meint, er würde »für einen einzigen gewissenhaften, bürgerlichen Spezialisten« dilettantische und bürokratische Kommunisten »zu Dutzenden« hingeben.

143 Nach O. Anweiler, »Die Rätebewegung in Rußland ...«, S. 288.

144 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 127.

145 Ebenda, S. 88 und 117.

146 Ebenda, S. 107 und L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 165.

147 Ebenda, S. 83–94.

148 Ebenda, S. 85.
149 Ebenda, S. 117.
150 »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 122.
Nach Angaben in der Zeitschrift »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, Dezember 1924, S. 19/20, 91, betrug die Arbeitsproduktivität des russischen Arbeiters 1923/24 etwa 30 v. H. im Verhältnis zu 1913.
151 Vgl. dazu »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, November 1924, S. 23/24 und Dezember 1924, S. 37–42.
152 Zu den Dekreten »Direktiven ... in Wirtschaftsfragen«, Bd. 1, S. 233, 256; das Zitat nach »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 381; außerdem »Aus der Volkswirtschaft der UdSSR«, November 1924, S. 24.
153 L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 166–196.
154 Ebenda, S. 192–196. Auf S. 177 meint Trotzkij, daß sich ohnehin die Hälfte aller Arbeiter vor der Arbeit drückt. Unter diesen Umständen steht eine Arbeitsarmee mit 38 v. H. Produktionsarbeitern gar nicht so schlecht da.
155 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 349.

Die Verstaatlichung der Gesellschaft

1 Vgl. »Frühschriften«, S. 235.
2 »Manifest«, S. 35.
3 »Frühschriften«, S. 334; vgl. dazu auch Karl Marx, »Technologie und polytechnische Erziehung«, Auswahl besorgt und eingeleitet von Dr. Hans Radermacher, Heidelberg 1965.
4 »Manifest«, S. 22.
5 »Staat und Revolution«, S. 113
6 »Manifest«, S. 32–34.
7 »Staat und Revolution«, S. 113.
8 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 213; ebenfalls N. Bucharin, »Das Programm der Kommunisten«, Berlin 1919, S. 36.
9 Vgl. dazu Dekrete Nr. 18, 32, 39, 84, 153 und 283 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1.
10 Vgl. dazu Dekrete Nr. 8, 12, 25, 27, 33, 111 und 117 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1 und Bd. 2, S. 520–537.
11 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 93.
12 Ausländische Berichte aus jener Zeit (vgl. A. Rézonow, »Idéologie du Communisme«, 1923; zitiert nach W. Sombart, »Der proletarische Sozialismus«, Jena 1924, Bd. 2, S. 470) zählen folgende Opfer bis September 1920:
28 Bischöfe und Erzbischöfe
1 215 Priester
6 575 Professoren und Lehrer
8 800 Ärzte und medizinisches Personal

54 650 Offiziere
250 000 Soldaten und Gendarmerieoffiziere
10 500 Polizisten
48 500 Polizeiagenten und Gendarmen
12 950 Gutsbesitzer
355 250 Angehörige freier Berufe
192 350 Arbeiter
815 000 Bauern

13 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 128/129.

14 Ebenda, S. 259.

15 L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 46.

16 »Fragen des Alltagslebens«, S. 46–64, 81.
Darüber hinaus wollte Trotzkij auch die »Vereinigung des sozialistischen Staates mit dem Orchester«. Die Kinder sollten neue Namen erhalten. Einige Vorbilder wurden von Trotzkij aufgezählt: »Oktobrina«, »Ninelj« (die Umkehrung von Lenin) und »Rem«, die russischen Anfangsbuchstaben von »Revolution«, »Elektrifizierung« und »Friede«. Vgl. ebenda, S. 70–73.

17 »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, S. 56/57.

18 Vgl. »Frühschriften«, S. XXVIII.

19 »Gesammelte Werke«, Bd. 36, S. 539, 547.

20 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 389.

21 Ebenda, S. 441, 474/475.

22 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 491.

23 Ebenda, S. 442.

24 Ebenda, S. 484.

25 Vgl. dazu »Zusammensetzung des I., II. und III. Sowjetkongresses der UdSSR«, S. 8.
Axel de Vries macht für das Jahr 1923 folgende Angaben über die Zusammensetzung der Partei: Von 400 000 Mitgliedern wären ca. 250 000 Angestellte der Partei, Verwaltung und Armee gewesen, bei nur 50 000 Produktionsarbeitern und 83 000 Bauern. Vgl. »Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins«, S. 34/35.

26 »Gesammelte Werke«, Bd. 36, S. 543–547. In einem Brief vom 29. 12. 1922 (auf S. 552) meinte Lenin, daß dadurch unbedingt der Apparat, »der zu nichts taugt«, kontrolliert und verbessert werden muß.

27 Darunter wird ein Brief Lenins mit einem Zusatz verstanden (ebenda, S. 544/545), der den folgenden Ausführungen zu Grunde liegt.

28 »Gesammelte Werke«, Bd. 36, S. 553–555.

29 Ebenda, S. 556.

30 Ebenda, S. 543–552.

31 Vgl. L. Trotzkij, »Die wirkliche Lage in Rußland«, S. 243/244.

32 »Gesammelte Werke«, Bd. 36, S. 545/546.

33 Dieser Brief Lenins wurde erstmalig im Jahre 1957 (ebenda) von der Sowjetführung veröffentlicht. In einer Anmerkung dazu (auf S. 670/671) heißt es, daß er auch während des XX. Parteikongresses der KPdSU im Februar 1956 den Delegierten zur Kenntnis gebracht wurde.

34 Vgl. Lenin, »Gesammelte Werke«, russ., 5. Auflage, Bd. 54, S. 319–330. Die Haltung Trotzkijs erscheint unbegreiflich. Er schrieb lediglich im Herbst 1923 einen Beschwerdebrief an das ZK. Als dieser natürlich abgelehnt wurde, hüllte er sich in Schweigen, bis es zu spät war. Eine ausführliche Darstellung gibt H. Brahm, »Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins«, Köln 1964.
35 Vgl. »Protokolle der VII. Parteikonferenz«, S. 78.
36 Ebenda, S. 110.
37 »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 7.
38 Ungeachtet der eigenen verzweifelten Lage stellte der Rat der Volkskommissare im Dezember 1917 den linken Arbeiterparteien aller Länder den Betrag von 2 Millionen Rubel zur Verfügung für den Kampf um die Revolution – »und zwar völlig unabhängig davon, ob diese Länder Krieg mit Rußland führen oder mit ihm im Bunde stehen oder sich neutral verhalten«. Nach William H. Chamberlain, »Die russische Revolution 1917 bis 1921«, Bd. 1, S. 325.
39 W. I. Lenin, »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, S. 92.
40 Nach G. Nollau, »Die Internationale«, Köln 1959, S. 47–50.
41 Ebenda, S. 49.
42 Nach Nollau (S. 50) meinte Sinowjew im Jahre 1919, daß ganz Europa spätestens in einem Jahr kommunistisch sein wird.
43 G. Nollau, »Die Internationale«, S. 51–55. An dem II. Weltkongreß der KOMINTERN nahmen 167 Delegierte teil. Sie vertraten 134 kommunistische und 31 nichtkommunistische Parteien, Organisationen oder Gruppen.
44 Vgl. »Taktik der Kommunistischen Internationale«, Hamburg 1921, S. 21, 73.
45 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 410.
46 Ebenda, S. 177/178, 253.
47 Ebenda, S. 178.
48 L. Trotzkij, »Grundfragen der Revolution«, S. 141; auch »Die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands und die Weltrevolution«, S. 24, 34.
49 »Die neue ökonomische Politik ...«, S. 10. In »Grundfragen der Revolution«, S. 63, meint Trotzkij, die russische Revolution wäre die »unblutigste« und »friedlichste« aller Revolutionen gewesen, wenn auch in Europa eine Revolution erfolgt wäre.
50 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 436.
51 Vgl. K. Radek, »Wege der russischen Revolution«, S. 32; sonst u. a. Bucharin, »Das Programm der Kommunisten«, S. 95 und G. Sinowjew, »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, S. 11–29.
52 Vgl. u. a. »Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution« und »Die wirkliche Lage in Rußland«, Dresden 1928.
53 J. Stalin, »Über die Grundlagen des Leninismus«, in »Fragen des Leninismus«, Berlin 1955, S. 40.
54 »Die neue ökonomische Politik ...«, S. 30.

Wenn Trotzkij vom »sozialistischen Rußland« sprach, so meinte er – wie übrigens auch die anderen bolschewistischen Führer –, daß das ein Hinweis auf die Zukunft sei. Radek meinte einmal, der Ausdruck sozialistisch bedeutet hier »um den Sozialismus kämpfende Republik«. Vgl. »Wege der russischen Revolution«, S. 66.

55 Zweifellos haben die anderen Bolschewisten Stalin unterschätzt, weil sie ihn nicht zu den Theoretikern der Partei zählten. Bissig meinte Trotzkij später: »Aber bei aller Anstrengung meines Gedächtnisses kann ich mir keine Antwort auf die Frage geben, worin eigentlich die Rolle Stalins in jenen entscheidenden Tagen [Oktober 1917] bestand«. Vgl. »Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution«, S. 14.

56 Diese Diskussion wurde später in dem Sammelband: »Um den Oktober« festgehalten, auf den sich die folgende Darstellung bezieht. Er enthält die Stellungnahmen von Trotzkij, Kamenew, Sinowjew, Bela Kun, Stalin, Bucharin und Kuusinen.

57 »Um den Oktober«, S. 206.

58 J. Stalin, »Fragen des Leninismus«, S. 109–209. Zitat auf S. 125.

59 Ebenda, S. 185.

60 Ebenda, S. 185/186.

61 Ebenda, S. 122/123.

62 L. Trotzkij, »Die wirkliche Lage in Rußland«, S. 31–33, 105, 136, 139.

63 K. Radek, »Wege der russischen Revolution«, S. 14, 69.

64 G. Sinowjew, »Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik«, S. 12/13.

65 J. Stalin, »Fragen des Leninismus«, S. 124, 188.

66 Ebenda, S. 192.

67 Vgl. J. Stalin, »Fragen des Leninismus«, S. 119. Schon bei der ersten Erwähnung seiner These, im Dezember 1924, definiert Stalin seine unter Punkt 5 genannte These als einen Bestandteil »der Grundlagen der Leninschen Theorie der proletarischen Revolution«. Dabei ist er stets geblieben.

68 Vgl. »Gesammelte Werke«, Bd. 21, S. 311, zitiert von Stalin in »Fragen des Leninismus«, S. 191.

69 Vgl. Lenin, »Gesammelte Werke«, Bd. 33, S. 405, zitiert von Stalin in »Fragen des Leninismus«, S. 125.

70 Ebenda, S. 125, 191/192 (»Gesammelte Werke«, Bd. 33, S. 428). Wörtlich sagt Lenin: »In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. – ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften ... die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten?«

71 Ebenda, S. 189 (»Gesammelte Werke«, Bd. 29, S. 133). Zur Warnung

sagt Lenin: »...die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen. Aber bis dieses Ende eintritt, ist eine Reihe furchtbarster Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich. Das heißt, daß die herrschende Klasse, das Proletariat, wenn es herrschen will und herrschen wird, dies auch durch seine militärische Organisation beweisen muß.«

72 J. Stalin, »Fragen des Leninismus«, S. 202.

73 Vgl. »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, S. 516.

74 »W. I. Lenin über Wirtschaftsfragen«, S. 386, 226/227. Lenin nannte als Beispiel eine Episode bei der Einweihung eines neuen Kraftwerkes. Ein Bauer meinte andächtig, jetzt werde das »überirdische Licht« die ländliche Finsternis erhellen. Daran knüpfte er seine Forderung, diesen Mythos auszunützen.

75 Ebenda, S. 186. Die Äußerung fiel in einer Rede am 21. 11. 1920 vor einer Moskauer Parteikonferenz. Sie wurde von Lenin in seinem Bericht vor dem VIII. Sowjetkongreß im Dezember 1920 wiederholt. Vgl. S. 225.

Sowjetpatriotismus als neue Legitimation

1 Der Paragraph 9 des Programms der RSDAP lautete: »Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen, die zum Staatsverband gehören«. Vgl. »Die KPdSU in Resolutionen und Entscheidungen«, russ., Bd. 1, Moskau 1954, S. 40.

2 Vgl. u. a. »Gesammelte Werke«, Bd. 21, S. 310 und Bd. 22, S. 138

3 J. Stalin, »Der Marxismus und die nationale Frage«, russ., Moskau 1959, S. 7–10.
Man kann Decker, »Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen«, Göttingen 1955, S. 159, durchaus zustimmen, wenn er sagt, daß Lenin nicht zu einer so klaren Definition gelangt sei.

4 Stalin, »Der Marxismus und die nationale Frage«, S. 7–17.

5 Ebenda, S. 19.

6 Ebenda, S. 19/20.

7 Ebenda, S. 33/34.

8 Ebenda, S. 20.

9 Ebenda, S. 51/52, 55–60.

10 Ebenda, S. 58.

11 Vgl. eine frühe Äußerung Lenins in einem Brief an Schaumann, daß es hauptsächlich darauf ankomme, Bundesgenossen im Kampf gegen die zentralistischen großrussischen Chauvinisten zu gewinnen. Dagegen müssen alle Einwände gegen die bolschewistische Taktik in der nationalen Frage verblassen. »W. I. Lenin über Staat und Recht«, Bd. 1, S. 224.

12 Vgl. die Aufsätze Lenins zur nationalen Frage, hier besonders »Gesammelte Werke«, russ., 5. Aufl., Bd. 23 (Moskau 1961), S. 149/150, 208–211, 314–322, 423–425.
13 Ebenda, S. 209.
14 Vgl. die entsprechenden Stellen in den erwähnten Aufsätzen, besonders aber in einem Brief an Schaumann. »W. I. Lenin über Staat und Recht«, Bd. 1, S. 223. Schon im Jahre 1914 bekannte Lenin, daß das Recht auf Selbstbestimmung im Grunde auch das Recht auf eine Föderation bedeute. Vgl. »W. I. Lenin über Staat und Recht«, Bd. 1, S. 272. Später handelte er auch entsprechend.
15 »Gesammelte Werke«, 5. Aufl., Bd. 23, S. 314.
16 Vgl. die Briefe an Schaumann sowie die Aufsätze: »Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage«, »Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung«, »Über den Nationalstolz der Großrussen« und »Die sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung« in »W. I. Lenin über Staat und Recht«, Bd. 1, S. 222–225, 237/238, 226–233, 239–273, 276–280, 286–300.
17 »W. I. Lenin über Staat und Recht«, Bd. 1, S. 239–243.
18 Ebenda, S. 248–265.
19 Ebenda, S. 286 ff.
20 Vgl. K. Tiander, »Das Erwachen Osteuropas«, Wien 1934, S. 77–87, 99 und G. v. Rauch, »Rußland. Staatliche Einheit und nationale Vielfalt«, München 1953, S. 212–220.
21 »Die Siebte Allrussische (April-)Konferenz der RSDAP (Bolschewiki). Protokolle«, S. 212.
22 Ebenda, S. 212–220.
23 Ebenda, S. 227. 56 Delegierte stimmten für die Resolution Lenins, Stalins usw., 16 stimmten dagegen und 18 enthielten sich der Stimme.
24 Rosa Luxemburg, »Die russische Revolution«, herausgegeben von P. Blachstein, Hamburg 1948, S. 65/66.
25 »Staat und Revolution«, S. 59–63. Lenin zitiert hier einige Äußerungen von Marx und Engels über die Pariser Kommune und wendet sie auf die von ihm geplante Diktatur des Proletariats an.
26 Vgl. Lenins Briefe und Ansprachen an das ZK im September/Oktober 1917 in »Protokolle des Zentralkomitees der RSDAP (B)«, von August 1917 bis Februar 1918, russ., Moskau 1958, S. 57–62, 108–114.
27 »Dekrete über den Frieden« in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 12–16.
28 Vgl. zu den Verhandlungen und dem Text des Waffenstillstandsvertrages u. a. »Dokumente der Außenpolitik der UdSSR«, russ., Bd. 1 (vom 7. 11. 1917 bis zum 31. 12. 1918), Moskau 1957, S. 11–57.
29 »Dokumente der Außenpolitik der UdSSR«, Bd. 1, S. 67–70.
30 »Protokolle des Zentralkomitees der RSDAP (B)«, S. 168.
In einer Anmerkung wird erklärt, daß die Protokolle der Petrograder Konferenz vom 21. 1. 1918 nicht aufzufinden sind. Hinweise und das Abstimmungsergebnis finden sich in den Aufzeichnungen über die folgende ZK-Sitzung vom 24. 1. 1918.

31 Vgl. »Protokolle des Zentralkomitees der RSDAP (B)«, S. 173.
32 Das Hin und Her um den Friedensvertrag spiegelt sich am klarsten in den »Protokollen des ZK der RSDAP (B)«, S. 167–231 wider. Zum Text des Friedensvertrages vgl. »Dokumente der Außenpolitik der UdSSR«, Bd. 1, S. 119–204; zur Resolution des VII. Parteitages der KPR vgl. »Die KPdSU in Resolutionen und Entscheidungen«, Bd. 1, S. 404/405; zur Entscheidung des IV. Sowjetkongresses vgl. »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 2.
33 »Protokolle des ZK der RSDAP (B)«, S. 173, 211–215.
34 Ebenda, S. 212.
35 Vgl. Dekret Nr. 314 vom 21. 2. 1918 in »Dekrete der Sowjetmacht«, Bd. 1, S. 490/491.
36 Vgl. »Die KPdSU in Resolutionen und Entscheidungen«, Bd. 1, S. 404/405.
37 »Lenin über Krieg, Armee und Kriegswissenschaft«, Bd. 2, S. 25.
38 Ebenda, S. 258.
Zu den Abstimmungen und Resolutionen vgl. »Protokolle des ZK der RSDAP (B)«, S. 211–231 sowie »Die KPdSU in Resolutionen und Entscheidungen«, Bd. 1, S. 404/405.
39 »Protokolle des ZK der RSDAP (B)«, S. 170.
40 Vgl. die entsprechende Resolution, in der dem ZK sogar das Vertrauen entzogen wurde, in »Protokolle des ZK der RSDAP (B)«, S. 182 bis 188.
41 Ebenda, S. 170–172.
42 Ebenda, S. 170 ff.
43 Ebenda, S. 211 ff.
44 Diese Fragen wurden in der Sitzung des ZK vom 3. 2. 1918 gestellt. Vgl. »Protokolle des ZK der RSDAP (B)«, S. 190/191.
45 Ebenda, S. 214/215.
46 Ebenda, S. 221.
47 Ebenda, S. 213.
48 Nollau, »Die Internationale«, S. 69/70.
49 Trotzkij nannte diesen Brief ein »jämmerliches Dokument«. Vgl. Nollau, S. 71/72.
50 Nollau (S. 77) nennt dafür einige Beispiele und berichtet, daß Stalin gelegentlich von einem »Krämerladen« sprach.
51 Vgl. B. Meissner, »Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht«, Köln 1962, ab S. 23; auch »Von Stalins Imperium zum hegemonialen Bündnis« in der Beilage zu »Das Parlament«, 5. 4. 1967.
52 J. Stalin am 25. 11. 1936 in »Fragen des Leninismus«, S. 696/697.
53 Vgl. R. Löwenthal, »Von der gelenkten Revolution von oben zur spontanen Evolution von unten« sowie G. Wagenlehner, »Imperiale Großraumbildung und nationalistische Antriebe der sowjetischen Innenpolitik« in R. Löwenthal / B. Meissner, »Sowjetische Innenpolitik. Triebkräfte und Tendenzen«, Stuttgart 1968.
54 Vgl. »Marxismus und nationale Frage«, S. 60.
55 Ebenda, S. 65.

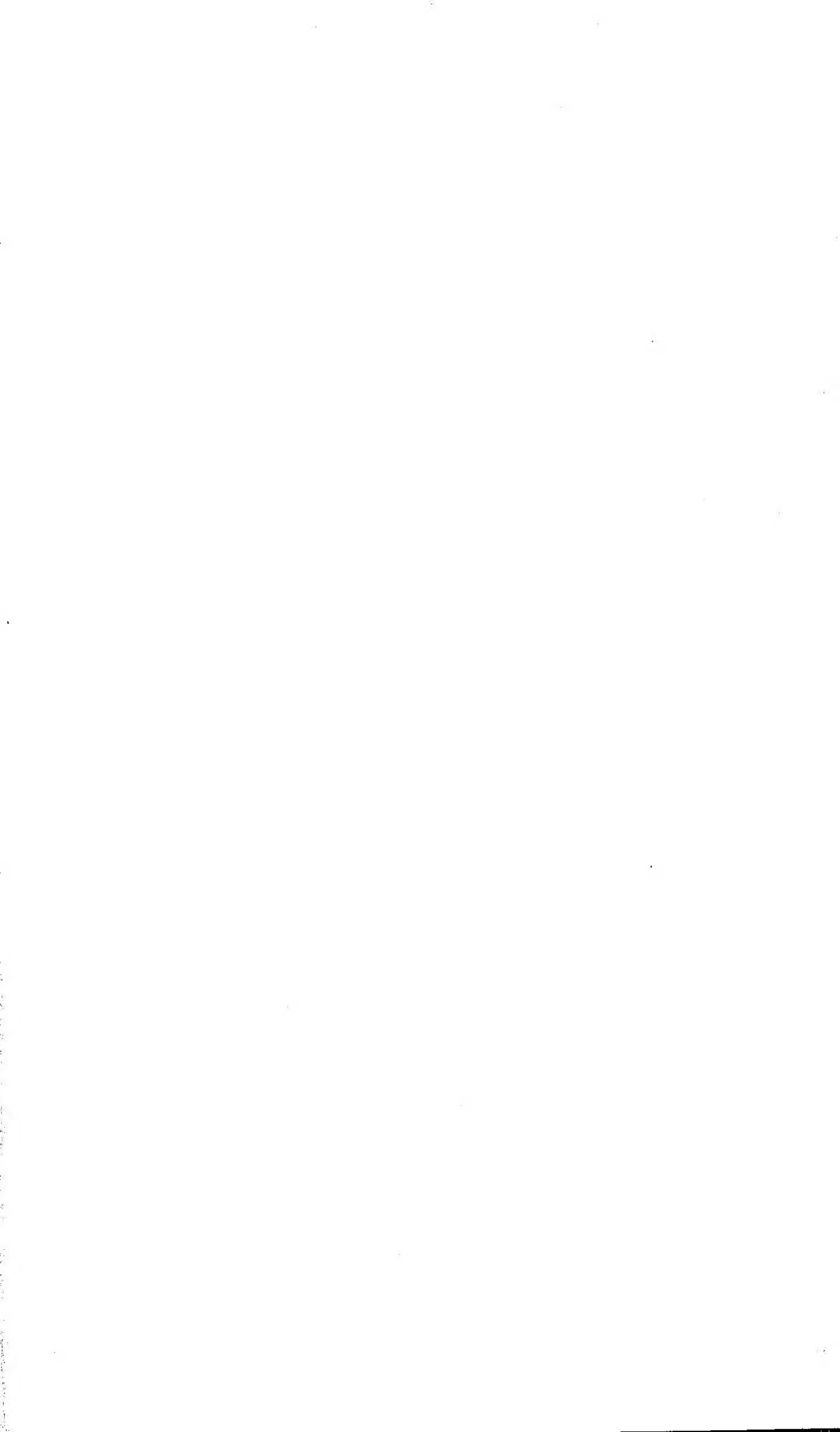
56 Ebenda, S. 71.
57 Ebenda, S. 76.
58 J. Stalin, »Fragen des Leninismus«, S. 461.
59 Vgl. E. Lemberg, »Geschichte des Nationalismus in Europa«, Stuttgart 1950 sowie »Nation und Nationalismus« in der Beilage zu »Das Parlament«, 2. 8. 1967, S. 25.
60 Vgl. B. Meissner in »Sowjetgesellschaft im Wandel«, Stuttgart 1966, S. 35.
61 »Fragen des Leninismus«, S. 600.
62 Ebenda, S. 694.
63 Vgl. »Programm und Statut des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion«, Moskau 1936, S. 26.
64 J. Stalin, »Fragen des Leninismus«, S. 790, 793.
65 »Große Sowjet-Enzyklopädie«, russ., Bd. 39, Moskau 1956, S. 486/487.
66 Matjuschkin, »Der Sowjetpatriotismus – eine mächtige Bewegungskraft der sozialistischen Gesellschaft«, russ., Moskau 1952, S. 25.
67 Ebenda, S. 4.
68 Fedosejew, »Sozialismus und Patriotismus«, Ost-Berlin 1954, S. 6.
69 Matjuschkin, a.a.O., S. 24, 114, 153 und 234.
70 Ebenda, S. 87.
71 Ebenda, S. 133.
72 Vgl. B. Meissner in »Sowjetgesellschaft im Wandel«, S. 46.
73 J. Stalin, »Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion«, Berlin 1945, S. 5–11.
74 Vgl. B. Meissner in »Sowjetgesellschaft im Wandel«, S. 49–54 und die Zeitschrift »Kommunist in den bewaffneten Streitkräften«, russ., Moskau, Heft 18, (September) 1962.
75 Vgl. dazu meinen Artikel »Von der proletarischen Solidarität zum Polyzentrismus im Weltkommunismus« in »Osteuropa«, Heft 4/5, 1962, S. 272/273.
76 J. Stalin, »Über den Großen Vaterländischen Krieg«, S. 22.
77 J. Stalin, »Reden, Interviews, Telegramme, Befehle, Briefe und Botschaften«, Mai 1945 bis Oktober 1952, Berlin o. J., S. 11.
78 Matjuschkin, a.a.O., S. 210–212, 282.
79 Fedosejew, »Sozialismus und Patriotismus«, S. 35.
80 Matjuschkin, a.a.O., S. 392.
81 »Prawda«, 17. 10. 1966.
82 Vgl. dazu G. Wagenlehner, »Kommunismus ohne Zukunft«.
83 Vgl. »Woprossy Istorii«, Moskau, Nr. 1–9, 1966.

Personenregister

Auf eine Bibliographie wurde verzichtet, da zu diesem Thema umfangreiche Literaturverzeichnisse veröffentlicht worden sind. Ich verweise u. a. auf K.-H. Ruffmann, »Kommunismus in Geschichte und Gegenwart. Ausgewähltes Bücherverzeichnis«, Bonn 1966; L. Fischer, »Das Leben Lenins«, Köln-Berlin 1965; W. Leonhard, »Die Dreispaltung des Marxismus«, Düsseldorf-Wien 1970.

Die Autoren der von mir zitierten Literatur sind in das Personenregister aufgenommen worden. Der Quellennachweis befindet sich in den Anmerkungen.





tion in den ersten Jahren des Sowjetstaates in ihrer vollen Tragweite erfassen. Günther Wagenlehner hat längst vor den heutigen Diskussionbeiträgen marxistischer Autoren, daß die prinzipiellen Mängel des Sowjetsozialismus auf Karl Marx zurückzuführen seien, den Kern des Problems: Staat oder Kommunismus, in seiner sorgfältig dokumentierten Analyse herausgearbeitet.

Fred Hahn (Hrsg.)
Lieber Stürmer
Leserbriefe an das NS-Kampfblatt
1924 bis 1945

Eine Dokumentation aus dem Leo-Baeck-Institut, New York.

Bearbeitung der deutschen Ausgabe von Günther Wagenlehner.

Herausgegeben von der Studiengesellschaft für Zeitprobleme.

Günther Wagenlehner (Hrsg.)
Kommunismus ohne Zukunft
Das neue Parteiprogramm der KPdSU mit Einleitung, laufendem Kommentar und Nachwort des Herausgebers.

Seewald Verlag Stuttgart



Günther Wagenlehner, 1923 in Oederan (Erzgebirge) geboren, geriet 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach einjähriger Einzelhaft wurde er im Juni 1951 wegen eines Aufstandes im Lager als Protest gegen die brutale Behandlung zu mehrfach 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1955 kehrte er zurück, studierte an der Universität Hamburg Politische Wissenschaften, Soziologie, Geschichte und Volkswirtschaft und promovierte mit einer Dissertation über »Lenin zwischen Staat und kommunistischer Gesellschaft« zum Dr. phil. 1960 veröffentlichte er sein erstes Buch: »Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx«, konzipiert noch in sowjetischer Gefangenschaft. Weitere größere Publikationen – neben zahlreichen Aufsätzen, Buchbeiträgen und Sendungen: »Kommunismus ohne Zukunft« (1962), »Eskalation im Nahen Osten« (1968) und als Bearbeiter: LIEBER STÜRMER, Leserbriefe an das NS-Kampfblatt (1978).

Seewald Verlag Stuttgart